

J. Can. U.

O

m

24. 0th

Abrip

14. 21. 07



A B R I S S

DES

KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS

FÜR

GEISTLICHE UND STUDIRENDE

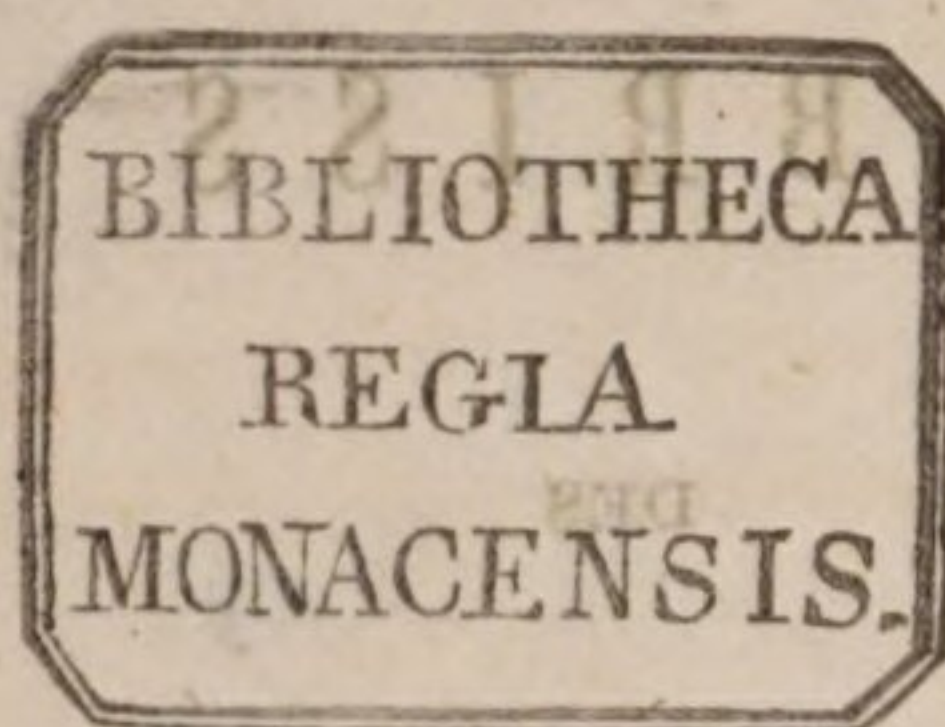
VON

einem Schüler des † Herrn v. Möhler.

STUTTGART.

C. P. SCHEITLIN'S VERLAGSHANDLUNG.

1853.



KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS

FÜR

GEISTLICHE UND STUDIRENDE

VON

einem Schüler des † Herrn v. Möller.



STUTTGART.

Gedruckt bei K. Fr. Hering & Comp.

1853.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	1
Das Kirchenrecht in seinen besonderen Beziehungen	24
Literatur des Kirchenrechts	64

I. Theil.

Inneres öffentliches Kirchenrecht.

Von der Kirchengewalt im Allgemeinen	67
Grade der Hierarchie.	
A. Vom Subjecte der Kirchengewalt in Bezug auf die einzelnen Theile	101
B. Executive Gewalt der ganzen Kirche	104
C. Primat	112
D. Kirchengewalt in Bezug auf einzelne Kirchen	140

II. Theil.

Aeusseres öffentliches Kirchenrecht.

A. Wechselseitiges Verhältniss zwischen der Kirche und dem Staate	170
--	-----

III. Theil.

Privat-Kirchenrecht.

A. Persönliches Recht, jus personale	189
B. Dingliches Recht, jus reale	222

Inhalt.

Seite	
1	Einleitung
24	Das Kirchenrecht in seinen besonderen Beziehungen
64	Literatur des Kirchenrechts
	I. Theil.
	Inneres öffentliches Kirchenrecht
67	Von der Kirchengewalt im Allgemeinen
	Grade der Hierarchie.
	A. Vom Subjecte der Kirchengewalt in Bezug auf
101	die einzelnen Theile
104	B. Exe cutive Gewalt der ganzen Kirche
112	C. Primat
140	D. Kirchengewalt in Bezug auf einzelne Kirchen
	II. Theil.
	Ausseres öffentliches Kirchenrecht
	A. Wechselseitiges Verhältniss zwischen der Kirche
170	und dem Staate

Einleitung.

§. 1.

Wir haben zwei Begriffe zu entwickeln: Kirche und Recht. —

Der der Kirche steht unter dem höhern eines Vereins.

Der Charakter, welcher einen Verein von dem anderen unterscheidet, liegt theils im Ursprung, theils im Zwecke desselben.

Um den Begriff der Kirche zu finden, ist ihr Zweck zu entwickeln; dieser ist Erhaltung und Verbreitung religiöser Wahrheiten, und einer das Ganze belebenden Gesinnung; derselbe ist geistiger Natur, somit die Entstehung der Kirche ohne äusseren Zwang, ganz frei. Kirche ist demnach im Allgemeinen ein durch freie Selbstbestimmung religiöse Wahrheiten bezweckender Verein.

Aus seiner Natur folgt, dass er schlechthin allgemein, also zeitlich und räumlich unbegrenzt sei, da sein Zweck auf die geistige Natur des Menschen

gerichtet ist und Alles umfasst, was zur Menschheit gehört. Man würde sich sehr täuschen, wenn man diesen universellen Verein eine reine Vernunft-idee nennen wollte. Die Vernunft hat diese Idee nicht geschaffen; abgesehen von der Unausführbarkeit derselben, scheint die Vernunft derselben unfähig; sie ist rein göttliches Erzeugniss. Die vorchristliche Periode kannte nur Nationalreligionen; — Religionsfreiheit, die Bedingung der Möglichkeit eines ethischen Vereins, war unbekannt.

Wir gehen daher zur Bestimmung des Begriffs der christlichen Kirche über. Das unterscheidende Merkmal derselben kann nicht im Begriffe des Vereins und religiösem Zweck überhaupt, nicht in der Art der Vereinigung an sich liegen, weil alles dies die nothwendigen Merkmale jeder Kirche sind.

Das Unterscheidende der christlichen Kirche kann also nur im Besonderen der christlichen Wahrheiten und Tugenden, die sie lehrt und fordert, liegen. Beide müssen christlichen Charakter haben. die christliche Kirche wäre also ein durch Selbstbestimmung entstandener Verein zur Befestigung und Verbreitung der christlichen Wahrheiten und Tugenden. Der Begriff hat folgende Theile: 1) ein Lehrbegriff, oder Innbegriff jener Wahrheiten, welche die Menschen aufnehmen sollen; 2) da dieser Lehrbegriff den Menschen ergreifen, und ein Wechsel- und Ineinanderwirken Statt haben soll, damit der

gesellschaftliche Zweck gemeinschaftlich erreicht werde, so sind äussere Anstalten nöthig, die das Wirken des Geistes möglich machen: — Kultus; 3) der Gesellschaftszweck wird nur erreicht werden, wenn alle Theile ein harmonisches Ganze bilden, wenn jedes Mitglied in seiner Sphäre sich bewegt, wenn das Verhältniss derselben bestimmt wird; d. h. wenn eine Verfassung vorhanden ist. Lehrbegriff, Kultus und Verfassung sind somit nöthige Elemente des kirchlichen Lebens.

Wir haben bei Bestimmung des Begriffes der Kirche noch keine Rücksicht auf die Entstehung derselben genommen.

Ein jeder Verein ist entweder Produkt menschlicher Thätigkeit, und es ist dem Menschen willkürlich, ob er in denselben treten will oder nicht, — oder aber er stammt von Aussen (Oben), ist kein menschliches Erzeugniss sondern göttlichen Ursprungs. Wozu nun gehört die christliche Kirche? Hat Jesus nicht gewisse Lehren von Gott den Menschen vorgetragen und den Willen ausgesprochen, dass seine Verehrer einen socialen Verein bilden sollen; oder hängt es nur von seinen Anhängern ab, in einen solchen zu treten? —

Die christliche Kirche ist positive göttliche Anstalt.

Wenn die christliche Religion positiv ist, so nimmt auch die Kirche, das Organ derselben, dieses

Merkmal an, denn das Institut zur Erhaltung ist mit der Religion selbst gegeben, wenn diese erhalten werden soll.

1) Jesus selbst gab seinen Schülern den Auftrag, seine Religion den Völkern zu verkünden Math. 28, 18—20.

2) Da, wie wir sagten, eine Kirche gegeben ist, wenn sich obige drei Merkmale vorfinden, so ist auch anzunehmen, dass Jesus eine Kirche gegründet habe, sobald sich die drei Elemente als von ihm gegeben nachweisen lassen. Die beiden ersten setzen wir voraus, dass aber das dritte von ihm vorgezeichnet sei, davon weiter unten.

3) Der neutestamentliche, also göttliche Ursprung eines Vereines geht aus allen Stellen hervor, wo βασιλεία τῶν οὐρανῶν Ἰησοῦ von der Gesammtheit der Verehrer zu nehmen ist. Diese Ausdrücke sind im alten Testamente schon vom israelitischen Volke gebraucht. Haben sie nun im neuen einen universalen Begriff, so kann der Begriff eines gesellschaftlichen Verbandes nicht getrennt sein. Mth. 16, 19. In Vers 18 kommt sogar das Wort ἐκκλησία vor. —

Lässt sich somit nicht läugnen, dass die Kirche eine positive Anstalt ist, so geht daraus die Verpflichtung für Alle hervor, die sich zur christlichen Religion bekennen, sich an sie anzuschließen. Wenn nun aber der Ursprung der christlichen Kirche positiv ist, so wird nicht aufge-

hoben, was wir von einer Kirche im Allgemeinen sagten, dass der Eintritt in dieselbe von der freien Thätigkeit des Menschen abhängt, denn durch den positiven Charakter wird das göttliche Gebot, in sie zu treten, nahe gelegt; aber wie jedes andere göttliche Gebot, soll es der Mensch erst durch seine freie Selbstbestimmung in sich aufnehmen. Beziehen wir das Gesagte auf die Kirche, so muss noch die nähere Bestimmung hinzukommen, dass sie ein göttlicher Verein sei. —

Wir gehen zu einem weiteren Merkmale der Kirche über, zu der Sichtbarkeit derselben.

Seit der Reformation wurde viel gefragt, ob die Kirche Jesu eine äussere oder unsichtbare sein soll, eine Frage, die im Vorangegangenen schon beantwortet ist und genau betrachtet eine Tautologie enthält, oder sich selbst widerspricht; diese Frage heisst eigentlich soviel: ob die Anstalt, die das unsichtbare Reich Gottes in die Welt einführen soll, sichtbar sein muss? Dass sie unsichtbar sei, ist nicht denkbar, d. h. eine durch keine äussern Zeichen bekannt gewordene Gemeinschaft des Glaubens der Anhänger mit sich und dem Meister, — ein Reich der Tugend, überhaupt ein Geisterreich ohne sichtbare Verbindung. Ein solches Reich wollte Jesus allerdings, er wollte seine Gläubigen durch Liebe und Glauben verbinden, und diese Gemeinschaft ist wohl unsichtbar; allein es fragt sich,

was Jesus that und thun musste, um dies unsichtbare Reich Gottes auf Erden zu bilden, sichtbar in die Erscheinung treten zu lassen? und so sind wir auf die alte Frage von der sichtbaren Kirche zurückgekommen, wodurch erst die unsichtbare entstehen muss. Es handelt sich sofort darum, wie die wahre Doktrin erhalten, verbreitet und beglaubigt werden könne? Hieraus entsteht die Nothwendigkeit des Lehramtes, welches zum Organismus der Kirche gehört und sichtbar ist.

Ueberliesse man diese Aufgabe dem nächsten Besten, so müsste die wahre Lehre untergehen, und seine Privatmeinung würde den Vorzug haben. Jeder Einzelne, der lehrt, muss zeigen, dass er im Besitz der ächten Lehre sei und sich dazu befähigt habe, er muss also von jenen autorisirt werden, die im Besitz der reinen Lehre sind; und das ist eben äussere Organisation, oder sichtbare Kirche. Hat Jesus solche Männer gewählt? Ja, — die Apostel. — Diese haben die vom Meister überkommene Lehre auch fortgepflanzt vergl. 2. Thim. 1, 13. 2, 2. Eph. 4, 4. 12. Durch die sichtbare Kirche werden die Gläubigen unmittelbar an die Gesellschaft und mittelbar an die Lehre geknüpft und wechselseitig gestärkt. Sie allein vermag die Einheit des Glaubens, die Eintracht unter ihnen zu erhalten, sie schafft Mittel, den Glauben zu erneuern und fortzupflanzen bis ans Ende der Welt. Mit

dem bloßen geschriebenen Wort ist die ächte Lehre todt, der Buchstaben muss lebendig gemacht, gelehrt und angelegt werden. Dies geschieht nirgends anders, als in der sichtbaren Kirche. Das Verhältniss der sichtbaren Kirche zur unsichtbaren ist dies, dass die Kirche zuerst als sichtbare Gemeinschaft zu betrachten ist, welche das geistige Reich Gottes erst in sich aufnimmt, und dann nach aussen entfaltet vgl. Perman. §. 33.

Ebenso setzt der Kultus, der äusserlich sein muss, eine Verbindung nach Aussen voraus, — Taufe und Einsetzung des Abendmahls. Es ist auch von Versammlungen der Gläubigen die Rede (1. Cor. 14), von Gebeten, Liedern etc., was Alles eine sichtbare Kirche voraussetzt, und wenn Paulus oft sagt, man solle fest aneinander halten, keine Spaltungen verursachen 1. Cor. 1, 10 und Eph. 4, 3. etc., so wäre es ohne Sinn, wenn keine sichtbare Gesellschaft vorausgesetzt würde, als ein in die Sinne fallendes Object, um sich daran anzuschliessen. Die Sichtbarkeit der Kirche beruht in ihrem besten Grunde auf der Menschwerdung Gottes.

Die Geschichte der Reformation zeigt selbst, dass ihre Anhänger es mit einem Körper zu thun haben, obschon sie einen blossen Geist wollen. Es gibt kein Institut oder Lehrgebäude, welches fortbestand ohne Organ, woran es sich halten musste. Wir bemerken noch, dass die Liebe, das praktische

Grundgesetz der Kirche, wenn sie da ist, sich auch äusserlich gestalten muss, und dass alle Christen auch in äussere Gemeinschaft treten müssen und sich als grosse Brudergemeinde anschauen sollen. Auch muss noch angeführt werden, dass der Mensch, für Gemeinschaft und Mittheilung geboren, nicht zufrieden ist, die Offenbarung des Höchsten in seinem Innern zu erfahren, — er fühlt den Trieb, sich an ein geistiges Leben anzureihen, recht fest gilt ihm das, was in ihm nicht erst zu entstehen scheint, sondern was er als Vollendetes, von ihm Unabhängiges findet, woran sich sein geistiges höheres Bewusstsein entwickelt. So postulirt das Wesen des menschlichen Geistes in religiöser Beziehung einen sichtbaren Verein.

Der wahren christlichen Kirche müssen ausserdem folgende Merkmale oder Kennzeichen zukommen:

A. Einigkeit, ohne welche keine Gesellschaft gedacht werden kann. Eine Kirche ohne Einigkeit und ohne das Princip der Einheit widerspräche sich selbst und trüge die Keime der Auflösung in sich. Diese Kirche zerfällt in: 1) die Einheit der Lehre; die Lehre Christi ist objectiv Eine, eine bestimmte, nur sich selbst gleiche, und diese muss sich auch in der Kirche erhalten. Indem sie aber die objective Einheit in ihren verschiedenen Gliedern ausspricht, wird sie zur Einigkeit. Die Einheit der

Lehre fordert klar die heilige Schrift Eph. 4, 4—6, 6, 13—16. 2) Die Einheit in Verfassung und Kultus, denn es ist eine Taufe, ein Abendmahl, sagt Paulus. —

Alle einzelnen Kirchen sollen mithin als Glieder der Kirche eine grosse Einheit, alle eine Kirche bilden, diese ist: katholische Kirche und klar sind hierüber die Stellen in der heiligen Schrift Eph. 1. c., Coloss., Joh. 17, 21—23. Das Christenthum verwirft das Einzelleben, das häretische und egoistische Princip, und der Apostel Paulus, Eph. 3, 13. 14. sagt: dass, wer vom Ganzen abgesondert lebe, von dem Einen christlichen Körper sich trenne, wie ein unmündiges Kind sei, hin- und hergetrieben von jedem Winde der Lehre und preisgegeben dem Betrug. Es hat also nach Paulus nur scheinbare Selbstständigkeit, wer vom Gesamt-leben sich trennt, wer aber fest hält, gelangt zur wahren Vollkommenheit. Nach Eph. 3, 13 sollen alle Gläubigen eine Einheit bilden, um „*εἰς ἄνδρα τέλειον*“ zu gedeihen.

Die Einigkeit in der Lehre kann nur auf das gehen, was Jesus selbst lehrte, also auf's Wesentliche, Nothwendige, sich immer Gleiche. — Disciplinargegenstände, d. h. das Zufällige des Kultus und der Kirchenverfassung sind ebendesswegen abänderlich nach Verhältniss der Kultur und dem jeweiligen Zeitbewusstsein eines Volkes überhaupt.

Einheit im Ausserwesentlichen gehört nicht zur Katholicität. Sagt schon Augustin: in necessariis unitas, in ceteris libertas, in omnibus paritas: „Wenn *dubius* *charakter* im Ausserwesentlichen eine Einheit stattfinden soll, so kann nur der allgemeine Nutzen oder die Zweckmässigkeit entscheiden.“ — Die kirchliche Einigkeit kann nicht ohne Tradition festgehalten werden, daher der Zusammenhang dieser mit dem innern kirchlichen Leben. *ch*

B. Das zweite Merkmal der wahren Kirche ist Allgemeinheit. Indem die christliche Religion nach Einheit strebt, alle Völker in einem Körper zusammenfassen will, so ist Allgemeinheit nothwendig, im Gegensatz zu jedem Particularismus, der, blos für Ein Volk und eine bestimmte Staatsverfassung berechnet, mit dieser oder jener verschwindet. Die christliche Religion, für die geistigen Bedürfnisse der Menschen und für Wahrheit bestimmt, passt desswegen für Alle, weil diese überall dieselben sind und Wahrheit für Alle ist. Die christliche Kirche als Organ der christlichen Religion muss somit auch allgemein sein. Es ergibt sich, dass sie diesen Charakter nicht behaupten kann, wenn etwas Anderes, als die Lehre Christi zur Allgemeinheit gebracht werden soll; denn nur der göttlichen Wahrheit kommt dieser Charakter zu, und sie wird nothwendig particularistisch, wenn das Zeitliche und Oertliche in Eine Kategorie mit dem

Ewigen gesetzt, also in blosen Disciplinargesetzen eine Universitas eingeführt werden will.

C. Der dritte Charakter der Kirche ist Wahrheit und daher Unfehlbarkeit. Einheit im Irrthum wäre kein Vorzug, und Allgemeinheit macht ihn nicht zur Wahrheit. Ist die Religion Christi Wahrheit, so muss die Kirche diese bewahren und die in ihr niedergelegten Wahrheiten forttragen; sie darf daher nicht selbst von der Wahrheit abweichen, sonst wäre sie nicht die wahre Kirche Christi, wenn sie auch nur in einem einzigen wesentlichen Punkte Irrthum lehrte. Christus versprach den Aposteln seinen heiligen Geist, der sie in alle Wahrheit leiten würde: Joh. 14, 16 u. 17; 16, 14. und verspricht überhaupt seiner Kirche einen Beistand Mth. 28, 20. Joh. 17, 20 u. 21. Es ist, wie wir hörten, eine öfters eingeschränkte Lehre Christi und der Apostel, dass alle Gläubigen Einheit haben im Glauben und in der Liebe. Diese Vorschrift wäre eine in der Ausführbarkeit unmögliche, wenn Christus seiner Kirche nicht zugleich den die Wahrheit bewahrenden Charakter verliehen hätte. Es war vorauszusehen, dass über manche Punkte seiner Lehre Zweifel entstehen müssten, — und sie entstanden; — sie müssten die Kirche zerreißen, und der Spaltungen würde kein Ende, wenn nicht Irrthumslosigkeit die Streite schlichten, die wahre Lehre festhalten könnte.

Sollte nur Einheit den Charakter der Kirche

ausmachen, so war Unfehlbarkeit gegeben, wie sich denn auch Christus ganz klar darüber ausspricht. Untrüglichkeit der Kirche bezieht sich nur auf das, was durch Jesus wirklich geoffenbarte Lehre ist, also nicht darauf, dass durch sie, die Kirche, neue nicht vorhandene Wahrheiten mitgetheilt würden; es soll nur erhalten werden, was schon da ist; die Kirche ist keine Offenbarerin, Schöpferin neuer Wahrheiten, wie sich Paulus 1. Tim. 3, 15 etc. ausdrückt. Sie spricht nur aus, was sich in und durch die Ueberlieferung als christliche Wahrheit zu erkennen gibt. Es ergibt sich daraus:

1) Wenn sich die Irrthumslosigkeit nur auf die Lehre bezieht, sei es nun theoretische oder praktische, so geht sie nicht auf Disziplin und Zufälliges.

2) Wenn es durch Jesus geoffenbarte christliche Kirche ist, so kann sich die Irrthumslosigkeit auf keine philosophischen Gegenstände beziehen, auf keine spekulativen Fragen.

3) Wenn die Kirche bei Streitigkeiten über das, was geoffenbarte Lehre sei, nur erklärt, was die ursprüngliche Lehre ist, so bedarf es zur Annahme der Unfehlbarkeit keiner neuen Offenbarung des heiligen Geistes, sondern nur der Haltung der schon gegebenen.

4) Daraus erhellt die Wichtigkeit der göttlichen Tradition für das ganze Kirchensystem. Die

Annahme der Tradition beruht auf folgenden Grundsätzen und Thatsachen. Christus trug seine Lehre mündlich vor; ebenso seine Schüler. Später wurden zwar die Evangelien, die uns unzweifelhafte Nachrichten über Lehre und Thaten Jesu mittheilen, von Schülern desselben verfasst, doch keiner lieferte und wollte einen vollständigen Inbegriff der Lehre Jesu liefern, Joh. 21, 25. Mehrere Apostel schrieben Briefe, berufen sich oft auf den mündlichen Unterricht 2. Thes. 2, 5. 3, 6; 2. Tim. 2, 1—13. 2, 2. Es dauerte aber lange nach ihrem Tode, bis sich die Evangelien und Briefe, die nur an einzelne Gemeinden gerichtet waren, allgemein verbreiteten; und auch jetzt noch gründete sich das Meiste auf mündlichen Unterricht, der um so sorgfältiger bewahrt wurde, je mehr man seine Wichtigkeit kannte.

Die apostolische Lehre, als immer im lebendigen Worte gegenwärtig, betrachteten die unmittelbaren Verbreiter derselben, die Apostel und ihre nächsten Nachfolger nicht als etwas Vergangenes, das erst historisch-kritisch ausgemittelt werden musste; in Streiten berief man sich auf die allgemeine Lehre, besonders der Hauptkirche, und die Einheit der Lehre wurde mit Recht den neuen Lehren entgegengesetzt, als die immer vorhandene, ächt apostolisch-kirchliche. So argumentiren schon Tertullian, Irénäus etc. Aus den heiligen Schriften konnte man

um so weniger einen vollständigen, Alle überzeugenden Beweis finden, als die Häretiker den ächten Schriften falsche entgegenstellten, die ächten verstümmelten, und wenn man sie als ächt annahm, oft nach vorgefassten Meinungen interpretirten. Die Aechtheit der Evangelien musste erwiesen werden, was nur mit Hilfe der Tradition und mit dem Ansehen der Kirche geschehen konnte. Augustinus sagt: ich würde selbst das Ansehen der Evangelien nicht anerkennen, wenn mich nicht das Ansehen der Kirche dazu vermöchte. Bei zweifelhaften Stellen, wo man verschieden interpretiren konnte, wurde durch die Tradition selbst entschieden.

Die göttliche Tradition geht also nicht blos auf einzelne Lehren, sondern auf die Gesammtheit der apostolischen Vorträge, obschon einzelne Lehren besonders aus ihr bewiesen werden. Für uns ist sie keine mündliche Ueberlieferung mehr, sondern der allgemeine Kirchenglaube, niedergelegt in das apostolische Symbolum. Die Kirchenväter und gleichzeitige andere Schriftsteller sind uns tüchtige Zeugen dafür. Auf diesen Grundsätzen beruht das bekannte Axiom, dass dasjenige katholisch sei, quod semper, ubique et ab omnibus creditum est. Uebrigens wird die Aechtheit der christlichen Tradition an die Stetigkeit des Lehramtes in der Kirche geknüpft. Aus Missverstand dieser Grundsätze hat man der katholischen Kirche vorgeworfen, dass sie die Ge-

wissensfreiheit aufhebe, Menschengesetzungen an die Stelle göttlicher Gebote setze, die Vervollkommnung der christlichen Lehre und des Menschengeschlechts hindere, und menschliches Urtheil als bindende Norm für alle Zeiten hinstelle. Wir überlassen die genauere Widerlegung dieser Vorwürfe einem andern Zweige der Wissenschaft. Wenn die allgemeine Kirche zu einer Zeit für eine Lehre ihren Glauben aussprach, so kann dies in Zukunft allerdings nicht geändert werden, weil ein Ausspruch eine That-sache ist über den ererbten Glauben der Kirche, den man nachher nicht widersprechen kann. Denn, wie könnte man später besser wissen, was erbt, was apostolische Lehre ist, als früher? — Die christliche Lehre erscheint bloß problematisch, weil die spätere Zeit gegen die frühere voraussetzte, dass man überhaupt über den Gegenstand keine Gewissheit habe, während doch der heilige Geist, unter dessen Leitung die Bewahrung der Lehre schriftgemäss gedacht wird, sich nicht widersprechen kann. Ein solcher Kirchenausspruch z. B. des nicäischen Concils, ist somit kein subjectives Urtheil der versammelten Väter, sondern ihr Zeugniß über den von den Vätern und Aposteln ererbten Glauben. Wer ihnen also glaubt, glaubt nicht dem Urtheil eines Menschen, sondern der ererbten apostolischen Lehre. Man wird also das Argument umzukehren berechtigt sein und schliessen müssen, dass derjenige, der

in Erforschung dessen, was Lehre Christi ist, blos seinem Urtheil, unabhängig von aller Vergangenheit und kirchlicher Gemeinschaft folgt, alles kirchliche Leben aufgebe, unevangelisch handle, der Anordnung Christi widerspreche, also eigentlich menschlichen Satzungen folge. Die wahre Freiheit besteht darin, den Anordnungen Christi zu folgen mit Freiheit. Daraus ergibt sich, dass durch die Grundsätze der Kirche Christi das Fortschreiten der wahren Aufklärung nicht gehindert wird; es soll nach diesen Grundsätzen nur die Lehre Christi bewahrt werden. Das Fortschreiten der Kultur kann nicht dadurch bedingt sein, dass man in den Stand gesetzt wird, jene Grundsätze etwa zu verwerfen, denn dies wäre Rückschritt. Fortschritte machen, kann im christlichen Sinne nichts Anderes heissen, als in den Sinn der Lehre immer tiefer eindringen, die Beziehungen der Lehre unter sich und allseitig tiefer erfassen, von denselben ergriffen und durchdrungen werden, und auf diese Weise mit dem Glauben ein Erkennen verbinden, wenn man sich so ausdrücken will. Nur dann werden dem wahren Fortschreiten Hindernisse gelegt werden, wenn man die Art des Vortrags für eine gewisse Zeit, die Auffassung einer Lehre auf einer bestimmten Kulturstufe, die Erklärung und Begründung derselben als gleich unveränderlich mit der Lehre selbst betrachtet, was im Geiste des Katholizismus an und für sich nicht liegt.

Trefflich drückt sich in dieser Beziehung Vincenz Lerin. aus (Commonit. c. 23): „was hat die Kirche durch die Concilienbeschlüsse je Anderes bewirkt, als dass der früher einfache Glaube mit desto mehr Sorgfalt ergriffen, und, was früher zu gleichgültig, nachher desto nachdrücklicher gepredigt, und was mit allzugrosser Sicherheit gelehrt, später desto sorglicher ausgebildet werde?“ Das also hat die Kirche aus Veranlassung der häretischen Meinungen durch Concilienbeschlüsse bewirkt, dass sie das, was sie durch die Voreltern in Tradition erhalten, der Nachkommenschaft schriftlich übergeben hat, indem sie eine grosse Summe von Lehren in wenigen Worten zusammenfasst; und meist, der leichtern Verständlichkeit wegen, nicht mit neuem Sinne, sondern einer neuen Benennung bezeichnet. — Die Kirche ist eine apostolische, wie sie von Christus selbst angeordnet, von den Aposteln durchgeführt, bis auf unsere Zeiten herab fortgepflanzt wurde.

D. Ein ferneres wesentliches Merkmal der Kirche ist ihre Heiligkeit. Die Kirche ist eine heilige Gemeinschaft in ihrem Ursprunge, denn Christus hat sie gestiftet; in ihrem Zwecke, denn Heiligung des Lebens und Gottähnlichkeit ist ihre Aufgabe; in ihren Mitteln, denn durch die Sacramente wird der heilige Geist ausgegossen.

Streben nach Heiligkeit ist das höchste Ziel

der Kirche. Man darf diesen Charakter nicht so fassen, also lege sie sich dieses Prädikat bei, wenn man dasselbe auf das Leben aller Mitglieder bezieht, sondern so, dass sie in immerwährendem Streben dahin begriffen ist. Eine Kirche, der dieses Ziel mangelt, ist eine nicht gute Gemeinschaft. Ausserdem legt sich die katholische Kirche auch den Charakter der Ausschliesslichkeit bei. Die Kirche, in welcher die Mittel des ewigen Heils niedergelegt sind, ist zur Erlangung der Seligkeit unumgänglich nothwendig. Wenn sich hienach die katholische Kirche rühmt, die alleinseigmachende zu sein, (*extra ecclesiam nulla salus*) so ist dies der bestimmte Ausdruck des Bewusstseins des ihr von Christo aufgesetzten Zweckes. —

— Recht ist gegeben, dass die Freiheit mehrerer Menschen neben einander bestehen könne. Und dass diese Freiheit bestehen kann, desswegen hat man Gesetze, und was innerhalb dieser geschieht oder geschehen kann, ist Recht. — Eine allgemeine Gewalt, Staatsgewalt muss da sein zur Handhabung der Gesetze. Der Staat hat das Aufsichtsrecht (*jus inspectionis*), das Verhütungsrecht (*jus cavendi*), das Reformationsrecht (*jus reformandi*) wovon später, und das Obereigenthumsrecht an dem Kirchenvermögen (*jus supremi domini*). Alle können besondere Zwecke verfolgen. Thun sich nun mehrere zusammen und verfolgen denselben Zweck,

so entsteht Gesellschaft in der Gesellschaft, und diese hat ihre besonderen Gesetze. Die inneren Gesetze im Menschen gehören nicht dem Kirchenrechte an, sondern der Moral.

Der Innbegriff der Rechte und Verbindlichkeiten, welche der Kirchengewalt gegen ihre Glieder, und diesen gegen jene zukommen, ist Kirchenrecht in objectivem Sinne; subjectiv ist es die Wissenschaft, systematische Kenntniss der Kirchenrechte.

Wie im Staate Zwang auch Recht sein kann, so gibt es in der Kirche auch einen Zwang, der aber nur die äussere Ordnung erhalten soll, wenn es auf andere Weise nicht sein kann aber nie zur Hervorbringung der Tugend. Der Zwang der Ausschliessung von ihren Rechten kommt jeder Gesellschaft zu, wenn das Glied die Gesetze und Regeln nicht befolgt. Dies liegt im Begriff einer geistigen Gesellschaft, oder der geistigen Gewalt. —

§. 2.

Namen und Eintheilung des Kirchenrechts.

Man spricht von jus ecclesiasticum, sacrum, canonicum, pontificium. — Jus canonicum ist von *Κανών* genommen, welches wie regula ein Richtsicherheit bedeutet. Wahrscheinlich brauchte man das Wort zum Unterschied von dem *νόμοις*, den Staatsgesetzen, um den reelen Unterschied zu bezeichnen.

Früher hiess Canon ein allgemein verbindliches Kirchengesetz. Und da nur Concilienbeschlüsse allgemeine Kraft hatten, so hiessen nur diese so. Als später päbstliche Decretalien den Canonen gleich gestellt wurden, wurden auch diese so benannt. Als man eine kirchliche Sammlung machte, und die Concilienbeschlüsse und die päbstlichen Dekretalien die zwei Hauptbestandtheile waren, so erhielt die ganze Sammlung den Namen *jus canonicum*. *Jus ecclesiasticum* ist einfach abzuleiten, hingegen *jus sacrum* kaum anwendbar, da die Gesetze der Kirche als Gesellschaft, abgesehen von den Glaubenslehren, in liturgischen Anstalten streng genommen, keine *sacra* sind. So ist weniger passend *jus divinum*, da nur Weniges im Kirchenrecht göttlichen Ursprungs ist. Auch *jus pontificium* ist nicht geeignet, da nicht alle Kirchengesetze päbstlichen Ursprungs sind. — Was den Umfang des Kirchenrechts betrifft, so muss das alte Kirchenrecht von dem neuen wohl unterschieden werden, sofern viele Rechte dem Staate heimgefallen sind.

Das Kirchenrecht kann: 1) der Quelle, 2) dem Gegenstande, 3) der Verbindlichkeit und 4) der Zeit nach eingetheilt werden.

Nach 1) ist es natürlich oder positiv. Das positive ist göttlichen oder menschlichen Ursprungs. Das natürliche Kirchenrecht ist das, welches die Vernunft aus sich ableitet, das positive das-

jenige, welches auf einer Autorität beruht, sei sie göttlich oder menschlich. —

Man läugnet oft, dass es ein natürliches Kirchenrecht gebe, da das positive natürlich sei und Gott nichts Unnatürliches geoffenbaret habe. Alles ist nicht rein positiv, sondern schon in der Natur der Sache gegründet.

Nach 2) öffentliches und Privat-Recht; ersteres ist innerlich oder äusserlich. Das öffentlich innere bestimmt das Verhältniss der Gesellschaftsgewalt gegen die Glieder der Kirche, das Privatrecht das Verhältniss der einzelnen Kirchenglieder zu einander, betrachtet nach ihren Privatinteressen. Das äussere öffentliche Kirchenrecht entwickelt das Rechtsverhältniss zwischen Staat und Kirche, sowie zwischen Kirche und andern Gesellschaften neben ihr. Gegen die Eintheilung des Kirchenrechts in öffentliches und privates erheben sich Stimmen. Einige Rechtslehrer gehen vom Verhältniss der Kirche zum Staat aus, und in Betracht, dass die Kirche im Staate sei, und in der Kategorie der im Staate existirenden Gesellschaften, geben sie der Kirche nur das Prädicat „privat“; — wenn aber die ganze Gesellschaft nur privat sei, so könne von öffentlichem Rechte keine Rede sein: man müsste sagen, das öffentliche Recht dieser Privatgesellschaft. Allein da es nicht auf Bezeichnung, sondern auf Begriff ankommt,

und ein Analogon zwischen öffentlichem Staats- und Kirchenrecht stattfindet, indem man unter öffentlichem Staatsrecht dasjenige Recht begreift, welches zwischen der Staatsgewalt und den Gliedern desselben stattfindet, und dies auch unter öffentlichem Kirchenrecht: so konnte man diese Benennung beibehalten, obwohl sie wünschen, dass man den grossen Unterschied zwischen Staat und Kirche in dieser Hinsicht auch bezeichnen möchte.

In Beziehung auf die Entstehung: inneres und äusseres Kirchenrecht. Hier wurde der Mangel eines logischen Grundes vorgeworfen; indem man unter ersterem die Rechte versteht, die vom Staate der Kirche zukommen. Daher es eigentlich einen Zweig des Staatsrechtes ausmacht, allein der Sache wegen kann man diese Benennung beibehalten.

In Bezug auf Verpflichtung ist das Kirchenrecht allgemein und besonder; letzteres geht auf eine Provinz, Nation und Diöcese. Das Wesentliche des Kirchenrechts ist aber nothwendig und überall gleich. Verschiedenheit gibt es nur im Zufälligen. In Bezug auf die Zeit, altes, neues und neuestes. Das alte lässt man gewöhnlich gegen die Mitte des 9. Jahrhunderts bis Pseudo-Isidor gehen, das neue bis auf das Concil von Constanz 1414, das neueste bis auf unsere Zeit. —

§. 3.

Nutzen des Kirchenrechts.

Der Nutzen einer Wissenschaft ergibt sich aus ihrem Inhalt an und für sich, aus dem Eingreifen in andere Doktrinen und ins Leben. Da nun das Kirchenrecht die Darstellung des Organismus der Kirche oder die Grundsätze der Kirchenverwaltung enthält, diese aber die Bedingung der Kirche und der Religion ist, somit gerade, wie der Körper das Sein der Seele im Zeitlichen bedingt: so hat das Kirchenrecht für jeden das sprechendste Interesse, dem die Religion nicht gleichgültig, besonders aber für jenen, der einen Theil des hierarchischen Organismus ausmacht, wird es unerlässliche Pflicht, dieses kennen zu lernen, um sich in dieser Stellung zu begreifen, um Rechte und Pflichten zu erfahren.

Dann ist die Auseinandersetzung der Rechte zwischen Staat und Kirche wichtig.

Das Interesse der Kirchenfreiheit liegt Jedem ob. Indem man das, was sein soll, mit dem was ist, vergleicht, bekommt man wichtige Resultate, lernt die Gegenpartei kennen und die passenden Mittel, sie zu beseitigen. —

Im Verhältniss zu andern Disciplinen offenbart das Kirchenrecht aufs Civilrecht in seiner Geschichte grossen Einfluss. Der Civilprocess ist aus dem

kanonischen Rechte entlehnt, viele privatrechtliche Verhältnisse, kanonische Ehe, kanonischer Zehend und Patronatsgesetzgebung gingen in selbes über. In der Ausübung des Rechtes würde man ohne Kenntniss des kanonischen Rechts sich nicht zu- recht finden können.

Das Kirchenrecht in seinen besonderen Beziehungen.

§. 4.

Quellen.

Die Quellen des Kirchenrechts sind positive oder natürliche. Die ersten sind theils göttliche, theils menschliche.

I. Göttliche Quellen. a. Heilige Schrift. Das alte Testament gehört nicht eigentlich hieher, da seine Disciplinargesetze keine verbindende Kraft für uns haben, und somit seinen Traditionen nur in sofern verbindende Kraft innewohnt, als sie ausdrücklich recipirt sind. Wohl ist das neue Testament eine Quelle. Indessen sind die Ansichten verschieden, weil man das neue als Fortsetzung des alten

annimmt. So z. B. trug man die hierarchischen Leviten, Presbyteri u. A. auf das christliche Gebiet über.

Was nicht recipirt ist aus dem alten Testamente, hat nur antiquarischen Werth. Der neue Bund ist die vorzüglichste Quelle, welche die Grundlage der Kirchenverfassung enthält. Im Allgemeinen ist aber anzunehmen, dass das örtliche und zeitliche Verhältniss nicht immer stattfindet und nach Umständen anders ist, jedoch ist die Ansicht hierüber nach den Konfessionen verschieden.

b. Göttliche Tradition. Diese wird zu Hülfe genommen bei Bestimmung der Frage: wer die oberste Gewalt in der Kirche habe? Die Grundsätze in Bezug auf Concilien, Primat, wesentliche Rechte der Bischöfe sind von ihr abgeleitet. Sie wird erwiesen aus der Kirchengeschichte. —

II. Positiv menschliche Quellen. a. Kirchenverordnungen sind:

1) apostolische 1. Cor. 1, 7. „Diese Verordnung gibt nicht der Herr, sondern ich.“ Die Constitutionen sind nicht von ihm. —

2) Concilienbeschlüsse, eigentliches *jus canonicum*.

3) Päbstliche Verordnungen. a. *Decretalien*, = Antworten auf Anfragen in kirchlichen Angelegenheiten. b. *Rescripte*, = Schreiben die auf Bitten ergangen sind. c. *Decrete*, =

gerichtliche Aussprüche in Streiten, wo nach Rom recurriert wurde. d. *Mandata*, = eigentliche Befehle an Kirchen und ihre Vorsteher. e. *Decreta* oder *Statuta generalia*, = päpstliche Anordnungen in allgemeinen Concilien. f. *Edicte*, welche, ausser den Beschlüssen der allgemeinen Concilien, an die allgemeine Kirche erlassen wurden. Dieser Unterschied wird jedoch in den päpstlichen Verordnungen nicht immer gemacht.

Die vor dem 12. Jahrhundert erlassenen Verordnungen sind in Gratians Decreten benützt; die einige Jahrhunderte nach Gratian erlassenen Verordnungen kommen gewöhnlich noch zu allgemeinem Ansehen und sind ins *Corpus juris canonici* aufgenommen; die jüngsten aber erlangten höchst selten allgemeines Ansehen.

4) *Rechtmässige Gewohnheiten und Observanzen.*

5) *Staatsverordnungen.* Wenn auch Staat und Kirche verschieden sind, und jener keine eigene Gesetzgebungskraft für die Kirche hat, so existirt doch diese im Staate, und ist sehr nahe mit ihm verbunden, in sehr vielen Berührungen mit ihm. Manche Gegenstände sind gemeinschaftlich. Es erliessen daher die Staaten zu allen Zeiten die Kirche betreffende Verordnungen, nur die erste Periode ausgenommen, wo die Kirche noch keine bürgerlich-rechtliche Existenz hatte. Die grössere oder mindere

Frequenz der Staatsverordnungen hängt davon ab, ob die Staatsgewalt Uebergewicht über die Kirche hat, oder diese über jene. Unter Justinian, den fränkischen Königen und vielen deutschen Kaisern flossen beide zusammen. —

Natürliche Quellen.

1) Naturrecht. Allgemeines Staats- und Gesellschaftsrecht.

Aus dem Kirchenrecht wird das Wesentliche, Bleibende, die Natur der Kirchengesellschaft abgeleitet, welche nur die positiv göttliche sein kann. Das Kirchenrecht wird nur angewendet, wenn uns die positiven Vorschriften verlassen. Besonders wichtig ist es bei Bestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. —

Besondere Quellen.

Jedes Land, jede Provinz hat ihre eigenen Rechtsquellen, z. B. Deutschland. 1) Die deutschen Nationalconcilien. 2) Concordate der Deutschen mit Rom. 3) Deutsche Rechtsgesetze.

Im Falle einer Collision der genannten Rechtsquellen ist eine göttliche einer menschlichen, und das Paricularrecht dem universellen vorzuziehen.

Die Interpretation; sie ist autentica judiciaria, doctrinalis, oder usualis, philologica, philosophica, historica.

Bei Auslegung eines Gesetzes ist zu untersuchen: 1) zu was, und 2) wie weit dasselbe verpflichtet. Dieses muss aus der Formel des Gesetzes und aus der Natur der Sache, besonders aber aus der wahrscheinlichen Absicht des Gesetzgebers entnommen werden, wozu in der Geschichte die Veranlassung wo möglich zu suchen ist.

Die Kundmachung eines Gesetzes, promulgatio, ist jener Akt, wodurch bewirkt wird, dass Diejenigen, denen ein Gesetz gegeben wird, eine Kenntniss davon erlangen. Daraus folgt: 1) ein nicht promulgirtes Gesetz verpflichtet nicht. 2) Nach der Bekanntmachung verbindet es, ausgenommen, wo ein bestimmter Termin der Verbindlichkeit ausdrücklich gegeben wird. —

Es ist in Bezug auf den Raum zu merken, dass ein Gesetz nur da verbindet, wo, und in Bezug auf die Zeit, nur von dem Punkte an, als es promulgirt wurde. Es verbindet die künftige, nicht die vergangene Zeit, d. h. es findet keine Rückwirkung Statt. Was von der Verbindlichkeit jener Bullen, die nur in Rom angeschlagen werden, zu halten sei, ist nach den angegebenen rechtlichen Grundsätzen zu ermessen, ob sie pro urbe et orbe seien? —

Die Forderung einer unbedingten allgemeinen Annahme solcher Bullen wäre 1) der Natur der Kirchenverordnungen entgegen, da alle Verordnungen des Pabstes nur Gesetzes-Kraft haben, wenn

und wo die Bischöfe, welche die Angemessenheit für Local-Umstände und Verhältnisse zu beurtheilen haben, sie annehmen, so können sie nicht schon gültig sein, weil sie irgendwo angeschlagen sind.

2) Widerspricht es der Observanz. Man theilte die Beschlüsse der Synoden abwesenden Bischöfen mit.

3) Wurde dieses Verfahren eingeführt, als die päpstlichen Verordnungen Widerstand fanden. Weil man an vielen Orten den Consens nicht voraussetzen konnte, stellte man den Grundsatz auf, dass sie ohne den Consens der Bischöfe schon gelten sollen. — Die häufigen Erlasse des apostolischen Stuhls sind sog. Rescripte, meist an Kichenvorsteher gerichtet, auf Anfragen, Bitten in Rechts- oder Gnadensachen. Zur Gültigkeit eines solchen wird erfordert, dass es von Seite des Bittstellers in causa justitiae regelmässig von ihm selbst erwirkt werde. Von Seite des Bittverleihers, dass es authentisch sei. Dasselbe begründet in der Regel nur ein Particularrecht. Statuten sind Rechtsnormen, weche kirchliche Corporationen zur Regelung ihres inneren Lebens sich selbst vorschreiben.

Die Verbindlichkeit der Kirchengesetze hört auf, wenn die Behörde sie zurücknimmt, wenn sie sich verlieren, oder eine andere Gewohnheit an ihre Stelle kommt, und wenn in einzelnen Fällen Dispensationen und Privilegien eintreten. Da die Gesetze entweder von der allgemeinen Kirche ge-

geben sind, oder nur Gültigkeit haben, wenn sie die allgemeine Kirche annimmt, so folgt, dass solche auch allgemein verpflichten, somit den Pabst und die Bischöfe, überhaupt alle Glieder. — Die Achtung vor dem Gesetz fordert, dass der Gesetzgeber es zuerst beobachte. Das Tridentinum (Sess. 24, 1. de reformatione) sagt in dieser Beziehung sehr schön: Particulargesetze verbinden nur den Ort, wofür sie gegeben. Fremde und Reisende sind weder an die Particulargesetze des Wohnortes noch des vorübergehenden Aufenthaltsorts gebunden, wohl allerdings an jene, die ausdrücklich für sie gegeben; an jene, die sie ohne Aergerniss nicht überschreiten können; an jene, die in Bezug auf ihre Geschäfte und etwaige Vergehen gegeben sind.“

Da menschliche Gesetze durch gewisse Verhältnisse, welche die Gründe des Gesetzes sind, herbeigeführt worden, so hören die Gesetze auf, und sollen aufhören, wenn die Verhältnisse nicht mehr stattfinden, unter denen sie gegeben sind, sonst würde das Gesetz seiner Absicht gerade entgegen sein. Hört aber nun der eine oder andere Grund auf, so verschwindet darum das Gesetz noch nicht. Uebrigens ist der Gesetzgeber bei Aufhebung des Gesetzes an die nämlichen Bedingungen, wie bei der Annahme gebunden, d. h. wer einzuwilligen hat, dass ein Gesetz sei, hat auch einzuwilligen, dass es nicht sei.“

Dispensation ist die Befreiung von der Rechtsregel für einen einzelnen Fall und von der Absolution dadurch verschieden, dass sie sich auf künftige, diese auf vergangene Handlungen bezieht. Das Recht zu dispensiren steht Jenem zu, der das Recht hat, das Gesetz zu geben, wovon dispensirt werden soll.

Daher kann von einem göttlichen Gesetze kein Mensch dispensiren.

Da man annehmen muss, dass das Gesetz gut sei, so darf nur mit grosser Behutsamkeit dispensirt werden. Es müssen also nachweisbare Vortheile für einzelne Kirchen oder Personen existiren, die angegebenen Gründe müssen wahr sein, und keine Umstände verschwiegen werden. Auch sollen Dispensen unentgeltlich ertheilt werden. So das Trid. Sess. 25, 18. Es setzt bei, dass anders ertheilte Dispensationen für erschlichen anzusehen seien. Absolute Absolution geht auf die Befreiung von einer rein moralischen Strafe (im engern Sinn), die Begnadigung auf äussere Strafe, öfters auch Ablass genannt. Den Pabst dispensirt sein Beichtvater, sonst die Behörden.

Privilegium ist die Ausnahme einer Person oder Sache von der Rechtsregel für alle Fälle gleicher Art. Wenn die Rechtsregel für die Personen mit Vortheil verbunden ist, so ist die Ausnahme nachtheilig, ist jene mit Lasten verknüpft, so ist diese

günstig. Daher gibt es privilegia onerosa, und favorabilia. In Bezug auf das Subjekt, auf das sich Privilegien beziehen, sind sie persönliche oder sächliche. Da mit dem Aufhören des Subjects auch dessen Vorthelle und Lasten aufhören, so hören mit dem Absterben der Person, welche Privilegien hatte, diese selbst auf. Sächliche Privilegien erben sich auf die Personen fort, die die Sachen besitzen, so lange, bis die Sache selbst nicht mehr ist. Dies gilt nur als Regel. In besonderen Fällen hängt die Dauer von Bedingungen ab, worunter die Privilegien verliehen worden. Auch Widerruf, Verjährung, Missbrauch, zu grosser Nachtheil für Andere, Rechtsverletzungen Anderer durch Privilegien heben diese auf.

Ein Privilegium ist quasi eine auf alle Fälle des gleichen Akts ausgedehnte Dispensation. Dies ist der Unterschied zwischen beiden. Die Privilegien heissen sonst auch vulnera legum. Sie erweisen sich aber als nützlich, weil sie für alle Fälle gleicher Art gelten. — In Rücksicht auf den Beweggrund ist es ein privilegium gratiosum, wenn es aus Gunstbezeugung oder Erkenntlichkeit, ein onerosum, wenn es unter Ausbedingung einer Gegenleistung verliehen wird. Zur Gültigkeit wird gefordert, dass es vom rechtmässigen Kirchenobern ausgehe, dem Wohle der Kirche und den Rechten Dritter nicht zuwiderlaufe.

Begriff der Gewohnheit und Bedingungen.

Gewohnheit ist ein durch Gebrauch mit stillschweigender Einwilligung des Gesetzgebers entstandenes Recht.

1) Sie darf dem göttlichen Gesetze nicht widersprechen, noch dem Gesetzgeber.

2) Dazu kommt öffentliche Einführung, zum Beweise, dass der Gesetzgeber nicht habe widersprechen wollen.

3) Längere Dauer ihrer Existenz.

Wer eine Gewohnheit zu seinem Nutzen anführen will, muss ihr Dasein nachweisen. Alle Gesetze waren anfangs Gewohnheiten. Im Leben der Kirche bestanden die Gesetze schon Jahrhunderte; als man ihren Nutzen sah, schrieb man sie erst auf. Verdrängt die Gewohnheit ein Gesetz, so ist es ein Zeichen eines neuen Bedürfnisses, und jenes muss dieser weichen. Hierauf haben Behörden besonders zu sehen, was die Kirche so oft vernachlässigte.

Observanz gründet sich auf stillschweigende Einwilligung der interessirten Partheien. Sie wird schon durch eine einzige Handlung gegründet; die Gewohnheit durch wiederholte Handlungen.

Stilus curiae. Praejudicia.

Die Gewohnheit, welche das äussere Verfahren vor Gericht bestimmt, ist *stilus curiae*. Wer Rechts-sachen bei Gericht anhängig macht, muss sich nach diesem Style richten, im Fall er auch sehr abweichend sein möchte in anderer Hinsicht.

Praejudicia sind Entscheidungen, die zur Richtschnur in ähnlichen Fällen für die Zukunft dienen.

Rücksichten in Bezug auf die Gewohnheit.

1) Gewohnheit ist kein Missbrauch. Sie wird aber Missbrauch, wenn sie zum Nachtheil für Religion und Sitten wird.

2) Auf die Einwilligung der interessirten Theile darf man nicht schliessen, wenn sich diese in einem wesentlichen Irrthum befinden; z. B. die vielen falschen Observanzen und Decretalien des Pseudo-Isidor.

3) Es gibt solche Rechte, denen man gar nicht nach Belieben und Willkühr entsagen, und welche keine Gewohnheit aufheben kann. Die Gesetze sind zum Besten der Kirche, nicht der Person gegeben. Ein Bischof oder Pfarrer kann sich daher solcher gesetzlichen oder rechtlichen Bestimmungen nicht begeben, und wenn ein anderer kommt, der nach ihm sie ausüben will, so dürfen sie diesem nicht streitig gemacht werden.

§. 5.

Sammlungen des allgemeinen Kirchenrechts und äussere Geschichte desselben.

Die äusere Geschichte hat es mit den Sammlungen zu thun, und es kommt vor:

1) eine Geschichte der Verfassung; 2) der Quellen; 3) der Bearbeitung der Quellen.

Es wird begreiflich, dass in der ersten Kirche noch keine Kirchengesetzbücher vorhanden waren, wenn man weiss, dass es noch keine Gesetze gab, die man hätte eintragen können. Da von Jesus und den Aposteln über die kirchliche Verfassung sehr wenig geschrieben war im Allgemeinen und Besondern, so entwickelten sich die Rechte erst allmählig, wie sie die Bedürfnisse veranlassten. So wie sich nicht alle Bedürfnisse auf einmal zeigen konnten, so entstanden die Anordnungen nicht auf einmal; erst nur wenige, und desswegen zeigte sich auch ein Bedürfniss, sie aufzuschreiben. — Der nachfolgende Kirchenvorsteher übte aus, was er aus der Praxis seines Vorfahrers traditionell erhalten hatte. Die innere Administration und die Gesetze jeder einzelnen Kirche waren einfacher im Verhältniss zu andern Kirchen. Die ersten Christen durchdrang der Geist christlicher Liebe, die zuerst das Einzelne zum Ganzen verband. — Die einzelnen Kirchen regierten sich selbst; nur in bedeutenden

Angelegenheiten wurden sie von anderen unterstützt, und Abhängigkeit im späteren Sinne kam nicht zur Sprache. Die rechtlichen Verbindungen der Abhängigkeit waren meist unbekannt. Es war, wenn man so sagen will, ein patriarchalischer Zustand. Aehnliche Verhältnisse, welche dieses Leben zum Staatsleben bilden, riefen in der Kirche das festere Band hervor, wodurch sich äussere Rechte und Vortheile gestalteten. Vieles Alte, woran man sich bisher unbewusst hielt, wurde jetzt in den Synoden, sowohl was die Verbindung mehrerer, als die Leitung einzelner Kirchen betraf, ausgeschlossen und neue nöthige Bestimmungen beigefügt; man setzt hier voraus, dass die *Canones Apostolorum*, obwohl dem Inhalte nach an die apostolische Zeit grenzend, doch der Fassung nach, nicht von ihnen herrühren, die *Constitutiones Apostolorum* noch später seien, und die pseudo-dionysische Schrift der *hierarchia ecclesiastica* erst im 5. Jahrhundert verfasst worden sei. —

Nun war Stoff vorhanden zu Gesetzbüchern; aber auf öffentliche Auctorität, welche die ganze Kirche verpflichtet hätte, wurde noch kein Gesetzbuch verfasst; es gab noch nicht einmal Privatsammlungen. Jeder Bischof merkte von den Concilienbeschlüssen, was er konnte, und trug es später in seine Privatsammlung ein. Der ersten Privatsammlung geschieht auf dem Concil zu Chalcedon Erwähnung, wo der

Archidiaconus aus einem Codex canonum vorliest, und diese Sammlung war verschieden von der des römischen Abgeordneten. Daher ergibt sich, dass 1) in der Regel alle Bischöfe Privatsammlungen hatten; 2) dass diese verschieden waren; 3) dass keine veranstaltet war auf öffentliche Auctorität.

Es hat sich auch die Nachricht erhalten, dass Bischof Elephar von Ephesus zu Chalcedon die Nothwendigkeit eines gleichen Codex eingesehen und die vorhandenen Sammlungen mit den Gesetzen der constantinopolitanischen und chalcedonischen Synode vermehrte. Diese Sammlung, deren Dasein nicht bewiesen ist, habe Canonum codex universae ecclesiae geheissen. Neuere Schriftsteller stellen die Behauptung, als habe das chalcedonische Concil selbst eine gesetzliche Sammlung angeordnet, für irrig dar; auch sei der genannte Codex can. univ. eccl. nichts Anderes, als eine misslungene Nachbildung der griechischen Sammlung in ihrer vermeintlich ältesten Gestaltung. cfr. Perman. §. 114. Diese Sammlung soll die Canonen der alten Kirche, die 87 Const. apost., die Synodalbeschlüsse von Sardica, Ancyra, Neocaesarea, Gangra et Laodicea und einiger carthaginensischen Synoden enthalten. Die Canonen dieser Synoden und mehrerer Bischöfe sollen alle nur in chronologischer Ordnung und in fortlaufender Zahlenreihe eingetragen gewesen sein, daher der neuere Namen Consequentia canonum.

Aus den erwähnten chronologischen Sammlungen wurden Sammlungen in systematischer Ordnung compilirt, und zwar zuerst von Johannes, Presbyter zu Antiochia, früher Scholasticus daselbst, der alle Kirchengesetze unter 50 Titel brachte und ihr Studium sehr erleichterte. Auch die kaiserlichen Gesetze in Betreff der Kirche waren darin aufgenommen; später erhielt diese Sammlung den Namen Concordia canonum. Gegen das Ende des 6. Jahrhunderts gab die Trullanische Synode ihren Codex Canonum ecclesiae orientalis heraus. Es war dies die erste von kirchlicher Auctorität ausdrücklich sanctionirte Sammlung von Kirchengesetzen. Es wurden als Gesetze der allgemeinen Synoden alle Verordnungen der früher im Orient gehaltenen Provinzialsynoden, und viele Bestimmungen einzelner Bischöfe, z. B. des Basilius, Athanasius, Theophilus, Dionysius von Alexandria aufgenommen, selbst Verordnungen Cyprians, da doch dieser ein abendländischer Bischof war. Merkwürdig ist, dass keine Decrete römischer Bischöfe darin zu finden sind. Diese Sammlung wurde später noch durch 22 Canonen des 7ten allgemeinen Concils von Nicäa vermehrt, und gibt in dieser Gestalt die möglichst vollständige Uebersicht der griechischen Kirchengesetzsammlungen bis zu Anfang des 9. Jahrhunderts. Auf Johannes Scholasticus folgte Photius im 9. Jahrhundert, der die 50 Titel jenes Codex auf 14 reducirte und die seither

erlassenen kaiserlichen Verordnungen und Synodalbeschlüsse beisetzte. Photius kann als der Gratian der occidentalischen Kirche angesehen werden. Von nun an geschah im Orient wenig mehr; wie alle Wissenschaft verlassen wurde, so auch diese. Bloss Photius wurde noch commentirt und ausgezogen. Seine Sammlung ist die reichhaltigste aller griechischen Collectionen in 2 Theilen, wovon der erste die Stücke des Trullaner-Codex, der zweite den sogen. Nomocanon in 14 Titeln enthielt. Als weitere Rechtssammlungen sind noch anzuführen: 1) der Codex Theodosianus, angefertigt auf Befehl Kaisers Theodosius II., publicirt anno 438, enthaltend die kaiserlichen Constitutionen von Constantin an. 2) Codex Justiniani, enthaltend die Constitutionen von Hadrian bis Justinian, revidirt durch Tribonian — codex repetitae praelectionis. 3) Digesta seu Pandectae etc. in 50 Büchern von demselben Tribonian. 4) Institutiones in 4 Büchern. 5) Die Novellen Justinians, viele kirchliche Verordnungen von diesem Kaiser enthaltend.

§. 6.

Rechtssammlungen der lateinischen Kirche.

Der römische Abgeordnete hatte zu Chalcedon auch eine Privatsammlung, allein so, wie sie jeder einzelne Bischof gehabt haben mag. Als die Lateiner

die vollständigere Sammlung der Griechen bemerkten, übertrugen sie diese ins Latein. Es entstand *prisca canonum translatio*, von einem Unbekannten barbarisch übersetzt. Gegen 526 unternahm Dionysius Exiguus, Abt zu Rom, ein guter Grieche und Lateiner, eine neue Arbeit. Er übersetzte die griechische Canonen-Sammlung, vermehrte sie mit Briefen, Decreten der Päbste von Siricius († 398) bis Anastasius († 498). Das Ganze hiess *codex canonicus veteris ecclesiae*.

Da Hadrian I. im Jahr 784 Karl dem Grossen ein Geschenk mit Dionys' Arbeiten machte, die noch mit spätern Canonen vermehrt war, so kam diese Sammlung auch nach Deutschland und Gallien. Dass Dionys Decretalien der Päbste angehängt hat, ist kein Vorwurf. Dies war im Occident nicht die einzige Sammlung. Martinus, Erzbischof von Braga (Martinus Bracarensis), unternahm eine Sammlung griechischer und lateinischer Synodal-Beschlüsse um 572, zunächst nur für den Gebrauch seiner Kirche. Dieselbe besteht aus 84 Capiteln (*Capitula Martini*) in 2 Theilen.

Fulgentius Ferrandus, afrikanischer Diakon in Mitte des 6. Jahrhunderts, gab einen Auszug der meisten griechischen und afrikanischen Synodalbeschlüsse heraus, den man für einen Auszug des Codex der afrikanischen Kirche hält; er schöpfte der Sammlung den Namen *Breviatio canonum*. —

Cresconius, afrikanischer Bischof, kümmerte sich 679 um die Bearbeitung des Kirchenrechtes. Die von Dionys neu chronologisch gesammelte Canonen brachte er unter 300 Titel in eine materielle Ordnung und fügte ein Breviarium als Index bei.

Eine neue grosse Sammlung entstand in Spanien zu Anfang des 7. Jahrhunderts durch Isidor, Bischof von Sevilla in Spanien; sie ist der des Dionys ähnlich, sofern sie auch, wie diese, in 2 Theile zerfällt. Der erste enthält fast dieselben Concilienbeschlüsse, der zweite dieselben Decretalien der römischen Bischöfe. Der Hauptunterschied ist aber, dass die lateinische Version der Canonen eine andere als die dionysische ist, und die Canonen mehrerer spanisch-afrikanischen Synoden angehängt sind. Man nannte es das *corpus Canonum hispaniense*; es wurde späterhin sehr vermehrt.

§. 7.

Zweite Periode: Von Isidor bis auf Gratian. — Pseudo-Isidor.

Dem Isidor von Sevilla wurde im 9. Jahrhundert ein Werk unterschoben, welches von den in dem seinigen herrschenden Grundsätzen durchaus abweicht. Es ist nun kein Zweifel mehr, dass diese Arbeit eine unterschobene sei, dass nämlich dem ersten

Buche 100 Decretalien von Rom von Clemens Siricius angedichtet worden. Ueber die Tendenz des Verfassers, die Entstehung der Sammlung und Folgen derselben sind die widersprechendsten Ansichten aufgestellt. Man behauptete bald, er habe die Erhöhung des römischen Stuhls, bald — die Befreiung des Bischofs von der Metropolitangewalt bezweckt. Besonders aber kommt es darauf an, ob die Sammlung ein so neues System enthalte, wie man behauptet. Dies ist nicht der Fall. Das Pseudo-Isidorische Rechtssystem war meist schon vorhanden, ehe Isidor auftrat, und es sprach gleichsam als Organ seiner Zeit derb und klar aus, was in ihr lag; es beförderte nur den raschen Lauf nach dem Ziele, wohin alle Elemente der Zeit strebten; denn jetzt beginnt eine verdorbene, zerrüttete Periode, wo Alles zu zerfallen drohte; sie bedurfte eines Vormundes, und man fand diesen im römischen Bischofe, dessen Macht sich mit wachsenden Bedürfnissen nach Reichthum vermehrte. Pseudo-Isidor sprach die Bedürfnisse seiner Zeit nur aus; und was er that, ist insofern neu, als es dem Lauf noch eine bestimmte Richtung gab. Der Unterschied ist nur der, dass der Pseudo-Isidor seine im Laufe der Zeit erst entwickelte Kirchen-Verfassung für eine solche ausgab, die so alt sei, als die Kirche, weil er seine Decretalien den Päbsten unterschob. Freilich, wenn man sein Recht mit der ältesten Zeit der Kirche ver-

gleich, dann ist es jenem widersprechend und neu; aber es widersprachen auch zu jener Zeit die Sitten den alten.

Inwiefern man nun das auf Isidor folgende Kirchenrecht eine Folge der Isidorischen Decretalien nennen könne, ergibt sich von selbst.

Wenn Isidor nur aussprach, was in seiner Zeit lag, so wären die Folgen doch ohne ihn erschienen, nur in anderer Weise. Insofern hat die Frage keine wichtige Bedeutung mehr, ob er die Bischöfe von den Metropolitcn unabhängig machen, oder die Macht des Pabstes habe vergrössern wollen; beides ist zuletzt eins, die Schwächung der Metropolitangewalt stürzt die päbstliche nie und umgekehrt. Wie die Sammlung entstanden, ob auf einmal von einem Verfasser, oder mehreren, ist noch unbedeutender, weil sie nichts Wesentliches aufklärt, obschon Anlage, Styl und Inhalt auf Einen Verfasser hindeuten.

Die Unächtheit dieser Sammlung, welche unter dem Namen Isidor eingeführt ward, entdeckten zuerst die Cardinäle Nicolaus von Cusa und Johannes von Turrecremata; die Magdeburger-Centuriatoren entwickelten vollends die Beweise für deren Unächtheit, wie denn auch die neueste Kritik zu demselben Resultate führte. Wo und wann entstand die Sammlung? Sie entstand unzweifelhaft im westlichen Frankenreiche, am wahrscheinlichsten in der Mainzer Diöcese. Die Behauptung, dass sie in

Rom oder doch in Italien angefertigt sei, ist bereits hinlänglich widerlegt. Was den Urheber betrifft, so deutet zwar ein Zeugniss auf den Erzbischof Riculf von Mainz hin. Andere nennen als Verfasser einen Diakon Benedict, wieder Andere den Erzbischof Otgar von Mainz. Sicheres lässt sich nicht feststellen. Die Verbreitung des Ganzen kann nicht in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts erfolgt sein, da Rabanus Maurus in seinen Schriften 829 die falschen Decretalen nicht anführt, besonders in seinem Buche: de chorepiscopis nicht, obgleich gerade hierüber die Pseudo-Isidorischen Decretalien ausführlich handeln. Dagegen werden dieselben zum erstenmal im Jahre 857 auf dem Reichstag von Chiersy erwähnt und seit 859 von Hincmar von Rheims schon citirt. Die Gegenstände, welche in dieser Sammlung zur Sprache kommen, betreffen bald dogmatische Fragen, bald moralische Excurse, bald die Disciplin der Gläubigen. Ueber den Einfluss und Zweck des Ganzen sind die Ansichten getheilt. Das Neue, was sie enthalten, besteht darin:

1) alle Concilien, wenn sie gültig sein sollen, müssen vom Pabste zusammenberufen, oder deren Beschlüsse von ihm bestätigt sein.

2) Anklagen gegen einen Bischof können nur in einer Versammlung der Provinzialbischöfe abgeurtheilt werden.

3) Der Bischof, dem das Urtheil nicht gerecht erscheint, kann an den apostolischen Stuhl appelliren.

Zur Zeit, als Isidor Mercator schon im Umlauf war, war längst die Bewegung kirchlicher Angelegenheiten im römischen Reiche ein Gegenstand der Sorge der Patrizier geworden, deren Gesetze Capitularien hiessen. Die Grossen des Reiches und Bischöfe waren versammelt, und wie diese in weltlichen Dingen mitsprachen, so jene in geistlichen.

Ansegisus, Abt von Luxeu und Fontenelle (827), gab unter Ludwig dem Frommen und Carl dem Grossen diese Capitularien in 4 Bänden heraus zuerst, dann Benedict Levita noch 3 Bände, worin die von Ansegisus nicht aufgenommenen Capitularien, viele Auszüge aus Concilien, Schriften der Väter, römische und deutsche Gesetze stehen. Diese Sammlung hat das grösste Ansehen in Spanien, Gallien, Germanien und Italien bis zum 12. Jahrhundert. Die Capitularien sind eigentlich Gesetze, welche von den Königen mit den geistlichen und weltlichen Reichsständen auf den Landtagen erlassen wurden; eine Sammlung nach ihrer ursprünglichen Form veranstaltete der gelehrte Baluzius, sub tit. Capitularia regum Francorum. Paris 1682. 2 Theile.

Die Quellen für das Kirchenrecht sind nach der fränkischen Periode im Ganzen, wie die früheren,

doch Provinzialsynoden; kaiserliche und königliche Decrete nehmen in dem Maasse ab, wie die päpstlichen Decretalien, meist von römischen Synoden, zunehmen. Gegen Ende des 9. und Anfang des 10. Jahrhunderts sammelte Regino, Abt von Prüm († 915), und Burchard, Bischof von Worms († 1025), wo sich immer etwas auf Kirchendisziplin sich Beziehendes vorfand. Wie Burchard den Regino benützte, so entlehnte Ivo von Charters aus Burchard. Die Arbeiten des letzten heissen Decreta. Ein ähnliches Werk von Ivo heisst Pannormia in 8, das Decretum des Ivo in 17 Büchern.

§. 8.

Von Gratian bis zur Synode von Constanz und Basel.

Die schlechten Sitten der Geistlichen, ihre Unwissenheit, der nachtheilige Einfluss der Fürsten bei Besetzung der Kirchenstellen, Simonie, wo Gunst und Eigennutz die Würdigkeit bestimmte; die Schwäche der Fürsten im Lehenverhältniss erhöhten die päpstliche Macht, machten den Einfluss wohlthätig, der von jetzt an, von Gregor VII. an, stieg, der von da an durch eine Reihe grosser Päbste noch erweitert wurde, bis von Bonifaz VIII. mit dem veränderten Charakter und Bedürfniss der Zeit die päpstliche Macht zu sinken begann. Die Quellen des canoni-

schen Rechts sind der Theorie nach dieselben, nur dass die Decretalien des Pabstes die reichlichsten sind.

Das neue Recht und seine vorzüglichsten Quellen enthält das *Corpus juris canonici*, bestehend aus 3 Theilen, wovon der erste das *Decret*, der zweite die Decretalen Gregors IX., der dritte den Sextus, die Clementinen, und seit 1500 noch die beiden *Extravagantensammlungen* enthielt.

1) Das *Decretum*. Der Compiler desselben ist Gratian, ein Benedictiner aus dem Zweige der Camaldulenser in Bologna. Veranlassung gab ihm das zu seiner Zeit sehr betriebene Studium des Civilrechtes, und der Schmerz über das verhältnissmässig sehr vernachlässigte canonische Recht. Dem nun wollte er begegnen und hatte den Nebenzweck, die sich widersprechenden Canonen zu vereinigen, was in seinem Titel: *Concordia discordantium Canonum* ausgedrückt ist. Er wusste nicht, dass Isidors Arbeit falsch sei und schöpfte daher aus ihr als einer ächten Quelle. —

Quellen des *Decrets*. Er schöpfte aus Burchard und Ivo von Chartres, jedoch nicht ohne die Quellen dieses öfters selbst nachzuschlagen, d. h. das alte und neue Testament, allgemeine und besondere Concilien, Decretalien der Päbste (ächte und unächte, also auch Pseudo-Isidor), Capitula-

ria, Aussprüche der Väter, Verordnungen deutscher Kaiser und Könige u. s. f.

Innere Einrichtung des Decrets. Gratian scheint die Eintheilung in Personen, Sachen und gerichtliche Handlungen gewählt zu haben, so doch, dass er dem ersten Theile allgemeine Bemerkungen über Recht und Rechtsquellen vorausschickt. Der erste Theil hat 101 Distinctionen, wovon jede in Canonen zerfällt; der 2te hat 36 Causas, Rechtsfälle; die Causae werden in Quästionen, und die 3te Quästion der 33sten Causa wieder in 7 Distinctionen de poenitentia abgetheilt. Der 3te Theil hat 5 Distinctionen, de consecratione, weil es von geweihten Dingen und heiligen Gebräuchen handelt. Abgetheilt ist er in Quästionen und Canones. Die Abtheilung ist ähnlich wie im Corpus juris civilis.

Nach dieser Sammlung wurde auf der Universität Bologna vorgelesen. Das jus canonicum, ein Zweig des akademischen Studiums, und alle früheren Sammlungen wurden verdrängt, weil diese bequemer abgetheilt ist. — Solche Stellen, deren Anzahl nicht ganz feststeht, heissen Paleae, von ihrem ersten Urheber Paucapalea, Schüler Gratians.

Correctura Decreti. Der Mangel an Kritik in diesem Werke, welches Wahres und Falsches enthielt, entging beim Aufleben der Wissenschaften weder Gelehrten, noch Päbsten. Diese stellten 35

Gelehrte auf, die Fehler zu bessern. Das Decret wurde zu Bologna vielfach auch erläutert, theils durch Glossen (*glossae interlineares et marginales*), theils durch Commentare (*apparatus*). Ein solcher Apparat erhielt besonderes Ansehen und hiess *glossa ordinaria* oder Glosse schlechthin. Gregor XIII. liess 1582 ihre Arbeit drucken; doch blieben falsche Decretalien Isidors und andere unächte darin, so dass die Arbeit von Privaten, wovon sich Anton Augustinus, Erzbischof von Lerida, und Lebartin, Priester und Professor zu Turin, auszeichneten, nicht entbehrlich wurden.

2) Decretalien Gregor IX. Gegen das Ende dieser Periode waren fast alle Rechtsquellen vertrocknet, und nur noch die päpstlichen Decretalien flossen, daher eine Menge von Entscheidungen in einzelnen Rechtsfällen, von Anfragen, Verordnungen u. s. w. Es ist aus dem begreiflich, dass die Quellen des eigentlich Praktischen mehr in den jetzigen, als in den früheren Rechtsquellen zu suchen sei, da das ältere verdrängt, oder sonst modificirt wurde. Die Anhäufung der Decretalien machte eine Sammlung nothwendig. Sieben, theils privatim, theils auf päpstlichen Befehl unternommene Sammlungen entstunden nach und nach. Die vielen zuletzt erschienenen Compilationen der Decretalien liess Gregor IX. durch seinen Caplan Raymund von Pennaforte († 1275) nebst den seinigen sammeln und nach

Bologna zu den Vorlesungen schicken. Es sind 5 Bücher, wovon jedes mehrere Titel und Capitel hat. Die einzelnen Titel folgten nach der Ordnung des Pabstes; die Geschichte ist meistens ausgelassen und nur die Entscheidung angeführt. Auch diese werden so citirt wie die vorigen. Später liess Bonifaz VIII. durch drei ausgezeichnete Gelehrte eine neue Sammlung in 5 Büchern veranstalten; dieselbe enthält die Decrete der 1sten und 2ten Synode von Lyon nebst seinen eigenen Decretalien und heisst, als Nachtrag zu der Sammlung Gregors IX., *liber sextus decretalium*, wie es anno 1298 in Rom publicirt und nach Bologna und Paris zum akademischen Gebrauch geschickt wurde. Dann sammelte Clemens V. die Disciplinarbeschlüsse der Synode von Vienne und liess sie in seinem Consistorio publiciren. Joannes XXII. schickte sie nach Paris, wo sie Clementinae genannt wurden. Ueber die Clementinae glossirte der Curialist Johannes Andreä. Bis hieher *corpus juris canonici clausum*. Noch immer erschienen Decretalien, welche *Extravagantes* genannt und bei der Correction Clemens XIII. aufgenommen wurden. Dieser Zusatz besteht aus 2 Sammlungen; Extravagantes von Joannes XXII. an der Zahl 20 in 14 Titeln und aus Decretalien von Urban IV., Sixtus IV. Extravagantes communes, sc. extra (Decretum) vagantes. Die Sammlung ist in 5 Bücher oder Titel abge-

theilt. Das erste Buch hat aus Mangel an Stoff nur die Aufschrift; das spätere von Petrus Matthäus wird gewöhnlich *liber septimus decretalium* genannt und dem *corpus juris canonici* angehängt, erhielt aber kein gesetzliches Ansehen.

§. 9.

Werth und Ausgaben des Corpus juris canonici.

Das *corpus juris canonici* wurde weder von den Päbsten, noch einem allgemeinen Concil, noch einer anderen Kirche oder Staatsbehörde je ausdrücklich als gesetzliches Rechtsbuch erklärt, aber allgemein stillschweigend recipirt durch den Gebrauch und die Anwendung davon. Die Päbste wiesen darauf hin, und andere Kirchenbehörden, sowie die Studenten verbreiteten es von Paris und Bologna nach allen Gegenden. Bedeutende Vorzüge, die es vor dem Civilrecht hat, machten seine Annahme noch allgemeiner, besonders da es bei Streiten zwischen Parthieen vor dem Civilrecht den Vorzug hatte. Da wir das canonische Recht mit der Glosse überliefert erhielten, so wurde es mit dieser oder diese mit jenem angenommen, und es hiess: *quidquid non agnoscit glossa, nec agnoscit forum*. Um sich vom Kirchenrecht und Gebrauch desselben für die Gegenwart ins Klare zu setzen, ist Folgendes zu merken.

1) Da das, was in der Kirche göttliches Recht, d. h. was aus der heiligen Schrift oder Tradition erweisbar ist, durch Unwissenheit eine Zeit lang unbeachtet geblieben, aber seine innere Kraft nie verlieren, und den Anspruch auf Heilighaltung nie aufgeben darf, so kann es durch keine Gewohnheit, Verjährung, oder menschliche Satzung seiner Verbindlichkeit beraubt werden. Was also diesem widerstrebend im Corpus sein mag, ist zu betrachten als Etwas, das aus Unbekanntschaft mit göttlichem Rechte von ungefähr hineingetragen, und kann keinen Anspruch auf Gültigkeit machen. —

2) Da, was nicht göttlichen Ursprungs, Alles wandelbar ist, so ist Alles im Corpus juris Enthaltene, was diesen Ursprung nicht zeigen kann, wandelbar.

Es folgt, dass die Verordnungen, die später durch rechtmässige päpstliche oder Synodalbeschlüsse oder Concordate, überhaupt durch die Quellen des Rechts der Particularkirchen aufgehoben wurden, — nicht mehr gelten können. —

3) Es hat nur Anwendung, wo es approbirt wurde, und wo uns die Particularrechte einer Kirche verlassen, tritt es als Subsidium ein. Dieses Subsidiarrecht bilden nur die Canonen, die aus Rechtsquellen oder vermeintlichen Rechtsquellen entnommen sind. Was Gratian selbst als Erklärung beifügte,

hat bloß doktrinellen Werth. Inhaltsanzeigen, Aufschriften gehören zum Verständniß der Gesetze, sind aber nie selbst Gesetz. In Bezug auf den historischen Werth ist besonders der erste Theil hoch anzuschlagen. Denn durch viele Stellen werden die alten Sitten, Disciplin und Geschichte oft sehr gut erläutert. Jedoch ist sorgfältige Kritik anzuwenden.

Den ganzen Umfang des Corpus juris stellte zum erstenmal die Ausgabe des Joh. Chappius dar. Eine kritische Nachhülfe gewähren Demochares und Molinäus. Vorthailhaft zeichnete sich die unter päpstlicher Auctorität (Pius IV.) von einer eigens niedergesetzten Congregation verbesserte Ausgabe aus (die sog. *Correctores romani*). Franciscus Penna und Sixtus Fabri machten sich durch Bearbeitung des 2. Theils des Corp. jur. verdient. Im Jahre 1582 erschien zu Rom die glossirte, von Gregor XIII. autorisirte Ausgabe. Von den nicht glossirten Ausgaben sind die besten von den Gebrüdern Pithäus Turin 1746 und von Just. Hen. Böhmer. Die neueste und vorzüglichste Ausgabe ist die von Dr. L. Aem. Richter Lips. 1839.

Ausgaben. Von den glossirten Ausgaben ist die von Charles Dumoulin Ludg. ap. Hugon a Porta 1559. 4. sehr gut.

§. 10.
*Vom Concilium in Constanz und Basel bis zum
 Tridentinum.*

Während die Päbste in ihrer Allgewalt einige Jahrhunderte sehr wohlthätig wirkten und durch den herbeigeführten Kampf zwischen Staat und Kirche die neue Bildung Europas bedingten; wenn ihnen Europa unendlich viel verdankt: so war es nicht so gemeint, dass die Allgewalt noch dauern sollte, nachdem man ihrer nicht mehr bedurfte und die Völker eines höheren Grades von Selbstständigkeit würdiger geworden. Die römische Curie bestand aber stets auf dem Alten, und begriff die neuen Verordnungen nicht. Von jetzt beginnen die Versuche, die Päbste in ihre früheren Grenzen einzuschränken. Schon die Streite Philipps des Schönen mit Bonifaz VIII., worin jener siegte, zeigten eine grosse Veränderung der Dinge. Der unfreiwillige Aufenthalt der Päbste zu Avignon trennte das Pabstthum in sich, indem sich 2—3 das Recht des Supremats aneigneten, und die übrige Kirche in ihrer Anhänglichkeit an das allgemeine Oberhaupt viel schwächer wurde. Die unmittelbar natürliche Folge war die genaue Prüfung der päbstlichen Rechte, Nachforschung über den Ursprung derselben, ihren Wachsthum und ihre Ausbildung. In Avignon der Willkühr französischer Könige preisgegeben, hatten sie die höchste Würde verloren und sich durch die vielen Bedürfnisse und

Schlechtigkeit des Hofes von den an sie zu liefernden Geldern abhängig gemacht; besonders da das revolutionäre Rom keine Abgaben mehr leistete, verloren sie ihre Majestät, und die Welt erkannte in ihnen, statt den Beschützern der Gerechtigkeit, die Unterdrücker der Kirche. Die allgemeine Unzufriedenheit zwang sie zu härteren Maasregeln, bis endlich die Christenheit des traurigen Schismas der Päbste, der Lasten und des Elendes müde, sich in einer Synode zu Costniz versammelte, die 3 Päbste Johann XXIII., Benedict und Gregor XII. absetzte, und besonders wichtige Verordnungen in Betreff auf die Rechte allgemeiner Concilien und ihr Verhältniss zum Pabste aussprach. Es war eine Reformation in Capite et membris bezweckt. Allein weder hier, noch zu Basel, der Fortsetzung des Concils von Constanz, wurde etwas Wesentliches durchgesetzt. Doch sind die Decrete beider Concilien Hauptquellen des neuen Kirchenrechts.

Da für die Verbesserung des Hauptes und der Glieder wenig gewonnen war, stiegen die Missbräuche immer, bis die Kirche in sich selbst zerriss. Das Concil von Trient sollte den noch treu gebliebenen Theil ordnen, verfertigte viele Decrete de reformatione, worin sehr gute Disciplinarverordnungen getroffen wurden.

In Deutschland und Frankreich sind diese Disciplinarbeschlüsse noch nicht allgemein recipirt.

Auch über die Gültigkeit der Synoden von Basel und Constanz wurde viel gestritten.

§. 11.

Besondere Quellen des deutschen Kirchenrechts.

Die Concilien von Basel und Constanz nützten mehr dahin, dass die veränderten Gesinnungen des Klerus und der Laien ein Organ erhielten, wodurch sie sich aussprechen konnten, als dass die drückende Gegenwart wäre aufgehoben worden. Man fand sich, da man keine allgemeine Reformation wollte, von Seite Roms mit jeder Nation besonders ab; mit den Deutschen 1414 wurde zuerst ein Concordat auf 5 Jahre abgeschlossen.

Da das darauf folgende Basler Concil die Beschwerden nicht beseitigte, oder die Päbste auf Beseitigung derselben nicht eingingen, so nahmen die Deutschen 26. Mai 1439 auf dem Reichstag zu Mainz die Reformbeschlüsse dieser Synode an, um sie in Deutschland einzuführen, ohne sich jedoch in anderer Beziehung für Eugen IV. noch für den von der Synode gewählten Gegenpabst Felix IV. zu erklären.

Jedoch der Pabst war dagegen. Nun entschlossen sich die deutschen Fürsten, sich ganz für die Synode zu erklären, wenn Eugen die von ihnen angenommenen Decrete nicht bestätigen wollte. Auf

dem Sterbbette 1447 ertheilte er in 4 Bullen eine bedingte Bestätigung.

Dies ist das **Frankenconcordat**. Der folgende Pabst Nicolaus V. schloss 1448 mit Kaiser Friedrich ein besonderes Concordat zu Rom, wodurch das vorige näher bestimmt werden sollte. Es sollte dieses dem Reichstag vorgelegt werden. Allein der Pabst wollte lieber mit jedem Reichsstande besonders unterhandeln und brachte es dahin, dass alle für die deutsche Kirchenfreiheit in dem Fürsten-Concordate, gewonnenen Rechte verloren gingen, ja dass diese Concordate, die sog. Aschaffener-, richtiger Wienerconcordate sogar vergessen wurden.

Das älteste Concordat der Deutschen anno 1122 ist das mit Calixtus II. und Heinrich V. abgeschlossene Wormserconcordat.

Concordat ist eigentlich ein zwischen den Gewalten in Kirche und Staat über ihr gegenseitiges Verhalten abgeschlossener Vertrag, welcher mehr die äusserlichen Verhältnisse, als wesentliche innere Punkte der Kirche anlangt. Nachdem die Versuche mit den Protestanten zu Trident fehlgeschlagen, erfolgte der 30jährige Krieg und der sogenannte Religionsfrieden und westphälische Frieden 1648. Diese setzten in Deutschland das Verhältniss zwischen den Parteien fest. Beide Verträge sind Hauptquelle für das deutsche Kirchenrecht. Die Reformation und die Gegenpartei bewirkten, dass

man sich fester an Rom anschloss, und desto weniger an wirkliche Verbesserung des Kirchenwesens dachte, oder auf Beseitigung der eigenen Fehler zurückkam. In Deutschland blieb daher langer Stillstand in den Verhandlungen mit Rom. Gegen das Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Erzbischöfe von Mainz, Cöln und Trier über die Legaten aufgebracht, und als in München sich einer niederliess, vereinigte sich der Erzbischof von Salzburg mit ihnen, ihre Metropolitenechte zu bewahren. Sie versammelten sich zu Ems 1786 und drückten ihre Grundsätze in der sog. Emser-Punktation aus (in 23 Punkten).

Die Sache ging wenig vorwärts, besonders da man die Bischöfe von Deutschland zur Theilnahme einzuladen versäumte. Die Emser Punktationen sind für Deutschland keine Rechtsquelle, aber ein wichtiges Aktenstück. Es folgte die durchgreifende aber unvorsichtige Reform Joseph's II., Kaisers von Oesterreich. Mehrere Gährungen und die französische Revolution unterbrachen alles Reformiren.

Nuntien waren in Cöln, in den Niederlanden, Schweiz, München, Wien. Die französische Revolution hatte auf die deutsche Kirche bedeutenden Einfluss. Da das deutsche Reich in einen unglücklichen Krieg mit Frankreich verwickelt wurde, musste anno 1801 im Frieden zu Lüneville das linke Ufer des Rheins an Frankreich abgetreten wer-

den, wo die 3 Rheinbisthümer, aufhörten. Mehrere Bisthümer, Abteien, Prälaturen disseits des Rheines wurden säkularisirt zur Entschädigung der Fürsten. Regensburg wurde der Sitz des deutschen Erzbisthums und Primats. Dalberg war der erste und der letzte.

Nach dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 (besonders wichtige Quelle des deutschen Kirchenrechts) sollte eine neue Dotirung mehrerer Bisthümer vor sich gehen, da aber das deutsche Reich im Frieden zu Pressburg sich auflöste, erfolgte Nichts. Ebenso wenig geschah für die deutsche Kirche unter Napoleon, und auch nach dessen Besiegung wurden auf dem Congresse in Wien nur vergebliche Versuche gemacht. Daher liessen sich einzelne deutsche Staaten mit Rom in Concordate ein. 1817 schloss Baiern durch den Freiherrn von Höfelin, Bischof in partibus, mit dem Cardinal Staatssecretär Consalvi ein Concordat in Rom. 1821 kam so etwas mit Preussen zu Stand. Die neuesten Quellen für das Kirchenrecht dieser Länder sind also diese Concordate. Württemberg, Baden, Hessen, Nassau u. a. traten zusammen um gemeinschaftlich ein Concordat zu erzielen. Bisher konnte man nicht zum erwünschten Ziele kommen. Der Pabst Leo XII. als Cardinal war 1807 selbst in Stuttgart um ein Concordat abzuschliessen, wurde aber plötzlich in derselben Angelegenheit nach Frankreich berufen. Das endliche Resultat liegt in der für die Bildung

der oberrheinischen Kirchenprovinz, und die Begränzung, Ausstattung und Einrichtung erlassenen Bulle von Pius VII. 1821 „Provida solersque“ und der von Leo XII. 1827 „Ad dominici gregis custodiam“. Die hierin niedergelegte Uebereinkunft wurde von den Regierungen von Württemberg, Baden, der beiden Hessen, von Nassau und der freien Stadt Frankfurt bestätigt. In Preussen wurde vom Pabste nur eine Bulle erlassen, worin die Grenzen der Bisthümer und anderer Dinge bestimmt und enthalten sind.

§. 12.

Rechtsquellen der französischen Kirche.

Schon 1269 unter Ludwig dem Heiligen, wurde die berühmte pragmatische Sanktion gegeben, welche treffliche Maasregeln gegen Ausartung und Unordnung des damaligen Kirchenwesens enthält. Nachdem die französische Kirche zur Beilegung des grossen Schisma am Ende des 14. und zu Anfang des 15. Jahrhunderts so viel beigetragen, trat sie den Beschlüssen von Constanx und Basel bei; und unter Carl VII., wurde die pragmatische Sanction 1437 als Folge der genannten Concilien gegeben. Da die französische Kirche dadurch sich von vielen Lasten befreit sah, so hielt sie selbe um so mehr fest, als man von Rom aus, der ausgesprochenen Grundsätze

wegen, sie zu annulliren alle Mühe anwandte. Die Beschlüsse von Basel und Constanz waren Rechtsgesetze; der Pabst stand unter den Concilien. Die Annalen etc. hörten auf, und jeder Franzose sollte im Reiche gerichtet werden. Politische Absichten bestimmten Franz I., Rom nachzugeben. Er erhielt das Versprechen, in seiner Bewerbung um Mailand unterstützt zu werden, und Rom kam in Besitz der früher geforderten Abgaben. Am meisten ärgerte sich die französische Nation über die Vernichtung des Wahlrechts, das der Pabst den Königen gab und der Bestimmung: dass Männer von adeliger Geburt in Besitz einträglicher Pfründen kommen konnten, ohne Beweis ihrer Tüchtigkeit.

1506 wurde durch ein königliches Edikt mit Einwilligung des Pabstes bestimmt, dass Nichtadelige, und hätten sie auch in der Theologie promovirt, nicht zu besonderen Pfründen von Wichtigkeit gelangen können. Dies ist der Grund, warum es in Frankreich so schlecht um die Kirche aussah, da alle wichtigen Stellen mit meist schlechten Leuten besetzt waren.

Das zu Bologna mit Leo X. 1515 geschlossene Concordat erregte den Unwillen der Nation so sehr, dass das Parlament nicht zu bewegen war, dasselbe einzuregistriren, und der Rektor der Universität untersagte bei Strafe den Druck des Concordats. Neue Streite zu Ende des 17. Jahrhunderts zwischen König

Ludwig XIV. und Pabst Innocenz XI. hatten 1682 eine Versammlung der Geistlichkeit zur Folge, die die berühmten Freiheiten der gallikanischen Kirche festsetzte, wonach das Kirchenrecht zu lehren war. In der Revolution wurde alles Kirchenwesen zerstört. 1801 wieder ein Concordat unter Napoleon mit dem Pabste Pius VII. geschlossen, das im Grunde noch heute gilt, denn die zwei andern Concordate von 1813 und 1818 wurden wieder zurückgenommen; das von 1801 sollte nemlich aufgehoben, und das unter Franz I. und Leo X. Unterhandelte im Wesen wieder hergestellt werden. —

Die Ständeversammlung verlangte Abänderungen in den Concordaten von 1813 und 1818 und da der Pabst diese nicht geben wollte, nahm er Alles zurück, weil es sich nicht zieme, die Bewilligungen des heiligen Vaters den Discussionen zu unterordnen, sondern sie ohne Widerrede anzunehmen.

§. 13.

Bullen, Breven, Kanzleiregeln, Decisionen.

Auch in der neuesten Zeit erscheinen stets päbstliche Verordnungen, theils Bullen, theils Breven. Der Name Bulle wurde bei den alten Römern gebraucht, in einem metallenen Schmuck um den Hals getragen; dann nannte man das von den päbstlichen Schreiben abhängende Siegel

in metallenen Kapseln so. Die wichtigen Erlasse heissen Bullen. Das äussere betreffend ist die Materie schwarz Pergament, mit alt gallischen oder gothischen Lettern, welche in der päpstlich-apostolischen Kanzlei gefertigt werden. Das Siegel ist von Blei, enthält auf der einen Seite das Brustbild der Apostelfürsten, auf der andern den Namen des Pabstes. Die Bullen werden bald vom Pabste und den Cardinälen (*bullae consistoriales*), bald allein vom Pabste (*bullae non consist.*) unterschrieben.

Breven sind auf weisses Pergament geschrieben, und nur von einem apostolischen Sekretär, der Sekretariatskanzlei gefertigt, sie haben ein Sigill von rothem Wachs, dem der Fischerring *annulus piscatoris* eingedrückt ist. —

In minder wichtigen Angelegenheiten werden solche erlassen.

Bullarium magnum ist die Sammlung der Bullen in vielen Foliobänden, sie sind gewöhnlich nach chronologischer Ordnung eingetragen. —

Römische Kanzleiregeln (Verordnungen des Pabstes an seine Kanzlei), wie er es wegen der Reservationen während seiner Regierung halten wolle, u. dgl. Decisionen gelten nicht als Rechtsquellen; da sie nur in der römischen Kanzlei publicirt werden, und nur auf die Lebzeit eines Pabstes berechnet sind, so geht ihnen die Natur eines allgemein verpflichtenden Gesetzes ab. Joh. XXII.

machte damit den Anfang 1413, und die Reservationen des Nachfolgers waren gewöhnlich die des Vorgängers. In Deutschland waren mehrere gegen die Praxis recipirt.

Decisiones, notae romanae sind Urtheile, die nur die streitenden Parteien binden, also keine Gesetze und Rechtsquellen.

Literatur des Kirchenrechts.

§. 14.

Zu den Haupthülfsmitteln gehören:

1) Staats- und Kirchengeschichte. 2) Dogmatik. 3) Naturrecht mit seinen Zweigen. 4) Römisches Civilrecht. 5) Exegese. 6) Dogmengeschichte. 7) Sprachenkenntniss, Geographie, Statistik, Diplomatie, Numismatik etc.

Allgemeine Werke, worin Quellen und Hülfsmittel und Bearbeitung des Kirchenrechts enthalten sind:

- 1) Joannis Doviatici praenotionum canonicorum libri quinque Parisiis 1687 mit Zusätzen von Dr. August Schott 1797. Zu Breslau und Leipzig herausgegeben.
- 2) Georgi Sigmundi Lakics. Praecognita juris ecclesiastici universi. Wien 1577.
- 3) Das reichhaltigste und beste: Fr. Ch. Glück. Praecognita uberiora universae juris prudentiae eccles. positiva Germanorum. Halae 1786.

Bearbeitungen.

Ueber einzelne Theile: 1) De Marca de concordia imperii et sacerdotii.

2) Ell. du Pin de antiqua ecclesiae disciplina.

3) Bossuet: Defensio libertatum ecclesiae gallicanae.

Sehr vorzüglich: 4) Thomassini Liber de nova et antiqua ecclesiae disciplina.

5) Ueber alle Theile des Kirchenrechts ausführlich. Oberhäuser Praelectiones canonicae. Lauterbach 1763. 3 Bde.

6) Gibert Corpus juris canonici. Coloniae 1725. 3 Fol. Bde.

7) Besonders gut: Van Espen, jus ecclesiasticum universum, Mainz 1791. 3 Bände in 4.

Kürzere Lehrbücher des gemeinen Rechts sind:

Fleury. Rauthenstrauch. Riegger institutiones jurisprudentiae ecclesiasticae. Wien 1777, 4 Bd. in 8.

Schindel, institutiones j. eccl. Ingolstadt 1796.

Sauter, fundamenta juris eccles. Freiburg 1810—16.

Gambsjäger, Prof. in Heidelberg, 1815. 2 Bde. 8.

Walter und Sebald Brendel.

Bei dem kleinen Umfange des Ganzen fügen wir nur die vorzüglichern Werke an.

Thomasius, Cautelae circa praecognita juripr. eccl.

J. A. Rieger, Prolegomena ad jus eccl.

Puchta, Einleitung in das Recht der Kirche.

Pertsch, Spittler, Lang, Hase, Bickell, Rosshirt u. A. schrieben über die Geschichte des Kirchenrechts.

Reiffenstuel, jus canonic. univers.

Wiestner, Institut. canonic.

Böckeln, Commentarius in jus can. univ.

Zallwein, Principia jur. eccl. univ. et partic.

Andr. Frey-Scheill, kritischer Commentar über das Kirchenrecht.

Alex. Müller, encyclopädisches Handbuch des im gesammten
Deutschland geltenden Kirchenrechts.

Andr. Müller, Lexicon des Kirchenrechts.

G. Philipps, Kirchenrecht.

Gute Lehrbücher.

Lancelottus, Institutiones jur. can.

A. Schmidt, Institutiones jur. eccl.

Mauer. de Schenk, Instit. jur. eccl.

Ant. Michl, Kirchenrecht für Kathol. und Protest.

Clem. Aug. von Droste-Hülshoff, Grundsätze des ge-
meinen Kirchenrechts der Kathol. und Evangel.

Gitzler, Handb. des gemeinen und preuss. Kirchenrechts.

Grosch, Grundzüge des Kirchenrechts.

Permaneder, Handbuch des Kirchenrechts.

Emil Richter, Handbuch des Kirchenrechts.

Eichhorn, Grundsätze des Kirchenrechts.

v. Grollman, Grundsätze des allgemeinen katholischen und
protestantischen Kirchenrechts.

J. Mejer, Institutionen des Kirchenrechts.

v. Mosheim, allgemeines Kirchenrecht der Protestanten
fortgesetzt von Günther.

Klee, das Recht der Einen allgemeinen Kirche Jesu Christi.

Barth, Vorlesungen über das kath. und prot. Kirchenrecht.

Schmalz, Handbuch des canon. Rechts.

Lippert, Annalen des Kirchenrechts.

Weiss, Archiv der Kirchenrechtswissenschaft.

Seitz, prakt. Zeitschrift für Kirchenrechts- und Pastoral-
wissenschaft u. A.

I. THEIL.

INNERES ÖFFENTLICHES KIRCHENRECHT.

Von der Kirchengewalt im Allgemeinen.

§. 15.

Einsetzung und Natur der Kirchengewalt.

Da in der Kirche die Lehre vorgetragen und der Cult verwaltet werden muss, so kommt ihr das Recht zu, beides auszuüben, wie sie es für ihren Zweck, Heiligung der Mitglieder, passend findet. Inbegriff der Rechte, die der Kirche dem Wesen nach zustehen, ist Kirchengewalt im weiteren Sinne; das Recht sie auszuüben, Regierungsgewalt. Dieses Recht geht nothwendig auf zwei Gegenstände:

1) auf Vortrag und Verkündung der christlichen Lehre, und die Verwaltung des von Christus angeordneten Cults, also auf das Wesen der Religion.

2) Auf Ordnung, in der beides an die Glieder gebracht und erhalten wird. Auf die Umgebungen des wesentlichen Rechts, auf die Art, wie die Gläubigen dieser empfänglich werden, somit auf das Ausserwesentliche, die Disciplin.

Es fragt sich, ob diese Gewalt bloß aus dem Begriff einer Kirche abgeleitet werde; oder ob sie von Jesus ausdrücklich eingesetzt sei? Letzteres wohl: a) in Beziehung auf die wesentlichen Theile der Kirchengewalt. Was das Lehramt betrifft, befahl er den Aposteln, demselben vorzustehen Mth. 28, 18—20. 10, 1—7. und damit das Recht zur Bestimmung dessen, was Lehre Christi ist. Dass die Apostel das Lehramt übten, zeigt ihre Geschichte. b) Die Verwaltung des Cults, Joan. 21, 23. 22, 19., Math. 1. c. war ihnen übertragen. Allgemeine Stellen sind: Joh. 20, 21. wo die Apostel ihren Auftrag erhalten, Math. 16, 19., Joh. 21, 17.

Die Verwaltung der Kirche in Bezug aufs Ausserwesentliche ist auch ausdrücklich den Aposteln übertragen und von ihnen ausgeübt.

Wir finden, dass 1) die Apostel Männer aufstellten zu Lehrern und Aufsehern, oder dass sie Kirchenämter besetzten, was sie ohne besonderen

Auftrag nie gethan haben würden. 2) Dass sie sich die Gewalt einräumten, den Kirchen Gesetze und Vorschriften zu ertheilen, 1. Cor. 11, 2. 11. 14.

Beispiele wo die Apostel selbst Anordnungen trafen: 1. Cor. 11, 10 u. 30., 1. Tim. 3, 2—5. 9—14. Act. 15, 41. besonders das 15. Cap.

Das Aufsichtsrecht, als Folge des Gesetzgebungsrechts, und das Visitationsrecht finden wir Act. 15, 36 u. 41. Ferner finden wir, dass sie Klagen annahmen und entschieden 1. Tim. 5, 10. Endlich lesen wir, dass, die Apostel und ihre Schüler sorgten für Strafe 1. Cor. 5, 1—7. 1. Tim. 1, 19 u. 20., jener die sich Verbrechen zu Schulden kommen liessen.

Es ist klar, dass Christus eine Gesellschaftsregierung angeordnet habe und zwar im Wesentlichen und Ausserwesentlichen, und die Kirchengewalt ist somit positive Anstalt Christi. Die erste Gewalt, welche das Recht hat, die wesentlichen Religionshandlungen zu versehen, heisst *potestas ordinis*, Gewalt der Weihe, wodurch das Lehramt geübt wird, die Sakramente verwaltet werden; und da dies von äusserlichen Gebräuchen unzertrennlich ist, auch der äussere Gottesdienst versehen wird.

Die zweite Gewalt ist die der Gerichtsbarkeit, *potestas jurisdictionis*. Sie bezieht sich auf das Gesetzgebungs-, das Aufsichts-, Strafrecht und das Recht der Aemterbesetzung.

Unterschied beider Gewalten.

Wir sehen, dass beide nach Jesu Auftrag ausgeübt werden, beide werden durch die Weihe ertheilt. Act. 6, 16. 13, 3. 1. Timoth. 4, 14. 2. Timoth. 1, 6. 5, 22. Da aber die Gewalt der Weihe sich mit dem Wesentlichen beschäftigt, so kann sie Nichts durch sich thun; was Jesus gab, gibt sie. Daher heisst sie auch *potestas declarativa*, *potestas ministerialis*. Die *potestas jurisdictionis* handelt aus Auftrag Jesu, was sie aber verordnet, ist menschlich und abänderlich nach den Bedürfnissen der Zeit und Umstände.

Bemerkungen über die gesetzgebende Gewalt.

Die Kirche nennet bescheiden ihre Gesetze Canonen. Die Gewalt ist dogmatisch (aufs Wesen gehend), und Disciplinargewalt.

Die erste macht nichts Neues, sagt nur, was in ihr aufbewahrt ist; die letzte erstreckt sich auch auf das Neue.

Die Disciplinargesetze haben allgemeine Gültigkeit, wenn sie von den einzelnen Kirchen recipirt sind.

2) Das Wohl des Einzelnen steht der Mehrheit nach. Die Gesetzgebung muss mässig sein, dass sie auf alle Einzelne passe. Der Einzelne kann sich aber keine Ausnahme nachsuchen, er muss Dispensation nachsuchen.

Er kann sich nicht befreien, weil er glaubt, es könnte nur Bequemlichkeit sein, sich loszuwinden. Daher überlässt er es seinen Obern, dies zu untersuchen, aus Bescheidenheit, und gehorcht. —

3) Einem göttlichen Gesetze ist nicht durch ein anderes zu widersprechen. Zur Dispensation ist die Kirche schwer zu bewegen bei klugen Gesetzen, weil sie langsam sich erprobt, und daher nicht so schnell abgeschafft werden können. Sie erspart sich die Reue, wenn sie nicht Neues einführt; allein das Alte soll doch nicht ewig existiren, da sich das Neue in der Zeit bildet und das Alte verdrängt.

Die richterliche Gewalt der Kirche besteht in Anwendung der Gesetze auf einzelne Fälle. Sie ist *jurisdictio civilis* und *legislatio criminalis*. Die erste ist *jurisdictio civilis voluntaria et litigosa*.

Executive Gewalt der Kirche. Die Ausrichtungsgewalt ist eine Folge der gesetzgebenden; die Civilgewalt kann hier äussere Zwangsmittel anwenden, die Kirche nicht. Wer die Pflichten nicht erfüllt, macht sich der Güter der Kirche verlustig; sie kann ihn ausschliessen, kann ihm Strafe dictiren, um Besserung zu bewirken.

Die Kirchenstrafen unterscheiden sich von Kirchenbussen, die im Beichtstuhl gegeben werden, und Besserung beabsichtigen; davon unterscheiden sich die *Censurae ecclesiae* dadurch, dass sie Sünder rügen und strafen.

Von den Personen, welche die Gewalt üben sollen. — Nachdem gezeigt ist, dass Jesus seiner Kirche eine Gewalt gegeben, so fragt es sich, wem? ob der ganzen Kirche? oder wer das Subject der Kirchengewalt sei? und ob die Kirchengewalt eine gleiche oder ungleiche? — Von Gleichheit und Ungleichheit ist hier nur in Uebung der Gesellschaftsrechte die Rede, nicht der inneren Würde nach, die das Christenthum gibt, nicht von und gleichen Ansprüchen auf den höchsten Zweck der Kirche, die Heiligung des Menschen. In dieser Beziehung sind alle Glieder gleich. Es ist von Rechten in Bezug auf die Gewalt die Rede, und es handelt sich ferner nicht darum, ob schon eine durch Geburt zur Ausübung bestimmte Klasse da sei, wie im alten Testamente, oder nicht. Eine solche gibts im Christenthum nicht. Es fragt sich, ob Jeder, wer immer, jene Gewalt ausüben dürfe, oder ob eine besondere Befähigung, Autorisirung nöthig sei, und wer diese ertheile, die Gesellschaft oder Christus selbst? Antwort: Es ist Autorisirung nothwendig, und diese geht nicht von der Gesellschaft aus.

1) Der Beweis liegt dem Wesen nach in obigen Stellen, womit die Ertheilung einer Kirchengewalt von Jesu erwiesen wurde. Betrachten wir jene Stellen genau, so finden wir, dass, was die Reden und Handlungen Jesu betrifft, nie bloß im Allgemeinen eine Kirchengewalt ertheilt wird, son-

dern dass seine Rede jederzeit an seine Apostel gerichtet ist. Also diese waren autorisirt; es fragt sich aber, ob nur diese? also ob der Auftrag bloß an die Apostel ergangen sein könne, aber so, dass die gesammte Anzahl der Kirchenglieder gemeint war, eben weil sie die ganze Gemeinde ausmachten? Ist dies der Fall, so übt Jeder die Kirchengewalt nur aus Auftrag der Gemeinde aus. Allein die Apostel bildeten ja nicht die ganze Gemeinde; es waren noch andere, z. B. Barnabas und der nachherige Apostel Mathias, Justus genannt, Act. 1, 23., Zachäus, noch sonstige Anhänger, ferner jene 70 Jünger, es waren nach Act. 3, 1—6. 120 Personen beisammen, die sich als Anhänger Jesu bekannten. 2) Aus den Worten geht der Beruf der Apostel hervor, Math. 4, 18., womit Jesus den Petrus und Andreas aufnahm, weil die 12 besonderen Unterricht genossen. Wenn er sagte: „wie mich mein Vater gesendet hat etc.“: so sagt er deutlich, dass sie ihren Auftrag nicht von Menschen, sondern von ihm unmittelbar hätten. 3) Endlich ertheilt er ihnen ein Amt, dessen Ausübung weder ihnen, noch ihren Nachfolgern von Andern übertragen werden könne, z. B. Vergebung der Sünden. Aus natürlichen Vernunftgründen schon kann die Gemeinde Keinen autorisiren, da man nicht ihre Lehre vorträgt, und diese auch ohne ihre Erlaubniss an anderen Orten lehren würde, weil nicht die

Kirche Sünden vergibt, weil man nicht im Namen der Kirche die Taufe spendet, sondern dies Alles im Namen und auf Befehl Christi geschieht und geschehen kann.

Wir führten oben Reden und Handlungen der Apostel an. Von diesen ist gewiss, dass sie mit dem vollsten Bewusstsein wussten, von Christus autorisirt zu sein. Act. 1, 16—26., wird in ihr Collegium aus der Gemeinde Jemand gewählt, ein klarer Beweis, dass sie sich a) von der Gemeinde verschieden ansahen; b) wir finden keine Spur, dass sie ihre Vollmacht von der Gemeinde erhalten, sondern c) dass sie vom Geiste Gottes ihr Amt zu haben behaupteten, 1. Cor. 12, 18. 2. Cor. 10, 13. Eph. 4, 5.; d) sie erklären sich gegen jede Ansicht über sie, als seien sie bloß von Menschen gesendet; Gal. 1, 1.

4) So betrachteten sie Jene, die nach ihnen die Gemeinden verwalteten, sie setzten selber göttlich bevollmächtigte Lehrer vor, Act. 20, 28. 1. Tim. 14, 16. 20, 1—6.

5) Die Ertheilung der Kirchengewalt war, wie aus den letzt angeführten Stellen zu sehen, schon an eine feierliche Handlung gebunden, wodurch, nach dem Inhalt der Stellen und dem allgemeinen Kirchenglauben, eine besondere göttliche Gnade ertheilt wurde. Diese Weihe Ordination ist in der griechischen und lateinischen Kirche aufbehalten bis auf uns, und wird als Sacrament verehrt.

Jeder, der die Weihe empfängt, wird als Nachfolger der Apostel betrachtet; weil er durch dieselbe sich in ununterbrochener Reihe an die Apostel anschliesst.

6) Ist nun eine ungleiche Gesellschaft da, die Lehrende und Lernende, so entspricht dem Zwecke der ersten die Pflicht der zweiten: den Anordnungen zu gehorchen und die Lehre zu empfangen Heb. 13, 17.

7) Jedoch wurde besonders in der ersten Kirche die Gemeinde von den Kirchenberathungen nicht ausgeschlossen, sie nahm an allen Antheil, besonders wenn es sich um äussere Kirchengesetze und Strafen handelte. In Act. 15. C. findet sich ein merkwürdiges Beispiel. Die ältesten Väter der Kirche sprechen mit hoher Achtung vom Volke z. B., Cyprian spricht wiederholt von einer majestas populi. Später schloss Gleichgültigkeit von der einen und Stolz von der andern Seite das Volk von aller Theilnahme aus. Die katholische Kirche hatte die gehässigen Begriffe mit den Unterschieden nie verbunden, wie man ihr vorwirft. Bei diesem Streite ist viel Wortgezänk; die katholische Kirche gab Allen die gleiche Würde, da Alle denselben Glauben haben, und keiner nach einer anderen Heiligkeit streben soll. Die Kleriker haben keinen andern Glauben und Heiligkeit und sind ebensowenig als die Andern befugt, den Glauben zu machen, da die ganze Kirche denselben von Christus erbte. In Bezug dessen kann

man alle Christen Geistliche nennen, d. h. alle sollen geistlich gesinnt sein; woher es auch kommt, dass man in der ersten Kirche nach dem Vorgange Petri die Gemeinde ein geistiges Sacerdotium nannte, und alle Christen Priester.

Auf der andern Seite können nicht Alle lehren, weil Viele das Geschick, Andere den Willen nicht haben; Alle dürfen aber, wenn sie ihren Willen offenbaren und ihre Tüchtigkeit erweisen, sobald sie nach der ererbten Weise der Apostel öffentlich die Weihe erhalten haben, dem Lehramte vorstehen. Wenn aber andere Confessionen der Theorie nach anders sprechen, halten sie doch in Praxi eine Ungleichheit fest, indem die Nothwendigkeit sie lehrte, nicht den nächsten Besten ohne vorhergegangene Bildung und moralische Tüchtigkeit Prediger werden zu lassen.

Der Unterschied besteht darin, das die Katholischen dies für einen Auftrag der Apostel und Christi halten, wie es unzweifelhafte Stellen sagen.

Nach den Grundsätzen der alten Kirche wurden Jene zu Vorstehern der Kirche ernannt, welche durch Wahl derselben sich von der ganzen Gemeinde durch intellektuelle und moralische Tüchtigkeit auszeichneten; was jetzt noch stattfinden soll. —

Der Vorzug der Geistlichen vor Anderen gründet sich auf die geistige Ueberlegenheit, worauf die Weihe erst ertheilt wird. —

Solchen Vorzug wird Jeder billig und gerecht finden. Wenn später die Geistlichen meinten, es gehöre ihnen ein Vorzug vor den Laien, wenn sie auch ungebildet und schlecht seien, so ist dies ein Missbrauch, der nicht in der Sache liegt.

Clerus aus den levitischen Zeiten. Matthias durch's Loos gewählt, oder die Geistlichen sind Auswahl aus der Gemeinde, d. h. die Ersten.

Es wird darüber viel gestritten; indessen sollen sich die Geistlichen befähigen, dass sie auf die Weihe nicht pochen dürfen, als äusseres Ding, sondern durch ihren Geist hervorragen über Andere, dass man nicht sagen kann: Gott kann aus Steinen Abrahams Söhne machen.

§. 16.

Vom Subjekte der höchsten Kirchengewalt. —

Der Primat.

Die höchste Kirchengewalt wurde von Christus allen Aposteln ertheilt, nicht Petrus allein. Dies beweisen: Math. 18, 17 u. 18., Joh. 28, 21., Eph. 2, 20., Gal. 2, 7—9. Es entstand die Hypothese, Petrus habe sie allein. — Diese Hypothese, die behauptet, Petrus habe alle Gewalt, und jede andere in der Kirche sei von dieser abgeleitet, und mithin bloß delegirte, mit ihren Folgerungen, heisst **Papalsystem**. Jenes System hingegen, das die

Fülle aller Gewalt allen Aposteln zugetheilt sein lässt, dem Petrus aber als *primum inter pares* ansieht, Episcopalsystem.

Während die Anhänger des ersten absolut-monarchischen Systems in dem Pabste den Träger der ganzen apostolischen Machtfülle erblicken, von dem aus auch die Gewalt der Bischöfe als der Gehilfen des Pabstes ausströmt, sehen die Vertheidiger des andern aristokratischen Systems in den Bischöfen die von den Aposteln zur selbstständigen Regierung der Gemeinden eingesetzten Hirten, und in dem Pabste den bloßen Repräsentanten der Einheit des Episcopats. Das letztere System hat namentlich in Frankreich an Richer, Bossuet, Dupin, de Marca u. A., dann in Deutschland seit Febronius an Eybel, Rautenstrauch, Gmeiner, Sauter, Hedderich etc. seine Anwälte gefunden. Beide Systeme werden in ihrer schroffen Entgegensetzung historisch im Primat kaum begründet sein. Der Pabst ist das Haupt, die Bischöfe die Glieder des Einen Leibs; die Einheit und das Gedeihen des ganzen Körpers ist durch das harmonische Zusammenwirken des Hauptes und der Glieder bedingt, vgl. Perman §. 293.

Der Primat Petri lässt sich nicht so fast aus einzelnen Stellen beweisen; es erscheint vielmehr aus allen zusammen ein Vorzug desselben geschlossen werden zu müssen. Auffallend ist, dass Petrus

stets zuerst genannt wird, das Wort überall führt; was aus dem psychologischen Grunde nicht erweisbar sein dürfte: weil er so voreilig gewesen sei. Uebrigens haben schon die Väter über die wichtigsten hieher gehörigen Stellen verschiedene Interpretationen gegeben; so dass der Schluss des Tridentinum (non contra unanimum) keine Norm sein kann. Ueber Math. 16, 18. ist die häufigste Erklärung diese: dass unter den Worten: auf diesen Fels etc. verstanden werden müsse: auf die Bekenntniss hin, dass ich Gottes Sohn sei, will ich meine Kirche bauen, so dass der Fels, Glaube an Christus wäre. Allein diese Interpretation hat gegen sich:

1) wohl ist der Glaube, das Bekenntniss, dass Jesus Gottes Sohn sei, die unsichtbare Grundlage des ganzen Gebäudes des Christenthums. Allein hier scheint von keinem Abstraktum die Rede zu sein; denn V. 18. ist in den Worten: du bist Petrus (Fels) offenbar eine Person, ein Concretum, sc. Simon verstanden; und V. 19. ich will dir die Schlüssel etc. ist gewiss wieder die Person Simons gemeint; es wird daher das zwischen beiden Stehende „auf diesen Felsen“ auch auf eine Person gedeutet werden müssen. Es wäre somit sicherer interpretirt: du bist ein Fels, weil du mich so standhaft bekannt hast, und auf dich will ich desswegen meine Kirche bauen; d. h. von jetzt hat meine Kirche sichern

Grund, du bist das erste Glied, weil du mich aus freier Ueberzeugung zuerst für Gottes Sohn hieltest. Allerdings war Petrus nicht der erste Schüler der Berufung nach, sondern Andreas; wenn aber der allein wahre Schüler Christi ist, wer sich mit voller Ueberzeugung der höhern Würde zu ihm bekennt, so ist Petrus der erste.

2) Die Interpretation, dass nicht das Glaubensbekenntniss, sondern die Person Petri gemeint sei, erhellt Eph. 2, 21., wo alle Apostel der Grund genannt werden, auf dem die Gemeinde des Herrn steht; es folgt freilich

3) Dass Petrus nicht der einzige Fels der Kirche sei, sondern alle Apostel, und dass

4) für Petrus daraus kein Primat abzuleiten sei, denn nur sofern, als Jesus zu ihm zuerst sagte, was später allen andern gegolten habe. Nach mehreren Kirchenvätern ist dieses Faktum das Symbol der Einheit der Kirche z. B. Cyprian und Augustin. — Joh. 21, 15 u. 17. Der Sinn dieser Stelle ist sehr bestritten. Einige leiten eine Jurisdiction Petri über die ganze Kirche ab. Unter Lämmer versteht man Bischöfe und Geistliche, unter Schafen die andern Gläubigen. — Andere lassen dem Petrus die den andern Aposteln übertragene Gewalt gegeben werden, Andere wollen darin dem Petrus gemachte Vorwürfe finden, wegen der dreimaligen Verläugnung, und finden in der dreimaligen Ver-

sicherung der Liebe den Wiederruf und die Anhänglichkeit. Man sagt über Math. 23, 33—36: Petrus hatte mehr Anhänglichkeit; er berief ihn später wie die Andern. Jesus habe ihm sein zu grosses Selbstvertrauen und die Verachtung anderer Jünger vorgeworfen, ihn daher strafend gefragt: möchtest Du auch noch jenen Vorzug behaupten, dass du mich mehr liebtest, als Andere? Diese Erklärung wird unterstützt, weil man sonst nicht begreifen kann, was die Frage: „liebst du mich mehr“? bedeuten sollte. Petrus konnte sie nicht beantworten; er wusste die Grösse seiner Liebe zu Christo, ob sie aber grösser sei, als die der andern Jünger, konnte er nicht wissen. Petrus antwortete dann in keinem Comparativ, sagte bescheiden blos: „Du weisst, dass ich Dich liebe.“ Am meisten ist zu schliessen daraus, dass Petrus auf die dritte Wiederholung der Frage sogar böse zu werden scheint. Es bleiben also nur jene Stellen übrig, aus denen sich mit Sicherheit für den Primat Petri Schlüsse machen lassen; worunter Math. 10, 2 u. 3. zuerst genannt wird; ferner Act. 1, 15—26, wo er an den gemeinschaftlichen Kirchenangelegenheiten besonders Antheil nimmt; ferner führt er am Initiationsfest der christlichen Kirche das Wort Act. 2, 3—26. Er vertheidigt die ganze Gemeinde als Sachwalter vor Gericht, Act. 4, 1—13., er besucht zuerst die Kirchen ausserhalb Jerusalems 9,

23., macht den Vortrag bei Streiten wegen der Verbindlichkeit der Ceremonialgesetze für die Heiden, 15, 6—12.

Beweis des Primats Petri aus der Tradition.

Wir werfen hier folgende Fragen auf:

Wem gehört die Schlüsselgewalt, und in welchem Sinne gehört sie der ganzen Kirche? Wer sind die Nachfolger in dieser Gewalt? Wer ist Nachfolger Petri? Wer der Apostel? —

1) Da die den Aposteln von Jesus hinterlassene Gewalt, von diesen auf ihre Nachfolger durch Weihe übertragen wurde, so ist sie an diese Weihe gebunden; und somit haben nur Jene Kirchengewalt, die diese Weihe erhalten, aber 2) auch alle Jene, die sie haben; 3) besitzen sie jene Gewalt nach jeder Beziehung, mithin als ministerium ordinis et jurisdictionis. Die Sätze 2 und 3 müssen genauer nachgewiesen werden. Dass 4) Alle Kirchengewalt haben, welche die Weihe haben, erhellt klar, weil es nur ein Sacrament der Weihe gibt; wer also dieses empfängt, ist im Besitz der Kirchengewalt. Da 5) die gesammte Gewalt durch die heilige Weihe gegeben wird, weil keine andere Ableitung nachgewiesen werden kann, und da sie eigentlich Gott durch die Menschen gibt: so hat jeder Geweihte das ministerium ordinis und jurisdictionis, und jeden dieser Theile ganz. 6) Da nun Priester

und Bischöfe dieses Sacrament erhalten, und dadurch die ächte Nachfolger der Apostel begründet wird, so sind Priester und Bischöfe gleicher Weise Nachfolger der Apostel. 7) Wenn die gesammte Kirchengewalt im Collegio der Apostel ist, so ist die höchste Kirchengewalt dem gesammten Sacerdotio eigen. Die Meinung, blos die Bischöfe seien Nachfolger der Apostel, gründet sich auf die falsche Voraussetzung, dass die Priester Nachfolger der 72 seien. Die Apostel weihten die Priester und Bischöfe nach demselben Ritus ein; beide hatten die Gewalt zu lösen und zu binden, und daher haben sie im neuen Testamente gar keinen Namen. Erst als in den Gemeinden zur Besorgung der Geschäfte mehrere Presbyteri aufzustellen waren, erhielt einer derselben, damit Einheit in der Vielheit sei, die erste Stelle und Leitung des Ganzen. Dieser Presbyter Episcopus hiess später ausschliesslich Bischof. Die Väter stimmen hiemit überein. Corpus juris canonici distinctio 93, Canon 24 hat die hieher (distinct. 95, Canon 5.) gehörigen Stellen. Noch bei Clem. Rom. († 100) sind die Presbyteri und Episcopoi identisch und selbst noch bei Irenäus († 202) erscheinen die als Gemeindevorsteher ausgezeichneten ἐπίσκοποι unter dem allgemeinen Namen πρεσβύτεροι; vgl. hierüber Baur über den Ursprung des Episcopats in der christ. Kirche. — Die Apostel setzten an verschiedenen Orten ihre Schüler als blei-

bende Stellvertreter mit besonderen Vollmachten und Anweisungen ein, (vgl. 1. Tim. 1, 3., Tit. 1, 5., 2. 15., 1. Tim. 5, 19—22.), welche, durch Auflegung der Hände eingeweiht, diese Weihe auch auf Andere fortpflanzten. So wurde bald bei grösseren Gemeinden zu Fortsetzung des apostolischen Amts ein Hauptvorsteher ordinirt, und dieser allein der Episcopus genannt. vgl. Walter §. 9.

Das Episcopat ist somit kein besonderes Sakrament, nur Ritus sacramentalis. Das Episcopat bildet, wie die Tonsur die niederste Vorbereitung (initiatio) zum Ordo, die eigentliche Ergänzung (supplementum) des Sacerdotiums und gleichsam den Schlussstein der ganzen Weihestufenfolge. Perman. §. 225. Es war aber nothwendig, dass unter mehreren Presbytern Einer ausgewählt wurde, der, nebst dem Vorzuge, solche Geschäfte zu verwalten hatte, die nicht wohl alle versehen konnten. Dies geschah schon zu den Zeiten der Apostel. Die Gewalt der Weihe und Gerichtsbarkeit ist somit im gesammten Priesterthume, dem Rechte der Ausübung nach, nur bei den Bischöfen allein, aus erheblichen Gründen. Daher das Conc. Trid. festsetzte: *anathema sit, si quis dixerit, episcopus non esse superiores presbyteris.*

Die Bischöfe sind göttlicher Einsetzung nicht unmittelbar, was sie als Priester sind, sondern

mittelbar. Die Apostel hatten einen Vorzug, dass sie von Christus selbst gewählt waren, nicht gebunden, an einem bestimmten Orte zu lehren, mit ausserordentlichen Kräften ausgerüstet, welche man später zu ertheilen nicht mehr für gut fand.

Die Gründe für den Satz: dass der Primat nicht vermöge göttlicher Einrichtung mit der römischen Kirche verbunden ist, sind:

1) Da Petrus noch keinen festen Sitz hatte, als ihm Christus den Primat gab, so konnte dieser nicht auf den Ort, sondern blos auf die Person Rücksicht nehmen. Es ist also nicht göttlichen Rechts, dass der Primat zu Rom sei; und wer ihn haben soll, ist der Kirche überlassen.

2) Petrus war früher in Antiochia und an andern Orten; wäre er also bis zu seinem Tode dageblieben, so hätten diese Bischöfe den Primat.

3) Dass es gerade Rom ist, scheint von seiner politischen Grösse abhängig zu sein, und nicht blos davon, dass Petrus zu Rom starb. Denn als Constantinopel, — das neue Rom — entstand, hatte der Bischof dieser Stadt den zweiten Rang.

4) Kann für Roms Primat blos das Faktum Petri angeführt werden, dass er in Rom gewesen. Ein Faktum aber gründet nie ein jus divinum. Also hängt dieser Sitz des Primats in Rom wieder vom Consens der Kirche ab.

5) Waren die Bischöfe von Rom 70 Jahre zu Avignon und somit da der Sitz des Primats.

Indessen hat diese Untersuchung nur theoretischen, kaum praktischen Werth. Man würde nie einig werden, mit welchem Bisthume der Primat zu vereinigen wäre, wenn man denselben von Rom trennte. Zudem ist nachweisbar, dass man die römischen Bischöfe stets als Träger des Primats betrachtete, obschon die Ableitung desselben freilich verschieden ist.

Als Beweis für den letzten Satz führen wir nur einige Hauptstellen an: die Kirche zu Rom wird als die Vorsteherin der allgemeinen Liebesgemeinde der Gläubigen anerkannt. Cyprian († 258) epist. LV. Post . . . ad Petri cathedram atque ad ecclessiam principalem, unde unitas sacerdotalis exorta est etc. Optat. Milev. adv. Parmen. II. 2. Igitur negare non potes, scire te in urbe Roma Petro primo cathedram episcopalem esse collatam, in qua sederit omnium apostolorum caput Petrus, unde et Cephias appellatus est. Iren. († 201). Ad hanc enim (romanam) ecclesiam propter potiore principalem necessesse est, omnem convenire ecclesiam. Zugestanden muss werden, dass schon im 3. Jahrhunderte eine spezifische Stellung der römischen Kirche zu dem Episcopate anerkannt worden sei. Ein Zeugniß hievon gibt Cyprian; die Einheit der Apostel wird ihm durch den hl. Petrus, die Einheit

der Bischöfe, der Nachfolger der ersteren, durch die römische Kirche, die Erbin des letztern vermittelt. Dabei tritt freilich die Berufung auf die Gleichheit aller Bischöfe immer wieder hervor. Seit jedoch einmal die Idee von der Einheit des Episcopats in der Kirche sich Geltung geschaffen, war die concrete Darstellung derselben in Einem Mittelpunkte nur die Befriedigung des praktischen Bedürfnisses; cfr. Richter §. 19.

§. 17.

Zweck und Begriff des Primats.

Wie aus sehr früher Tradition der dem Petrus gegebene Primat nachgewiesen wurde, so bestimmt diese auch den Begriff und Zweck desselben. Allgemein stimmen die Väter überein, er sei eingesetzt, um die Einheit in der Kirche zu manifestiren, und nach Andern die Einheit zu erhalten, Einheit der Gemeinschaft und des Glaubens. In der ersten christlichen Zeit, so lange die Apostel unmittelbare Vorsteher der Kirchen waren, standen diese durch die Apostel unter sich im Verbande, und ein Mittelpunkt in einem Einzigen hebt sich darum auch nicht hervor.

In der unmittelbar folgenden Periode wurde die Einheit so erhalten, dass nach geschehenen Bischofswahlen die benachbarten Bischöfe über die Glaubens-

und Sittenlehre des Gewählten sich in Kenntniss setzten; fanden sie dieselbe mit der Tradition übereinstimmend, so setzten sie sich und die Kirche mit ihm in Gemeinschaft. Der überhandnehmende Egoismus, die zunehmenden Häresieen und Schismen machten ein eigenes Band nothwendig; dadurch entstanden die Concilien.

Neben diesen bildeten die Bischöfe, die Vorsteher der von den Aposteln unmittelbar gestifteten Kirchen, die zugleich die ersten Städte des Reichs waren, den engeren Einheitspunkt, worin der römische Bischof hervorragte. Je mehr sich die Kirchen mehrten, desto mehr wurde dem Einzelnen der Ueberblick, die Orientirung und Kenntniss von den Andern erschwert; desto nothwendiger musste die Concentration werden, und das Bedürfniss des Primats immer mehr sich entwickeln. Ist Erhaltung der Einheit Begriff des Primats, so folgt, dass Einheit schon da sein musste; dass er also seiner Natur nach nicht constitutiv sondern conservativ sei. Was die constitutive Gewalt der Kirche festsetzt, conservirt und exequirt der Primat, — *Primatus honoris* vor allen andern Hierarchieen. Er füllt somit den Begriff des Primats nicht; denn dazu gehört nothwendig das Recht, was die constitutive Gewalt festsetzte, auszuführen, also *Primatus jurisdictionis*. Beide machen den Begriff aus.

§. 18.

Form des Kirchenregiments.

Diese ist nach dem Gesagten bei allgemeinen Berathungen der Kirche folgende: die Bischöfe bilden den Senat der Kirche, und der Gesammtheit ist der Primas untergeordnet; er führt aber, wenn sie versammelt sind, das Präsidium, sind sie zerstreut, geschieht durch ihn die Communication. In einzelnen Diözesen üben die Bischöfe unbeschränkte Kirchengewalt aus, doch so, dass die Gemeinschaft der ganzen Kirche nicht gestört wird.

In wiefern die Gewalt aller Bischöfe gleich sei? Alle Apostel hatten gleiche Gewalt. Jeder Bischof hat bei allgemeinen Concilien ein decisives Stimmrecht wie der Pabst, jeder übt seine Gewalt in seiner Diözese, wie der Pabst in der seinen. Aber nicht jeder kann Primas sein. Die Frage, ob der Pabst über oder unter einem allgemeinen Concil stehe, wird verschieden beantwortet. Von Einigen wird als das allein Richtige hingestellt, dass, gleichwie der Leib des Menschen nicht ohne Haupt sein kann, sondern beide zum Leben unzertrennlich sind, so auch der Leib der Kirche, repräsentirt in den versammelten Bischöfen, nicht ohne das Haupt, ohne den Pabst sein könne, derselbe also weder über noch unter, sondern in einem allgemeinen Concil stehe. Beweis dafür, dass

der Pabst unter den Concilien stehe, und zwar auf mehrfache Art. 1) Act. 15. 2) Streit der Particularkirche gegen Anordnungen von Rom. 3) Concilien besonders zu Constanz und Basel. a) Einen vorzüglichen Beweis, dass die Kirche von den ersten Zeiten an das deutliche Bewusstsein hatte, dass nur allgemeine Uebereinstimmung, nicht die Entscheidung des Primas allein für die ganze Kirche verbindende Kraft habe, liefert der Widerstand, welchen viele Particularkirchen in der frühesten Zeit schon gegen römische Forderungen erhoben. Das erste Exempel ist der Streit wegen der Osterfeier. Pabst Anicetus von Rom und Polycarpus Bischof von Smyrna hatten mit einander unterhandelt anno 158. Doch Polycarp, Schüler der Apostel, glaubte nicht viel nachgeben zu dürfen. Als Pabst Victor den Bischof von Ephesus, Polycrates, unter Androhung der Excommunication, zur Annahme der Satzung der römischen Kirche zwingen wollte, hielten die Bischöfe von Asien eine Synode und beschlossen, die Beibehaltung ihrer Sitte (anno 192). Polycrates erklärt sich in einem Schreiben an Victor, er müsse Gott mehr als den Menschen gehorchen. Victor schloss sie zwar aus, allein mit den andern Kirchen blieben sie in Gemeinschaft und die asiatische Sitte der Ostern hörte erst auf, als sich die Synode von Nicaea gegen sie erklärt hatte (anno 325). Dasselbe beweist auch

der Streit in Bezug auf die Wiedertaufe der Ketzer, in welchem die afrikanischen und mehrere asiatische Bischöfe, an deren Spitze Cyprianus von Carthago und Firmilian von Caesarea, sich wiederholt gegen die Bestimmungen des Pabstes Stephanus erklärten, und obschon er mit Excommunication drohte, sie doch nicht annahmen, bis die Entscheidung des Conciliums von Arles, das die ganze Kirche annahm, erfolgte.

Auffallend ist der Vorfall der afrikanischen Kirche mit der römischen im Anfange des 5. Jahrhunderts. Die afrikanischen Bischöfe hatten Pelagius als Ketzer verdammt und ersuchten Innocenz I., den sie im Verdacht des Pelagianismus hatten, ihnen beizutreten, was dieser that.

Nach Innocenz kam Zosimus auf den päpstlichen Stuhl, an welchen ein Schüler des Pelagius appellirte. Zosimus nahm die Appellation an und sprach ihn frei. Sein Urtheil schickte er den Afrikanern, die sich sehr beschwerten, dass er ihre Schlüsse abermals untersucht habe, verwarfen seine Entscheidung, und er sah sich gezwungen, ihnen beizustimmen. —

b) Derselbe Beweis kann auch aus den Concilienacten geliefert werden.

Das wichtigste Zeugniß, dass die allgemeine Kirche die höchste Kirchengewalt habe, geht aus

der Praxis hervor, welche immer beobachtet wurde in Bezug auf die Synoden. Wie hätte man ehemals auf den Gedanken kommen können, eine allgemeine Synode zu berufen, welche für die Kaiser ungemein kostspielig, für die Bischöfe mühselig war, hätte man dem römischen Bischof die höchste Gewalt gegeben? Man hätte nur sein Urtheil einholen dürfen, und die Einheit wäre hergestellt gewesen; allein statt dessen findet sich die entgegengesetzte Erscheinung. Schon in Rom untersuchte Glaubensstreite prüften die Synoden wieder, so, dass, wenn die Entscheidung des Pabstes richtig war, sie erst von der allgemeinen Kirche bestätigt, im andern Fall zuweilen verworfen wurde. Beispiele, dass dogmatische Entscheidungen des Pabstes erst bestätigt wurden, liefern Coelestin I. und Leo II. (Streit mit Nestorius und Eutyches und der Monophysiten-synode zu Chalcedon). Beispiele, dass Entscheidungen des Pabstes verworfen und er selbst verketzert wurde, liefert der sogenannte Drei-Kapitelsstreit. Vigilius hatte sich durch ein Judicatum, durch einige Schreiben an Justinian und durch einen Eid gegen die drei Kapitel erklärt. Später hob er durch sein Constitutum seine frühere Bestimmung wieder auf. Die II. Synode von Constantinopel verwarf die drei Kapitel und beschloss, dass der Name des Vigilius wegen seines den Ketzern günstigen Benehmens aus den Kirchen-

büchern, Dyptichen auszustreichen sei. Er erklärte sich gegen den Eutyches, sagte die Synode habe Recht und nahm sein Constitutum zurück.

Ein weiterer Beweis sind die Häresieen der Monotheleten. Honorius hatte sich in dem mit dem Patriarchen Serichius geführten Briefwechsel für die Monotheleten erklärt. Auf der III. Synode von Constantinopel wurde dieser Briefwechsel sammt den Monotheleten verdammt und Honorius nach seinem Tode mit vielen Andern als Häretiker erklärt.

Dasselbe beweisen auch Decrete der Concilien von Constanz und Basel. Die Ueberzeugung der Kirche sprach sich zu Ende klar in Canonen aus und stellte die angeführten ausgeübten Grundsätze als Glaubensnorm auf. Sessio IV. zu Constanz setzte fest: Im Namen der untheilbaren heiligen Dreifaltigkeit des Vaters, Sohnes und Geistes, die heilige Synode von Constanz, welche ein allgemeines Concilium bildet, zur Hebung des Schisma, zur Vereinigung der Kirche Gottes, einer Reform im Haupte und den Gliedern, die sich zum Lobe des allmächtigen Gottes im heiligen Geiste versammelt hat, verordnet und beschliesst, um die Vereinigung in der Reform besser und freier erreichen zu können, folgendes: 1) Dass die Synode, die im heiligen Geiste versammelt ist, ein allgemeines Concilium sei, und als solches die streitende katholische

Kirche repräsentire, ihre Gewalt unmittelbar von Christus habe, welcher ein Jeder, wess Standes und Würde, selbst der päpstlichen, zu gehorsamen verbunden ist, in allen Gegenständen, die sich auf den Glauben, die Vernichtung des Schisma, und die allgemeine Reform im Haupte und den Gliedern beziehen. 2) In der 5. Sessio wurde dies wiederholt und beigefügt: auch erklärt die Synode, dass Jeder, wess Standes und Würde, und die päpstliche nicht ausgenommen, der den Mandaten und Statuten dieser heiligen, und jeder anderen gesetzlich versammelten allgemeinen Synode hartnäckig zu gehorchen versäumt, wenn er sich's nicht gereuen lässt, einer geziemenden Strafe unterworfen sein soll, so dass auch ein anderes Rechtsmittel herbeigerufen werden kann, wenn es die Noth erfordert.

Viele wollen dies nur für den damaligen Fall gelten lassen, wo drei Päbste waren, und man Streit hatte, welches der rechte sei, auch sei die Synode nicht allgemein gesetzlich, weil der Pabst nicht übereinstimmte.

Diese Beschlüsse wurden indess nationaliter und synodaliter gut geheissen. Alles bestätigte Martin V., der neue Pabst. Auch der abgesetzte Johann XXIII., wurde in die Synode gerufen und sagte, dass ihn seine heimliche Entfernung gereue, er heisse alle Beschlüsse gut, auch die noch gemacht werden, sollten sie auch gegen ihn selbst sein. Ebendies

that Gregor XII. Der 3. schismatische Pabst, Benedict XIII. allein wollte dem Pabstthum nicht entsagen und gehorchen, daher er in der 13. Sessio mit dem Anathema belegt wurde. Martin V., von der Synode als rechtmässig gewählter Pabst anerkannt, willfahrte ihr, dass er nach ihren Beschlüssen alle 10 Jahre eine allgemeine Synode, zuerst eine solche in Pavia, Siena und Basel halten wolle. Er starb aber vor Anfang derselben; Eugen IV. hingegen schickte den Cardinal Julian nach Basel als Präsidenten. In der 2. Sessio wurden die Decrete von Constanz, dass das Concil über dem Pabst sei, erneuert. Eugen IV. versuchte die Synode aufzulösen, allein sie beschloss, (13. Sessio) dass ihm dies Recht nicht zukomme; er sei das Haupt der Kirche, doch nicht über der allgemeinen Kirche selbst; — er könne ohne Zweifel irren, die allgemeine Kirche könne es nicht, und man dürfe es ohne Sünde nicht sagen, es sei häretisch, zu sagen, der Pabst sei der allgemeinen Kirche nicht unterworfen. Eugen IV. bestätigte die Verhandlungen der Synode bis zur 16. Sessio. Rechnen wir die Synode von Pisa noch dazu, wo früher schon die Superiorität der Concilien anerkannt wurde, so haben wir 3 allgemeine Synoden, — Pisa, Constanz und Basel, wo der Satz: die höchste Kirchengewalt sei bei der allgemeinen Kirche, und diese über dem Pabst, ausgesprochen wurde; und 3 Päbste, die dies

bestätigten: Alexander V., welcher der Synode von Pisa beitrug, Martin V. und Eugen IV. Auch Pius III. ist hieher zu rechnen. In einigen Missalen sind die Worte: „generale concilium est supra papam“ ausgelassen, allein in der ersten Stelle ist Alles beisammen zusammenstimmend.

Einwürfe. Die Synode von Florenz hob diese Beschlüsse auf. Diese konnte als allgemeine Synode einer andern allgemeinen nicht widersprechen und hatte nicht die Absicht, dies zu thun. Clausel der Griechen (insofern die Kirchen es dulden). —

Die pragmatische Sanction vernichtete eine Bulle, die das Gegentheil an die Synode von Bourges ausspricht; allein die Synode wollte hierbei gar nichts beschliessen; der Satz ist nur beiläufig angeführt, man disputirte über die Sache nicht. Es ist nicht anerkannt, dass die V. Lateranensische Synode allgemein war; es waren nur 80 Bischöfe da, keiner aus Frankreich.

Die Infallibilität hat nicht der Pabst, ex cathedra redend, sondern die allgemeine Kirche. Als Gründe für die Unfehlbarkeit des Pabstes macht man geltend die Stellen: 1) Luc. 20, 31 u. 32.; 2) Math. 16, 18., und zieht daraus 3) folgende Argumente: der Pabst sei das Centrum unitatis; nehme man nun an, seine Entscheidungen hätten für die Gläubigen in dogma-

tischer Beziehung keine Verbindlichkeit, so könne Jeder nach Willkühr gegen die päpstlichen Entscheidungen auftreten; so sei das Centrum und die Einheit weg. Die Stelle Luc. 20, 31. soll sagen: da Christus für Petrus gebetet, dass sein Glaube nicht wanke, dürfe der Glaube seiner Nachfolger auch nicht wanken; sie seien unfehlbar. Diese Stelle geht offenbar nur auf die Person Petri, wie der Context klar zeigt. Jesus hat das letzte Abendmahl mit seinen Jüngern gehalten und sagt am Ende 21, 22., einer der Jünger werde ihn verrathen; da er aber von Judas sprach, gedachte er auch der Verleugnung Petri, sagte daher zu diesem: „ich habe gebetet dass dein Glaube nicht ganz wanke“; wenn er wieder bekehrt sein werde, solle er auch seine Brüder stärken. Bei dem Satze muss man offenbar hinzudenken: völlig, ganz oder eine bestimmende Partikel, so dass es heisst: „dass dein Glaube nicht ganz erlösche“; denn das Folgende: „wenn du einst bekehret sein wirst“, deutet auf vorhergegangene Abnahme des Glaubens hin.

Man sieht somit, dass sich die ganze Stelle auf die Apostel und ihr Verhältniss zu ihrem Meister während seines Leidens beziehe. Petrus wird versucht, Christum zu verläugnen, es reuet ihn aber, und nach Christi Himmelfahrt verkündet er standhaft und muthig seine Lehre. Wollte man diese Stelle auf die Päbste anwenden, so müsste man

den ganzen Context und nicht bloß einen Theil auf sie beziehen, mithin annehmen, dass jeder zuerst im Glauben wanke, dass Christus dann für ihn bitte, dass er nicht völlig wanke und zuletzt die christliche Lehre standhaft verkündige. Math. 16, 18. haben wir schon erklärt. Nachzuholen sind noch verschiedene Interpretationen der Väter. Unter dem Felsen verstehen einige den Glauben an Christus, z. B. Hilarius, Gregor v. Nyssa, Ambrosius, Chrysostomus, Augustin, Cyrillus von Alexandria, Gregorius magnus.

Hilarius de Trinitate L. 6 sagt: super hanc igitur confessionis petram ecclesiam aedificabo. — Augustin und Andere verstehen Christum darunter.

Die 3. Erklärung haben wir schon mit Gründen unterstützt; der Fels ist Petrus, aber Eph. 2, auch alle Apostel: so Cyprian, Augustin, Origenes und Hieronimus. Welche Erklärung aber man auch vorziehe, so wird sich doch keine Infallibilität des Pabstes folgern lassen.

Die 3. Vertheidigung. 1) Allerdings kann Jeder gegen die päpstlichen Entscheidungen sprechen, wie die Beispiele Polycarps und Cyprians zeigen; deswegen aber besteht doch noch die Einheit. Im Ausserwesentlichen mag Verschiedenheit stattfinden; im Wesentlichen wurde die Einigkeit stets behauptet und hergestellt. Erlässt aber der Pabst in gewissen

Fällen provisorische Entscheidungen zur Dämpfung der Gemüther, so wird die Bescheidenheit eines Jeden erfordern, so lange ruhig zu sein, bis sich die allgemeine Kirche dagegen oder dafür ausgesprochen hat. Bellarmin sagt Vieles hierüber. Dem Pabste Infallibilität beilegen, widerspricht dem Katholicismus und hebt ihn auf. Eine katholische Lehre ist eine solche, die allgemein d. h. zu allen Zeiten überall und von Allen geglaubt wurde. Entscheidet aber in einem dogmatischen Punkte ein Einzelner, so folgen alle dem Einzelnen, und die Katholicität ist Singularität. Man kann sagen, wenn eine Lehre in allen Kirchen vorhanden ist und war, so ist sie in jeder einzelnen, aber nicht umgekehrt, wenn sie in Einer Kirche ist, oder sie nur Einer — der römische Bischof — festhält, so ist sie desswegen bei Allen. Es hörte somit der Charakter der katholischen Kirche auf, und der der singularen träte ein.

Woher könnte man wissen, dass eine Lehre von Allen aller Orten geglaubt worden, d. h. dass sie eine katholische sei, hätte man nicht das Zeugniß des Alterthums und jeder einzelnen Kirche?

2) Das tüchtigste Argument ist jedoch immer, — dass die Kirchengeschichte Irrthümer der Päbste nachweisen kann, z. B. des Liberius, der eine arianische Synode von Sirmium unterschrieb; die

des Honorius und Anderer, welche oben angeführt worden sind.

3) Die römischen Bischöfe mussten selbst am besten wissen, ob sie infallibel seien; aber Viele sagen, dass sie irren können; Paul IV. 1557 im consistorio Romae sagt zu den Cardinälen: „ich wünschte nicht, dass ihr Euch mit dem Beispiele meiner Vorfahren begnügtet; ich will ihnen nur dann folgen, wenn es durch das Ansehen der heiligen Schrift und die Gründe der Gelehrten angeht, und ich zweifle nicht, dass wir nicht nur in dieser, sondern in allen andern Angelegenheiten dem Irrthum unterworfen seien.

Hadrian VI., der gelehrte, sagt C. 10. comment. liber sententiarum: wenn man unter der römischen Kirche ihr Haupt versteht, den römischen Bischof, so ist gewiss, dass er irren könne, auch was den Glauben betrifft, denn mehrere römische Bischöfe waren Häretiker und erst neulich Johann XXII., der öffentlich einen Irrthum lehrte und Allen ihn zu glauben befahl.“

GRADE DER HIERARCHIE.

A. Vom Subjekte der Kirchengewalt in Bezug auf die einzelnen Theile.

§. 19.

Hierarchie ist heilige Gewalt. 1) Kirchengewalt, die einem gewissen Personal, mit Ausschluss der Uebrigen, zusteht. Es gibt eine Hierarchie der Weihe und der Gerichtsbarkeit; jene geht aufs Wesentliche der Religion, diese auf die Disciplin. 2) Gewöhnliche Bedeutung: Stufenfolge von Personen, welche die Kirchengewalt hat, und diese ist theils göttlichen, theils menschlichen Ursprungs. Höhere Grade sind: Bischöfe und Presbyter — göttlichen Ursprungs. —

Unterschied der Bischöfe und Presbyter. Erstere haben die Weihen zu ertheilen und die Sakramente zu verwalten. Manches haben sie mit den Presbytern gemein, aber es ist von ihnen den Presbytern übertragen, und sie sind daher in manchen Dingen ihre Vicare. Der Weihe nach sind sie nicht unterschieden, und in der alten Kirche weihten die Prie-

ster öfter. Der Bischof ertheilt bei uns nur die Firmung und Priesterweihe ausschliesslich.

Presbyter sind die 72; oben schon abgehandelt.

Diakonen gab es schon zu den Zeiten der Apostel. Später haben sie das Predigtamt und die Taufe nebst der Assistenz bei den Bischöfen und der Verwaltung des Kirchenfonds erhalten. Das Diakonat ist kein Sakrament.

Subdiakonen, die erste Stufe der Weihe, haben den Ursprung nicht von den Aposteln, sondern erst im 3. Jahrhundert in den Briefen Cyprians. Sie dienten den Diakonen am Altare. Sie waren auch Boten, Briefträger, trugen öfter das Abendmahl zu den Kranken. Das Subdiakonat steht zwischen den minoribus und majoribus mitten inne, bis ins 6. Jahrhundert. Als sie nicht mehr heiratheten, zählte man sie zu den höheren Weihen, bis im 11. Jahrhundert Urban II. ihnen den Coelibat aufdrang. Sie mussten auch die horas beten, — sind doch blos von menschlicher Schöpfung.

Lectores: erst im 3. Jahrhundert, und in dieser Zeit sehr ausgezeichnet. Acoluthen und Exorzisten. Sie mussten die Schriften und Kirchenlegenden lesen, sie aufbewahren, wesswegen sie in Verfolgungen sehr gefährlich daran waren. Ostiarii mussten Häretiker und Heiden vom Eingange in die Kirche zur heiligen Handlung abhalten. Ton-

VΘV

ΛΘΛ ΛΘΛ
VΘV VΘV

sura ist keine Weihe, nur den feierlichen Eintritt in den Klerikalstand bezeichnend. Die letzteren Weihen sind nun in das Presbyterat aufgenommen und existiren bei uns nur der Form nach, werden nicht mehr einzeln ausgeübt, sind sogar an Laien, die Messner übergegangen. In älteren Zeiten musste man sich successive emporschwingen, und Mancher konnte immer Lektor etc. bleiben.

Ordines minores sind also: Ostiariat, Exorcistat, Lektorat, Akoluthat.

Ordines majores s. sacri: Subdiakonat, Diakonat, Presbyterat.

Hierarchie der Gerichtsbarkeit, göttlichen Ursprungs: Wer die Weihe hat, hat die Gerichtsbarkeit, Bischof und Priester, nur dass sie ersterer ausübt, letzterer die Potenz dazu hat. Der Pabst hat sie vorzüglich.

Hierarchie der Weihe, menschlichen Ursprungs: Cardinäle, Exarchaten, Abbaten, Legaten, auch die früheren Archidiakonen, Spiritualen, Generalvikarien.

B. Executive Gewalt der ganzen Kirche.

§. 20.

Concilien.

Vermöge göttlicher Bestimmung ist die Leitung der Kirche allen Nachfolgern der Apostel anvertraut, sofern sie durch das Sacrament der Weihe befähigt in Würde und Amt eintreten. Beschlüsse der gesammten lehrenden Kirche verpflichten auch die gesammte Kirche. Sie können gefasst werden, wenn die ganze Kirche versammelt ist, oder eine geistige Uebereinstimmung der Vorsteher erfolgt ohne örtliche Verbindung; im letzten Falle nennt man es *Consensus ecclesiae dispersae*; im erstern bilden die Kirchenlehrer ein Concil, eine Synode. Eine solche ist somit eine Versammlung sämmtlicher Kirchenlehrer, um in gemeinsamer Berathung die kirchlichen Angelegenheiten zu besorgen. Da hier nur von den Vorstehern der Kirche die Rede sein kann, so kann auch nur von jenen Versammlungen die Rede sein, welche die Angelegenheiten der ganzen Kirche besorgen, d. h. von ökumenischen Synoden. Es gibt aber Synoden, die sich nur mit einem Theil der Kirche beschäftigen, *Particularsynoden*. Diese sind entweder National-, Pro-

vincial-, oder Diöcesansynoden. Ein Nationalconcilium ist die Versammlung der Erzbischöfe und Bischöfe eines Landes unter dem Vorsitze des Patriarchen oder Primaten des Reichs. Das Provincialconcil vereinigt bloß die Bischöfe einer Provinz unter ihrem Metropoliten. Die Diöcesansynode vereinigt den Clerus der Diöcese um die Person des Bischofs.

1) Welche Gegenstände eignen sich für die Entscheidung eines allgemeinen Concils? — Der Zweck des allgemeinen Concils kann nur das Wohl der ganzen Kirche sein. Gegenstände sind a) dogmatische Entscheidungen, welche beim Angriff oder Zweifel einer Lehre zu geben sind. Soll entschieden werden, ob sie geoffenbarte Lehre sei, so muss sie sich auf allgemeine Tradition gründen, welche das Zeugniß der ganzen Kirche haben muss. Aber auch b) Disciplinargegenstände. Es gibt Disciplinarpunkte, die allgemein nützlich sind und zum Wohl der ganzen Kirche beitragen können. Da aber die Beurtheilung, ob sich eine Disciplin für jede Kirche wohlthätig erweisen möge, nur von Particularkirchen ausgehen kann, so gehören diese vor eine Versammlung, wo jede Particularkirche repräsentirt und ihr Wohl berücksichtigt wird. Besteht schon eine allgemeine Disciplin, so kann ihre Aufhebung oder nähere Bestimmung wieder nur von der allgemeinen Kirche geschehen. —

Recht der Entscheidung. Da das gesammte Sacerdotium die Nachfolger der Apostel, die Träger der Lehre Christi darstellt, so bildet die Gesammtheit der Priester und Bischöfe eigentlich ein allgemeines Concil.

Es ist nicht nur jeder Priester befähigt, daselbst zu erscheinen, sondern sie sollten auch wirklich erscheinen, damit es ein allgemeines sei. Man sieht also, wie irrig es ist, dass die Priester nur eine berathende und keine entscheidende Stimme haben.

Eine andere Frage ist, ob die Priester ihrer Aemter und Geschäfte wegen zu einem allgemeinen Concil gerufen werden können: — das sieht Jeder ein, dass dies unmöglich ist, und dass die Bischöfe am füglichsten dieses Recht ausüben. Daher können es auch andere Personen ausüben, die keine Priester und Bischöfe sind, z. B. Cardinaldiakonen, Aebte, Doctores ecclesiae. Eine entscheidende Stimme haben: die Bischöfe, Cardinäle, die mit Quasiepiscopalrechten ausgezeichneten (infulirten) Aebte und Prälaten und die Generale der Mönchsorden. Eine blos berathende Stimme: die Gesandten der weltlichen Fürsten, Doctoren der Theologie und des canonischen Rechts und andere Gelehrte.

Gültigkeit der Entscheidung. Das allgemeine Concil hat die Gabe der Infallibilität, da

sonst die Kirche dem Irrthum preisgegeben ist. — Da aber noch kein solch allgemeines Concil versammelt war, so kommt den sogenannten ökumenischen Synoden desswegen noch nicht Infallibilität zu, sondern erst, wenn die gesamte Kirche ihren Beschlüssen beitrith. Chrysostomus sagt: du verachtest nicht die nizänischen Väter, sondern die ganze Christenheit, die ihre Sentenz bestätigte. Und Gregor M.: (24. epist.). „Ich bekenne, dass ich die allgemeinen Concilien, wie die vier Evangelienbücher, verehere, weil sie durch allgemeine Uebereinstimmung angenommen wurden.“ — Daher hiess es in Constanx und Basel, *se representare ecclesiam catholicam*. Insofern sie also den Glauben der repräsentirten Kirche aussprechen, was sich aus den Bestimmungen ergibt, sind sie unfehlbar, und somit fallen die Zweifel, ob die Synoden von Ephesus, Nicäa und Constantinopel wirklich allgemeine gewesen seien, — da ihre Beschlüsse die allgemeine Kirche autorisirte und acceptirte. Als eigentlicher Beschluss ist nur das anzusehen und hat nach allgemeiner Annahme der Synode Gültigkeit, was klar und mit bestimmten Worten ausgedrückt, nicht vieldeutig ist. Ferner 2) Sätze, bei denen es klar ist, dass das Concil eine geoffenbarte Lehre aussprechen wollte. Nebenanführungen, Beweise, worauf die Haupttendenz der Versammlung nicht geht, sind keine Beschlüsse. Hieher gehört, dass philosophische Streitfragen,

scholastische, menschlichen Rechts und Ursprungs, nicht geoffenbarte Thatsachen, nicht Gegenstand eines allgemeinen Concils werden können, und sich die Gültigkeit solcher Fragen, welche sich hierüber verbreiten, nicht daher beziehe. Sagt man die Beschlüsse des Tridentinum seien allgemein angenommen, so ist dies aus unsern gemachten Bemerkungen, nicht aus dem „anathema sit“ zu entnehmen.

In Disciplinarsachen findet das nämliche Verhältniss statt.

Das Berufungsrecht. Die ersten allgemeinen Concilien beriefen die Kaiser, was durch sie am besten geschehen konnte, da der bei weitem grösste Theil der Welt ihnen unterworfen war. Jetzt, wo die Christen nicht mehr einen Regenten haben, gehört das Recht in ordentlichen Fällen dem Pabste. Sollte der Pabst in dringenden Fällen keine Synode berufen wollen, oder mehrere Päbste sich streiten, so müsste die Berufung auf was immer für eine Weise, z. B. durch das Cardinalscollegium, geschehen. Damit ein Bischof erscheinen könnte, müsste er das „Placetum regium“ haben. Die Versammlung wird mit einem feierlichen Gottesdienste unter Anrufung des heil. Geistes eröffnet, und die ganze Christenheit zum Gebete aufgefordert.

Das Präsidialrecht kommt dem Pabste zu, und wenn er es nicht in eigener Person ausübt, seinen Legaten. Niemand kann mehr Anspruch

darauf haben. Der Pabst oder seine Legaten präsidirten immer, z. B. in der allgemeinen Synode von Chalcedon, wo die Legaten Leo des Grossen den Präsidialstuhl einnahmen. Merkwürdig ist, dass Leo das Präsidium nicht als ein Recht ansieht, sondern den Kaiser darum ersucht, weil die Patriarchen des Orients die wahre Lehre gegen die Neuerer nicht vertheidigen wollten.

Oft sagt man, dieses Recht gebühre den Fürsten, weil auch die Kaiser in den ersten Zeiten präsidirt haben. Allein diese und ihre Gesandten waren nur der Ordnung wegen da, wie Constantin ausdrücklich sagt: Präsidialrecht ist nicht nur der erste Platz, sondern auch seine Stimme zuerst zu geben, zu bestimmen, in welcher Ordnung Etwas verhandelt werden soll. Ueber die Erhebung des verhandelten Gegenstandes zum Beschlusse entscheidet die Mehrheit der Stimmberechtigten, verbunden mit der Zustimmung des Statthalters Christi. Die Bestätigung des Pabstes ist nothwendig zur Gültigkeit der Beschlüsse.

Merkmale eines allgemeinen Concils.

- 1) Regelmässige Berufung aller Kirchenvorsteher;
- 2) wirkliche Zusammenkunft einer solchen Anzahl derselben aus allen Reichen und Nationen, dass man sie als Repräsentanten der allgemeinen Kirche betrachten kann;
- 3) sorgfältige Untersuchung der

Gegenstände; 4) Freiheit der Aeusserungen. Man sagt, wenn diese Bedingungen erfüllt seien, so sei es als die ganze Kirche anzusehen und habe gleiches Ansehen. Diese Merkmale sollten wohl jedem Concilium generale zukommen. Allein — man ist nicht einig, wie gross die Anzahl der Bischöfe sein müsse; und wer könnte auch entscheiden, ob Alles gehörig untersucht, ob keine Störung der Freiheit vorgefallen, durch welche Motive sich einzelne Bischöfe bestimmen liessen. Leicht wäre es immer, aus irgend einem Grunde Exceptionen zu machen. Allen Zweifel hebt die Annahme der Kirche. Zu Nicäa waren 130 katholische und 80 arianische Bischöfe auf der Synode. Zu Mailand 400 Bischöfe; und letztere ist doch nicht als allgemeine Synode angenommen.

Confirmationsrecht der Concilien. Confirmation ist ein Akt, wodurch eine Verhandlung Kraft und Gültigkeit erhält. Allein wenn ein Concilbeschluss erst durch päbstliche Bestätigung Kraft erhält, so sind diese Beschlüsse überflüssig; der Pabst steht dann über den Concilien, und statt der Kirche ist er infallibel. Ein Theil würde sich damit über das Ganze setzen. Der Pabst erscheint, wenn er zur Festsetzung einer Lehre kommt, bloß als Bischof von Rom, d. h. bloß um das Zeugniß seiner Kirche zu geben. Aber dazu ist jeder Bischof anwesend; daher unterschrieb ehemals jeder die Acta mit den

Worten: *definiens subscripsi*. Wenn man aber unter Confirmation eine feierliche Promulgation versteht, wodurch die allgemeine Kirche die Beschlüsse erhält, besonders jene Kirchen, deren Bischöfe abwesend waren, oder die Obsorge, dass die bekannten Concilbeschlüsse ins Leben treten, so kommt das Recht dem Pabste zu.

Endlich wird gestritten, ob allgemeine Concilien nothwendig seien? Dass sie von Christus nicht selbst eingesetzt seien, ist gewiss, aber ebenso auch, dass in der ersten Zeit die Concilien sehr viel beitrugen, die Kirche fest zu gründen, zu vereinigen und den Neuerungen entgegenzuwirken. Dass die Grundlehren des Christenthums durch sie allein festgestellt und die wohlthätigsten Institutionen eingeführt wurden, dass sie aber jetzt nicht mehr so nothwendig sind, als früher, ist klar, da man jetzt mehr Mittel hat, sich zu verständigen, als damals. Ob aber nicht wieder Zeiten kommen, wo die vereinte Kraft Irrthümern steuern könnte, wo Concilien nöthig werden, lässt sich im Voraus nicht sagen. Das Vorbild in solchen Fällen ist durch sie gegeben.

Consensus ecclesiae dispersae. Allgemeine Beistimmung ist auch hier nothwendig, ob die Bischöfe versammelt oder zerstreut sind.

Daher kommt ihnen in dogmatischen und Dis-

ciplinarentscheidungen dieselbe Kraft zu, wie in Concilien.

Bedingungen der Annahme des Consensus. 1) Muss die Absicht rein sein, dass sich die ganze Kirche über einen Punkt aussprechen will, so ist z. B. die Conceptio immaculata eine Lehre in der Kirche, aber keine Kirchenlehre; 2) darf der zu bestimmende Punkt keine theologische Meinung sein, sondern geoffenbarte Lehre; 3) muss der Consens ganz allgemein und 4) als Thatsache bewiesen und erkannt sein.

Kennzeichen dieses Consenses und Mittel zu demselben: 1) Litterae formatae; 2) Catechismen einer jeden Diöcese.

C. P r i m a t.

§. 21.

Wesentliche Rechte desselben.

In der Reihe von 18 Jahrhunderten, seit denen die christliche Kirche steht, wurden die Primatsrechte verschieden ausgeübt. Es war deren anfangs eine sehr beschränkte Zahl und später erhielten sie eine fast unermessliche Ausdehnung, und die aus-

schliessliche Begründung der erstern und die rechtliche Begründung der andern riefen das Episcopal- und Papalsystem hervor. Wir setzen fest: es ist allgemeine Lehre der Kirche, dass der Zweck des Primats Erhaltung der Einheit sei. Aber die Analyse dieses Begriffs kann die verschiedensten Bestandtheile haben. Daher sei Grundsatz: 1) der Primat kann nicht mehr Rechte haben, als welche aus seinem Begriffe folgen, sonst würde sein Begriff und er aufgehoben. Dies ist gut als negative Bestimmung dieser Rechte, dass sie nicht über einen gewissen Punkt zurückgesetzt werden dürfen, ohne dass der Begriff aufhört. Aber wie weit sie auszudehnen, darf man dem Begriffe nicht überlassen, da man so viel herausnehmen kann, als man hineinlegte.

Dieses Maass liefert die Tradition und das Verhältniss des Episcopal- und Papalsystems. 2) Daher dürfen die Rechte des Primats nicht weiter ausgedehnt werden, als es die Tradition vom 1—6. Sæculum gibt. Denn wollte man annehmen, er habe mehr Rechte, so müsste man zugeben, man hätte das Wesen desselben in den ersten Jahrhunderten nicht gekannt. Das Verhältniss des Episcopats zum Primat begrenzt seine Rechte, so, dass nicht dazu gerechnet werden kann, was den Episcopat aufheben würde. Daher folgt folgende Eintheilung der Primatialien: jene Rechte, die man vom Primat nicht nehmen kann, ohne seinen Begriff aufzuheben, sind

wesentlich; die man ihm nicht geben kann, ohne das Episcopat aufzuheben, sind unwesentliche oder strittige Rechte. Was vom Episcopat dem Primat zugetheilt werden kann, ohne den ersten aufzuheben und umgekehrt, sind zufällige Rechte:

1) Specielle wesentliche Rechte des Pabstes.

Der Pabst vereinigt in seiner Person eine mehrfache Würde, als 1) Oberhaupt der Gesamtkirche; 2) Patriarch des Abendlandes; 3) Metropolit der römischen Provinz; 4) Diöcesanbischof von Rom; 5) weltlicher Souverain des Kirchenstaats.

1) Oberstes Aufsichtsrecht (*jus supremæ inspectionis*) über die ganze Kirche, denn nur dadurch wird ihm klar, wo Einheit besteht; wo sie verletzt werden und dem Untergange nahe sein kann. Die Mittel dies auszuüben, begründen folgende besondere Rechte: a) das Recht zu verlangen, dass alle einzelne Bischöfe mit ihm in steter Verbindung stehen, wodurch alle Theile unter sich in unmittelbare Verbindung kommen, da sie der gemeinsame Mittelpunkt verbindet; b) Relationen über Alles, was auf Einheit geht; c) das Recht, Legaten zu schicken, Vikarien zu bestellen, durch welche besonders in entlegenen Theilen der Welt Einheit hergestellt wird. Doch ist von diesem Rechte zu bemerken, dass es nicht schlechthin wesentlich ist; nur die Oberaufsicht ist wesentlich, nicht gerade das

Mittel als solches. In den 3 ersten Jahrhunderten ist es nie ausgeübt. In einzelnen Fällen mag es nicht nur nützlich, sondern gar nothwendig sein. Der Pabst hat die Lehrthätigkeit zu überwachen, den Bischöfen das Glaubensbekenntniss abzufordern, dogmatische Entscheidungen zu erlassen, Schriften zu censiren.

2) Oberstes Gesetzgebungsrecht (*jus supremæ legislationis*). Hieher gehört das Recht: allgemeine Concilien zu berufen, deren Beschlüsse zu bestätigen, zu dispensiren, in Reservatfällen zu absolviren, Ritualbestimmungen zu erlassen, selig und heilig zu sprechen, Ablässe zu verleihen, Feste und Fasten anzuordnen, Missionsanstalten einzuführen etc.

3) Die vollziehende Gewalt (*jus supr. jurisdictionis*). Hieher ist zu rechnen: das Recht, Kirchengesetze aufrecht zu erhalten, in Vollzug zu setzen und zwar nöthigenfalls durch Zwangsmittel, Versehen und Unterlassungen der Kirchenoberen, namentlich in Besetzung der Kirchenämter durch Selbstverfügung zu verbessern, säumige Bischöfe zu strafen und abzusetzen, Unschuldigverfolgte zu schützen, Appellationen etc. in letzter Instanz zu entscheiden.

4) Die höchste Administrativgewalt (*jus supr. administrationis*). Das Recht, Kardinäle zu creiren, Bischöfe zu bestätigen, zu versetzen etc.,

Coadjutoren und Weihbischöfe beizuordnen, das Pallium zu ertheilen, Bisthümer zu errichten, zu vereinigen, zu unterdrücken, Vikarien zu bestellen, den Veräusserungen von Kirchengütern die Zustimmung zu ertheilen oder zu versagen, Privilegien und Dispensationen zu geben, Palliengelder, Annaten etc. zu fordern.

2) Zufällige Rechte des Papstes.

Bemerkungen, wie es kam, dass diese an den Papst kamen. Man muss hier nicht unbillig urtheilen, dass die Herrschaft Alles an sich gerissen.

1) Er ist als Patriarch des Occidents angesehen worden, und das mit Recht, da Deutschland und England ihre Religion von ihm haben. (Augustin und Bonifaz). Erhielten sie hier besondere Rechte, so kommt es daher, dass sie die Väter dieser unmündigen Völker waren.

2) Auch die Bischöfe waren sehr unbehülflich; immer wendete man sich in Glaubensstreiten und wegen Disciplinargesetzen nach Rom.

3) Pseudo-Isidor.

4) Als die Provinzialsynoden wegen bequemen Lebens der Bischöfe unterblieben, so kam immer mehr an Rom.

5) Der Verfall der Kirchenzucht, die Rohheit des Klerus liess Alles in die Hand des Papstes kommen.

1) Rechte in Bezug auf Bischöfe. a) zu

weihen, zu confirmiren, abzudanken, den Eid der Treue abzunehmen; b) Bisthümer zu theilen, zu errichten, zu vereinigen; c) Appellation; d) Canonisation.

Die Wahl der Bischöfe geschah früher folgendermassen: der Metropolit begab sich mit allen Comprovinzialen an den Ort, wo der Bischof gestorben war; man fragte den gesammten Klerus nicht blos die Kathedralkirche der Diöcese, die Angesehenen und das Volk. Oft rief das Volk, welchen es wolle; und dieser wurde von den Provinzialen anerkannt. Gewöhnlich leiteten diese die Wahl, und hatten sie einen Mann, dem das Volk sein Zutrauen nicht schenkte, so drang man ihn nicht auf, sondern wählte einen andern, der aber immer die kanonischen Eigenschaften haben musste, worüber die Bischöfe erkannten. Diese Anerkennung der nothwendigen Eigenschaften hiess Confirmation, darauf folgte die Consecration. Beides war Ein Akt. So war es bis zum 11. und 12. Jahrhundert und noch länger, doch so, dass von jetzt an das Volk und ein grosser Theil des Klerus von der Wahl ausgeschlossen wurde, und nun das Domkapitel, die Geistlichen der Kathedralkirche die Wahl hatten. Confirmation und Consecration geschah stets noch vom Erzbischofe, und jetzt ist es de jure communi, dass es durch ihn geschehen soll. Decretalien L. I., Tit. 6, 44. Durch nachherige Streite geschah es, dass die Wahl und Confirmation nach

Rom kam. Besonders war es der Fall, dass die Päbste sich die Besetzung der meisten Bisthümer vorbehielten. Nun schien es nicht geziemend, dass der Metropolit erst aussage, dass dieser die canonischen Eigenschaften habe, den der Pabst gewählt hatte; und so kam das Confirmationsrecht an den Pabst, und die einzelnen Concordate bestätigten ihn im Besitze desselben. Im Fürstenconcordat zu Mainz ward das Confirmationsrecht den Erzbischöfen vindicirt, allein durch das Aschaffenburg oder Wiener Concordat wurde es dem Pabste vorbehalten. Vom Consecrationsrecht enthalten sie Nichts, aber die bestehende Praxis fordert, dass die Bischöfe in Rom müssen consecrirt werden, oder der Consecrator die Erlaubniss zur Consecration von dort erst erhalten muss.

2) Postulation der Bischöfe. Uebersetzung derselben von einer Diöcese auf eine andere, was früher Sache der Provinzialsynoden war. Früher konnte dies nicht geschehen, da man die Verbindung des Bischofs mit seiner Kirche für ehlich ansah. Das Concilium von Sardica beschloss, dass ein Bischof, der dieses wolle, bei seinem Tode nicht in die Gemeinschaft aufgenommen werden sollte. Oft war es nämlich Politik, Geld zu gewinnen, Einfluss bei Hof, Verbreitung der Ketzerei. — Seit Isidor hat dies Recht der Pabst. Er sagt, es könne sein, und Gratian fügt bei: *non sine speciali permissu pontificis.*

3) Das Recht den Bischöfen Coadjutoren zu geben. So war Augustin Coadjutor des Bischofs von Hippo.

4) Eid der Treue. Davon wusste man im Alter bis zum 9. Jahrhundert nichts. Ueberhaupt sollte kein Priester einen Eid schwören, man sollte ihnen so glauben. Man versprach dem Ordinator nur *obedientiam canonicam*. In Italien wollten im 8. Jahrhundert einige Bischöfe von dem Klerus einen Eid, aber mehrere Synoden hiessen dieses ein *periculosum*. —

Gegen das 8. und 9. Jahrhundert thaten dies die französischen Bischöfe, auch sie fanden Widerstand. Eonifaz forderte ihn, dann unterblieb es bis zum 11. Jahrhundert und im 12. forderte ihn Lanfrancus. Die Metropolitane, wenn sie das Pallium erhielten, mussten dieses thun, und dieser Vasalleneid wurde dann auch von den Bischöfen gefordert: *promitto me non etc.* Mehrere Jahrhunderte bestand dieser rohe Eid und dann wurde er gemässigt, da er der geistlichen Würde eines Bischofs ganz zuwider war. In Frankreich war es Sitte, dass man vorher dem Landesfürsten den Eid ablegte, dann erst dem Pabste, später auch in Oesterreich und anderen Ländern.

5) Absetzung der Bischöfe. Zuerst hatten das Recht hiezu die Concilien, dann der Pabst.

Abdankung derselben. In den ältesten Zeiten wurde der Bischof von der Provinzialsynode abgesetzt, wegen Häresie. Im 4. Jahrhundert setzten die Parteien ab, z. B. die Arianer. Im Jahre 341 auf der Synode zu Sardica wurde beschlossen, dass ein abgesetzter Bischof *judices in partibus* und den Pabst zu Hülfe nehme, der diese *judices* berief. Nebst den zu Sardica befindlichen Richtern sollen aus der Nachbarschaft die Bischöfe herbeigerufen werden, und was diese entscheiden, hat Gesetzeskraft. Julius bekam dieses Recht. Bis auf Isidor war das Recht nur ausgeübt, aber nun wurden die Appellationen und das Wesen der Urtheile in Rom, wo sich die Geschäfte gesteckt hatten, so gross, dass sich ein Bischof oft noch Jahre lang halten konnte, ohne beurtheilt zu sein. Das Fürstenconcordat verlangte *judices in partibus*, das Aschaffenburg gab das Recht dem Pabste, und erst das Conc. Trid. beschloss, dass der Process durch die benachbarten Bischöfe untersucht und die Akten nach Rom geschickt werden sollen, wo die Entscheidung Rechtskraft hat. *Judices in partibus* gibt es nicht mehr.

6) Das Recht, Bisthümer zu vertheilen, hatten die Provinzialsynoden, aber schon im 8. und 9. Jahrhundert fragte man in Baiern und Sachsen den Pabst. —

Eine unzufriedene Partei in Ehesachen kann

zuerst an den Bischof, dann an den Metropolit, und zuletzt an den Pabst appelliren.

In dringenden Fällen kann eine Mittelstufe übersprungen werden.

Das Tridentinum setzt fest: dass dies nicht stattfinden soll. Viel klagte man auf allen Reichsversammlungen hierüber. Oesterreichisches Recht ist: sind das bischöfliche Gericht und die judices in partibus einstimmig, so hat das Urtheil Rechtskraft. Ist aber der Bischof gerade unter Rom, so muss ein anderer Bischof beigezogen werden. In ausserordentlichen Fällen kann man nach Rom appelliren.

7) Canonisation. Vom 7. und 8. Jahrhundert an viel Missbrauch. Vom 10. Jahrhundert seit dem heiligen Ulrich hat es Rom weislich an sich gezogen.

Beatification geht nur auf Provinzen, Canonisation auf die ganze Kirche.

Orden vermehrten sich zu sehr; Innocenz III. zog das Recht der Bestätigung derselben an sich; er sagte, man solle keine mehr stiften, es seien so schon so viele da; doch kamen die Jesuiten. Die Regel muss vorgelegt werden.

3) Streitige Rechte des Primats.

1) In Beziehung auf den Staat — hierüber später; 2) auf die Kirche im Allgemeinen, ist schon abgehandelt; 3) auf Bischöfe insbesondere.

Ad 3. Man wollte dem Pabste eine geistliche Monarchie geben.

1) Er sei an keine Canonen gebunden; 2) er könne an die Canonen halten, habe eine concurrirende Gerichtsbarkeit mit ihnen; 3) sie haben nur vikarirende Macht.

Man gestand in Rom selbst ein, dass die Reservationen die bischöfliche Wirksamkeit vernichten, was die Ertheilung der Facultäten beweist. Dies sind gewisse Vollmachten, wodurch die Bischöfe in gewissen, dem Pabste vorbehaltenen Fällen als Delegirte einschreiten dürfen. — Allein nebst dem Widerspruch der Praxis mit der Theorie, dass man als im Leben unausführbar ansieht, was man doch im Grundsatz festhält, enthalten die Fakultäten meist Erlaubniss solcher Dinge, die keiner bedürfen. Die Beschränkung der bischöflichen Gewalt kann nur negativ sein, d. h. mit Einwilligung des Bischofs festgesetzt, dass er seine natürlichen Rechte da oder dort nicht ausübe und sie dem Pabste überlasse. Aber die Fakultäten enthalten positive Beschränkungen, was sich im Begriffe widerspricht. Man hörte sagen: Rechte, die dem Bischofe zukommen,

kanz er nicht ausüben, obgleich er sie ausübt. Kaiser Joseph erliess ein Verbot, dass kein Bischof nach Rom sich wenden, sondern seine Rechte selbst ausüben sollte. Nach württembergischem Rechte stehen nur der Erzbischof, Bischof und Bisthumsverweser in allen die kirchliche Verwaltung betreffenden Gegenständen in freier Verbindung mit dem Pabste. Pius VI. reiste zu dem Kaiser nach Wien, und er stellte es frei, sich dorthin zu wenden. Exemtionen sind Befreiungen von der Jurisdiction des Bischofs, der die ordentliche Jurisdiction auszuüben hätte, und gehen besonders auf Klöster und Universitäten. Der Ursprung liegt nicht in Anmaassung der Päbste, sondern in den Bedrückungen der Klöster von Seite der Bischöfe, welche erstere bei dem Aufwand der Visitationen, durch unmässige Taxen bei Einsetzung der Aebte, und andere Eingriffe oft sehr misshandelt, ja fast aufgelöst wurden. Daher wandten sie sich an die Päbste, und der Wunsch, von den Bischöfen befreit zu sein, folgte aus dem Selbsterhaltungstriebe. Diese Befreiung bezog sich anfangs nur auf willkürliche Forderungen der Bischöfe, verlangte aber bald mehr. Die Aebte suchten nämlich oft aus Dünkel und Ehrgeiz von den Bischöfen frei zu sein und setzten eine Ehre darein, unmittelbar unter dem Pabste zu stehen, und brachten es dann dahin, dass die meisten Klöster und Prälaturen, besonders aber die Mendi-

kanten von der Jurisdiction der Bischöfe unabhängig wurden. Bei den von Aufsicht nun befreiten, in die Rechte der Bischöfe und sogar der Pfarrer eingreifenden Subalternen entstand allmählig eine Auflösung der Disciplin, die Klöster verfielen in Schlechtigkeit aller Art, da ihnen keine nahe Behörde zu befehlen hatte. Man hätte den Missbrauch der bischöflichen Gewalt aufheben, nicht ihre natürlichen Rechte vernichten sollen. Es gibt jetzt noch exemte Bischöfe, z. B. der Bischof von Ermland und der Fürstbischof von Breslau.

Das Concil von Trident verordnet: 1) die Klöster sind in der Liturgie, Fasten der Festtage an die Diöcesanordnung gebunden; und 2) müssen die Ausübung zur Seelsorge vom Bischofe erhalten; 3) in exemten Fällen sind sie dem Bischofe als Delegirtem unterworfen.

Vergebung der Beneficien. Reservationen im engeren Sinne sind päpstliche Provisionen in Kirchenämtern, statt des Collator ordinarius. Ihr Ursprung ist dieser: bis zum 12. Jahrhundert geschah die Vergebung auf die früher angegebene Art. Die Bischöfe wurden vom Klerus und Volk gewählt, später vom Domkapitel. Freilich haben öfter die Könige diese Stellen auch besetzt. Die andern Beneficien vergab der Bischof. — Hadrian war 1548 der erste, welcher den Diöcesanen per preces Geistliche zur Anstellung empfahl. Preces wurden bald Mandate, weil die bloße Bitte keine

Wirkung mehr hatte. Da die Mandate ihre Kraft verloren, schickte Alexander III. mit jedem Mandat die Execution. Innocenz III. sprach als Grundsatz aus, dass der Pabst de plenitudine potestatis über alle Beneficien zu disponiren habe. 50 Jahre später reservirte sich Clemens IV. alle Beneficien, deren Besitzer in Rom sterben werden, wodurch der Grund zu den generellen Reservationen gelegt wurde. Bonifaz VIII. wiederholte bloß die Reservationen seiner Vorgänger, ebenso Clemens V., behielt sich aber für seine Person die Besetzung des Bisthums und der Abtei Bourdeaux vor. Johann XXII. reservirte alle Beneficien, welche erledigt wurden, wenn ihren Besitzern andere zufielen, was sie der Gunst des Pabstes zu danken haben. Um den Kanzleiregeln recht Umfang zu geben, gab er 2 Constitutionen. In der Constitution, Execrabilis, erneuert er die alten Kirchengesetze gegen Besitz mehrerer Pfründen, und setzt fest, dass jeder mit einem Curialbeneficium nur ein Beneficium simplex verbinden könne. Alle auf solche Weise erledigte Beneficien reservirte er. In der 2ten Constitution nahm er die am päpstlichen Hofe erledigten Beneficien aus; wenn ein solches durch den Akt der päpstlichen Gewalt erledigt wird, oder der Pabst die vorgehabte ordentliche Besetzung nicht genehmigt, oder wenn das Beneficium eine früher am päpstlichen Hofe angestellte Person in Besitz hatte. Noch reservirte er

einige Kirchen besonders, und ertheilte die Mandata de providendo häufig. Es kam so weit, dass Martin V. dem Concil in Constanz vorschlagen konnte als Erleichterung, wenn er nur zwei Drittel aller nicht ausdrücklich reservirten Pfründen durch specielle Gnadenbriefe (*gratiae expectativae*), die der Ordinarius respektiren müsse, vergebe. Es heisst nämlich: nebst den genannten Reservationen sollen zwei Theile dem Pabste zur Disposition überlassen werden und ein Theil dem Ordinarius. Im Concordat mit Martin V. 1418 wurde doch dem Pabste in Deutschland nur das Ernennungsrecht in den päpstlichen Staaten zuerkannt, und zwar nur in Bezug auf Domherrenstellen, mit Ausschluss der Würde. Diese Missbräuche, wodurch die schlechten Männer meist durch offenbare Simonie die einträglichsten Stellen erhielten, suchte das Fürstenconcordat zu heben. Man bestimmte, die Kapitel sollen freie Wahl haben, alle Reservationen aufhören, ausser jenen im Corpus juris. In dem unglücklichen Wienerconcordat wurden die im letzten Fürstenconcordat verworfenen Reservationen eingeführt, und mittelst der Bulle „*Execrabilis*“ von Benedict XII. die *menses papales*, d. h. alle Beneficien, welche in den ungleichen Monaten des Jahres in den Domkapiteln erledigt werden.

Jetzt bestehen in Deutschland keine päpstlichen Reservationen der Beneficien mehr, als in Preussen,

wo dem Pabste nach dem neuen Concordat jene Canonicate in den Domstiftern und den Collegiatkirchen zu Aachen zur Besetzung überlassen sind in den ungleichen Monaten, doch so, dass der Wille des Königs berücksichtigt werden soll. In Baiern ernennt der Pabst den Probst, in den Domkapiteln der König den Dekan.

4) Wir haben hier noch der Ehrenrechte des Pabsts Erwähnung zu thun. Der *primatus honoris* besteht zunächst in einer besonderen Kleidung, deren besondere Eigenthümlichkeit darin besteht, dass nur der Pabst das Pallium und die Stola überall und beständig trägt. Die den Pabst auszeichnenden Insignien sind ausser dem Throne und dem Fischer- ringe in einem geraden Hirtenstab (*pedum rectum*) oben mit einem Kreuz und (seit Clemens V.) eine dreifache Krone (*tiare*). Sein Titel ist in der Anrede: „Heiligster Vater“, im Contexte: „Ew. Heiligkeit“; sich selbst nennt er (seit Gregor M.) „*Servus Servorum Dei*“. Besondere Ehrfurchtsbezeugungen: Vorrang und Vorsitz vor allen anderen Kirchendienern, Empfang mit Procession, Gedächtniss in der heiligen Messe, Fusskuss, Gesandtschaften.

§. 22.

Von den Gehülften und Stellvertretern des Primats. — Die Cardinäle.

Cardinal hiess früher jeder einer Kirche intitulirter oder incardinirter (incardinare wie intitulare ist so viel als ein Kirchenamt verleihen), d. h. jeder angestellte Geistliche, daher es auch in jeder Kirche Cardinäle gab. Sie hiessen so zum Unterschied von andern Geistlichen, die sich blos vorübergehend an einer Kirche aufhielten. In Rom waren anfangs 7, später 14 Diakone, deren Bestimmung war, aufzusehen in den 14 Regionen der Stadt (diaconus regionarius). Bald kamen noch 4 zur Hülfeleistung des Pabstes in seinen Functionen hinzu und das Conc. Lat. erhöhte sie auf 18. Nebstdem gab es in Rom 28 an den verschiedenen Kirchen angestellte Priester. Es gab also 28 Cardinalpriester und 18 Cardinaldiakone. Da aber die römischen Bischöfe die benachbarten immer zu Rathe zogen, da schon im 9. Jahrhundert sie in Rom zu gewissen gottesdienstlichen Handlungen verpflichtet waren, so sah man sie als fix angestellte römische Geistliche an. Mithin waren auch diese Cardinalbischöfe derselben. Es waren deren 7, der Bischof von Ostia, Porto, Albano, Sabina, Tusculi, Präneste und Rufina. Alle 3 Arten der Cardinäle bildeten an jeder Kirche, wo ein Bischof war, das Presbyterium, als den Senat

des römischen Bischofs. Man sieht also, dass der Name „Cardinal“ ehemals keine besondere Auszeichnung war. Nur das steigende Ansehen der päpstlichen Macht vergrösserte auch ihr Ansehen. Pius IV. verbot 1567, dass sich sonst ein Priester diesen Namen beilege. Lange vorher schon hatten sie auch ihre Stellen als eigentliche Priester und Diakone aufgegeben und nur noch den Titel davon beibehalten. Ihre Anzahl war bald kleiner, bald grösser. Nach Obigem würde sie 53 betragen haben, allein z. B. bei der Wahl Nikolaus III. waren es nur 7, um die Zeit des Concils von Constanz fand man ihre Zahl zu lästig und wollte sie auf 24 herabsetzen. Sixtus V. bestimmte ihre Zahl auf 70, und zwar 14 Cardinaldiakonen, 50 Cardinalpriester, 6 Cardinalbischofe, so dass das Bisthum Rufiana einging.

§. 23.

Rechte der Cardinäle.

Die Ernennung (creatio) derselben geschieht durch den Pabst; er ist zwar hierin unbeschränkt, nur soll er Männer aus allen Nationen und mit den canonischen Eigenschaften versehen wählen. Sie haben ihren kirchlichen Rang unmittelbar nach dem Pabste, und stehen in einem Verhältnisse zu ihm, wie Söhne zum Vater; der politische Rang hängt

von der Observation der einzelnen Länder ab. Ihre Rechte sind verschieden *sedevacante* et *sede plena*. Bei erledigtem päpstlichen Stuhle werden je 3 Cardinäle auf einen Tag zu interimistischer Administration des Kirchenstaats und ganz unaufschiebbarer Regierungssachen abwechselnd genommen, 1 Cardinaldiakon, 1 Cardinalpriester und 1 Cardinalbischof nebst dem Cardinalkämmerer. Sie haben den Pabst zu wählen.

Sede plena bilden sie den ständigen Senat, das Rathskollegium des Pabstes. Ihre Versammlung unter dem Vorsitze des Pabstes heisst *Consistorium*, welches, in der Regel geheim, nur ausnahmsweise öffentlich ist, wo je 6 Gesandte von fremden Höfen und Magistrate von Rom zugelassen werden. Die Cardinäle haben in den Berathungen bloß berathende nicht decisive Stimme.

Im geheimen Consistorium kommen vor: 1) die Ernennung der Cardinäle, welche vom Pabst selbst abhängt. Einzelne Fürsten haben das Recht, einen Geistlichen zur Cardinalswürde vorzuschlagen, welche sodann *Kroncardinäle* heissen; 2) Ernennung des Legaten *a latere*; *legati a latere* sind Cardinäle, unmittelbar von der Seite des Pabstes genommen. Die eigentlichen päpstlichen Gesandten heissen *legati missi*. Waren ihre Vollmachten mit einem bestimmten Sitze bleibend verbunden, von einem Successor auf den andern übergehend, so

hiessen die Inhaber derselben *legati nati*; 3) Ernennung der Bischöfe und Aebte, deren Wahl ihm zukommt; 4) Austheilung des Palliums; 5) Entscheidung der *causarum majorum*.

Das öffentliche Consistorium findet statt:

1) Wenn ein gewählter Cardinal seinen Hut erhält; 2) bei Ankunft eines fremden Gesandten; 3) bei der Rückkunft eines Legaten *a latere*; 4) Wenn eine Canonisation stattfinden soll.

Die Ehrenrechte der Cardinäle sind: 1) ein rother Hut und Mantel; 2) Titel „Eminentissimus“. Ehedem sollen sie den Rang gleich nach den Königen in kirchlicher Beziehung gehabt haben. Jetzt noch haben sie ihn nach dem Pabste also vor den Patriarchen. Sie üben über ihre Kirchen und Titel eine *jurisdictio quasi episcopalis*, dispensiren also in allen bischöflichen Fällen, haben das Recht, die *minores* zu ertheilen, auf allgemeinen Concilien eine entscheidende Stimme. An einem Cardinale sich zu vergreifen, ist Majestätsverbrechen.

§. 24.

Die römische Kurie.

Im weiteren Sinn ist sie: das Collegium der Cardinäle mit ihren verschiedenen Congregationen, und der von dem Pabste angeordneten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden; — im engern

bloß das der letztern. Diese theilen sich in das Tribunal der Gnade (*gratiae*) und der Gerechtigkeit (*justitiae*) und in bloße Expeditionscollegien.

A. Zu dem Tribunal der Gnade also zu den päpstlichen Verwaltungsbehörden ist gehörig:

1) die *Dataria romana*, welche sich mit Concessions- und Gnadensachen beschäftigt, z. B. mit Besetzung der vom Pabste reservirten Pfründen, mit Dispensationen, insbesondere mit den Ehedispensen in foro externo.

2) Die *Poenitentiaria romana*. Sie erledigt alle dem Pabste vorbehaltenen Absolutionen (von Sünden und Kirchenstrafen) und Dispensationen in foro interno.

3) Die päpstliche Finanzkammer (*camera apostolica*) an der Spitze der Cardinal-Camerlengo.

B. Zu dem Tribunal der Gerechtigkeit also zu den päpstlichen Justizstellen (*curia justitiae*) gehört die *Rota romana* und *Signatura justitiae*.

1) Die *Rota romana* (das höchste Tribunal der Kirche), besteht aus 12 Richtern (*auditores romani*). Sie theilt sich in 3 Senate, so dass man an den 2. und 3. appelliren kann. Von den Entscheidungen der Rota (*Decisiones*) kann nicht mehr appellirt werden. Streitsachen aus der ganzen Kirche, in so fern sie sich für den Pabst eignen, werden hieher gebracht: es ist billig, dass die Richter aus

verschiedenen Nationen seien. Sie besteht aus einem Cardinalpraefekten, und 12 votirenden Priestern und ertheilt ihre Aussprüche über die Competenz des Forums. Gegenwärtig besteht sie nur aus 10 Auditoren.

2) Die *Signatura iustitiae* für Rechts-sachen im strengsten Sinne, und *Signatura gratiae* für Gnadenentscheidungen.

Die *Expeditionescollegien*, welche zu den Administrativbehörden gehören, sind die römische Kanzlei und die apostolische Sekretaria. In jener werden alle Beschlüsse des Consistoriums und die Bullen ausgefertigt. Der Kanzlei steht ein Cardinal vor als Vicekanzler, unter welchem ein Kanzleidirektor mit einem zahlreichen Unterpersonal.

Die Sekretaria besteht a) aus dem Secretariat der Breven unter dem Cardinal a secretis brevium; b) aus dem päpstlichen Staatssecretariat in zwei Sectionen für das Innere (seit 1833 neu errichtet) und das Aussere, je unter einem Cardinalstaatssecretair.

§. 25.

Congregationen der Cardinäle.

Die wichtigsten sind:

1) Die von Sixtus V. eingesetzte und von Clemens IX. näher instruirte *Congregatio consistorialis* zur vorläufigen Behandlung der Gegen-

stände, welche demnächst in einem Consistorium erledigt werden sollen.

2) Die von Paul III. als höchster Gerichtshof gegen Ketzereien provisorisch bestellte, von Sixtus V. als permanent erklärte Congregatio sacri officii seu inquisitionis, bestehend aus 12 Cardinälen. Damit verwandt ist

3) die von Sixtus V. gegründete Congregatio Indicis, sc. librorum prohibitorum — die römische Büchercensurbehörde. Paul III. hatte während der Synode von Trient ein Verzeichniss verbotener Bücher verfertigt und der Inquisition übergeben, was bei Vielen Unwillen verursachte. Die Väter des Concils ernannten eine Untersuchungscommission; allein sie hörten ihr Gutachten zuletzt nicht, und überliessen Alles dem Gutachten des Pabstes, welcher das ihm von jener Commission übergebene Verzeichniss promulgirte, dem gewisse Regeln, die hiebei zu beobachten, angehängt sind. Sixtus V. verordnete für dieses Geschäft eine besondere Congregation, welche schädliche Bücher ganz verdammen, etwas nützliche, aber mit Obscönitäten beflekte, reinigen, und Stellen, die der Glaubens- und Sittenlehre entgegen wären, bemerken sollte. Seither erscheinen stets solche Verzeichnisse; allein der Index und die Regeln sind nicht vom Concil. Trid. approbirt, und in Deutschland wird beides nicht angenommen; sie haben

somit keine verbindende Kraft, noch weniger die von Zeit zu Zeit erscheinenden Verzeichnisse, weil ihnen die Form des Gesetzes fehlt.

4) *Congregatio Interpretum concilii Tridentini* von Pius IV. aufgestellt und von Sixtus V. mehr organisirt. Ihr Geschäft soll sein: die Ausführung der Beschlüsse von Trient zu betreiben und den Sinn derselben, in sofern sie keine Glaubensartikel enthalten, zu erklären. Die Erklärung der dogmatischen Beschlüsse soll dem Pabste vorbehalten sein. Allein da wir sagten, dass es autorisirte Gesetzerklärung ist, welche vom Gesetzgeber selbst erfolgt, so ist gewiss, dass die Erklärung über Glaubens- und Disciplinargesetze nur von der allgemeinen Kirche gegeben werden kann. Nur jene Erklärung ist gültig, welche die Kirche selbst annimmt, sonst haben sie nur doktrinellen Werth.

5) *Congregatio sacrorum Rituum*, von Sixtus V. gestiftet. Ihr Geschäft ist, über die Aufrechthaltung der Liturgie zu wachen und zu sorgen, dass sie in religiösem Geiste ausgeübt und Nichts dem Wesen der Religion Widriges darein aufgenommen werde; insbesondere zu bestimmen, ob einem Christen, der sich um die Kirche besonders verdient gemacht, eine Festfeier zu Theil werden soll.

Ist die Untersuchung gerichtlich schon vor sich gegangen, so trägt es der Pabst im geheimen Consistorio vor, dann im officio, worauf die Ab-

stimmung der Cardinäle erfolgt, und dann die Be-
tification oder Canonisatio.

6) Congregatio super negotiis episcoporum et aliorum praelatorum, von Sixtus V. angeordnet. Sie hat apostolische Provicare aufzustellen, beschäftigt sich mit Streitigkeiten der Bischöfe unter sich und gegen Exemte, ebenso mit Ordens- und Klosterstreiten.

7) Congregatio immunitatis ecclesiasticae et controversiarum jurisdictionalium, von Urban VIII. Ihr Geschäft ist zu sorgen für die kirchliche Freiheit der Personen und der Sachen; heutzutage durch die Gesetzgebungen der meisten Länder sehr beschränkt.

8) Congregatio de propaganda fide. Gregor XV. errichtete sie 1622. Urban VIII. bestätigte sie (1637). Sie ist die wohlthätigste; befasst sich mit Verbreitung des christlichen katholischen Glaubens durch Missionen, wozu ein eigenes Seminar besteht, um die Missionäre zu bilden.

9) Die von Clemens IX. eingesetzte Congregatio indulgentiarum et reliquiarum beschäftigt sich mit Prüfung der Reliquien und Ertheilung der Ablässe.

10) Die von Sixtus V. errichtete Congregatio pro erectione ecclesiarum et provisionibus apostolicis zur Vorbereitung der hieher bezüglichen Gegenstände für das Consistorium.

§. 26.

Legaten.

Unter Legaten oder päpstlichen Vicarien versteht man Prälaten, welche zur Ausübung der ursprünglichen und hinzugekommenen Rechte vom Pabste aufgestellt sind. Sie sind 1) *nati*, 2) *dati* d. h. sie sind vermöge ihrer Stelle schon Legaten, oder sie werden in besonderen Aufträge erst gesandt, wie wir den Begriff schon oben näher entwickelt haben und historisch noch weiter eruiren. Um sich zu orientiren, muss man verschiedene Perioden unterscheiden, und zwar vom 1. bis zum 4. und von da zum 9. Jahrhundert, von da bis zum Concil von Trient, und von da bis auf uns. Vom 1.—4. Jahrhundert gab es gar keine Legaten, vom 4.—9. gab es schon *legati dati* oder *missi*. Sie waren zur Besorgung einzelner Geschäfte gesandt, wie z. B. Julian in der Sache des Athanasius einen solchen an die orientalische Kirche schickte; oder sie waren ordentliche stehende Botschaften, wie z. B. am Hofe zu Constantinopel; die hiessen *Responsales* oder *Ἀποκρισιάρχαι*. Sie dauerten vom 5.—8. Jahrhundert, und von jetzt an finden wir sie bei den fränkischen Königen. Aber auch schon *legati nati* gab es, jedoch nur im Occident, z. B. die Bischöfe von Arles für Gallien und den von Thessalonich für Illyrien. Denn Thessalonich gehörte zum Illyricum

occidentale. Die Rechte des Metropolitens von Arles, die er als Vicarius sedis apostolicae ausübte, und die nur der Person des Bevollmächtigten galten, bestanden anfangs blos darin, dass er jenen Clerikern, die nach Rom reisten, die Formaten mitgab. Pabst Symmachus dehnte sie dahin aus, dass er auch in Glaubenssachen ein wachsames Auge haben und nöthigen Falls die gallischen Bischöfe, der Gewohnheit gemäss, zusammenberufen solle.

Man sieht, dass diese Legaten anfangs keine besonderen Rechte hatten; aber sie erweiterten sich. Im 8. Jahrhundert kam Bonifaz, Erzbischof von Mainz dazu. Legati nati sind jetzt: der Erzbischof von Cöln und der von Salzburg. Sie sollen übrigens nicht in die Rechte der Metropolitens eingreifen. Vom 9. Jahrhundert bis zum Concil von Trient vermehrten sich die Legaten sehr. Es wurde nothwendig, dass sie fast alle Provinzen besuchten; sie präsidirten den Synoden und übten die Jurisdiction aus. Sie waren anfangs nicht beschwerlich, gar oft sehr wohlthätig, arteten aber nach und nach so aus, dass von ihrer Habsucht, Anmassung und Stolz sehr ungünstige Beschreibungen vorliegen. Die Päbste erlaubten ihnen zu viel, und sie dehnten ihre Befugnisse noch mehr aus; sie übten eine concurrirende Gerichtsbarkeit mit den Bischöfen, ertheilten auch nach Belieben Dispensen und forderten zu grosse Diäten. Oft wurden sie übel empfangen, manchmal mit Gewalt abgewiesen, wie

von Philipp dem Schönen von Frankreich, und Friedrich II. von Deutschland. Es bildete sich ein Unterschied der Legaten, der jetzt noch besteht, — *missi* oder *nuntii simpliciter* und *Legati a latere*, welche letzte besonders grosse Vollmachten hatten, und meist Cardinäle waren. Der Pabst sandte sie aus, in besonderem Vertrauen auf sie, aber sie hielten die ihnen vorgezeichneten Grenzen öfters nicht inne, wesshalb sich auch Concilien und Concordate mit Beschränkung ihrer Vollmachten beschäftigten.

Die Vollziehung der Beschlüsse des Tridentinum und die Reformation veranlassten neue Legaten, *Nuntii* oder *Internuntii* genannt; päbstliche Gesandte des 3. Rangs. Es entstanden an mehreren Orten z. B. Paris, Madrid, Lissabon, Wien etc. stehende Nuntiaturen, zuletzt auch zu München. Der Streit wegen dieser Nuntiatur rief die Punctionen des Emser Congresses hervor, denen aber die Bischöfe Deutschlands ihre Anerkennung versagten, und Pius VI. ausführlich entgegentrat. *Legati nati* sind heutzutage: die Erzbischöfe von Lyon, Rheims, Arles, Bordeaux, Toledo, Prag, Salzburg, Köln, Gnesen, Posen und Pisa. Die ständigen Nuntien sind derzeit meist rein diplomatische Personen. Eine andere Gattung päbstlicher Bevollmächtigter sind die apostolischen Vicare, wie in Wien, Dresden, Bautzen, Paderborn, Breslau, Münster etc.

Rechte der Nuntien in Deutschland.

1) Appellationen von den Bischöfen anzunehmen, ohne dass die Instanz des Metropoliten beobachtet werden musste; 2) Dispensen in verschiedenen Fällen zu ertheilen, besonders von Gelübden; 3) Kirchenstrafen aufzuheben; 4) päpstliche Delegationen anzunehmen.

Grundsätze. 1) Die Legaten können keine so grosse Vollmacht haben, als der Pabst; 2) sie dürfen ihre Gewalt nicht überschreiten; 3) sie dürfen nicht über die Gebräuche und Concordate hinausgehen.

D. Kirchengewalt in Bezug auf einzelne Kirchen.

§. 27.

Die Patriarchen.

Grosse oder eigentliche Patriarchen gab es fünf, nämlich zu Rom, Alexandria, Antiochia, Jerusalem und Constantinopel. Gegenwärtig gibt es keinen Patriarchen, der die ihm zuständigen Amtsrechte in vollem Umfange geltend machen könnte. Ihre Rechte sind: 1) Bischöfe zur Synode zu berufen;

2) Appellationen der Metropolitens anzunehmen ;
 3) Metropolitens zu weihen; 4) Oberaufsicht über den Kirchsprengel, Bisthümer zu errichten, zu uniren, zu trennen, Streite der Bischöfe zu schlichten, Verordnungen zu promulgiren, die Reinheit und Einheit der Lehre und Disciplin zu errichten etc.

Zu jenen Patriarchen kamen in der Folge noch andere, welche nur den Titel mit den entsprechenden Ehrenrechten führten, die sogenannten *Minores patriarchae* z. B. zu Venedig, Lissabon, Patriarch von Westindien, d. h. Grosskaplan des Königs von Spanien. Es gibt noch Patriarchen in *partibus ohne Jurisdiction*. Auch die Patriarchate für einzelne unirte Völkerschaften z. B. der Chaldäer, Melchiten, Maroniten, Syrer und Armenier bestehen bis zum heutigen Tag, aber ihre Inhaber sind im Grunde nur Bischöfe mit dem Titel Patriarchen.

Exarch hiess der Bischof einer Diöces-Hauptstadt, dessen Jurisdiction sich in der Regel über die Kirchenvorsteher der Provinzialhauptstädte einer solchen Diöcese erstreckte. Es gab deren zu Ephesus, Cäsarea, Heraklea, sie sind aber erloschen.

Patriarchen unter Nicht-Katholiken gibt es mehrere. Die chaldäischen Christen oder Nestorianer haben einen zu Mossul und den zweiten zu Arniak, jener für die genannten Christen im persischen und dieser im türkischen Reich. Die Jakobiten oder

alten Monophysiten haben den Patriarchen im Kloster des heiligen Mathäus bei Mossul. Der Patriarch der Armenier residirt im Kloster Reociazin bei Eri-
van. Der der koptischen Christen zu Cairo. Der der Maranten, der alten Monotheleten sitzt im Kloster der heiligen Maria auf dem Berge Libanon, und dieser ist seit dem 17. Jahrhundert mit der katholischen Kirche im Occident vereinigt. Das Patriarchat der griechischen Kirche in Constantinopel. Die Russen hatten ehemals eines zu Moskau, nachdem sie von der lateinischen Kirche, mit der sie bis zum Concil zu Lyon unter Innocenz IV. 1247, verbunden waren, unter Alexander IV., 1257 getrennt worden und sich auf der Synode zu Florenz unter Eugen IV. 1439 vergebens zu vereinigen gesucht. Auch die unter Gregor VIII. versuchte Vereinigung ging nicht durch. Sie schlossen sich sogleich an die katholisch-griechische Kirche an. Seit 1589 bekamen die Russen mit Einwilligung des Patriarchen zu Constantinopel einen eigenen zu Moskau, den Peter M. 1690 ganz abschaffte. Die heilige regierende Synode wurde statt seiner eingesetzt; in ihr hat der Patriarch von Georgien einen Sitz.

P r i m a t e n, sind Bischöfe, welche einen Vorrang vor andern haben, z. B. Patriarchen, Erzbischöfe, besonders die Bischöfe von Wien, Carthago, Arles etc.; sie sind der That nach mit den Exarchen zu vergleichen.

§. 28.

Von den Metropolitcn und ihren Rechten.

Rechte der Metropolitcn. Metropolit heisst der Bewohner der Mutterstadt im Gegensatz zu dem der Pflanzstädte. Im römischen Reiche war Metropolis jede Stadt, wo eine gewisse Art Oberaufsicht ausgeübt wurde, ein Verhältniss, welches sich auch auf dem kirchlichen Gebiete geltend machte. Metropolitcn oder Erzbischöfe sind diejenigen Kirchenvorsteher, welche über die Bischöfe anderer Diöcesen in einem bestimmten Umkreis (Provinz) eine gewisse oberleitende Gewalt ausüben.

Ihre Rechte sind: 1) Einen Bischof zu weihen, wie schon gesagt, nur als Delegirte des Pabstes; 2) Provincialsynoden zu berufen; 3) die Oberaufsicht über die Provinz zu üben. Diese ist nach dem neueren Recht darauf beschränkt: a) die Residenzpflicht ihrer Suffragane zu überwachen, und den Ungehorsamen beim Pabste zu melden; b) aufzusehen, dass in jeder Diöcese ein Seminar sei, welches vorschriftmässig unterhalten werden soll. 4) Die litteras formatas allen reisenden Bischöfen zu geben. Dies die früheren Rechte; in der jetzigen Kirche 1) alle Jahre Synode zu halten; 2) das Visitationsrecht; 3) nachlässige Suffraganbischöfe zu ihrer Pflicht anzuhalten und Seminarien, um Geistliche zu bilden, bei den 143 Bisthümern zu errichten;

4) den Bischöfen Erlaubniss zu geben, sich von der Diöcese zu entfernen. Im Fall einer bestimmten Ursache dürfen sie nicht anhalten; bleiben sie zu lange aus, wird es dem Pabste angezeigt; 5) geistliche Gerichtsbarkeit über die Bischöfe. Die Ausnahme ist jedoch grösser als die Regel. Sie sind meist nur dem Titel nach Metropolit; 6) ein Kreuz kann ihnen vorgetragen werden, nur nicht in Anwesenheit des Pabstes oder eines Cardinallegaten; 7) das Pallium zu tragen. Es ist dies eine weisse wollene 3 Ellen breite und mit 6 purpurrothen oder 6 schwarzen Kreuzen bezeichnete Binde, die um die Schultern gehängt wird, wovon 2 Streifen auf den Seiten hinabhängen. Es war sehr wahrscheinlich ein Mantel, bis zu den Füßen gehend, und nahm nur nach und nach die jetzige Gestalt an. Das Pallium war sonst von den römischen Kaisern als Auszeichnung den Bischöfen von Rom, Alexandria und Constantinopel gegeben worden, die es später wieder an solche Bischöfe abgaben, welche ausgezeichnet werden sollten. Von dem römischen Bischof wurde es gewöhnlich nur seinen Vicarien oder den Metropolit gegeben, die in der Provinz seine Stelle vertraten. Da nun dieses eine Insignie als Vicars des apostolischen Stuhls war, so wünschte man zu Rom, dass alle Metropolit es von Rom verlangen und sich als Vicarien des apostolischen Stuhls erklären sollten. Zwischen dem

9. und 10. Jahrhundert wurde es allen Metropolitane gegeben. Man sieht, dass dadurch keine Rechte verliehen werden, dass es nur eine Erinnerung ist, und die Metropolitane jetzt nicht mehr sind, als ehemals. Es ist Rechtens, dass sie binnen dreier Monate nach ihrer Confirmation darum bitten, und sie dürfen vor der Erhaltung desselben keine Funktionen vornehmen, die im Bezirk eines andern Bischofs liegen, auch dürfen sie es nur an gewissen Tagen und nur innerhalb ihres Sprengels tragen. Anfangs wurde es umsonst ertheilt, dann musste man viel bezahlen, und jeder Metropolit muss es sich neu erbitten, auch wenn er nur von einer Stelle auf eine andere übergehen soll. Es bekamen dasselbe auch andere Bischöfe, z. B. der von Würzburg.

§. 29.

Von den Bischöfen und ihren Rechten.

Die Bischöfe sind die Nachfolger der Apostel und unmittelbar von Christus gesandt, ex institutione divina. Der dem Bischof übertragene Bezirk heisst Diöcese (*διοίκησις*), und er selbst oft schlecht- hin diöcesanus oder ordinarius.

Grundsätze für dieselben sind, wie schon früher angeführt wurde:

- 1) Ihre Gewalt und Weihe ist göttlichen,
- 2) die Sprengelsanweisung blos menschlichen Ursprungs;
- 3) sie regieren *jure proprio non vicario*;

4) sie besitzen dieses Recht ausschliesslich. Es gibt keine concurrirende Kirchengewalt. Jeder regiert in seiner Diöcese; 5) seine Gewalt ist ordinaria nicht precaria. Er hat seine Gewalt nach dem Rechte; 6) diese Gewalt erstreckt sich auf alle Diöcesanen, sonst wären es zwei, was den katholischen Grundsätzen widerspricht. Exemtionen liegen nicht in der Natur der Sache; 7) es kann nur eine Diöcese sein; die Gewalt ist plenaria, daher geht sie auf alle; 8) sie ist an die Kirchencanonen gebunden, was natürlich nicht die Person angeht.

Die Rechte sind: a) reelle: 1) die der Weihe, 2) der Gerichtsbarkeit. b) Ehrenrechte. Pflichten und Rechte der Bischöfe sind zweierlei; solche, die sie mit andern Priestern gemein haben, und solche, die ihnen reservirt sind.

Die ersten und wichtigsten sind: 1) dass die Bischöfe, als erste Hirten, das Wort Gottes selbst verkünden. Trid. Sess. Cap. II.; 2) dass sie die Sakramente selbst administrieren, die liturgischen Verrichtungen vornehmen und die Seelsorge versehen. Conc. Trid. Sess. VI.

Die reservirten Rechte der Weihe sind:

1) den Klerikern die Weihen ertheilen; 2) die Firmung zu spenden; 3) kann sich der Bischof im Sacrament der Busse einige Fälle reserviren, und die Kleriker sind dann verpflichtet, nicht zu absolviren; 4) segnet er das heilige Oel und Chrisma; 5) salbet

er, wo es Sitte ist, die Könige; 6) segnet er Aebte, Kirchen und Kirchhöfe, Glocken, Kirchenparamente.

2) Rechte der Gerichtsbarkeit. 1) Gesetzgebung in einer Diöcese. Gesetze anzunehmen, zu prüfen und selbst zu ertheilen; 2) Gerichtsbarkeit; 3) Gewalt zu strafen, wer sich nicht fügen will; 4) Oberaufsicht über den Glauben, Geistliche, Visitation der Diöcese; 5) Excommunication.

Ausser den Fällen, wo die Bischöfe jure ordinario dispensiren, üben sie dieses Recht auch als Delegirte aus in allen Fällen, welche den Bischöfen durch die besondern päpstlichen Vollmachten, die sie aber alle 5 Jahre neuerdings nachzusuchen haben (Quinquennalfakultäten), bezeichnet werden.

Dispensation. Wer Gesetze gibt, kann dispensiren. Man hat gesagt, der Bischof könne nicht dispensiren, als Niederer von den Gesetzen der Höheren, sondern nur der Pabst. Allein Bischöfe sind ja mit dem Pabst Gesetzgeber und nicht niederer als Andere.

Das Recht des Bischofs, unter gewissen Titeln von den Kirchen und Geistlichen seiner Diöcese bestimmte Abgaben zu fordern (lex diöcesana), begreift: 1) das Cathedratium, eine jährliche Abgabe an die Cathedralkirche zum Zeichen der Abhängigkeit; 2) das subsidium caritativum, die sogenannte Noth- und Liebessteuer; 3) die Quarta

decimarum, den vierten Theil der Zehnten; 4) die *Quarta mortuarius*, d. i. den treffenden Theil an dem Nachlasse der Geistlichen; 5) das *Jus deportus*, Bezuges der Hälfte der Früchte des ersten Jahrs; 6) die *procuratio canonica*, den nöthigen Unterhalt des Bischofs auf seinen Visitationsreisen; 7) die *Commenden- und Absenzgelder* — Recognition für die Bestätigung einer bloß provisorisch (*in commendam*) übertragenen Pfründe, und das Geld für die Dispens von der Residenzpflicht; 8) das *Alumnaticum*, Steuer für das Seminar. Die meisten dieser Steuern sind theils von den Bischöfen nachgegeben, theils durch Staatsgesetze aufgehoben worden.

Zweck der Visitation ist: den Glauben zu befestigen, Disciplin und Sitten aufrecht zu halten. Die Visitationen hätten nicht abkommen sollen. Dekane vertreten in Württemberg ihre Stelle. Die Dekane werden von einer Commission visitirt, alle 3—6 Jahre. Sess. 24, 3. In der Regel wird mit der Ertheilung der Firmung die Visitation verknüpft.

Vergabung der Beneficien. Ehemals wurden alle einzelnen Geistlichen als Vicare der Bischöfe angesehen, daher mussten sie vom Bischofe die *curam animarum* haben. Dann kam das Patronat, Nominationsrecht an die Wohlthäter. — Nun ist der Staat der Schutzherr der Kirche, somit kommt ihm das Patronatrecht zu. Doch bleibt dem

Bischofe noch ein Collationsrecht: er hat die *instalatio verbalis, auctoritatis*, ohne die der Geistliche Nichts thun darf.

Verwaltung der Kirchengüter. Alle Rechte sind historisch. In allen Zeiten waren die Bischöfe Verwalter, quasi Eigenthümer der Güter der Kirche. Ein Theil gehörte ihnen, der andere dem Klerus, der dritte den Armen, der vierte wurde für die *fabrica ecclesiae* verwendet.

Oft waren die Bischöfe gewissenlos und gaben den Geistlichen Nichts, erhielten die Kirche sehr schlecht, besonders im 16. Jahrhundert. Daher bestimmte man, dass jeder Pfarrer seinen Theil haben sollte; doch der Bischof hatte noch das Oberaufsichtsrecht. Für die Bischöfe waren Controle das Domkapitel und die Metropolitane. Bei uns ist der Pfarrer Verwalter seiner Güter und über die Parimente liegen Listen bei dem Ordinariat etc.

b) Ehrenrechte. 1) Vorzug vor den Presbytern, *Thronus faldistorium* in der Kirche, Cathedralkirche; 2) die Fürbitte im Messopfer; 3) der feierliche Empfang auf den Reisen; 4) verschiedene specifische Insignien als: der Hirtenstab (*pedum curvum*), der Ring, die Inful (*mitra*), das Brustkreuz (*pectorale*), die Pontificalkleidung, endlich der Titel, wie „*Apostolicus, Papa*“. Der Pabst redet sie mit *Frater* an, sich selbst tituliren sie: *Dei gratia* (später) *et apostolicae sedis gratia episcopus*.

Verbindlichkeiten: in loco zu residiren. Missbräuche machten dieses Gesetz nothwendig. Trid. Sess. 6, 1.

Verhältniss des Bischofs zum Presbyterium. In früherer Zeit konnte er ohne den Rath der Presbyteri nichts Bedeutendes thun, wie es die Canonen befehlen. Ehedem war er nicht geehrter, als die anderen, und nur ihr Präsident. Aber später im 4. Jahrhundert verlor sich Kenntniss und Sitte. Der Bischof konnte ihren Rath nicht mehr brauchen, oder musste sie vielmehr einschränken. Der Bischof verwaltete gleichsam despotisch die Diöcese — bis die Domkapitel aufkamen. — Diöcesansynoden. Benedict XIII. (de synodo dioecesana) schrieb ein Buch darüber, ohngeachtet der grossen Vortheile, worunter namentlich zu nennen ist, dass der Bischof die Bedürfnisse der Diöcese besser kennen lernen konnte, bestehen sie doch nicht mehr. Eigenschaften der Bischöfe. Trid. Sessio 22 und 24.

1) Eheliche Geburt; 2) 30 Jahre alt; 3) höhere Weihe, 6 Monate vorher; 4) Doctorat oder Licentiat der Theologie; 5) moralisch gute Eigenschaften; 6) muss über diese Eigenschaften ein Process geschlichtet worden sein.

Unsere Gesetze von Frankfurt: 8 Jahre PASTORATION, oder ein akademisches Amt, oder sonst eine Auszeichnung in einem geistlichen Amte.

§. 30.

Gehülfen und Stellvertreter der Bischöfe.

1) Für die heiligen Verrichtungen. Diese sind in 2 Klassen getheilt: 1) solche, welche die Funktionen der Weihe und 2) solche, welche die Funktionen der Jurisdiction für ihn ausüben. Die ersten theilen sich wieder in solche, welche die dem Bischofe mit den Presbytern gemeinschaftlichen Funktionen ausüben, und in solche, welche die Reservatrechte versehen.

1) Die den Bischöfen mit den Presbytern gemeinschaftlichen Funktionen verrichteten die Archipresbyteri, Erzpriester, gemeiniglich die der Weihe nach ältesten Priester, welche zugleich die Aufsicht über die Sitten der Kleriker der bischöflichen Kirche hatten. Es gab zuerst an jeder Cathedrale nur Einen, später in jeder Diöcese mehrere. Die an der Cathedrale hiessen urbani, die andern rurales. Sie hatten besonders Taufe zu spenden, Busse-Anstalten statt des Bischofs zu verwalten, zu predigen. Die Officia ordinis reservata versahen ehemals 2) die Chorbischöfe, Landbischöfe (χωρο-ἐπίσκοποι), welche theils nur Priester mit Quasi-episcopalrechten, theils wirkliche Bischöfe waren. Da sie ihre Macht zu weit ausdehnten und den Bischöfen lästig wurden, drang man frühzeitig auf

ihre Abschaffung, welche denn auch seit dem 9. Jahrhundert wirklich erfolgte. An ihre Stelle kamen seit dem 11. Jahrhundert die Weihbischöfe, Vicarii in Pontificalibus, nur dass diese in Städten wohnten. Bischof Hippo von Trier war der erste, der sich einen solchen Gehülfen vom Pabste geben liess. Seit dem 13. Jahrhundert fand dies viele Nachahmung, und man verwendete dazu die Bischöfe der griechischen Kirche, die zum lateinischen Ritus gehörten, deren Sprengel in die Hände der Ungläubigen gefallen. Man fuhr nachher noch fort, jene Bisthümer zu besetzen, daher sie Episcopi in partibus infidelium heissen. Sie heissen auch, da sie der Weihe nach wirkliche Bischöfe sind und consecrirt werden mussten, doch jure proprio kein Bisthum zu verwalten haben, Episcopi titulares. Sie werden vom Bischofe ernannt, vom Pabste titulirt und bestätigt und haben keine Jurisdiction. Zu ihrer Anstellung gehört noch die Einwilligung des Landesfürsten.

2) Stellvertreter in Bezug auf Jurisdiction. Die Archipresbyteri hatten wohl die Aufsicht über die Sitten der Priester, aber keine Jurisdiction. Diese hatten auch die Archidiakonen, welche anfangs oeconomi ecclesiae hiessen. Ihnen übertrugen die Bischöfe später die Gerichtsbarkeit, die sich über alle Theile derselben erstreckte. Der Archidiakon betrachtete aber seine Gerichtsbarkeit

bald als *jus proprium*, nicht *vicarium*. Die Gewalt der Archidiakonen wurde eine wahre Gerichtsinstanz auf eigenen Namen, ihr Wirkungskreis war bedeutend, sie prüften die Weihcandidaten, entschieden Streitsachen in erster Instanz, verfügten Disciplinarstrafen, visitirten die Kirchen, beriefen eigene Synoden etc. — Jetzt werden sie als bloße Ehrenwürden betrachtet. Den Bischöfen wurde ihre Gewalt beschwerlich und sie suchten selbe zu mindern, was sie im 12. Säculum erreichten, indem sie solche Geistliche damit beauftragten, die im eigentlichen Sinne des Wortes eine delegirte Gewalt ausübten. Sie hießen *Vicarii in spiritualibus* und General- und Landvicarien.

Die Gewalt jener erstreckte sich über die ganze Diöcese, dieser nur auf einen Theil derselben.

Die Generalvicare. Um den Anmaassungen der Archidiakonen Schranken zu setzen, ernannten sich die Bischöfe seit dem 13. Jahrhundert eigene Officiales oder Vicare, und zwar nicht nur solche, welche den Archidiakonen coordinirt, mit diesen concurrirend die bischöflichen Rechte übten (*officiales foranei*), sondern auch solche, welche im Namen des Bischofs in erster und zweiter Instanz entschieden (*off. principales*). Gewöhnlich wurde noch ein *Vicarius generalis* für die Spiritualien eingesetzt.

Eigenschaften eines Generalvicars:

1) muss er ein Kleriker sein; 2) wenigstens 25 Jahre alt; 3) Doctor oder Licenziat der Theologie, oder sonst tauglich. So das Tridentinum. Seine Gewalt geht auf alle Theile der Gerichtsbarkeit, die dem Bischof zukommt, ausgenommen, wozu nach den Canonen ein specieller Auftrag gehört: 1) schwere Kriminalvergehen der Kleriker; 2) Vergebung der Beneficien des Bischofs; 3) Ministerialbriefe auszustellen; 4) Dispensationen von Irregularität zu geben, und Censuren, die wegen eines geheimen Verbrechens verhängt werden; 5) Visitationen der Diöcese; 6) Fälle, wo der Bischof selbst nur eine delegirte Gewalt hat. Man muss überhaupt die Vollmachten berücksichtigen, die jeder Generalvicar bei Antritt seines Amtes erhielt. Von ihm kann an den Bischof appellirt werden, und sein Amt hört mit dem Willen des Bischofs auf. Jedoch muss der Bischof dem Generalvicar dies gesetzlich bekannt machen. Seine Gewalt hängt vom Bischofe, der ihn delegirt hat, ab und hört auf mit demselben. Jetzt sind an ihre Stelle Consistorien und geistliche Rechtscolliegen getreten, deren Präsidenten die Generalvicarien sind.

Die Landdechanten. Seit dem Ende des 8. Jahrhunderts wurde bei den Landgeistlichen eine ähnliche Einrichtung getroffen, wie in den Städten, die sich in Kapitel vereinigt hatten. Die Bezirke, denen ein Erzpriester oder Archidiakon vorgesetzt

war, bildeten einen höheren Verein, und ihr Vorsteher hiess Decanus.

Das Kapitel hiess capitulum rurale. Sie traten an die Stelle des Erzpriesters und heissen in Altpreussen und Schlesien jetzt noch so. Nach dem gemeinen Rechte stellt der Bischof die Dekane auf, in andern Gegenden werden sie von den Kapitelsgeistlichen gewählt; in Württemberg von der bischöflichen und Staatsbehörde, da sie zugleich Staatsbeamte sind. Der Dekan ist 1) Mittelstelle zwischen der Geistlichkeit und der obern Kirche und Staatsbehörde. Er sorgt, dass seine Geistlichen ihre Pflicht erfüllen, er hat sowohl die Aufsicht über ihr Kirchenamt, als über ihre Sitten; 2) macht er die untergeordnete Geistlichkeit mit den bischöflichen Staatsdecreten bekannt; 3) visitirt er sein Kapitel und berichtet darüber an die bischöfliche und Staatsbehörde. Diese Berichterstattung begreift die Visitations-, Rechenschafts-, Landkapitelcongressberichte in sich; 4) schickt er Gesuche seiner Geistlichen an die Behörden; 5) sucht er die Streite, die an ihn gebracht werden, beizulegen; ohne dass er eigentliche Gerichtsbarkeit hätte, und dies unterscheidet ihn von den Archidiakonen. In eigentlich kirchlichen Fällen berichtet er an die Behörden; 6) stellt er die neuernannten Curatgeistlichen den Gemeinden vor, leitet die Kapitelsconferenzen und Kapitelsbibliothek; 7) er begräbt die

Kapitelsgeistlichen, nach deren Tod er noch viele Geschäfte hat, als: Wiederbesetzungsbericht, Anstellung eines Pfarrverwesers mit Genehmigung der bischöflichen Behörde. Das Oeconomische des Kapitels besorgt der Kapitelskammerer; 8) er bildet mit dem Oberamtmanne das gemeinschaftliche Oberamt, das einen eigenen Cyclus von Geschäften hat.

§. 31.

Die Cathedralkapitel.

Die gemeinschaftliche Verrichtung der Gebete der Priester an einer Kirche finden wir schon sehr frühe. Der heil. Augustin führte zudem noch ein gemeinschaftliches Leben aller Geistlichen seiner Kirche ein, fast ähnlich den Mönchsinstituten. Dies fand wenig Annahme, bis Chrodegang, Bischof von Metz, der in der 2ten Hälfte des 8. Jahrhunderts, 765, die Kleriker seiner Kirche dazu vermochte.

Sie unterscheiden sich jetzt nur noch durch den möglichen Erwerb eigener Güter. Von ihrer, nach bestimmten Regeln, canones, geführten Lebensweise, hiessen sie Canonici. Mehrere Bischöfe ahmten dies Beispiel nach. Karl M. benützte es. Ludwig der Fromme bestätigte es im Concordate zu Aachen 876, so dass nach seiner Absicht alle Geistlichen in den Städten Canonici sein sollten. Diese Vereinigung

hiess von dem Zimmer, wo täglich ein Kapitel von der Regel vorgelesen wurde, Capitulum, später Stift, Hochstift, Capitulum ecclesiae cathedralis oder ecclesiae collegiatae, je nachdem es an bischöflichen oder anderen Kirchen besteht. Wirkliche Mitglieder eines Domkapitels (Capitulares) sind diejenigen, welche Sitz im Chor und Stimme im Kapitel haben. An ihrer Spitze stand der Bischof; nach ihm übte der Probst (Praepositus) das grösste Ansehen, welcher besonders die Verwaltung der Güter hatte, und gewöhnlich Archidiaconus war, überhaupt Vorstand des Kapitels war; dann der Domdekan, welcher die Disciplin und Hausordnung leitete. Der Primicerius oder Cantor, der dem Chore vorstand; dann der Scholasticus: Vorsteher der Unterrichtsanstalt, dann der Sacrista, oder Thesaurarius und domicustos, welchem der Kirchenschatz anvertraut war. Eine Stelle, womit Gerichtsbarkeit und Seelsorge verbunden war, ist Dignität. Probst, Dekan, Scholasticus sind Dignitäten. Die Canoniker erwarben sich durch ihr Leben, das sehr einfach war, viel Reichthum, aber je reicher sie geworden, desto weniger gefiel ihnen das gemeinsame Leben; sie trennten zuerst die Güter der Canoniker von dem sogenannten bischöflichen Tafelgut und hoben das gemeinschaftliche Leben auf. Nun war die Unordnung grösser als jene, die das Insti-

tut ins Dasein gebracht hatte. Die Kapitularen befreiten sich von den *horis canonicis* und bestellten Vicarien, die für sie beten und singen mussten, sie unterliessen ihre früheren Beschäftigungen, behielten nur noch den Namen, um die Einkünfte beziehen zu können. Umsonst eiferten Bischöfe und Päbste dagegen, umsonst suchte man sie auf ihre Lebensweise, unter dem Namen der augustinischen zurückzuführen, nur wenige behielten die Regel bei und hiessen *Canonici regulares* — regulirte Chorherrn, im Gegensatz derer, welche sie verwarfen und *Canonici saeculares* hiessen. Durch die Canoniker wurde doch das längst abgekommene Presbyterium wieder hergestellt, da der Bischof nicht umhin konnte, diese so nahe um ihn befindlichen und durch Kenntnisse sich auszeichnenden Männer zu befragen. Es wurde ihnen aber das ausschliessliche Wahlrecht der Bischöfe zu Theil, wodurch das alte, über 1000 Jahre bestandene Gesetz an die Canoniker verloren ging. In Frankreich wurde ihnen durch die pragmatische Sanction des heil. Ludwigs, 1262, dieses Wahlrecht bestätigt, ebenso in der Synode von Bourges von Karl VII., später meist wieder genommen. In Deutschland wurde ihnen dieses Recht durch das Wormser Concordat, 1220, gesetzlich zuerkannt. Von nun an wurden die anderen Kleriker, oder das Presbyterium nie mehr in seine alten Rechte eingesetzt. Die Canoniker bilden aus-

schliesslich den Senat des Bischofs. Bei der Aufhebung des gemeinschaftlichen Lebens wurden mehrere Dignitäten bloße Personate, z. B. Probst, der nur noch die Güter verwaltete, und alle übrigen, den Dekan ausgenommen und etwa den Scholasticus. Die Glieder eines Stiftes sind solche, die schon wirkliche Einkünfte haben, und solche, die nicht. Die Einkünfte heissen Präbenden; diejenigen, welche sie beziehen: *Canonici in floribus et fructibus*; die keine beziehen, doch Anwartschaft haben: *Canonici in herbis*. Sie theilen sich in Ausübung ihrer Rechte in *active* und *nicht active*. Jene heissen in Hochstiftern Domkapitularen, bei Collegiatstiftern *Canonici majores*. Die nicht-activen Glieder bei Hochstiften *Domicellarii*, bei Collegstiften *Canonici minores*. Durch neue Veränderungen ist das Meiste weggefallen. In Baiern sind in den neuesten Domstiften 8—10 *Canonici*, je nachdem es das eines Bischofs oder Metropoliten ist, aber ohne Dignitäten. Dazu kommen sechs Domvicarii. Aehnlich ist's in Preussen, doch mit dem Unterschied, dass aus der Geistlichkeit des Kapitels sechs Ehrendomherren gewählt werden, die bei Bischofswahlen stimmfähig sind. In der ober-rheinischen Kirchenprovinz besteht das Metropolitankapitel zu Freiburg und die Domkapitel zu Mainz und Rottenburg aus je 6, Limburg aus 5 und Fulda aus 4 Canonikern.

Rechte der Domstifter sind solche, welche sie als besonderes Corpus haben, und solche, die ihnen als dem alten Presbyterium oder Senat des Bischofs zukommt. In erster Beziehung 1) eine gemeinschaftliche Kasse, besonders Siegel und Syndicus zu haben, Statuten für sich zu machen. Diese Privilegien musste man vom Kaiser und Pabst erhalten; 2) als Presbyterium. Es kommt darauf an, ob der Bischofssitz vacant, besetzt oder verhindert ist. a) Wenn der Bischof gestorben ist, abgedankt hat oder abgesetzt wurde; b) de jure communi den Bischof zu wählen, welches Recht durch Particulargesetze jedes Landes sehr modificirt wurde. In Oesterreich und Frankreich nominirt der Landesfürst. Ebenso in Baiern. Hier schlagen die Könige dem Pabste Bischöfe vor, der sie confirmirt. In Preussen haben die Kapitel bei den meisten bischöflichen Kirchen das Wahlrecht, dürfen jedoch nur solche wählen, die dem Könige gefallen. Für die übrige Verwaltung des Bisthums, während der Sedisvacanz, wird vom Metropolitnen eine besondere Person als Visitator oder Intercessor ecclesiae aufgestellt. Was Kirchengüter oder Temporalien betrifft, so verwalteten sie die Bischöfe im Mittelalter als Regalien bis im 12. Säculum, wo sie es fahren liessen. Seitdem haben die Kapitel die Verwaltung der bischöflichen Einkünfte während der Vacanz. Die Verrichtung der Pontificalhandlungen kann das

Kapitel nicht vornehmen, jedoch kann es nach Verlauf eines Jahres die Ausübung einem fremden Bischof erlauben. Was die Ausübung der Spiritualhandlungen betrifft, kann das Kapitel alle vornehmen, welche dem Bischof nicht Kraft eines besondern Privilegiums oder Auftrags zustehen, und jene, die mehr Sache der Gnade als der Nothwendigkeit sind, wohin man vollends mit Unrecht die Besetzung der Beneficien rechnet, welche dem Bischöfe zukommt. Auch darf es keine dem Bisthume nachtheilige Neuerungen vornehmen, noch weniger Kirchengüter veräußern. Es hat die bischöflichen Einkünfte zum Nutzen der Kirche oder des künftigen Bischofs zu bewahren. Nach den neuen Gesetzen soll das Kapitel innerhalb 8 Tagen einen Kapitularvicar aufstellen für die bischöfliche Jurisdiction und Oeconomie, der Rechnung stellen muss, wenn man sie verlangt. Versäumt dies das Kapitel, so kommt es dem Metropolit zu.

Rechte. 1) *sede plena*. Sie bilden den ständigen ordentlichen Senat des Bischofs und sind verpflichtet, in allen wichtigen Angelegenheiten sich zu versammeln und zu berathen. Die Canones sagen, dass der Bischof in heimlichen Sachen ohne ihre Einwilligung Nichts thun kann, sondern ihre Zustimmung (*consensus*) einholen muss, zumal in solchen Angelegenheiten, welche die ganze Diöcese oder die Rechte des Kapitels berühren, oder andere

wichtige Fragen betreffen. Die Canonen bezeichnen als Fälle dieser Art: Wahl eines Coadjutors wegen Altersschwäche, Veräusserungen von Stiftsrealitäten, Verleihung von Pfründen, welche der Bischof und das Kapitel gemeinschaftlich zu vergeben haben, Ein- und Absetzung von Dignitarien, Einverleibung, Vereinigung, Schmälerung, Trennung oder Aufhebung von Beneficien. In andern Dingen darf der Bischof nur den Rath (consilium) des Kapitels hören, ohne gerade folgen zu müssen. Diese Abweichung vom ältesten Gesetze kommt daher, weil der Bischof, besonders in Deutschland, wegen der Untüchtigkeit der Kapitularen geschicktere Geistliche berufen musste, um mit ihrer Hülfe die Diocese zu verwalten.

Diese bildeten das geistliche Rathscollegium, in dem auch Domkapitulare sein konnten, wenn sie fähig waren.

2) *Sede plena sed impedita*, d. h. wenn der Sitz besetzt ist, aber der Bischof aus einer Ursache dem Amte nicht vorstehen kann; der Bischof kann aber gänzlich gehindert sein; z. B. durch Gefangenschaft, Suspension, Excommunication, oder theilweise, z. B. wenn ihn Altersschwäche, Geistesabwesenheit unbrauchbar machen.

Im ersten Falle, wenn der Bischof gefangen ist, muss nach dem neuen Recht an den Pabst berichtet werden, und das Kapitel ist nur so lange

befugt, das Bisthum zu verwalten, bis dieser die eigenen Verfügungen getroffen; derselbe wird nach Umständen einen Administrator bestellen. Im zweiten Falle, wenn der Bischof suspendirt oder excommunicirt ist, wird ein Coadjutor aufgestellt, deren es 2 Klassen gibt. 1) Zeitliche: d. h. so lange der Bischof sein Amt nicht selbst versehen kann. 2) Immerwährende, mit dem Rechte der Nachfolge (coadjutor cum jure succedendi). Was den zeitlichen Coadjutor betrifft, so hat die Provinz das Recht, ihn aufzustellen; seit Bonifaz VIII. ist es ein päpstliches Reservatrecht mit der Beschränkung, dass bei entfernten Kirchen das Kapitel mit Einwilligung des Bischofs denselben aufstellen kann, und dann die Sache nach Rom gebracht werden muss, wenn der Bischof ihn nicht annehmen will. Jedoch sind diese zeitliche Coadjutoren weniger häufig, seitdem die Generalvicarien aufgekommen. Uebrigens gründen sich die Rechte des Coadjutors auf die Bedingungen, unter denen er aufgestellt ist. Die Coadjutoren mit dem Rechte der Nachfolge können, wo die Kapitel das Wahlrecht haben, vom Kapitel designirt werden; jedoch ist's rechtens, dass von seiner Anerkennung nach Rom berichtet und daselbst über seine Fähigkeit entschieden werden soll.

Ist nun ein solcher bloß um der Nachfolge willen eingesetzt, so hat er weder in Spiritualibus

noch sonst einige Rechte. Er kann auf keinen Gehalt Anspruch machen, aber auch ohne den Willen dessen, dessen Nachfolger er ist, aufgestellt werden; soll er jedoch nebst der Nachfolge noch den Bischof suppliren, so treten die nämlichen Bestimmungen ein, welche bei den zeitlichen gemacht wurden.

3) *Sede vacante*. Das Kapitel nimmt die Wahl des neuen Bischofs vor, übernimmt die Verwaltung der Diöcese, soll aber binnen 8 Tagen einen Kapitularvicar ernennen und einen Oeconomen bestellen. Ist das Kapitel säumig, so geht jenes Recht *jure devolutionis* auf den Metropolitener über. Der ernannte Kapitularvicar erhält ausschliesslich die bischöfliche *juris dictio ordinaria* nach ihrem ganzen Umfange. Ausgenommen vom Verwaltungsrecht des Kapitels und Kapitelvicars sind alle Rechte, welche den bischöflichen *ordo* voraussetzen, *Pontificalia*, oder auf päpstlicher Vollmacht beruhen; ferner jede Schmälerung der Rechte des Bischofs.

Ehrenrechte der Canoniker sind: der kirchliche Rang zunächst nach dem Bischof, eine eigenthümliche Kleidung und das Kapitelskreuz.

Verbindlichkeiten der Canoniker.

- 1) Das Glaubensbekenntniss abzulegen.
- 2) Die Residenz zu beobachten, und nicht über 3 Monate jährlich abwesend zu sein.

3) Persönlich den Gottesdienst zu halten und dem Bischof am Altare zu assistiren.

4) Die Geschäfte des Kapitels pro virili parte zu besorgen.

Eigenschaften. Trident. Sess. 24, 12.

1) Subdiakonat. Wenigstens die Hälfte der Kapitularen sollen bereits Priester sein. Das Glaubensbekenntniss wird bei der Anstellung gefordert; 2) guter Wandel; 3) ein Gradus in der Theologie.

In der oberrheinischen Kirchenprovinz wird ein mindestens 6jähriges verdienstvolles Wirken in einem öffentlichen Kirchen- oder akademischen Lehramte und genaue Bekanntschaft mit der Landesverfassung erfordert.

Prälaten, die keine Bischöfe sind (*praelati nullius dioeceseos*).

1) Es gibt Prälaten, welche eine gewisse Jurisdiction und Pontificalien haben.

2) Jurisdiction ohne Pontificalien, die eine *quasi episcopalem jurisdictionem* haben.

3) Pontificalien ohne Jurisdiction.

Aebte: 1) *Stabilitas loci*; 2) Collegiatstifter, Probst, Dekan; 3) Ordensgeneral, Provincial. In Oesterreich ist die Verbindung mit auswärtigen Orden solchen Generalen abgeschnitten.

Ehrenvorzüge der Prälaten. 1) Pontificalien auszuüben; 2) Rang nach den Bischöfen. Pröbste gehen einzeln vor, stehen der Gesammtheit nach; 3) sind Landstände in Oesterreich und auch in Württemberg.

Ordensgenerale: 1) werden berufen zu den Synoden; 2) können Pontificalien, Gefässe, Paramente einweihen; 3) in den Klöstern die ordines minores ertheilen; 4) in den Klöstern Disciplin handhaben, causus reservatas absolviren. Ein Presbyter poenitentiarius (Busspriester) ist auch da; 5) Censuren auflegen.

Beschränkung dieser Rechte.

1) Sie beziehen sich ohne besondere Privilegien nicht auf die Laien.

2) Exemtionen heben sie auf. Es gibt noch besonders Prälaten, die vom Ordinarius unabhängig sind und unmittelbar unter dem Pabste stehen. — Klosterexemtionen.

§. 31.

Von den Pfarrern.

Ursprung. Das Priesterthum war anfangs bloß in den Städten, und von da wurde das Land versehen; erst später kamen Geistliche auf's Land.

Im 4. Jahrhundert gab es schon solche Chorbischöfe.

Zu dem Begriff des Pfarrers gehört 1) eigene Gemeinde; 2) eigene ordentliche Amtsgewalt auszuüben; *propria, ordinaria, non vicaria seu delegata*; 3) Unterwerfung unter den Ordinarius.

Rechte desselben. 1) Sacramente zu spenden, nur Priesterweihe und Firmung nicht. Ein anderer Geistlicher muss sich melden, wenn er Messe lesen will, er muss die *litteras formatas* zeigen. Conc. Trid. 2) Das Volk zu ermahnen, dem Gottesdienst an Sonn- und Feiertagen anzuwohnen. Unterricht. Recht und Pflicht: zu predigen und catechesiren. Die Kirche hat in der *Vulgata* (*sc. versio*) eine authentische und zuverlässige Uebersetzung der heil. Schrift aufgestellt. Der berühmteste unter den Katechismen ist der auf Antrag des Tridentinums unter Pius V. herausgegebene *catechismus romanus*, nächst diesem der von Petrus Canisius. Mendicanten nahmen sich sonst das Recht zu lehren eigenmächtig heraus, was üble Folgen hatte.

Gottesdienstliche Functionen. Wöchnerinnen auszusegnen; Asche und dergleichen zu weihen, wo es gebräuchlich ist; zu begraben, Feste verkündigen, Bittgänge anzustellen etc., Proclamationen der Eheverlöbnisse.

Rechte vom Staate. 1) Verwaltung des Vermögens, i. e. der Fabrica ecclesiae, heilige Pflege; 2) Aufsicht über Schulen und Schulwesen, über die Lehrer, weil der Pfarrer Staatsbeamter ist; 3) Beförderung gemeinnütziger Anstalten, z. B. für die Armen. Er hat auch die Einwilligung zur Ehe aufzunehmen. Sponsalien.

Rechte in Bezug auf Lebensunterhalt. 1) Stolgebühren; 2) Zehenden, im Falle eines Zweifels, wem er gehöre, spricht dem Präsumtionsrecht nach der Landesherr für den Pfarrer, wenn keine Verjährung eingetreten; 3) Oblationen. Opfer.

In geistlicher Beziehung muss er alle Sonn- und Feiertage für die Gemeinde die Messe appliciren; Breviergebet, Residenzpflicht: nicht über 6 Tage ohne bischöfliche Erlaubniss.

Obliegenheiten des Pfarrers: 1) Geschäfte selbst oder 2) durch einen Vicar genau und unbedingt zu verrichten; 3) bischöflichen oder landesherrlichen Verordnungen nachzukommen.

Das Amt des Pfarrers begreift sonach in sich: 1) das Lehramt; 2) die Verwaltung des Gottesdienstes; 3) die Spendung der Sacramente; 4) die Handhabung der Disciplin; 5) die Haltung der Kirchenbücher.

Eigenschaften. 1) Sittlichkeit; 2) Wis-

senschaften; 3) Concurs nach 2 Jahren nach der Priesterweihe.

Jeder Pfarrer hat sich die bischöfliche Investitur (institutio) zu erbitten und sich in 2 Monaten installiren zu lassen.

II. THEIL.

ÄUSSERES ÖFFENTLICHES KIRCHENRECHT.

A. Wechselseitiges Verhältniss zwischen der Kirche und dem Staate.

§. 32.

1) Rechte der Kirche über den Staat
und 2) des Staats über die Kirche.

In der ersten Zeit war kein kirchenrechtliches Verhältniss, beide waren sich feindselig. Nachher bildete sich ein solches. Die Kirche erhielt Glieder und Güter; der Staat schützte die Kirche, die Kirche den Staat. Die orientalische Kirche hatte viele Rechte. Die rohen Völker aus dem Norden wurden aus Heiden Christen. Die Kirche musste sie erst bilden, und so kam der Staat etwas unter die Kirche. Später lagen die Staaten in Greuel und Ver-

wüstung; nur in der Kirche kannte man Gefühl, Heiligkeit, Ruhe, und dadurch bildete sie sich besonders an Macht aus; der Staat unterlag, Alles ging nun von der Kirche aus. Nachher erholte sich der Staat und nahm seine Rechte wieder, welche die Kirche nicht aus Herrschsucht an sich gebracht hatte. Nach langem Kampfe vereinigte man sich, dass Kirche und Staat sich nicht mehr feindselig sein sollen.

Staat und Kirche sind wesentlich verschieden: 1) in Bezug auf den Ursprung. Die Kirche ist positive Anstalt Gottes; der Staat entsteht durch Menschen; er soll nach göttlicher Vorschrift bestehen; 2) in Bezug auf den Zweck: Der Zweck des Staats ist Sicherheit der Existenz; der der Kirche, ein geistiger innerer: Glaube, Heiligkeit; 3) in Bezug auf die Mittel: Staat — Zwangsmittel —; Kirche — geistige.

Staat und Kirche sind zwei selbstständige coordinirte, nicht subordinirte Gesellschaften. Sie sind sich desswegen doch nicht entgegen oder fremd. Der Staat erhält sittliches Leben durch die Kirche, und sie hat vom Staate Vortheile. Sie soll das Geistige verkörpern: *ecclesia φαινομένη* nicht *νοούμενη*. Beide unterstützten sich wechselseitig.

Die Kirche ist im Staate und umgekehrt. Die katholische Kirche breitet sich über viele Staaten aus, welche somit in der Kirche sind, und jede

Particularkirche und jedes Glied (Bürger) ist im Staate. Jede Particularkirche ist verbunden, dem Staate als Particulargesellschaft untergeordnet zu sein, sie kann und muss auf seinen Schutz Anspruch machen. Der Staat an und für sich hat keine bestimmte Religion; es können verschiedene da sein. Als Staatsoberhaupt hat der Fürst keine Religion, nur als Privatmann. Daher hat die Kirche über den Regenten, als solchen, kein Recht auszuüben, sondern nur als Privatmann. Collisionen zwischen Staat und Kirche. Jedes könnte seinen besonderen Weg gehen. Aber es gibt Gegenstände, die beide angehen, und Collisionen sind möglich, es hat solche gegeben.

Es gibt rein kirchliche und bürgerliche, und gemischte Handlungen.

— Was sich äussert, kann mittelbar oder unmittelbar auf den Staat wirken.

Ehe ist Religionshandlung und Act des Staates.

Grenzen der Gewalten. Bloss kirchliche Handlungen gehen nur die Kirche an, und umgekehrt. Bei gemischten Fällen ist zu distinguiren, ob der rein kirchliche oder politische Theil sich von den andern Elementen trennen lässt, oder nicht. Es kommt darauf an, ob die Sache wesentlich, oder zufällig sei.

Mittelbare Regierung zwischen Staat und Kirche. Berührt eine kirchliche Handlung

die Kirche mittelbar, so lässt der Staat die Kirche walten und umgekehrt. Greift die Kirche in die Rechte des Staats ein, so kann sie der Staat durch seine Zwangsmittel zurücktreiben und umgekehrt.

I. Recht der Kirche in Beziehung auf den
S t a a t.

1) Angebliche Rechte über den Staat; 2) die nur zeitlich sind, d. h. die sie vom Staate hat; 3) das Recht aus ihrem Begriff.

Vom 4—17. Jahrhundert behauptete man, die Kirche habe direkte Gewalt über den Staat. Belarmin de pont. romano gesteht ihr keine direkte, sondern nur indirekte zu; wenn der Staat katholisch sei, so könne die Kirche eingreifen, wenn der Fürst Gesetze mache, welche der Religion schaden würden, oder einen apostasirenden Fürsten absetzen. Allein beide Rechte hat die Kirche nicht.

Man hat über dieses Verhältniss besonders zwei Ansichten.

1) Staat und Kirche sind Eins, und so kommen die Rechte in die Staatsgewalt; 2) der Geist stehe über dem Körper oder über allen Staaten. Stephani sagt: die Kirche ist dem Staate untergeordnet, denn der Mensch ist eine Einheit. Kirche und Schulwesen gehört in's Departement des Innern. Kirche und Staat lassen sich so wenig trennen, als der Mensch von sich selbst.

Bekennen sich alle Einwohner zu derselben Religion, so folgt der Bürger seiner Gewissensfreiheit, nicht vermöge der Staatsverträge, und wenn nicht die Bürger dem Fürsten die oberste Gewalt geben, hat er sie nicht. Die Bibel hat ein eigenes Personale mit Weihe und Jurisdiction. Lässt es bei andern das Gewissen zu, so können sie es thun; aber Katholiken können es nicht. — Sind mehrere Religionen im Staate, so würde er Haupt von einem Leibe sein, dem der Kopf nicht angehört.

2) Die Weltgeschichte zeigt keine Periode, wo Staat und Kirche sehr enge verbunden waren. Allein wieder viele Thatsachen widersprechen diesem. Die persischen Magier waren von der Staatsgewalt getrennt. Die christliche Religion ist der alten entgegengesetzt, und Religionsfreiheit gründet diesen Unterschied fest. Früher war man sich dessen nicht bewusst und sah Staat und Kirche als Eins an. Der Gegensatz ist nicht absolut: sie sind nicht Eins und doch Eins. Dritte Ansicht: der Staat ist der Kirche untergeordnet, denn das Geistige ist dem Körperlichen übergeordnet. Man betrachtet hier das Geistige der Religion als Eins mit dem Personal der Regierung. Es ist wahr, dass die katholische Religion den Staat und alle Institutionen desselben durchdringen soll. Pabst und Bischöfe sind die Religion selber nicht.

In der heiligen Schrift wird nicht gesagt, dass

der Staat der Kirche untergeordnet sei, sondern man soll dem Staate gehorchen. Gebet für die Kaiser. „Mein Reich ist nicht von dieser Welt, und Petrus: unterwerfet euch der Obrigkeit!“

Die Väter sagen, dass Fürsten, wenn sie fehlen, nicht gestraft werden können, ausser von Gott. Gregor von Tours, Ambrosius.

Die Kirche im Alterthume war nicht christlichen Kaisern unterthan. Constantin und Valens waren Ketzer und doch folgten ihnen die Christen. Die Kirche hat kein gesetzgebendes Recht im Staate. Früher nahm die Kirche Testamente auf, gab Gesetze über Verjährung, der Staat gab ihr das Recht stillschweigend.

Immunitäten — sind personell oder reell, gehen auf Personen oder Kirchen. Die ersten werden durch die Immunitäten von persönlichen Dienstleistungen, bürgerlichen Gerichten und Strafen befreit, die letzteren von Staatsabgaben.

Was die personellen Dienstleistungen betrifft, so sind Kirchen- und Staatsdiener jetzt noch frei, da sie der Erfüllung der Amtspflichten entgegen wären. Die Befreiung von bürgerlichen Gerichten, wurde dem Clerus schon durch die Kaiser Constantin, Honorius, Arcadius ertheilt. Sie gestatteten, dass Civilvergehen der Geistlichen vom Bischöfe gerichtet werden können; anno 412 befreiten

sie Honorius und Theodosius, schwere Kriminalvergehen ausgenommen, von der bürgerlichen Gerichtsbarkeit. Justinian wies Kläger gegen Geistliche in Geldsachen an die Bischöfe. In Kriminalsachen mussten auch die Geistlichen vom Bischofe in den Laienstand versetzt und dann dem Civilgerichte überliefert werden. In dem fränkischen Reiche wurden diese Freiheiten erweitert und näher bestimmt durch spätere Kaiser, z. B. Friedrich II. bestätigt, in neueren Zeiten meist wieder zurückgenommen.

Wenn man die Sache recht würdigt, muss man gestehen, dass die Fürsten die Privilegien nehmen konnten, da sie selbe gegeben. Wird es aber von Seite der Klugheit betrachtet, so ist eben so richtig, dass diese Personalimmunität in barbarischen Zeiten weislich ertheilt wurde. Denn da die Kleriker sich damals weder durch Wissenschaft, noch durch Frömmigkeit auszeichneten, so schien dieser Nothbehelf eintreten zu müssen; indem Verbrechen und Vergehen derselben blos vor die bischöflichen Gerichte kamen, blieben sie ziemlich verschwiegen, mithin wurde durch solche Gesetze ihnen Achtung gegeben, welche die persönliche Würde nicht gewähren konnte. Daraus folgt aber, dass es schlimm mit den Sitten der Kleriker aussieht, wenn man solche Nothbehelfe braucht.

Wer eine solche Immunität verlangt, erweckt ein unangenehmes Vorurtheil gegen sich. Dies führt

auf den eigentlichen Standpunkt, die Sache zu beurtheilen. Der Geistliche kann vor jedes weltliche Gericht gerufen werden, an sich jeder Strafe unterliegen, wenn er ein des Gerichtes schuldiges Verbrechen begeht.

Was die reelle Immunität betrifft, ist zu bemerken:

1) die Kirchengüter waren vor ihrer Schenkung an die Kirche nicht frei von Abgaben.

2) Durch diese konnten sie diese Eigenschaft nicht verlieren.

3) Um so weniger, da durch Entziehung der Abgaben die Auflagen der übrigen Bürger wachsen müssen; es würde diesen gegenüber Unrecht geschehen.

4) Geht der Schutz des Staates auch auf die Kirchengüter und sie sind desswegen an und für sich allen Leistungen unterworfen, wofür der Staat sich zu ihrem Schutze verpflichtet. Zu bemerken ist, dass, indem man den Kirchendienern die Einkünfte zum Leben gab, sich die Abgaben nicht auf das erstrecken, wo die Einkünfte kaum selbst hinreichen; und da der Staat dann der Kirche selbst zu Hülfe kommen muss, so scheint es sonderbar, wenn er mit der einen Hand gibt und mit der andern nimmt.

Bei uns sind die Kirchengüter frei, und nur bei besonderer Noth des Staates zu gewissen Ab-

gaben verpflichtet *). Wenn ein Staatsdiener Steuer zahlen soll, so ist vorausgesetzt, dass er mehr habe, als er zu seiner Competenz braucht. Man soll ihm nicht so viel geben: nur Congrua. In Baiern müssen sie von Allem bezahlen, bei uns nur von gewissen Dingen, welche alle Staatsdiener gleich treffen.

Der Staat muss die Kirche schützen, weil er sie recipirte, wie jedes einzelne Glied im Staate. Die Kirche wird als moralische Person betrachtet. Placetum der Staatsgesetze hat die Kirche nicht.

Recht und Pflicht der Kirche ist es, zur Beförderung des Staatswohls beizutragen. Jus advocatice. Sie schützt den Staat durch ihre Lehre. Censuren der Kirche treffen auch Staatsoberhäupter als Privatpersonen, welche sich nach den Vorschriften der Kirche zu benehmen haben und im Widersetzungsfalle gestraft werden. Daher kann die katholische Kirche einen katholischen Regenten excommuniciren, in Bann thun; die Frage, ob es aber klug und zweckmässig sei, dürfte verneint werden, weil der Regent eine grosse Macht hat und sich der Censur nicht gerne unterwirft; daher eine Spaltung zu befürchten wäre.

II. Rechte des Staates zur Kirche.

Der Staat hat keine geistige Gewalt über die Kirche; er hat keine Schlüsselgewalt, sondern nur

*) So war es. Jetzt liegt Alles in der Umwandlung.

1) Aufsichts- und Verwahrungsrecht, *jus inspiciendi et cavendi* d. h. zu wachen, ne *res-publica aliquid detrimenti capiat*.

2) Oberstes Schutzrecht, *jus advocatiae*, d. h. das Recht, die kirchlichen Anstalten positiv zu seinem Vorthail zu gebrauchen und dadurch den Staatszweck zu befördern. Die Gewissensfreiheit einer Parthei darf doch nicht gefährdet werden, auch darf er in die eigentlich kirchliche Gesetzgebung nicht eingreifen.

3) *Placetum regium*, d. h. das Recht alle kirchlichen Verordnungen und Institutionen zu prüfen und sie dann einführen zu lassen. Breven, Concilienbeschlüsse etc. sind diesem unterworfen, sogar dogmatischen Inhalts, wenn etwa etwas beigemischt wäre, das nicht dogmatisch ist. Es dürfte wohl näher bestimmt werden, wie weit dieses Recht ausgedehnt werden könne, ob wohl gar auf das *Directorium*. In Frankreich soll man die Bullen etc. geprüft haben. Man wirft dagegen ein, dass die Pressfreiheit jedem Schüler erlaube, seine Einfälle in die Welt zu schicken, warum den kirchlichen Beamten nicht? Diese aber haben Gewalt zu befehlen; jene nicht! Es würde nun folgen, dass der Staat auch jene unterdrücken soll, weiter nichts. Allein der Staat darf mit diesem Censurrecht nicht so umgehen, dass er Wesentliches austreichen könnte. Es hat nur negativen Werth. In Oesterreich haben

Ferdinand III. und Leopold dieses Recht ausgeübt. Die Behörden sind bevollmächtigt, alle Breven etc. des Pabstes zurückzurufen und neu zu prüfen. Wir fügen hier noch Folgendes über das Placet bei. Die Grenzen dieses in Deutschland allerwärts eingeführten Placets sind so endlos erweitert, dass die Staatsregierung damit alle Selbstständigkeit der Kirche zerstören kann, während doch nur allenfalsigen Missbräuchen vorgebeugt werden soll. Diese staatspolizeiliche Präventivmassregel findet heutzutage gegen päbstliche und bischöfliche Erlasse sowohl in Sachen des Glaubens, als der Disciplin ihre Anwendung. Da nun das Dogma mit der katholischen Kirche selbst gesetzt ist, so ist da, wo dieselbe in voller Integrität recipirt ist, ein rechtlicher Grund nicht vorhanden, solche Erlasse der landesherrlichen Genehmigung zu unterstellen. Anders verhält es sich mit solchen Erlassen, welche nicht auf rein kirchlichem Boden stehen, sondern schon ihrer Natur nach die politischen Verhältnisse der Unterthanen zugleich betheiligen, oder die Mitwirkung der Staatsgewalt gesetzlich heischen. Dies möchte wohl der richtige Standpunkt in Beurtheilung des königlichen Placets sein. Vgl. übrigens Perman §. 61 flg.

4) Hat der Staat das Recht, Verbindungen mit ausländischen Kirchvorstehern zu beschränken, wenn der Nexus nachtheilig ist; und dieses kann nicht

die Kirche, sondern nur der Staat wissen, daher kann er die Recurse nach Rom hindern. Ebenso bei den Ordensgeneralen und Provincialen.

5) Die Sprengel der Pfarreien und Bisthümer so einzurichten, dass das Wohl des Staates befördert wird, was aus dem *jus advocatiae* folgt.

6) Recht in Bezug auf Legaten. Derselbe muss mit Bewilligung des Staates angenommen werden, und darf ohne Genehmigung des letzteren keine Legationsgeschäfte unternehmen. Es wird ihm die Zeit und der Ort seines Aufenthaltes bestimmt etc.

7) Das Recht, Recurse anzunehmen, ab *abusu ecclesiae*.

a) Hat die kirchliche Behörde sich zu Schulden kommen lassen, Jemanden in bürgerlicher Hinsicht nachtheilig zu sein, z. B. durch Kirchenstrafen, so kann der Staat die Sache nach dem Landrecht verfolgen; b) liegt die Schuld in der Rechtsform, so kann der Staat nicht entscheiden, sondern nur die Kirchenbehörde darauf aufmerksam machen.

8) Recht in Bezug auf Religionsunterricht. In Bezug auf den Glauben kann er nichts decretiren; nur wenn die Pfarrer und Kirchenbehörden nachlässig sind, auf geeignete Weise einschreiten, — denn es könnte möglicherweise eine dem Staate nachtheilige Lehre gelehrt werden.

9) Abstellung der Missbräuche, weil

sie für ihn nachtheilig sind. Daher kann er auf Vollziehung der Canonen dringen. — Ausländische Wallfahrten, nächtliche Andachten, Feiertage können nachtheilig sein. Diese kann der Staat abstellen, oder auf Abstellung dringen.

10) In Bezug auf die Ehe. Folgt bei der Ehe.

11) Recht des Staats bei Religionsstreitigkeiten, die ein Land verwirren können. Er kann die Parteien schweigen heissen, Religionsgespräche anstellen, Nationalconcilien berufen.

12) Bürgerliche Toleranz. Der Staat für sich hat keine Religion und er muss jede Parthei dulden, die ihm nicht schadet, wenn die Glieder der Kirche nur ihre bürgerlichen Pflichten erfüllen und keine Machinationen gegen den Staat sich erlauben.

13) Recht der Versorgung. Dem Staate liegt daran, dass tüchtige Männer angestellt werden; — so stellt er Gesetze über Eigenschaften und Anzahl der Kleriker auf. Theodosius, Justinian, haben schon viele Gesetze aufgestellt.

14) Recht in Bezug auf die Auswahl der Geistlichen. Sie haben grossen Einfluss auf das Ganze, und so hat der Staat das Recht der Aufsicht über alle, über ihre Grundsätze etc. Die Wahl der Kirchenvorsteher steht ohnedies bei uns dem Volke nicht mehr zu.

15) In Bezug auf Kirchengüter, die zur Bestreitung des Aufwands bei dem Gottesdienst nothwendig sind; die Verwaltung derselben kommt der Kirche zu; der Staat hat das Besteuerungsrecht. Die Kirche ist verpflichtet, im Nothfalle ausserordentliche Beiträge zu liefern. 1809 war Oesterreich in Gefahr; und die Klöster gaben viel Silber und Gold her. Früher: auch Lösegeld für die Gefangenen. Besonders soll die Kirche der Noth der Armen steuern. Herrliches Beispiel: Carl Boromäus. Der Staat hat die Aufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens.

16) Amortisationsrecht. Der Gütererwerb der Kirche wurde durch die sogenannten Amortisationsgesetze beschränkt. Man versteht darunter die Uebertragung von Grundstücken an Kirchen, Klöster etc., welche nicht mehr veräußert werden durften, somit dem bürgerlichen Verkehr entzogen werden. Das Verbot solcher Uebertragungen an gleichsam todte Hände (*ad manus mortuas*) heisst Amortisationsgesetz (*lex de non admortizando*). In Württemberg wurde das erste Amortisationsgesetz im Jahr 1524 erlassen. Zur Verwaltung des Kirchenvermögens bestehen Stiftungsräthe.

Diese Rechte des Staats heissen *jura circa sacra*, zum Unterschied von *jura in sacris*, welche der Kirche zukommen.

§. 33.

*Toleranz.***Religionsgesellschaften.**

Theologische Toleranz, d. h. Indifferentismus gegen ihre eigenen Grundsätze, soll keine Kirche haben, denn sonst löst sie sich auf. Sie kann gegen Irrthum nicht gleichültig sein. Sie soll sich verbreiten, d. h. durch die Ueberzeugung von der Wahrheit sich Anhänger verschaffen. Proselytenmacherei der Katholiken durch List ist unrichtig; denn nie hat die Kirche andere Grundsätze aufgestellt, als die Ueberzeugung, — keine Prügelpredigt. Inquisition war Drang der Barbarei, die meistens der Staat vollzog, und was keine Kirchengesetze sind. Calvin aber liess Servet verbrennen; die Dortrechter Synode hat dem Hugo Grotius nachgestellt, der sich in einem Kasten rettete. Die englische Kirche ist gegen Katholiken sehr intolerant.

Sie soll gegen alle christliche Liebe bezeugen.

An politische Toleranz ist sie gebunden. Sie muss alle Confessionen respectiren und ihre Gesetze, die in einem Staate aufgenommen sind.

Aus den obigen Rechten des Fürsten folgt, dass er nicht jede Religion in seinen Staat aufnehmen

könne und dürfe; jene nämlich, welche dem Staate gefährliche Grundsätze hätte, dürfte er ausschliessen. Wenn in einem Staate eine neue Sekte sich bilden will, so kommt es dem Regenten zu, sie zu recipiren, oder nicht. Eine Kirche nun, die durch ihr Alter bestätigt, oder durch ausdrückliche Verträge das Bürgerrecht erhalten, heisst *civiliter approbatia*. Jene religiösen Vereine aber, welche ihre Existenz im Staate mehr besonders Privilegien oder der Gnade des Regenten zu verdanken haben, als dass sie sich auf's Bürgerrecht stützen können, — geduldete — *toleratae*. Wenn die Anhänger einer Confession das Recht haben, einen ihren Grundsätzen gemäss eingerichteten gemeinschaftlichen Gottesdienst mit einem Geistlichen zu halten, so sagt man, sie habe das *jus exercitii religionis*.

Dieses Exercitium ist öffentlich und privat, je nachdem es nur in einem Bethause, das keine Glocken und Thürme haben darf, stattfinden kann, oder in einem ordentlichen Tempel. Auch sind die Religionsdiener mit besonderen Rechten begabt; die der Privatgesellschaften nicht. In Württemberg waren die Herrnhuter vor 1806 nur geduldet, obschon der Herzog sich selbst dazu bekannte. In Hamburg war es vor dem Religionsedikt noch immer. In England ist der Zustand sehr drückend.

Von herrschender Kirche ist die Rede in mehrfachem Sinn.

Man nennt herrschende Kirche 1) die simpliciter aufgenommene mit unbedingtem exercitium religionis. 2) Jene Confession, die den grössten Theil der Staatsbürger umfasst; 3) deren Bekenner nur zu Aemtern und Würden zugelassen werden; 4) der, der Fürst zugethan ist. In London, wo mehrere Confessionen gleiche Rechte haben, dürfte kaum eine die herrschende heissen können; in Oesterreich sind Protestanten nur tolerirt, in England und Dänemark die Katholiken. In England, Schweden und Dänemark muss der König lutherisch sein. Der Franzose Bernadotte musste in Schweden convertiren.

Durch den westphälischen Frieden erhielt auch bei uns die lutherische und reformirte Kirche das Bürgerrecht, doch mit Modificationen.

Auf dem Wienercongresse 1813 wurden sie einander gleich gestellt.

Für Württemberg ist die Constitutionsurkunde von vielem Interesse, weil in ihr besonders auch die Gleichheit der Kirchen der 3 Confessionen vertragsmässig ausgesprochen ist. Der westphälische Friede setzt fest, dass unter den katholischen Ständen und denen der Augsburgerischen Confession bezüglich der Rechtsverhältnisse vollständige Gleichheit herrschen soll; alle Religionssachen sollten durch Stimmenmehrheit der Stände erledigt werden. Demnach

durfte auch die Minorität ihre Beschlüsse fassen (jus eundi in partes), und wenn kein gütlicher Vergleich zu Stande kam, blieb es beim Alten. Katholische und protestantische Reichsstände wurden zu zwei geschlossenen Körperschaften verbunden (Corpus catholicorum et evangelicorum). Jedem Landesherrn wurde das Reformati-
 onsrecht (jus reformandi) eingeräumt, d. i. die Befug-
 niss, die freie Ausübung einer Confession zu er-
 lauben, zu verbieten etc., nur musste den Unter-
 thanen abweichenden Glaubens ihre Religionsüb-
 ung etc. so, wie sie diese an den betreffenden Orten
 irgend wann im Laufe des Jahres 1624 (annus
 decretorius) gehabt hatten, gelassen werden; für
 gemischte Reichsstädte namentlich für Augsburg,
 Dünkelsbühl, Biberach, Ravensburg, Kaufbeuern
 wurde der 1. Januar (dies decretorius) des Jahres
 1624 als entscheidender Termin festgesetzt. Hin-
 sichtlich des Kirchenvermögens wurde jeder
 Confession ihr reichsunmittelbares Kirchengut, so wie
 sie es am 1. Januar 1624 besessen hatte, für ewige
 Zeiten zugesichert. cfr. Perman. §. 78.

Der Uebertritt ist freigestellt. Man meldet sich
 zuerst bei seinem biserigen Pfarrer, der Pflicht und
 Recht hat, sich über die Gründe des Uebertritts zu
 befragen, und den Menschen über seinen Schritt zu
 belehren. Bleibt er dabei, so stellt ihm sein Pfarrer
 ein Zeugniß aus, dass er sich zum Uebertritt ent-

geschlossen habe, welches er dem Pfarrer der andern Confession bringt, der auch, nach hinlänglicher Prüfung der Grundsätze und Motive der neuen Ueberzeugung und Unterrichtsertheilung, ihm hierüber ein Zeugniss ausstellt, worauf er in die neue Confession aufgenommen wird.

III. THEIL.

PRIVAT - KIRCHENRECHT.

A. Persönliches Recht, *jus personale*.

§. 34.

1) Kirchenpersonen; a) im Allgemeinen; b) im Besondern, in sofern sie ein kirchliches Amt haben; 2) Kirchensachen; a) *res spirituales*, *Sacramenta*, besonders Ehe; b) Kirchengüter *res sacrae*, zum Gottesdienst gehörig; 3) Gerichtsbarkeit; a) *civilis*; b) *criminalis*, geistlicher Process; c) Strafen und Verbrechen.

I. Abtheilung.

1) Antritt des Clerikalstandes; 2) Vorrechte; 3) Orden.

Die Weihe setzt gewisse Eigenschaften voraus:

Studien, Moralität, Seminarium. Nach dem Conc. Trid. soll in jedem Bisthum eines sein.

In der frühesten Zeit wollte man Geistliche aus dem Volke. Später, bei Errichtung der Universitäten, waren die Vorbereitungen noch nicht am besten. Karl Borromäus zeichnete sich aus, errichtete ein Seminar, welches ein Muster ist. Man musste das Seminar unterhalten. Die Geistlichen mussten Taxen geben, und ging es nicht, so solle man beneficia simplicia einziehen.

Der Bischof sollte auch noch beitragen von seinen Tafelgütern.

Die Weihe ordinatio ist der feierliche Akt unmittelbar göttlicher Einsetzung, wodurch der Bischof auf den Geweihten die für dessen Amt unentbehrliche übernatürliche Gnade unaustilgbar (character indelebilis), daher ein für allemal überträgt. Sie setzt gewisse Eigenschaften voraus: a) männliches Geschlecht; b) Taufe. Absolut unfähig, ordinirt zu werden, sind also: Ungetaufte und Frauenspersonen. Relativ unfähig ist Jeder, dem eine zur Weihe gesetzlich verlangte Eigenschaft gebricht. Solche Irregularitäten, Hindernisse sind: 1) ex delicto (Verbrechen); 2) ex defectu (Gebrechen). Sie sind allseitige (totales), oder theilweise (partiales); solche, welche ganz von der Weihe ausschliessen, oder nur eine oder die andere Funktion ausschliessen. Es gibt auch irre-

gularitates temporales, welche die Weihe eine Zeit lang verschieben oder immerwährende (perpetuas), welche an sich nie aufhören.

1) Die Irregularitäten ex delicto sind:

a) öffentlich infamirende Verbrechen als:

α. Apostasie, β. Ketzerei, γ. Schisma, δ. Simonie;

b) Missbrauch der Taufe — active oder passive Wiedertaufe; c) Missbrauch des Ordo — er-

schlichene Weihe (furtive ordinati) — Weihe von einem excommunicirten Bischof, Ausübung eines mit Ueberspringung einer Stufe (per saltum) oder gar nicht erlangten ordo. Hinsichtlich des Keuschheitsgelübdes, — wenn Einer der eine höhere Weihe hat,

eine Ehe eingehen will oder vollzieht (matrimonium attentat et consummat). Dies ist das dritte Genus der Bigamie, (bigamia similitudinaria).

d) Todtschlag und Verstümmelung. Wer Unfruchtbarkeit oder Abtreibung bewirkte etc., überhaupt Blutschuld.

Die Irregularitäten ex defectu sind: a) ex defectu animae; unentwickelte Vernunft, Wahnsinn, Epilepsie; b) ex defectu scientiae, Mangel an gehöriger wissenschaftlicher Vorbildung; es werden erfordert: Kenntniss der lateinischen Sprache, zu dem Uebergang von den minoribus ad majores; eine mit Erfolg bestandene Prüfung über Befähigung; c) ex def. fidei, Mangel an Glaubensfestigkeit; d) ex defectu corporis, physisches Gebrechen, welche Aergerniss, Abscheu oder

Verachtung bewirken, ebenso die einen verhindern, die Amtsgeschäfte zu vollführen. Dahin gehören: 1) Verletzung oder gänzlicher Mangel des Daumen- und Zeigfingers; 2) linkes Auge blind; 3) ganz blind; 4) üble, ekelhafte, lächerliche Figur. Deformität überhaupt; e) ex def. natalium legitimorum; unehliche Geburt. (Diese Irregularität findet nicht immer Anwendung). f) Ex defectu famae, bürgerliche Infamie; g) ex defectu aetatis, Mangel des gesetzlichen Alters. Nach dem neuesten canonischen Recht muss der Bischof 30 Jahr alt, der Presbyter in das 25., der Diacon in das 23. der Subdiacon in das 22. Lebensjahr eingetreten sein. h) Ex defectu libertatis, Mangel an Freiheit der Person oder des Willens: also Leibeigene, Vormünder, Mündel, Advocaten etc.; i) ex defectu sacramenti, Bigamia. Paulus sagt schon: der Bischof soll eines Weibes Mann sein. Kein Geistlicher darf eine Bigamie begehen. Die Bigamie wurde in den alten Zeiten überhaupt übel angesehen; man setzte Incontinenz voraus. Es ist die Bigamie entweder eine eigentliche, bigamia vera; 2) eine uneigentlich so genannte interpretativa; 3) ficta, wenn man eine Wittwe eine Gefallene, Geschiedene, Concubine, feile Dirne heirathete; 4) similitudinaria, wenn man das Ordensgelübde abgelegt hat und darauf heirathet, sei es Wittwe oder Jungfrau; k) ex defectu lenitatis. Wer im Kriege Blut

vergossen hat, oder überhaupt im Feldlager verwilderte, sodann wer in Criminalsachen als Ankläger, Richter oder Zeuge bei einem Todesurtheile mitwirkte. Diese Irregularitäten werden aufgehoben entweder dadurch, dass ihre Ursache wegfällt, oder nur durch Dispens.

Gültig weihen darf nur der Bischof, und zwar jeder, der selbst gültig geweiht ist, also kein häretischer, schismatischer, exkommunicirter oder abgesetzter.

§. 35.

Von dem Ordinations-Titel.

Eine wesentliche Bedingung des Empfangs der Weihe ist diese, dass für den nöthigen Unterhalt des Ordinirten gesorgt sei; er muss einen *titulus beneficii* haben. Nach dem Tridentinum soll nur auf dem Grund eines solchen Pfründetitels ordinirt werden. Identisch mit demselben ist: 1) der *titulus patrimonii*, d. h. der Weihcandidat muss sich ausweisen, dass er sich auch ohne Amt ernähren kann; 2) *titulus mensae*, dass sich ein Anderer verbindlich macht, ihn zu erhalten; 3) *titulus professionis s. paupertatis*: wenn einer in einen Orden getreten ist. Früher gab den letztern der Patron oder die Gemeinde, was oft mit Schwierigkeiten verbunden war. Der Kirchenrath hat ihn nur auf den Intercalarfonds

genommen. Wer ohne Verschulden unfähig wird, bekommt jährlich 300 Gulden; wer aus eigener Schuld unfähig wird — Nichts. So lange einer ohne sein Verschulden sein Benefiz nicht versehen kann, behält er das Einkommen; soll er aber einen Vicar halten, so bekommt er Etwas aus dem Intercalarfonds. So in Württemberg. In den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz ist die Zusicherung des landesherrlichen Tischtitels unmittelbar mit dem Eintritt des Candidaten in das Seminar verbunden. Derselbe ist aber nur bedingt, nämlich für den Fall unverschuldeter Dienstunfähigkeit verheissen und auf 3—400 Gulden festgesetzt. In andern Ländern wendet man sich an den Landesherrn, Patron oder die Gemeinde. Der Bischof weiht als *minister ordinationis*; aber nur der *episcopus proprius*. Bei der Frage, wen der Bischof weihen soll, gestaltete sich eine 4fache Competenz desselben: 1) *ratione originis*, wenn der zu Weihende in seinem Sprengel von daselbst wohnenden Eltern geboren ist; 2) *ratione domicilii*, wer daselbst seinen Wohnort 10 Jahre behauptet hat und noch dort bleiben will; 3) *ratione beneficii*, wenn der zu Weihende schon ein Benefiz im Sprengel besitzt; 4) *familiaritatis*, wenn man mit dem Bischof drei Jahre unmittelbar verbunden war; jedoch muss der Bischof das Benefiz oder den Tischtitel geben. Kann er es nicht, so soll er ihn nicht

weihen; 5) *ratione ordinis*, in dessen Sprengel das Kloster liegt. Wer diese Regeln übertritt, wird suspendirt, Bischof und Geweihter. Ausnahmsweise kann sich der Ordinandus von wem immer weihen lassen, wenn er von seinem *Episcopo proprio* die *Dimissorien* beibringt; *literae dimissoriales* sind förmliche Ledigscheine, wodurch der Inhaber aus dem bisherigen Diöcesanverband entlassen wird; *literae formatae*, Bescheinigungen der erhaltenen Weihe; *literae commendatitiae*, Empfehlungsschreiben für reisende Kleriker; *literae testimoniales*, bloße Zeugnisse vom *episcopus originis* für solche, welche in anderen Diöcesen weiter ordinirt werden sollen. Das Recht, Dimissorialien auszustellen, steht nur dem Bischof zu.

Die *Scrutinien*. Um sich von der Fähigkeit und Würdigkeit des Ordinanden zu überzeugen, soll der Ordination eine dreifache Prüfung (*scrutinium*) vorangehen. 1) Der Name des zu Weihenden soll in der Kirche abgelesen werden, damit auftreten kann, wer ein Hinderniss weiss, wie bei der Ehe. Es kommt dies noch aus der alten Zeit her, wo das Volk wählte; aber jetzt lebt man abgeschieden vom Volke, das kein Zeugnis geben kann. Bisweilen ist es nur noch gebräuchlich, sie am Geburtsorte zu verkünden, bei uns vor der ersten Messe; 2) die zu Ordinirenden müssen Tauf- und Sittenzeugnis bringen. Es ist dies die Haupt-

prüfung und vorzüglich auf die Orthodoxie und wissenschaftliche Befähigung und auf allenfallsige Entdeckung von Irregularitäten gerichtet. 3) Die dritte Prüfung ist jetzt nur mehr eine bloße Feierlichkeit. Unmittelbar vor dem Akt der Weihe fragt der Bischof den Archidiakon: *scis eos dignos esse?* Er antwortet: — *digni sunt.* Jetzt findet der Concurs vor der Aufnahme in das Seminar, vor jeder Ordinationprüfung im Seminar statt.

Zeit der Vornahme der Weihen. Für die Tonsur ist weder Tag noch Stunde festgesetzt. Die *minores* *) müssen an Sonn- oder Feiertagen während der Messe ertheilt werden. Den höheren Weihen geht ein Exercitium mit Fasten und Empfang des Buss sacraments voraus. Bezüglich der Ertheilung derselben sind 6 Samstage gesetzlich vorgeschrieben, nämlich die 4 Quatember-Samstage, der Samstag vor Dominica passionis, und am Sabatho sancto. Interstitien müssen beobachtet werden; zwischen dem Subdiakonat und Diakonat soll ein Jahr sein; weil sich einer selbst unwürdig zeigen könnte. Uebrigens finden hiernach den verschiedenen Studienanstalten Modificationen statt.

Standespflichten der Geistlichen. Im Allgemeinen sollen sie sich ganz der Kirche weihen, lehren, bilden.

*) Niederen Weihen.

1) Religiöse, wissenschaftliche Bildung und Sittenreinheit werden gefordert. Trunkenheit, Geiz, Incontinenz, Wirthshäuser, Theater, Jagd, Hazardspiele, Tanz, Schauspiele sind zu meiden.

2) Cölibat wird erfordert.

3) Grössere Zurückgezogenheit und äusserer Anstand (*decorum clericale*).

4) Der Würde entsprechende Kleidung.

5) Gewisse Geschäfte sind untersagt.

6) Gebet nach den Kirchengesetzen, nämlich Brevier ist Befehl.

§. 36.

Der Cölibat.

Man kann nicht verkennen, dass in der ältesten Kirche der ehelose Stand sehr geachtet war. Die Richtung ging aus dem Gegensatze hervor, den das Christenthum zu jener Zeit bildete. Je mehr diese in Wollust versunken war, desto mehr entfernte sich jene von dem auch erlaubten Geschlechtsgenuss. Jedoch waren die meisten Apostel verheirathet, und lange noch gab es verehelichte Priester, obschon man schon im 3. Säculum die Ehelosen vorzog, welche auch die Mehrzahl waren. Als aber die unter den Christen selbst überhandnehmende Ausschweifung das Mönchthum beförderte, welches durch seine Strenge innerhalb der Kirche selbst einen Gegen-

satz bildete und sehr wohlthätig auf die Zeit wirkte, da wurden die Forderungen an die Priester noch strenger; was aber der Christ, der seine Religion gut aufgefasst hatte, für bloße Form hielt, worin sich eine geistige Individualität auf eigenthümliche Weise aussprach, wurde bald für Etwas gehalten, was an und für sich einen Werth habe. Von diesen körperlichen Reinigkeitsbegriffen ausgegangen, musste der Cölibat bald als Gesetz gefordert werden, da die Priester die Reinsten sein sollten. Es war eine Reinheit des Geistes und Wohllustsverachtung mit einer bloß äusseren Miene. Auch mögen die gnostischen Ansichten gewirkt haben, die Ehe herabzusetzen und den Cölibat desto höher zu stellen. Aus allem diesem ist begreiflich, warum schon zu Nicäa zum erstenmale der allgemeine Antrag zum Cölibat der Geistlichen gemacht wurde; jedoch wurde derselbe durch die Vorstellungen des Confessors Paphnuzius abgelehnt. Distinc. 31, 12. Er unterstützte seine Ansicht durch die Behauptung, dass eheliche Treue Keuschheit sei, und der Cölibat Veranlassung zur Untreue geben könnte. Allein die angegebenen Elemente entwickelten sich stets mehr und schon zu Ende des 4. und Anfang des 5. Säculums wurden sie von Siricius an öfters eingeschärft und das ehelose Leben als Gebot aufgestellt, so dass Niemand das Subdiakonat erhalten konnte, der nicht versprochen, ehelos zu bleiben, und falls er verhei-

rathet war, seine Frau zu verlassen. Man muss zwischen der Praxis in der abend- und morgenländischen Kirche wohl unterscheiden. In der abendländischen Kirche durfte der Priester, der verheirathet bleiben wollte oder erst heirathen wollte, dieses immerhin thun, nur wurde er seines geistlichen Amtes entlassen. In der griechischen Kirche hingegen ging man von der alten strengen Sitte etwas ab. Es wurde Gesetz: „dass man sich nur nicht als Subdiakon verheirathen sollte, wer aber schon verheirathet das Subdiakonat erhalten hatte, konnte auch als Diakon und Presbyter seine Gattin behalten. Dieses Gesetz wurde sogar mit Vorwürfen gegen die lateinische Kirche aufgestellt. Nur die Bischöfe durften keine Weiber haben. Ein zweites Weib durfte Keiner nehmen. Im Occident gab es dessen ungeachtet doch noch sehr viele verheirathete Priester, und zwar in Rom am meisten. Das Uebel wurde dadurch vermehrt, dass nach römischen Gesetzen das Concubinat erlaubt war, welches mehrere Geistlichen auf sich anwandten; — überhaupt stieg hierin die Unsittlichkeit auf den höchsten Grad. Da wiederholte Gregor VII. die alten Gesetze unter Strafe der Excommunication sowohl der verheiratheten Priester, als jener Laien, die den Gottesdiensten derselben beiwohnten. Er führte also nichts Neues ein, wurde aber durch die Zeitverhältnisse zur Schärfung der Gesetze und strengen Execution ge-

zwungen. Neben den öffentlichen Aergernissen der Priester und Concubinen trachteten sie noch dahin, Güter und Aemter erblich zu machen. Denke man sich nun, dass auch bei den Bischöfen und höheren geistlichen Stellen die Ehe durchgedrungen wäre, so ist in der That nicht abzusehen, wie man sich in der Rohheit der Zeit von einer eigentlichen Priesterkaste hätte entfernt halten können, wodurch alle weitere Kultur unmöglich und der geistliche Despotismus höchst drückend geworden wäre. Dem Priestercölibat verdankt endlich Europa viel, vielleicht Alles. — Auch bis jetzt noch war die Ehe der Geistlichen nicht ungültig in der lateinischen Kirche. Der Verheirathete hörte nur auf, Priester zu sein. Unter Calixtus II. im Jahre 1123 wurde zum erstenmal die Ehe der Geistlichen für kraftlos erklärt und Trid. Sess. 24, 9. wiederholt.

Die Kleider waren ehemals auch die Kirchenkleider, sc. die lange altrömische Tracht. Selbst die Mönchskleider sind aus dem Mittelalter. Die nordischen Völker brachten die engen kurzen Kleider.

Anstössig und ärgerlich soll sie nie werden, obwohl an einem Orte Etwas anständig sein kann, was anderswo beleidigt; läppisch darf sie nie sein.

Die Tonsur aus dem *κουῶν* im Corintherbriefe oder von der Art der römischen Sklaven wurde immer enger, bis zuletzt fast nichts mehr blieb. Man machte Anspielung auf die Krone

Christi. Handel, Militärdienste, dem Vaterlande ausgenommen, Advokatenwesen sind verboten, ingleichen Chirurgie; jedes schmutzige Gewerbe — Jagd, wegen Härte der Gemüther und Verlust der Zeit.

Testamente. Früher berief man auf dem Sterbebett die Geistlichen; allein die Mönche liessen sich manche Ungerechtigkeit zu Schulden kommen, quälten die Leute mit dem Fegfeuer etc. So hörte es auf. Bei uns muss der Geistliche die Form beobachten. Der Geistliche soll sich besonders der Seelsorge widmen.

Gebet — zur Bildung des Geistes und Ausfluss desselben. Schlimm muss es gestanden haben, wenn man dieses zum äusseren Gesetze erheben musste. Die horae canonicae wurden anfangs mit dem Volke gebetet. Dieses blieb weg — und die Geistlichen beteten im Chore oft ohne Geist. Betet man das Brevier vollständig, so braucht man zwei Stunden. Es ist zweckmässig; aber die Sprache und schlechte Uebersetzungen machen es unzweckmässig. Oft ist zu viel zu beten, was der Geist nicht verdauen kann. Zur Zeit, wo es aufkam, hatte kein Geistlicher ein Buch, sich zu beschäftigen; Geschäfte können dispensiren.

§. 37.

Die Standesrechte der Kleriker sind ausser ihrem kirchlichen Vorrang vor den Laien viererlei:

1) Privilegium fori; 2) servitiorum; 3) canonis; 4) competentiae.

1) Der Geistliche konnte nur von den geistlichen Gerichten bestraft werden. Allein der Staat hat dies an sich gezogen. Bei uns kommt das Vergehen an den Oberamtsrichter, Tribunal. In minderen Fällen kommt es zuerst zum gemeinschaftlichen Oberamt.

In gerichtlichen und aussergerichtlichen Klagen soll man sich gütlich an den Dekan wenden, wenn der Streit in 4 Wochen zu Ende geht; wo nicht, so geht es an die obige Behörde. In kirchlichen Vergehungen hat natürlich nur die Kirche zu strafen. Bürgerliche Vergehen werden den weltlichen Civil- und Kriminalgerichten überwiesen.

2) Befreiung der Geistlichen von persönlichen Diensten, von Vormundschaften, Kriegsdiensten, Frohnen, Einquartierungen, ausserordentlichen Steuern.

3) Wenn ein Geistlicher von Andern grob verletzt, injurirt wird, so sind diese mit der excommunicatio major latae sententiae belegt, d. h. ohne weitere Untersuchung excommunicirt. Dies findet jetzt nicht mehr statt; man verklagt die Beleidiger und straft sie stärker als andere, weil der Staat zugleich mit der Kirche verletzt ist. Die Excommunicatio kann nur stattfinden mit dem Placet des Staates.

4) Recht, auf einen competenten Unterhalt

anzutragen, wenn er allenfalls auch in Gant gekommen. Von dem Dienst Einkommen kann nach den neuesten Bestimmungen, wenn es nicht über 500 fl. beträgt, höchstens ein Fünftheil; wenn es nicht über 1000 fl. steigt, nur ein Viertheil, und bei höherem Betrage nur ein Drittheil (mehr aber in keinem Falle) mit Beschlag belegt werden. Ein Administrator befriedigt die Gläubiger; doch muss der Geistliche immer leben können. Die Summe hängt von der Zahl der Schulden ab. Im Oesterreichischen sind die Congrua auf 300 fl. gesetzt. Conc. Trid. Sess. 23, 6.

Klostergeistliche stehen unter dem Prälaten und können nur bei demselben verklagt werden und durch ihn Klage führen. Hat einer sich ausser dem Kloster vergangen, so soll er innerhalb der vom Bischofe zu bestimmenden Zeit gestraft werden vom Vorsteher, wenn nicht, soll er vom Oberen seines Amtes beraubt und vom Bischofe gestraft werden können. Trid. Sess. 25, 14.

II. A b t h e i l u n g.

§. 38.

Kirchenämter und Beneficien.

Kirchenamt ist der Inbegriff gewisser kirchlicher Functionen, die von der Kirchengewalt einem

tüchtigen Kleriker übertragen werden mit dem Recht und der Pflicht solche auszuüben. Wer ein solches mit Sorgfalt verwaltet, hat das Recht, Lebensunterhalt zu fordern von Jenen, für die er arbeitet. Was diesen Lebensunterhalt betrifft, so war das zu verschiedenen Zeiten verschieden. In der ältesten Kirche lebten die Kleriker von den Oblationen des Volkes, welche täglich oder monatlich durch den Bischof ausgetheilt wurden. Die Portion eines jeden Klerikers hiess *Praebenda*, wie das Quantum der Lebensmittel, die der römische Soldat täglich oder monatlich erhielt. Oefter wurde vorgeschrieben, dass sie diese Oblationen auch für Fremde und Armen verwenden, oder einen Theil zur Erhaltung der Kirchengebäude abgeben sollten. Der Gehalt des Bischofs war $\frac{1}{3}$ oder $\frac{1}{4}$ so viel, als die Portion der übrigen Kleriker zusammen. Auch nachdem die Kirche liegende Güter erhalten, war noch Alles in der Diöcese zu Einer Masse geschlagen, und der Bischof theilte es unter die Pfarrer. Seit dem 6. Jahrhundert waren die Klagen der Landpfarrer häufiger, dass sie dabei zu kurz kämen, oft kaum zu leben hätten; ja manche Kirchen standen allmählig leer. Dieselben setzten es daher durch, dass ihnen die Verwaltung und der Genuss der Einkünfte ihres Bezirks, anstatt des früheren Theils, von dem gemeinschaftlichen Kirchengute angewiesen wurde. Zur Erinnerung an die frühere Abhängigkeit von dem

Bischof blieben nur noch kleine Abgaben an ihn übrig. Es kam also seit dem 9. Jahrhundert dahin, dass ein Kleriker, der an einem gewissen Orte ein beständiges Amt hatte, auch das Recht besass, die angewiesenen Kirchengüter zu geniessen, — beneficium. Es ist somit das Recht eines Klerikers, gewisse bestimmte Kirchengüter wegen eines beständigen Kirchenamts (officium) lebenslänglich zu geniessen. Aus dem Begriff eines Beneficiums folgt 1) dass kein Laie es haben kann, wenn er gleich kirchliche Einkünfte wegen eines Amtes bezieht; 2) dass Einkünfte, Pensionen, welche Kleriker, aber nicht wegen eines Kirchenamtes beziehen, keine beneficia sind.

Temporelle Vicarien, Filialkirchen, beneficia manualia, Handpfründen genannt, sind nicht eigentliche beneficien. Da aber beneficium datur propter officium, temporalia propter spiritualia, so folgt:

1) Es gibt kein beneficium ohne officium, ob schon ein Kirchenamt ohne beneficium möglich ist.

2) Dass das Amt die Hauptsache sei, der Genuss der Einkünfte sich nur anschliesse. — Pfründe-Präbende.

3) Dass das Wesen die spiritualia, nicht die temporalia seien; dass der Verleiher, Collator beneficii Jener sei, der in das Kirchenamt und in die spiritualia einsetzt, nicht der Nominator, oder der den Besitz der Temporalien gestattet.

Eintheilung der Beneficien. Es kann Einer nur ein Benefiz haben, sei es nun an verschiedenen Orten oder an demselben. Es gibt Ausnahmen. *Compatibilia*, vereinbarliche und *incompatibilia*, unvereinbarliche, oder *Curatbeneficia*, Seelsorgämter, und *simplicia curata beneficia* kann keiner zugleich haben; *majora* und *minora* solche, die Jurisdiction haben, und geringere, denen keine eigene Jurisdiction zukommt, *regularia* und *saecularia*, Kloster- und Weltgeistliche.

Errichtung eines Kirchenamts. *Constitutio* oder *erectio beneficii* ist jener Akt, wodurch ein Kirchenamt aufgestellt und mit ihm auch Güter, gewisse Einkünfte so verbunden werden, dass der Verwalter des Amtes das Recht zum beständigen Genuss derselben, als das Mittel zum Lebensunterhalt erhält. Wer die Güter und Einkünfte darreicht, heisst Stifter, Fundator, wer nach dem Willen des Stifters dasselbe errichtete, *constitutor*, wer ein unterdrückt gewesenes *beneficium* wieder herstellt, *restitutor*. Wie die Macht, ein solches Kirchenamt zu errichten, dem Kirchenregiment gehört, so die Errichtung des *beneficium*s. Wer das Subjekt dieser Gewalt in Bezug auf Bisthümer gewesen war und ist, wurde früher gesagt, nämlich der Pabst. In Bezug auf Pfarreien und Kaplaneien ist's der Bischof. Diesem kommt nicht nur die Be-

stimmung des Kirchenamts, sondern auch die Untersuchung zu, ob die Foundation eine heimliche, oder sichere sei. Bevor dies geschieht, müssen alle Interessenten gehört werden; dass auch besonders die Staatsgenehmigung dazu gehöre, ist anderswo gesagt. Die nach den Canonen errichteten Beneficien müssen heilig gehalten werden, und nur zum gemeinsamen Wohl darf eine Aenderung geschehen. Diese Verordnung gilt in spiritualibus, oder temporalibus, oder beiden zugleich. Daher gibt es verschiedene Arten von Umänderung, innovatio, der Beneficien. Es gibt 1) Theilung, divisio s. sectio: aus einem Kirchenamte werden zwei oder mehrere, so dass die Spiritualia sowohl als Temporalia getrennt werden, wodurch der alte Pfarrer nach C. Trid. Sess. 21, 4. das Patronatrecht erhalten soll; 2) die Abpfarrung, dismembratio, wodurch ein Theil der Temporalium einem andern, bereits bestehenden, aber näher gelegenen beneficium zuge-theilt oder zu andern frommen Zwecken verwendet wird; 3) die retensio, besondere Verwendung der Intercalargefälle. Diese sind die fixen Einkünfte einer Pfründe während ihrer Erledigung. Bei uns fließen sie von Ablauf des sogenannten Dekanatsmonats bis zur Wiederbesetzung zur Unterstützung verdienter Pfarrer. De jure communi ist, dass sie auf den Nachfolger übergehen; 4) Vereinigung, unio, wodurch mehrere beneficien für beständig

verbunden und an Einen Beneficiaten übertragen werden. Diese Vereinigung ist entweder *aequalis* oder *inaequalis*, ersteres da, wo zwei Beneficien so vereinigt werden, dass die Rechtsverhältnisse beider erhalten werden, letzteres da, wo zwei Kirchenämter in einander verschmolzen werden, wobei das eine im andern aufgeht (*unio per confusionem*) oder eines dem andern untergeordnet wird in der Weise, dass beide hinsichtlich der Verwaltung als zwei verschiedene beneficien erhalten werden, dabei aber ein rechtlich statuirtes Abhängigkeitsverhältniss des einen vom andern besteht (*unio per subfectionem*). Der Haupt- oder Mutterkirche wird die Neben- oder Tochterkirche untergeordnet; 5) Einverleibung, *incorporatio*, wenn entweder *Spiritualia* oder *Temporalia* einem Collegium zugeheilt werden, als: Klöstern, Stiftern, Universitäten; 6) *minutio*, Belastung, wenn einem benefiz eine aussergewöhnliche Last aufgelegt ist; 7) Unterdrückung, *suppressio*, wenn ein benefiz ganz aufgehoben wird, und zwar durch die Kirchenobern mit Zuziehung aller Betheiligten, im Unterschied von der Verweltlichung, *saecularisatio*, welche nur einseitig von der Staatsgewalt verfügt wird.

Die Incorporation ist dreifach. Entweder werden *Spiritualia* oder *Temporalia* oder beide zugleich incorporirt. Im letzten Falle ist das Collegium *Rector eccle-*

sia e. Wenn ein Collegium bloß das Patronatrecht hat, so scheint es keine Corporation genannt werden zu dürfen. Wie die Incorporation aber immer geschehen mag, so muss Jener, der die Temporalia bezieht, dem Verwalter der Spiritualien so viel zusichern, als für seine Sustentation angemessen ist. Unterschied zwischen unio und incorporatio: 1) uniren kann man nur Beneficien; incorporiren alle andern Rechte; 2) bei der unio ist eine und dieselbe Person über temporalia und spiritualia gesetzt, die Incorporatio kann aber stattfinden so, dass sich das corpus entweder gar nicht um die spiritualia bekümmert, oder es lässt selbe als eigentlicher Pfarrer durch einen Vicar verwalten. Besser war ein beständiger Vicar mit bestimmtem Gehalt; 3) incorporirte Beneficien werden nie erledigt, weil das Collegium als moralische Person nicht ausstirbt; unirte werden erledigt, wenn der Besitzer stirbt. Sehr häufig fanden Incorporationen zum Nachtheile der Pastoration statt. Patronatrecht von Universitäten ist keine Incorporation. In Oesterreich ist es noch sehr üblich.

Ein solches Collegium hat den Namen: „parochus principalis oder habitualis. Ein Vicar ist temporalis oder perpetuus, beide in Amtssachen dem Bischofe unterworfen. Ein zur Erfüllung seiner Amtspflichten durch Krankheit, Suspen-

sion oder Abwesenheit untüchtiger Pfarrer sucht für sich um einen Vicar an, oder erhält ihn ohne Ansuchen. Auch ein Pfarrer, der wegen Menge der Geschäften nicht hinreicht, erhält einen Gehülfen. Beide sind verschieden. Der erste, Pfarrverweser genannt, hat volle Seelsorge, übt alle pfarrlichen Functionen aus, ohne den Pfarrer fragen zu müssen. Der zweite, eigentlicher Vicar, auch Cooperator genannt, verrichtet blos, wozu ihn der Pfarrer beauftragt. Beide haben gemein, dass sie nach dem Willen dessen, der sie aufgestellt, entfernt werden können, *ad nutum amovibiles*, auch ohne die Ursache anzugeben. Verweser heissen auch die, welche während der Vacatur einer Pfarre dieselbe versehen.

Die Belastung der Beneficien ist personell oder reell, d. h. sie betrifft *Spiritualia* oder *Temporalia*. Reallast heisst *Exactio*, wird nur ein oder einigemal aufgelegt; *Pensio*, wenn sie alle Jahre wiederkehrt, doch nur auf gewisse Zeit. Ist die Last immerwährend, so wird das *Census* genannt, welcher *novus* oder *antiquus* heisst, je nachdem er schon mit Errichtung der Pfarre entstand oder später. Zu bemerken ist: 1) persönlichen Dienstleistungen soll man sich gerne unterziehen, wo und wann der Kaplan zur Aushülfe des Pfarrers belastet ist. Ebenso 2) gilt es von herkömmlichen Exactionen, *Census antiquus* und Klerikalfunctionen.

Nota. Erlaubniss des Staats und Bischofs sind zu solchen Veränderungen gefordert, die Interessen ten werden gehört.

III. A b t h e i l u n g.

§. 39.

Erledigung und Besetzung der Beneficien.

Erledigung (vacatio). 1) Durch Tod; 2) Entsagung, Resignatio; 3) stillschweigende Resignation; 4) Amotion, Absetzung oder Versetzung; 5) aus Strafe.

Resignation ist schriftlich oder mündlich, stillschweigend oder ausdrücklich, ersteres durch Handlungen, die mit Beibehaltung des Kirchenamts unvereinbarlich sind, z. B. Klostergelübde, Besitz zweier Beneficien, Glaubensänderung, Verehlichung, ausdrücklich, durch freie Willensbestimmung mit hinreichendem Grunde und Einwilligung des Kirchenoberen. Sie ist pura, unbedingt, oder conditionata, bedingt. Sie muss frei, ungezwungen sein, immer muss eine Ursache da sein, geschehen ohne Beeinträchtigung eines Dritten. Wer resigniren will, muss sich beim Staat und Bischof ausweisen, dass er aus eigenem Vermögen leben könne.

Der Bischof muss die Resignation billigen und vom Tage der Bewilligung an ist das Benefiz erledigt. Ist eine Pfarre erledigt, so setzt das General-

vicariat einen Pfarrverweser, der die Spiritualia verwaltet; die Temporalia verwaltet der Kapitelskämmerer bis zur Wiederbesetzung.

Die Einkünfte während der Erledigung fallen dem Intercalarfond zu, den Dekanatsmonat ausgenommen.

Auch der Tausch ist erlaubt, dagegen verboten die Entsagung mit Vorbehalt des Ein- oder Rücktritts (accessus — regressus). Die Resignation zu Gunsten eines Dritten ist wegen Scheins der Simonie an sich unzulässig.

Die Versetzung (translatio), wodurch ein Kirchenamt erledigt wird, geht vom competenten Kirchenobern aus. Ein Beneficium kann auch strafrechtlich verwirkt werden, entweder durch einfache Entziehung der Pfründe (privatio), wegen unsittlichen, ärgerlichen Lebenswandels, oder durch gänzliche Entsetzung von Amt und Pfründe (depositio) wegen grober Vergehen; ebenso die gänzliche Verstossung aus dem Klerikalstande (degradatio) cfr. Perman. §. 430 ff.

In Oesterreich verwaltet der Verweser auch die Temporalia.

Verleihung, Wiederbesetzung der Kirchenämter. Kein Kirchenamt kann anders, als durch canonische Uebertragung (provisio) rechtlich erworben werden.

Ein Benefiz ist erledigt de jure, d. h. wenn

es vom Inhaber noch besessen wird, obschon er keinen Anspruch hat, wenn er widerrechtlich dazu gekommen; *de facto*, d. h. es ist erledigt, obschon er ein Recht dazu hat, und *de facto et jure*, wenn er es nicht hat und keinen Anspruch dazu. Die Besetzung geschieht: 1) durch die Wahl, Repräsentation; 2) Investitur und Institution. Diese Fälle können getrennt sein oder beisammen. Bei einem Bischofe ist beides beisammen, bei einem Patronen nicht. Nomination ist von Installation verschieden. Investitur ist zweifach: *temporalis et spiritualis*.

Besetzungsarten der grösseren Beneficien.

1) Canonische Wahl; 2) Postulation; 3) Devolution; 4) Nomination des Landesherren.

1) Ist der Bischof gestorben, so müssen alle Wahlmänner gerufen werden.

2) Die Abwesenden können einen Bevollmächtigten für sich stimmen lassen. Ist dieser selbst Wahlmann, so darf er keine andere Person haben, ausser er sei beauftragt. In Klöstern darf kein Nichtprofessor wählen und kein Subdiakon etc.

Form der canonischen Wahl. Eigentliche Wahl ist 1) Scrutinium oder Compromissum. In Klöstern und in Kapiteln an Kirchen sind drei Männer zum Einsammeln bestimmt. Manch-

mal ruft man den benachbarten Bischof oder Abt dazu. Es darf keiner unbestimmt wählen. Kann man sich nicht vereinigen, so schreitet man zum Compromiss; dieser kann 1) nur mit Einwilligung des Kapitels geschehen; 2) nur Kleriker können compromittirt werden aus dem Corpus oder nicht; 3) die Compromissionarii müssen sich an den Vertrag halten; 4) wählt man mit ihnen, so gilt die andere Wahl; 5) absolute Stimmenmehrheit muss stattfinden. Ein Compromissarius kann absolute Mehrheit erzeugen durch die Wahl seiner eigenen Person, wie Johannes XXII. Ist die Wahl vorüber, so hat der Gewählte ein *jus personale ad rem in re*, d. h. er darf *Spiritualia* und *Temporalia* beziehen, oder er hat ein Prioritätsrecht auf den Erwerb des Amts, und das Recht auf das Amt selbst. Dann folgt die *Confirmation*, dieser geht voraus der am Wohnort des Gewählten angestellte *Informativprocess*, und der hierauf in Rom gepflogene *Definitivprocess*, dann erst wird zur *Consecration* geschritten.

Postulatio propria minus propria et sollemnis, diese bei Ordensgeistlichen. Wer postulirt werden könne, muss mehr *ex usu Curiae*, als aus den *Canonen* entnommen werden. Bei der ersten muss dispensirt werden können. Zwei Drittel müssen postuliren. Sind zwei Theile da, z. B. Kapitel und Volk, so geht dieses vor, und es muss an die

Obern gebracht werden. Geht es nicht, so tritt das Devolutionsrecht ein.

Nomination. Landesfürstliche Ernennung, Confirmation und Consecration muss folgen.

Consecration. Früher war canonisch, dass der Bischof von drei Bischöfen consecrirt wurde; jetzt durch einen Bischof und zwei infulirte Aebte.

Ein Abt kann ordines minores ertheilen. — Innerhalb drei Monaten muss die Consecration erfolgen, sonst Devolution. Früher stand es oft 10 — 12 Jahre an, weil ihm Pflichten oblagen, denen er enthoben zu sein wünschte.

Translatio des Bischofes. Eine eigene Resignatio auf die vorige Diöcese muss da sein; kein zeitliches Interesse, Erlaubniss des Provinzialconcils oder des Pabstes.

Die Verleihung der übrigen Beneficien steht dem Bischofe zu, wenn kein anderer das Recht der Präsentation hat. Im ersten Falle ist es *collatio libera*, im zweiten *necessaria*, weil die Präsentation ein *jus ad rem* ertheilt. Im letzten Falle kommt dem Bischofe blos die Bestätigung zu, *institutio verbalis* genannt, wenn hier keine Ausnahme stattfindet, auf jeden Fall aber ist sie *auctorisabilis*, zu deren Erlangung eine Prüfung erfordert wird, was Sache des Bischofs ist. Diese Institution enthält das Recht, die *curam* zu geben. Ist das erfolgt, so wird an manchen Orten das Volk ge-

fragt, ob es keine Einwendung habe gegen den neuen Pfarrer; kommt auf bestimmten Termin keine, so geht die *institutio corporalis*, Investitur, Installation vor sich, wodurch dem Pfarrer Spiritualien und Temporalien im Namen des Bischofs und des Patrons, des Landesfürsten etc. durch den Dekan übergeben wird. — Nun hat er ein *jus in re*.

Im Ganzen bestehen in den deutschen Bundesstaaten 5 Erzbisthümer und 17 Bisthümer, welche durch landesherrliche Ernennung, 4 Erzbisthümer und 11 Bisthümer (darunter die der oberrheinischen Kirchenprovinz), welche durch Wahl besetzt werden. Die Canonikate werden vom Bischofe abwechselnd mit dem Kapitel besetzt. Wenn der zur Besetzung Berechtigte die canonischen Bestimmungen nicht einhält aus eigenem Verschulden, so geht das Verleihungsrecht für diesmal an den nächst höhern Kirchenobern über (*jus devolutionis*), also an den Bischof, Erzbischof, Pabst. In der oberrheinischen Kirchenprovinz ist nach einer uncanonischen Wahl, die Vornahme einer zweiten Wahl gestattet. — In Württemberg wird der neue Pfarrer beim Antritt seines Amts nach Ausstellung des Reverses vom Landkapitelsdekan installirt. — Die Rechte eines Beneficiaten sind: Ausübung der mit der Weihe verbundenen Functionen, der Jurisdictionenrechte, Genuss der Temporalien. Die Pflichten: Ablegung des Glaubensbekenntnisses und Obedienzeides,

Breviergebet, Residenzpflicht, d. h. die Verbindlichkeit am Orte des Amts fortwährend gegenwärtig zu sein, und die Obliegenheiten persönlich zu leisten. — Die H ä u f u n g (cumulatio) zweier oder mehrerer Aemter in Einer Person ist verboten.

Der Pabst wurde anfänglich vom Klerus und Volk gewählt, wie alle Bischöfe, oder vom Kaiser, nachdem sie christliche geworden, bestätigt. Selbst Theodorich, ein Arianer, bestätigte sie. Hadrian I. übertrug Karl dem Grossen das Ernennungsrecht, das Ludwig der Fromme zurückgab. Nachdem der päpstliche Stuhl durch Einfluss der toskanisch burgundischen Partei im 10. Jahrhundert so sehr befleckt worden war, ertheilte Leo VIII. Otto dem Grossen, nach Absetzung Johanns VII., abermals das Ernennungsrecht. Otto II. und III. übten es strenge aus, und auch nachher mussten die Päbste noch immer von den Kaisern bestätigt werden. Als aber Heinrich's III. Verfahren, der gleichfalls der römischen Kirche mehrere Bischöfe gegeben, der Freiheit derselben gefährlich zu werden schien, brachte es Nicolaus II. dahin, dass die Wahl den Cardinälen vorbehalten blieb, so zwar, dass die Cardinalbischöfe und Presbyteri die Wahl einleiteten, der übrige Klerus und das römische Volk nur ihre Zustimmung zu geben hatten. — Da auf diese Weise die Freiheit des Klerus und des Volkes zu sehr beschränkt war, fiel sie endlich ganz weg.

Alexander III. 1181, Gregor X. 1274, Clemens V. 1311 bestimmten die Wahlform sehr genau. Gregor X. errichtete das Conclave. Das allgemeine ist: 1) die Cardinäle werden nicht zusammen berufen, man wartet nach dem Tode des Pabstes nur 10 Tage mit der Wahl. Wer nicht da ist, kann sein Recht keinem andern übertragen; 2) eine Censur schliesst von der Wahl nicht aus; 3) zwei Drittel der Wahlmänner müssen doch zugegen sein, den übrigen wird der allmähliche Zutritt gestattet. Auch müssen zwei Drittel für eine Person stimmen; 4) da kein Kaiser mehr bestätigt, so tritt das Ausnahmsrecht der ganzen katholischen Kirche an seine Stelle.

§. 40.

Das Patronatrecht.

Wenn Jemand auch in den alten Zeiten einen Tempel erbaute, Stiftungen machte, so erhielt er desswegen noch keine besondere Rechte. Erst auf dem Concil von Oranges, 441, wurde einem Bischof einer benachbarten Diöcese auf seine Bitte gestattet, einen Kleriker als Pfarrer jener Kirche zu ernennen, die er in der diesseitigen Diöcese erbaut hatte; dieses Recht ging von nun an auf alle Erbauer und Fundatoren über, und wurde später auf mehreren Concilien bestätigt. Der Stifter hiess später Patronus und das Patronatrecht ist somit der Innbegriff der Rechte, welche durch Fun-

dation einer Kirche und eines Benefizes bei derselben entweder durchs Gesetz oder durch Gewohnheit, oder ausdrückliche Bedingungen ertheilt werden.

Zur vollständigen Stiftung einer Kirche gehört: Anweisung des Grundes und Bodens, wirkliche Bauführung und Ausstattung: *patronum faciunt dos, aedificatio, fundus*. Ausser durch Stiftung kann das Patronatrecht erworben werden durch Schenkung, Erbschaft, Tausch, Kauf, Verjährung.

Das Vogteirecht, *jus Advocatae*, später den Kirchen so lästig, ist mit dem Patronatrecht nicht zu verwechseln. Der Patron konnte *advocatus ecclesiae* sein, aber nicht immer.

Man theilt das Patronatrecht ein 1) in geistliches (*ecclesiasticum*), wenn es einer Kirche oder kirchlichen Anstalt zusteht; 2) gemischtes (*mixtum*), wo ein Geistlicher und Laie es zugleich übt; 3) weltliches (*laicale*); 4) dingliches (*reale*), wenn es auf einem Gegenstand, Amte, Besitze etc. haftet; 5) persönliches (*personale*) steht Jemanden ohne Rücksicht auf die Sache als selbstständiges Recht zu; ferner Allein- oder Mitpatronat: volles, welches alle, beschränktes, welches nur einige Befugnisse verleiht.

Patronatrechte sind *honorifica, utilia et onerosa*; — Ehrenrechte: wirkliche, nützliche, lästige.

Das dingliche Recht wird erworben durch

das Gut, womit es verbunden ist. Der Verlust ist dreifach: geht auf natürlichen Wegen oder wegen Verbrechen vor sich. Es kann vererbt, verschenkt werden, nicht verkauft. Wird es verkauft, so fällt der Kaufschilling an die Kirche und den Ordinator ordinis; 2) wenn der Geistliche vom Patron miss-handelt wird, oder wenn er der Kirche schadet; 3) Verjährung, Ableben. — Der Patron muss den Grund, Kirche und Fond herschaffen, dann ist es ordentlicher Weise erworben, er tritt in die Rechte, ohne es ausbedingt zu haben.

Rechte des Patrons: das erste ist das Präsentationsrecht, d. i. die Befugniss, einen Geistlichen auf ein Beneficium vorzuschlagen. Der Laienpatron darf mehrere nach einander präsentiren (jus variandi), der geistliche Patron nicht. Sodann hat 1) der Patron den ersten Platz in der Kirche; 2) das Ernennungsrecht; 3) wird er arm, muss man ihn unterstützen; 4) den Beneficiaten in temporalibus zu installiren; 5) Sorge, dass die Kirchengüter und das Gebäude selbst nicht zu Grunde gehen.

In Beziehung auf das landesherrliche Patronatrecht vergibt in Württemberg der König auf den Vorschlag des katholischen Kirchenraths, mit Ausschliessung des Ordinariats, alle jene Kirchenämter, zu welchen vormals die geistlichen Corporationen nominirt hatten, oder welche durch den Intercalarfond dotirt werden. Ueberdies ist dem

Bischofe das Devolutionsrecht überhaupt entzogen. Im königlichen Patronatrecht ist bestimmt, dass jeder inländische Geistliche, der beim Pfarrconcurs die Fähigkeitsnote erhielt, competiren darf. Die Bitte wird durch den Dekan an den König oder Oberkirchenrath eingesandt, der durch das Ministerium des Innern den weiteren Vortrag bei dem König macht. Die Communicatio wird dem Bischof wegen der Verbalinstitutio durch den Kirchenrath gemacht. Bei andern Patronen wird man vorläufig aufgenommen; wird eine Stelle vacant, so richtet man seine Bitte an den Patron. Der Aufgenommene erhält ein Präsentationsinstrument, das von ihm mittelst des Dekans an den Kirchenrath befördert wird. Der König ertheilt die landesherrliche Bestätigung, wenn der Präsentirte fähig ist. Die Einleitung mit dem Bischof geschieht wie vorhin. Wenn der Privatpatron innerhalb 4 Monden keinen präsentirt hat, so hat der König das Devolutionsrecht.

Tausch der Präbenden fordert Resignation und so quasi Wiederbesetzung; im Interesse der Kirche ist der Consens des Bischofs und Patrons erforderlich.

Translatio aus physischen und moralischen Vergehen, Gebrechen. Die zweite ist fast gar nicht erlaubt, indem arme Pfarreien oft mit schlechten Menschen gestraft sind. Würde man auf völlige Absetzung dringen, wäre es besser.

Verlust des Patronatrechts. Dasselbe geht ausser den Fällen der Hingabe oder Uebertragung auf einen andern verloren: durch den Tod des Patrons, das Aussterben der Familie, durch Suppression des Kirchenamts, durch freiwillige Aufgebung, durch Union der Kirche, durch Aufhebung der Corporation, durch stillschweigende Verzichtleistung etc.

B. Dingliches Recht, jus reale.

§. 41.

Gottesdienst.

Res sacramentales sind die Sacramente, res sacrae sind solche, welche unmittelbar als Werkzeuge für den heil. Kultus gebraucht und in Rücksicht auf die heil. Handlungen entweder geweiht — res consecratae (Kirchen, Altäre, Kelche, Patena) oder blos gesegnet werden — res benedictae (Kirchengeräthe, Begräbnissstätten), loca religiosa — Klöster; pia, Spitäler und andere Wohlthätigkeitsorte, Kapellen.

Zur Errichtung einer neuen Kirche gehört die Erlaubniss des Bischofs, Untersuchung der Noth-

wendigkeit oder des Nutzens, hinlängliche Dotation, keine Rechtsverletzung Dritter und seit neuerer Zeit die Genehmigung der Staatsregierung.

Taufe. Durch sie wird man Mitglied der christlichen Kirche und fähig zur Theilnahme an ihren Gütern, verbunden zum Bekenntniss ihrer Lehre, zur Theilnahme am Kultus und unterworfen den Gesellschaftsgesetzen. In den europäischen Staaten ist die Taufe auch in bürgerlicher Beziehung wichtig, weil man durch sie die bürgerliche Rechtsfähigkeit erlangt. Der ordentliche Minister ist parochus proprius, ausserordentlich im Nothfall jeder Christ. Auch Kinder können getauft werden, und zwar an jedem Tage, nur soll es 1) in der Pfarrkirche geschehen; 2) unter vorgeschriebenen Ritualien; 3) mit Zuziehung von Taufzeugen, welche das Glaubensbekenntniss für das Kind ablegen. Diese sollen nicht mehr als einer oder eine sein. Jetzt sollen bei höheren Ständen nicht mehr als 6, bei niederen als 4, ohne Dispense sein. Die Taufen sind in doppeltem Register einzutragen.

Firmung: Materie ist das Chrisma. Form die Handauflegung, ordentlicher Ausspender: der Bischof.

Eucharistie: Materie ist Brod und Wein, Form die Worte Christi, Verwalter: jeder Priester.

Die Buesse. Nach den Pönitentialcanonen werden den Sündern lange schwere Buess-

werke aufgelegt, öffentliche für öffentliche und geheime für geheime Sünden. Dieselben wurden als ganz oder zum Theil excommunicirt angesehen. Diese Strafen sollten theils Abbüßung wegen der Beleidigung sein, die der Delinquent der ganzen Gesellschaft anthat; theils Erinnerung an seine Vergehen und Mittel zur Besserung. Die Wiederaufnahme geschah nach vollendeter Buesse, und unter der *ἐξομολόγησις* (Bereinigung) des Vergehens. Die auferlegte Buesse musste ganz erfüllt werden; nur besonderer Buesseifer, Bitten der Confessoren und Martyrer vermochten einen Ablass, Indulgenz. Ablass ist die theilweise oder gänzliche Nachlassung der zeitlichen Strafen oder Buesswerke. Als allgemeiner Ablass wird er vom Pabste verliehen. Die Ablassbrevien unterliegen dem Placet. Die Buessanstalt leitete der Bischof und später unter der Aufsicht desselben ein Presbyter. Das öffentliche Bekenntniss von schweren Sünden, die einer Kirchenbuesse unterworfen, hörte später auf und es bildete sich die Sitte, seine Sünden geheim zu bekennen, um die durch die Canonen darüber verfügte Buessübungen zu erfahren und sich denselben zu unterziehen; seit dieser Zeit absolvirte man schon vor geleisteter Buesse, wie sich seit dem 7. Jahrhundert die Buessanstalt überhaupt änderte. Man fing an, weniger beschwerliche Buessen aufzulegen, später wurde Ablass dieser Gesellschaftsstrafen Allen

gegeben, welche gewisse fromme Uebungen unternahmen: so ging die ganze Pönitenz-Disciplin und ihre Canonen unter. Aber die Indulgenzen blieben, und es bildete sich die Meinung, als ob nicht nur die Gesellschaftsstrafen durch sie erlassen würden, als ob die Kirchenstrafen nicht selbst blos Buessmittel seien, sondern als ob sie sich auch auf die andere Welt bezögen, und man von diesen Strafen auch befreien könne. Die vollkommenen und theilweisen Ablässe, besonders den Ablass des Jubeljahres vollkommen zu ertheilen, steht allein dem Pabste zu. Dem Bischof, nur einen 40tägigen.

Was das Recht bei der jetzigen Administration der Buessanstalt betrifft, so kann jeder Priester, wo immer gültig, absolviren, aber auf erlaubte Weise nur an bestimmten Orten mit bischöflicher Approbation. Jeder Katholik soll wenigstens einmal des Jahres beichten. Dem Geistlichen ist das Beichtsigill aufgelegt. Kein Beichtvater kann gezwungen werden, bekannt zu machen, was ihm gebeichtet wurde, darf auch kein Zeugniß vor Gericht ablegen. Das Conc. Trid. gibt der Kirche das Recht, Absolution zu geben, allein es ist nicht gesagt, was es darunter versteht; doch wohl — nur Kirchenstrafen.

Messe soll nur an geweihten Orten gelesen werden. Sie hat 3 Haupttheile: Opferung, Wandlung, Communion. Oeffentliche und Privatmessen;

bei letzteren sind gewöhnlich Stiftungen oder Stipendien da. *Altaria portabilia*. Nur eine darf man lesen täglich, an Weihnachten drei. Missbrauch der trockenen Messen abgeschafft.

An Sonn- und Feiertagen *Collecte* für die Gemeinde und den Landesfürsten, die Kirche und den Pabst. Wer in fremden Kirchen lesen will, muss die *Formaten* zeigen. Die Liturgie ist lateinisch.

Sacramentalien, Gebete, Weihungen, die nicht von Christus herrühren. Zu den Weihungen bedient man sich des Katechumenen- oder Tauföls (vl. *catechumenorum*, des Chrisams (*chrisma*) oder des Krankenöls (vl. *infirmorum*).

Conc. Trid. Beschluss über die Reliquien und Bilder: sie sollen nicht ohne specielle Erlaubniss des Bischofs aufgestellt werden und nichts Ungeziemendes haben.

Festtage. Feier christlicher Thatsachen.

Alle deutschen Gesetzgebungen verbieten an diesen Tagen 1) die Vornahme gerichtlicher Handlungen; 2) knechtliche Arbeiten; 3) Austreiben des Viehs; 4) Feldarbeiten; 5) Gewerbebetrieb; 6) Handel; 7) Lottocollecturen; 8) Märkte; 9) Treibjagden.

Die ausgezeichnetsten Festtage sind die des Herrn, Mariä und der Heiligen. Viele der letzteren

wurden auf Betrieb der Landesregierungen durch den Pabst in Hinsicht ihrer bürgerlichen Feier aufgehoben.

Das Leben der Christen soll Ein Fest sein. Als das Christenthum durch Sittenlosigkeit verdunkelt wurde, mussten sich die Feste mehren, damit doch das Andenken nicht ganz verloren ging. Zuletzt wurde es spielend, — bis Clemens XIV. kam. An solchen Festtagen muss man Messe und Predigt hören.

Der Fasttag ist bestimmt, eine äussere Veranlassung zum inneren christlichen Leben zu geben. Gebotene Fasttage sind: wo man sich nur eine einzige Sättigung erlaubt. Abstinenztage, wo das Fleischessen verboten ist. Schon Pythagoras verbot seinen Schülern das Fleisch, auch die Essäer, Therapeuten, Braminen, weil dieses die Sinnlichkeit reizt, mehr als Mehlspeisen. Ebenso enthielten sich die Christen auch des Weines, der Eier, man ass nur Oel-Brod und trank Wasser.

Eigentliche oder strenge Fasten sind: die Quadragesimal-Fasten, 40 Tage vor Ostern, die Vigilien hoher Hauptfeste, die Quatember und Adventfasten.

Abstinenztage (früher): Mittwoch, Freitag und Samstag, jetzt nur noch der Freitag.

§. 42.

Gelübde und Eid.

Wenn Jemand Etwas sich aufladet, was nicht Pflicht ist und an sich nicht unmoralisch, und es Gott gelobet, ist es ein Gelübde. Bedingungen: 1) Indifferente Gegenstände können es nie sein; 2) freier Gebrauch der Vernunft, 3) Taufe ist dabei erforderlich. Sie verbinden nicht auf immer; lösen sich selbst, *causa cessante* oder *conditione alterius*, z. B. eines Sohnes, ohne Einwilligung des Vaters, eines Knechtes ohne die des Herrn.

Sie sind *vota sollemnia et simplicia*. *Sollemnia* — der Keuschheit und des Ordens, werden öffentlich abgelegt. Beide sind verschieden. Der Mönch verspricht lebenslängliche Keuschheit, der Weltgeistliche nicht. Die Aufhebung kann jenen nicht befreien. *Vota personalia et realia*; diese gehen nicht nur auf die Person, sondern auch mit der Sache auf die Person über, z. B. mit dem Gute der Eltern auf die Kinder.

Der Eid, *juramentum assertorium* oder *promissorium*, ist die feierliche Versicherung einer Aussage oder eines Versprechens mit Berufung auf Gott, den allmächtigen Richter. Daher soll man ganz schlechten Menschen keinen Eid abfordern.

Erfordernisse: Ueberzeugung von der Wahrheit, gutes Gewissen, vorhandene Unterscheidungsfähigkeit, rechtmässige Ursache: es muss ein erlaubter Gegenstand sein. Wer die Kraft des Eides einsieht, kann schwören; das canonische Recht fordert wenigstens 14 Jahre, wo man schon heirathsfähig ist. Geht dies im Süden an, bei uns nicht, und nach dem Partikularrecht kann es erst später im 16. Jahre geschehen. Für unmoralische Dinge kann der Eid nicht stattfinden. Die Voraussetzungen, unter welchen ein Eid erlaubt ist, beziehen sich auf die Ueberlegung des Schwörenden (*judicium*), auf die Wahhaftigkeit seiner Gesinnung (*veritas*) und auf die Rechtmässigkeit des Gegenstandes, den er beschwört (*justitia*). Also Willensfreiheit, Wahrheit und gerechte Sache sind wesentlich erforderlich zur Gültigkeit.

§. 43.

Kirchen.

Zum Kirchenbau ist nöthig: landesherrlicher und bischöflicher Consens, zureichender Grundfonds und Paramentenverpflichtung; diese, um die Kirche zu unterhalten.

Einweihung. *Consecratio et benedictio ecclesiae.* Die erste kann nur der Bischof, die zweite auch ein delegirter Geistlicher vornehmen. Von

neuem geweiht werden muss eine Kirche, wenn eine gänzliche Entweihe (execratio) durch Zerstörung ihrer Haupttheile geschieht. Im Falle einer Befleckung (pollutio) durch schuldloses Vergiessen von Menschenblut, menschlichen Samens, durch Beerdigung eines Ketzers oder Ungetauften in der Kirche wird jetzt nur eine Reconciliation derselben durch Abwaschen vorgenommen.

Der Altar hat gewöhnlich einige Reliquien, vor den Zeiten, wo man die Kirchen auf Gräbern erbaute und sie nach dem Namen der Märtyrer nannte. *Altaria fixa* und *portatilia*.

Patenen. Die Kelche sollen theilweise von Gold sein, um den Respect auch äusserlich zu zeigen. Paramente werden geweiht. Glocken — sog. Glockentaufe von dem Bischof oder einem Delegirten vorgenommen. *Oratoria privata*: Kapellen, nicht ohne Erlaubniss des Bischofes.

Gottesäcker, Coemeterien, κοιμητήρια, Schlafstätten der Christen müssen vom Bischof oder Delegirten eingeweiht werden, sollen ausser den Orten sein. Einschliessung mit Mauern ist Zeichen der Absonderung von den Profanen.

Begräbniss. Der Parochus proprius begräbt und führt zugleich das Sterberegister. Vor 48 Stunden soll keiner beerdigt werden, im Nothfall muss er vom Arzte besichtigt sein. Ausgeschlossen vom christlichen Begräbniss nach kanoni-

schen Rechten sind: Ketzer, Excommunicirte, ungetaufte Juden, Muhamedaner, Selbstmörder, Hingerichtete.

Mit Ketzern, Juden, todtgeborenen Kindern ist es jetzt anders. Ungetaufte Kinder begräbt die Hebamme. Auch bezüglich der im Duell Gefallenen finden jetzt andere mildere Bestimmungen statt.

Spitäler, Waisenhäuser etc. sind nur aus kirchlichen Gütern fondirt, gehören zu geistlichen religiösen Orten, vorher wusste man Nichts davon.

Ebenso ist es mit den Schulen, welche die Kleriker ins Leben riefen, — das Gesetz der Liebe. Der Geistliche hat den Religionsunterricht zu besorgen.

Asyle. Sie waren zur Zeit einer untergeordneten Rechtspflege sehr wohlthätig, bestehen jedoch jetzt nicht mehr. Früher hatte jede Kirche das Asylrecht.

§. 44.

Die Ehe.

Begriff. Man hat verschiedene Begriffe von derselben aufgestellt, je nachdem man ihr einen Zweck unterlegte. Einige begrenzten ihn mit der Geschlechtsbefriedigung, Andere mit der Kindererzeugung, noch Andere legen ihn in die gemeinschaft-

neuem geweiht werden muss eine Kirche, wenn eine gänzliche Entweihe (execratio) durch Zerstörung ihrer Haupttheile geschieht. Im Falle einer Befleckung (pollutio) durch schuldloses Vergiessen von Menschenblut, menschlichen Samens, durch Beerdigung eines Ketzers oder Ungetauften in der Kirche wird jetzt nur eine Reconciliation derselben durch Abwaschen vorgenommen.

Der Altar hat gewöhnlich einige Reliquien, vor den Zeiten, wo man die Kirchen auf Gräbern erbaute und sie nach dem Namen der Märtyrer nannte. Altaria fixa und portatilia.

Patenen. Die Kelche sollen theilweise von Gold sein, um den Respect auch äusserlich zu zeigen. Paramente werden geweiht. Glocken — sog. Glockentaufe von dem Bischof oder einem Delegirten vorgenommen. Oratoria privata: Kapellen, nicht ohne Erlaubniss des Bischofes.

Gottesäcker, Coemeterien, κοιμητήρια, Schlafstätten der Christen müssen vom Bischof oder Delegirten eingeweiht werden, sollen ausser den Orten sein. Einschliessung mit Mauern ist Zeichen der Absonderung von den Profanen.

Begräbniss. Der Parochus proprius begräbt und führt zugleich das Sterberegister. Vor 48 Stunden soll keiner beerdigt werden, im Nothfall muss er vom Arzte besichtigt sein. Ausgeschlossen vom christlichen Begräbniss nach kanoni-

schen Rechten sind: Ketzer, Excommunicirte, ungetaufte Juden, Muhamedaner, Selbstmörder, Hingerichtete.

Mit Ketzern, Juden, todtgeborenen Kindern ist es jetzt anders. Ungetaufte Kinder begräbt die Hebamme. Auch bezüglich der im Duell Gefallenen finden jetzt andere mildere Bestimmungen statt.

Spitäler, Waisenhäuser etc. sind nur aus kirchlichen Gütern fondirt, gehören zu geistlichen religiösen Orten, vorher wusste man Nichts davon.

Ebenso ist es mit den Schulen, welche die Kleriker ins Leben riefen, — das Gesetz der Liebe. Der Geistliche hat den Religionsunterricht zu besorgen.

Asyle. Sie waren zur Zeit einer untergeordneten Rechtspflege sehr wohlthätig, bestehen jedoch jetzt nicht mehr. Früher hatte jede Kirche das Asylrecht.

§. 44.

Die Ehe.

Begriff. Man hat verschiedene Begriffe von derselben aufgestellt, je nachdem man ihr einen Zweck unterlegte. Einige begrenzten ihn mit der Geschlechtsbefriedigung, Andere mit der Kindererzeugung, noch Andere legen ihn in die gemeinschaft-

liche Hülfeleistung, Andere glaubten am sichersten zu gehen, wenn sie alle 3 Zwecke vereinigten, und Mehrere gaben bei diesen verschiedenen Ansichten die Hoffnung auf, einen Zweck aufzustellen. Diese verschiedenen Zwecke erzeugten verschiedene Begriffe. Wer z. B. den ersten ins Auge fasste, der definirte die Ehe, als Verbindung zwischen Mann und Weib zur Befriedigung des Geschlechtstriebes. Allein da dieser Begriff das Verhältniss zwischen Mann und Weib bloß von physischer Seite auffasst, ist er einseitig, wie jeder der andern Zwecke den Begriff nicht zu erschöpfen scheint. Es darf überhaupt nicht von einem Zwecke ausgegangen werden. Die zwei Geschlechter sind zwei Pole, physisch und geistig betrachtet. In der Ehe wird die Vereinigung dieser Pole nach ihrer 2fachen Richtung bewirkt. Das Streben nach dieser Vereinigung ist Ehe; in ihr finden sich beide Pole; über die Einheit hinaus gibt es Nichts mehr.

Die Vereinigung geschieht um ihrer selbst willen: die Ehe ist sich selbst Zweck, und die angegebenen Zwecke sind nur Resultate davon. Das Wesen der Ehe besteht in der Gemeinschaft der Geschlechtseigenschaften von der physischen und geistigen Seite und Gemeinschaft, wo sich die Eigenthümlichkeiten gegenseitig ergänzen. In der Genesis schon ist ein tiefer Begriff von der Ehe gegeben, der sich auch bei andern alten Völkern, nicht dunkel

wieder findet. Am schönsten und tiefsten hat das Christenthum denselben aufgestellt, ein Verdienst desselben, das nie hoch genug geschätzt werden kann. Die alte Welt, meist vom Materialismus befangen, konnte nur die Naturseite fassen, das geistige Element derselben schwebte ihr nur dunkel vor. Im Christenthume ist die geistige und reale Ansicht hervorgehoben: die Ehe ist Geheimniss, welches das schönste Bild der Vereinigung Christi mit seiner Kirche bildet. Sie ist Sacrament, — hochheilig, und alle spätern Versuche, sie herabzuwürdigen, von der Naturseite aufzufassen, verschwinden als unchristlich. Nach ächt christlichem Sinne, den die katholische Kirche festhält, ist sie also ein Sacrament, wodurch 2 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sich durch ungetheilte Gemeinschaft des Lebens verbinden. Die Materie dieses Sacraments ist die wechselseitige Hingabe; die Form: die gegenseitige Erklärung der Nupturienten. Als *Minister sacramenti* fassen wir die *Contrahenten* selbst auf.

Sponsalia. Eheverlöbniss, ist das Versprechen von 2 Personen verschiedenen Geschlechts, sich zu heirathen; man spricht von *sponsaliis de praesenti et de futuro*. Die Form jener ist: *ego te meam accipio*; dieser: *ego te in meam accipiam*. Jenes war wirkliche Ehe, dieses nur das Versprechen.

Der Unterschied hörte auf. Wer immer in eine künftige Ehe einwilligen kann, kann auch Sponsalien schliessen. Die Einwilligung muss frei sein, sohin nicht als Ergebniss eines Betrugs, Irrthums oder Zwangs erscheinen. Nach dem jus commune sind Wahnsinnige, Kinder unter 7 Jahren unfähig, wie auch solche, die eine Eigenschaft haben, wo die Ehe unmöglich wird. Kinder von 7 Jahren können eine Ehe schliessen, doch als puberes ohne Ursache das Versprechen zurücknehmen: auch können Eltern solche eingehen, welche aber nach dem Erwachsen der Kinder, wenn solche nicht wollten, nichtig sind. Die Einwilligung der Eltern wird gleichfalls gefordert, jedoch ist nach dem jus canonicum keine besondere Formel vorgeschrieben; es gilt die stillschweigende.

In der alten Kirche wurden sie öfter ohne Ceremonien vorgenommen, auch nahm man Zeugen dazu bei solchen, welche zweifach oder einfach bedingt eingegangen wurden. In Württemberg ist die Zuziehung von Zeugen erfordert. Unanständige Bedingungen lösen sich von selbst auf. Wenn die gemachte Bedingung nicht erfüllt wird, hat das Versprechen keine Kraft; lässt aber der Theil, der die Bedingung gemacht hat, selbst nach, so lös't es sich auf. Der Beischlaf wird als Bewilligung der Sponsalien ohne Erfüllung der Bedingungen angesehen. Der Theil der aus Schuld zurücktritt, verliert. Nach

dem römischen Recht begründet das Verlöbniß kein Klagrecht; nach dem Kirchenrecht kann kein Zwang der Ehe auf dasselbe gegründet werden, doch kann der schuldlose Theil eine Satisfactionsklage vorbringen. Auch geschworne Sponsalien werden nichtig, wenn beide Theile einwilligen. Recht-mässige Ursachen zum Rücktritt sind: 1) Verletzung des Eheverlöbnisses; 2) Nichterfüllung ausdrücklicher Bedingungen; 3) unvorhergesehene Aenderung der Dinge. In diesen Fällen kann der andere Theil keine Klage auf Verehlichung anbringen, nur Kosten-ersatz und Satisfaction fordern.

Die Wirkungen gültiger Sponsalien sind: 1) ein neues Verlöbniß ist unbedingt ungültig; 2) Jedes der Verlobten ist berechtigt die Erfüllung des Eheversprechens zu verlangen.

Lösende (*dirimentia*) und hindernde (*impedientia*) Hindernisse waren früher:

Error, conditio, votum, cognatio, crimen,
Cultus disparitas, vis, ordo, ligamen, honestas,
Amens, affinis, si clandestinus et impos,
Si mulier sit rapta loco, nec reddita tuto!
Haec facienda vetant connubia, facta retractant.

Arten der Ehe: *matrimonium legitimum*, welches nach bürgerlichen Gesetzen, *ratum*, welches nach kirchlichen geschlossen, *consummatum*, welches durch den Bischof vollzogen worden.

Anomale Formen der Ehe sind: 1) die Ehe durch Procuration; 2) die stille Ehe, welche nicht öffentlich, sondern vor vertrauten Zeugen geschlossen wird; 3) die Gewissensehe, welche mit Umgehung der Rechtsförmlichkeiten sich bloß auf den ehelichen Consens gründet; 4) die formlose Ehe, wenn die vom Tridentinum vorgeschriebene Form (coram parocho et duobus testibus) nicht beobachtet wird; 5) die Civilehe; 6) die Ehe zur linken Hand (ad legem salicam s. morganaticam) zwischen einem adeligen Manne und einer bürgerlichen Frau — gültig; 7) Anstandsmässige Ehe — Missheirath — dispargium zwischen einer hochadeligen und niedern Person, gültig; 8) die vermeinte Ehe (putativum) die unter bona fide eingegangene, wenn nämlich Ein Theil das vorhandene Hinderniss nicht kannte — gültig: 9) die Ehe auf dem Todbette ist gültig.

Concubinatehe. Versprechen zur Geschlechtsverbindung. Nach römischem Rechte konnte nur ein freier Mann sie eingehen. Die Concubine hat nicht die Rechte wie die Frau, und die Kinder sind naturales. Nur wenn einer keine Frau hatte, durfte er sie haben, nicht wie die Juden, die nebst der Frau noch Concubinen haben konnten.

Ehefeierlichkeiten können wiederholt werden. Silberne, goldene Hochzeit: 25, 50 Jahre.

Ehehinderniss ist eine Ursache, wesshalb die Eingehung der Ehe verboten. Eine solche bewirkt die Nichtigkeit der Einsegnung, *impedimentum dirimens*; oder die Abschliessung ist verboten: die schon eingegangene kann fortbesehen, *imped. impediens*, jedoch ist die Uebertretung des Gesetzes strafbar. Die Hindernisse sind: 1) natürliche, bürgerliche, göttliche und menschliche zugleich; 2) bürgerliche, oder 3) rein kirchliche. Die nicht natürlichen und göttlichen zugleich können nur verändern: es sind öffentliche und private. Trennende sind *antedecedentia et consequentia*. Kommt eines erst hinzu, *superveniens* dann wird das Band nicht aufgelöst; es macht die Ehe nur hinkend, *claudicans*.

Recht, Ehehindernisse zu bestimmen. Man streitet sich, ob es der Kirche oder dem Staate zukomme? — Die Ehen sind die Grundlagen des Staates, denn er besteht aus Familien; die Güte des Staates steht im geraden Verhältniss mit der Tüchtigkeit der Ehen. Ohne Ehe gibt es im Staate keine Sittlichkeit, weil keine Erziehung, kein Patriotismus, kein eigener Herd, kein Fleiss und Industrie, kein Sporn dazu und keine Bevölkerung statt findet. Diese Vortheile, welche die Natur mit ihrem Drange nach Verehlichung verband, liessen keinen Staat irren: wir finden sie schon vor dem Christenthum eingeführt, und unter rechtliche Be-

stimmungen geführt, welche der Staat nach seiner Interpretation des Naturrechts ertheilt.

Wie dies überhaupt der Fall war, so besonders auch in Bezug auf Ehehindernisse. Die Festsetzung einiger derselben scheint vom Standpunkt des Staatslebens so nothwendig, dass sie schlechthin gegeben werden mussten, z. B. die allzu nahen Grade der Consanguinität sind fast allenthalben Hindernisse gewesen, wir finden sie daher fast in allen civilisirten Staaten der alten und neuen Welt. Diese vom Standpunkte des Staates ausgehende Gesetzgebung konnte die Kirche ihm nicht entziehen, nach der Analogie beider.

2) Ist mit jeder Ehe ein Vertrag verbunden der obschon nicht das Wesen selbst doch nothwendig ist. Dies ist etwas Aeusseres und fällt der Staatsgesetzgebung anheim. Es kommt dem Staate zu, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen eheliche Verträge stattfinden können, wenn er sie schützen und zulassen soll.

3) Ist nicht jede Ehe ein Sacrament, sondern nur die nach den katholischen Grundsätzen. Alle andern Religionen und Confessionen fassen sie auf als bürgerlichen Vertrag, oder überlassen dem Staate aus der wichtigen Beziehung, in welcher die Ehe zu ihm steht, zu erklären, welche Ehe, und unter welchen Bedingungen er sie für gültig halte. Mithin kann der Umstand, dass die Ehe bei den

Katholiken Sacrament ist, dem Staate das Recht, Ehegesetze zu geben nicht entziehen.

Wenn aus diesem folgt, dass dem Staate ein Gesetzgebungsrecht zukommt, so kann desswegen die Kirche des ihrigen nicht beraubt werden.

Wenn das Christenthum die Ehe anders ansieht, und nicht jede Ehe christlich ist, wenn sie auch irgend ein Staat als gültig annimmt, so kommt es der Kirche zu, zu erklären, welche sie für christlich ansieht; also die christlichen Gesetze zu interpretiren und anzuwenden. Im Begriffe des Staats liegt ein Gesetzgebungsrecht in Betreff der Ehe, aber nicht jeder Staat ist christlich.

Die Muhamedaner stellen hierüber auch Gesetze auf, aber wie? Die Katholiken betrachten die Ehe als Sacrament, und aus diesem Gesichtspunkt ergeben sich gewisse Bestimmungen, die keineswegs in den Ansichten des Staates liegen. Man wird es daher der christlichen Religion oder einer Confession nicht verwehren können, wenn sie ihrer eignen Gesetzgebung folgt. Es ist dies Gewissenssache.

Wäre es so, so müssten sich alle Staaten gleich sein.

Am Passendsten ist es, wenn die Staatsgesetzgebung vom Geiste des Christenthums durchdrungen ist. Ist der Staat katholisch, so ist billig, dass der Unterschied der katholischen Ehegesetzgebung berücksichtigt wird. Ist eine katholische Kirche im

protestantischen Staate, so wird er die Grundsätze jener in seine Gesetzgebung aufnehmen. Es versteht sich, dass die Vorsteher der Kirche nicht willkürlich handeln, und das Zufällige mit dem Wesentlichen vermischen dürfen.

Dispensen. Wer das Recht hat, Ehehindernisse festzusetzen, kann auch dispensiren. Der P a b s t dispensirt von allen ehetreuenden Hindernissen ohne Unterschied, dessgleichen von den aufschiebenden. Auch der Bischof dispensirt kraft der Quinquenalfacultäten von einigen der letzteren, besonders im 3. und 4. Grad der Blutsverwandschaft etc., so wie, wenn Gefahr auf dem Verzug haftet. Es gibt ihrer Natur nach i n d i s p e n s a b l e Hindernisse, z. B. Impotenz, bereits consummirte Ehe; Hindernisse, von denen in praxi nicht dispensirt zu werden pflegt, z. B. zwischen Getauften und Ungetauften; wegen Consanguinität im ersten Grad; Hindernisse, in welchen nur sehr selten und aus höchst wichtigen Gründen dispensirt wird; jedenfalls muss die Dispensatio immer mit triftigen Gründen unterstützt werden. In W ü r t t e m b e r g gehen die Dispensgesuche der Parteien durch den Oberkirchenrath an den Bischof.

Wirkungen der Ehe. 1) Lebenslängliche unauflösliche Verbindung; 2) eheliche Beiwohnung zu fördern; 3) Hülfeleistung; 4) Gnade des Sacraments; 5) väterliche Gewalt im Haus; 6) das Weib

nimmt an dem Rechte des Mannes Theil; — er ernährt sie. Die Verhältnisse bezüglich der Vermögensrechte beider Gatten entscheiden die bürgerlichen Gesetze. 7) Legitimatio per subsequens matrimonium, d. h. die Ehe bewirkt, dass die vor- ehlich erzeugten Kinder durch die nachfolgende Ehe der Eltern und zwar ipso jure, selbst gegen den Willen der Eltern legitimirt werden.

Von den Ursachen, welche die Dispensation motiviren und befördern.

Das Tridentinum befiehlt: in den einzugehenden Ehen entweder gar nicht oder selten, und zwar aus einer geltenden Ursache unentgeltlich zu dispensiren.

Die Ursachen sind entweder ehrbare (honestae), oder unehrbare (diffamantes, entehrende).

Zu den ehrbaren gehören: 1) Angustia loci; 2) Incompetentia dotis; 3) Aetas sponsae superadulatae; 4) Familia nobilis; 5) Excellentia meritorum; 6) Bonum pacis; 7) Vidua filiis gravata; 8) Cura sustentationis; 9) Praepotentia numeri a catholicorum.

Unehrbare: 1) Seclusus concubitus, qui scandalo tamen est; 2) Gravitas; 3) Matrimonium rectum et consummatum, quod sine scandalo dirimi non posset.

I. Angustia loci. Enge des Ortes: be-

zieht sich blos auf das weibliche Geschlecht. Wenn ein Mädchen in ihrem Wohnort keinen, ihrem Stande, Alter, Sitten und Vermögen gleichen, oder nur fast gleichen Mann, ausser einen Verwandten bekommen kann, und vermuthlich nicht bekommen wird.

1) In ihrem Wohnorte; wenn das Mädchen einen andern, ihr gleichen, an einem andern Orte bekommen könnte, so wird doch dispensirt; denn die Kirche zwingt kein Mädchen, aus ihrem Wohnort, dem Schoose ihrer Eltern zu gehen.

2) Keinen ihrem Stande, Alter, gleichen Mann etc. — Wenn daher die Tochter eines Beamten sowohl in ihrem Wohnort als in der Nachbarschaft unter mehreren Bauern die Wahl hätte, sie aber sich mit einem Verwandten verehelichen wollte, so wäre die Enge des Ortes zureichende Ursache der Dispensation, weil von keiner Person des andern Geschlechts gefordert wird, dass sie sich mit einem Manne valde disparis conditionis vereheliche; ebenso wenn in ihrem Wohnorte ein oder zwei dem Mädchen an Stand und Alter gleiche Männer wären, dieses aber sich mit einem Verwandten verehelichen wollte. Die Ehe erfordert freie Wahl, wozu zwei oder drei, die sich zum Mädchen schicken, nicht hinreichen.

Anmerk. 1) Nach dem Style der römischen Kurie ist ein enger Ort der, welcher nicht über 300 Feuerstätten zählt.

2) Eine Vorstadt muss wenigstens eine Viertelstunde von der Stadt entfernt sein.

3) Auch *ratione situs* kann die *angustia loci* angegeben werden. Ein in seinem Gebirge wohnender Bauer findet in seinem Orte kein anderes für seine Wirthschaft schickliches Mädchen als eine Verwandte; dies kann als gültige Ursache angeführt werden, weil die auf plattem Lande erzogenen Mädchen die in Gebirgen vorkommenden Arbeiten nicht so leicht ertragen können und sich also nicht sobald entschliessen, dahin zu heirathen.

4) Um mit Wahrheit sagen zu können, das Mädchen habe keinen sich an Stande etc. gleichen Mann bekommen können, ist's genug, wenn sie kein solcher zur Ehe verlangte.

II. *Incompetentia dotis*. Abgang gebührender Ausstattung. Diese tritt ein, wenn das Mädchen so arm ist, dass es keinen, als einen Verwandten bekommen kann; oder wenn das Vermögen zu gering ist, um einen gleichen an Stand etc. zu bekommen, und ein Verwandter, mit ihrem Vermögen zufrieden, sie heirathen will. — Diese Ursache ist hinreichend, wenn gleich in den nahe liegenden Orten sich solche finden, welche keine Verwandten sind, und das Mädchen heirathen wollen, — genug dass kein solcher im Wohnort desselben ist. Daher kann diese Ursache auch angeführt werden, wenn das Vermögen zwar hinreichend ist,

ein ihrem Stande etc. gleichen Mann in den benachbarten Orten, aber nicht im Wohnorte zu bekommen. Dagegen ist sie nicht gültig, wenn z. B. die Tochter eines Bürgers hinreichende Ausstattung hat, um sich mit einem Bürger verehlichen zu können, die aber nicht hinreichend wäre, einen Beamten, der ein Verwandter ist, zu heirathen.

Anmerk. 1) Wenn der Orator in der Bittschrift sagt, dass er diese seine Verwandte ausstatten werde, ein dritter aber diese Ausstattung gibt, so wird dadurch der Gültigkeit der Dispensation Nichts benommen, weil diese Unwahrheit ausser dem Grunde der Sache ist. Auch kann ein Mädchen die incompetentiam anführen, wenn gleich ein Dritter die Ausstattung leisten will, vorausgesetzt, dass dieser auf keine Art sich verbindlich gemacht habe, wodurch das Mädchen unwiderruflich Gebieterin über die Ausstattung würde.

2) Wenn das Mädchen zwar eine gebührende Ausstattung hat, dabei aber in solche Prozesse verwickelt ist, dass Gefahr obwaltet, sie auch nur zum Theil zu verlieren, wenn es nicht einen Verwandten, welcher im Stande ist, sich der Sache wirksam anzunehmen, heirathet: so wird das Mädchen angesehen, als habe sie selbe nicht.

3) Wenn das Mädchen wirklich Nichts, aber nach dem Ableben des Vaters oder der Mutter das Hinreichende zu gewärtigen hat, gilt die Ursache

nicht. Wahr ist's, dass man bei Lebzeiten der Eltern sagen kann, das Kind hat Nichts, aber nicht minder wahr, dass man sagen kann, das Vermögen der Eltern ist das der Kinder. Es giebt aber doch Fälle, wo bei der Tochter eines bemittelten Vaters die incompetencia angeführt werden kann, e. g.: ein Vater hat mehrere Kinder, besonders Söhne, welche in den Diensten, wozu ihre Geburt sie verbindet, ohne väterlichen Zuschuss nicht standesmässig leben können: hier kann mit Wahrheit gesagt werden: dass die Ausstattung der Tochter gering sein werde; oder der Vater in diesen Umständen derselben nicht entbehren könne; — oder ein Vater ist zwar wohlhabend genug um mit seiner Tochter standesgemäss zu leben, aber nicht so, dass er einen Theil seines Vermögens zur Ausstattung seiner Tochter entbehren könnte, wenn überdies noch zu besorgen wäre, dass bei Verabsäumung dieser Gelegenheit jene eine so vortheilhafte Aussicht nicht wieder bekommen werde. — Auch bei begründeter Hoffnung einer Erbschaft oder Schenkung kann man die incompetenciam anführen, wenn die Zeit der Erfüllung dieser Hoffnung noch so weit entfernt ist, dass zu befürchten steht, das Mädchen möchte wegen Unenthaltbarkeit oder wegen Alters keinen für sie schicklichen Mann mehr bekommen.

III. *Aetas superadulta*. Das herannahende Alter.

Damit diese Ursache bestehe, muss 1) das Mädchen volle 24 Jahre alt sein; 2) muss es noch keinen für sie schicklichen Mann haben bekommen können; oder wenn es einen solchen hat bekommen können, muss die Heirath entweder wegen einer dem Ehevertrag beigesetzten Bedingniss, oder wegen sonst eines bedenklichen Umstandes rückgängig geworden sein.

Anmerk. Diese Ursache allein ist in dem zweiten, oder im ersten den zweiten berührenden Grade nicht hinreichend. In den übrigen Graden ist sie vollgültig und zwar um so mehr, je mehr Jahre das Mädchen über 24 zählt.

IV. F a m i l i a n o b i l i s. Erhaltung der Güter bei einer vornehmen Familie. Eine Linie eines angesehenen Hauses hat nur Mädchen; damit nun die Güter bei dieser Familie erhalten werden, so müssen diese Mädchen entweder alle ledig absterben, oder es muss eine derselben sich mit ihrem Verwandten verehlichen. Eine Person setzt ein Mädchen von vornehmen Stande als Universalerin ein, mit der Bedingung einen Verwandten zu heirathen. In diesen und ähnlichen Fällen kann die obige Ursache zwar angeführt werden, doch wird sie in dem zweiten, oder dem zweiten den dritten berührenden Grade nicht ohne grosse Begünstigung vorgenommen.

Indessen hat man zur Unterstützung und Recht-

fertigung dieser Ursache folgende Gründe ersonnen:

1) der Vortheil des Staates erfordere die Erhaltung der Güter bei einer Familie; concedo, wenn die Familie die Stütze des Staates ist; 2) Es sei für grosse Häuser immer sehr schmerzhaft, wenn ihre alten Erbgüter in fremde Hände kommen. Ich frage: ist dieses für wohlhabende Bürgerfamilien weniger schmerzhaft? 3) Kämen selten grosse Güter ohne Missgunst, Hass und endlose Prozesse von einem Hause zu dem andern. — Geschieht dieses nicht auch bei vermögenden Bürgerfamilien? — 4) Habe Gott selbst in dem alten Bunde gewollt, dass die Frau einen aus ihrer Familie heirathe, damit die Güter nicht zu einer andern Familie übergingen. — Doch ohne Unterschied je eines Standes.

V. *Excellentia meritorum*. Dienste, welche ein Haus der Kirche schon geleistet hat, oder noch leisten kann. Nichts ist billiger, als dieser, weil Nichts schändlicher ist, als Undank.

Hiedurch bezeugt die Kirche ihre Dankbarkeit und muntert zugleich grosse Häuser auf, durch Macht und Ansehen den Nutzen der Kirche zu befördern.

VI. *Bonum pacis*. Die Tilgung schwerer Feindschaften zwischen Familien. Diese Ursache kann vorzüglich in drei Fällen angeführt werden: 1) Wenn die Dazwischenkunft einer Ehe allerdings nothwendig scheint, um den Prozessen vorzu-

kommen, welche bei der Erbschaftstheilung entstehen möchten; 2) Wenn die Verwandten beider Oratoren schon lange in Streit und Feindseligkeit mit einander verwickelt sind, und der Friede durch die Ehe hergestellt zu werden scheint; 3) wenn es das Ansehen hat, dass nach abgelegter Feindschaft Eintracht und Friede befestigt werden. Zu bemerken ist, dass, um diese Ursachen anführen zu können, die Feindseligkeiten wenigstens in der Folge beträchtlich sein müssen, und dass der Prozess nothwendig so geeigenschaftet sei, dass eine von beiden Familien einen beträchtlichen Theil der Güter verliere.

VII. *Vidua filiis gravata.* Eine Wittwe hat viele Kinder, zu deren Erziehung ihr Vermögen nicht hinreichend ist; nun will ein reicher Verwandter sie zur Ehe nehmen.

Nach der allgemeinen Meinung wird die Ursache nicht bald angenommen, indessen handelt es sich um die Erziehung der Kinder und diese sollte weniger eine vollgültige Ursache sein.

VIII. *Cura sustentationis;* wenn die aus der Bearbeitung der väterlichen Felder ihren Unterhalt ziehende Supplikanten sich nicht ernähren können, wenn sie ausser ihrem Orte heirathen.

IX. *Praepotentia numeri acatholicorum.* Wenn in dem Wohnorte des Mädchens,

dasselbe keinen andern katholischen Mann bekommen würde als ihren Anverwandten.

Allgemeine Anmerk. Wenn nebst einer dieser ehrbaren Ursachen noch eine entehrende eintritt, darf diese in der Supplik nicht verschwiegen werden.

Die entehrenden Ursachen sind:

1) Wenn die Oratoren wegen ihres vertrauten Umgangs, *secluso tamen concubitu*, in der Nachbarschaft ein solches Aufsehen und Aergerniss veranlasst haben, dass, wenn sie sich nicht heirathen, das Mädchen keinen andern Mann bekäme.

2) Wenn der vertraute Umgang entweder durch Schwangerschaft oder Niederkunft ruchbar geworden ist, und das Aergerniss nur durch die Ehe gut gemacht werden kann.

3) Wenn beide Theile, ungeachtet der Verwandtschaft, sich verehlicht haben; die Trennung aber nicht ohne grosses Aergerniss und merklichen Nachtheil geschehen kann.

Anmerk. Den entehrenden Ursachen müssen so viel ohne Verletzung der Wahrheit geschehen kann, ehrbare beigesetzt werden.

Die angeführten Ursachen sind *praepollentes*, d. h. wenn sie angeführt werden, wird gewöhnlich dispensirt; es gibt noch andere, *adventitiae* genannt,

welche die Dispensation erleichtern für sich aber nicht erlangen.

Von der Dispensation in forma pauperum.

Die Dispensationen für Personen, welche nicht vermögend sind, die vorgeschriebenen Taxen zu bezahlen, heissen: dispensationes in forma pauperum. Die römische Pönitentiare ertheilt sie unter dem Ausdrücke: quia pauperes et miserabiles estis, ac ex vestris labore et industria tantum vivitis. Zu bemerken: 1) um sie begehren zu können, müssen die Oratoren nicht von der niedrigsten Klasse des Volkes und unter denjenigen sein, welche aus der Armenkasse unterstützt werden, sondern 2) auch diejenigen sind für arm zu halten, welche zwar etwas Einkünfte haben, deren Ertrag aber allein ohne ihren Fleiss und ohne ihre Arbeit zu ihrem Unterhalt nicht hinreicht.

§. 45.

Ehehindernisse insbesondere.

Das canonische Recht zählt 15. Die in obigen Versen aufgezählt sind. Es sind 4 Klassen.

1) Aus Mangel an freier Einwilligung (consensus matrimonialis).

2) Aus dem Stand und Verhältniss der Person.

3) Consanguinitas et affinitas.

4) Aus gesetzlicher Form.

a) Wesentlicher Irrthum (error), da zur Ehe freie Einwilligung beider Theile nöthig ist, welche in unzweideutigen Worten oder bestimmten Zeichen ausgedrückt sein muss. Dieser Irrthum bezieht sich auf die Personen, die zu verehlichen sind. Aber was zum wesentlichen Irrthum gehört, ist nicht so ausgemacht, z. B. wenn man eine andere Person bekäme. Die Sache ist schwierig, weil der Inbegriff der Eigenschaften einer Person, die bestimmte Person zu sein scheinen, und falls man die vorbemerkten Eigenschaften nicht antrifft, man behaupten kann, — es sei die beabsichtigte Person selbst nicht. Ein Irrthum im Vermögen und Stande ist durchaus nicht wesentlich. Vorher können bestimmte Bedingungen gemacht werden, deren Nichterfüllung als Irrthum in der Person anzusehen ist; wenn z. B. Zwang, Furcht, Betrug (vis, metus, dolus) die Ehe bewerkstelligen. Umsonst schützt man aber den Irrthum vor, der nach der Erkenntniss desselben mündlich oder thatsächlich geltend gemacht werden will: als Vermögen, Keuschheit, periodische Krankheit, schwangere Wittwe; das wird durch besondere Gesetze entschieden.

b) Als wesentlicher Irrthum ist anzusehen das physische Unvermögen, impotentia, oder das Unvermögen zur ehlichen Beiwohnung.

Wenn man also dadurch die Ehe trennen will, so muss das Unvermögen schon vor Eingehung der Ehe dagewesen und dem andern Theile unbekannt geblieben sein, unheilbar und durch das Zeugniß der Hebamme und des Arztes gesetzlich erwiesen sein. Der nicht impotente Theil, oder beide, deren Impotenz nur relativ, können nach gerichtlicher Entscheidung heirathen. Kann das Unvermögen nicht ausser allen Zweifel gesetzt werden, so sollen sie noch 3 Jahre beisammen leben (Triennalprobe), kann dann das Beiwohnen noch nicht stattfinden, so kann getrennt werden, wenn es mit 7 Eidshelfern beschworen wird.

c) Dass die freie Einwilligung nicht stattgefunden, wird mit Recht angenommen, wenn Gewalt angewandt wurde, jedoch unter Androhung eines Uebels, um die Beistimmung zu erzwingen. Dies stösst die Ehe um, wenn auch ein Eid abgelegt worden. Willigt jedoch der gezwungene Theil ausdrücklich ein, oder durch nicht erzwungenen Beischlaf, so hört das Hinderniss auf.

d) Entführung (raptus). Wenn eine entführt worden war, durften der Entführer und die Entführte einander nicht mehr heirathen. Das alte canonische Recht belegte den Entführer mit dem Anathema; konnte er nach der Versöhnung mit der Kirche heirathen, so doch die Entführte nicht. Nach dem jetzigen kann er sie ehlichen mit ihrer

Einwilligung, was aber erst dann supponirt wird, wenn sie sich an einem sichern Orte erklärt.

I. Trennende Hindernisse aus dem Stande und Verhältnisse der Personen.

1) Unmündigkeit (impubertas). Nach dem canonischen Rechte werden von Seite des Mannes 14, des Weibes 12—13 Jahre zur Mündigkeit gefordert. Bei uns beim Manne 25, beim Weibe 18 Jahre. Mit einem Unmündigen kann keine gültige Ehe geschlossen, und sie kann annullirt werden.

2) Einwilligung der Eltern. Nach den alten canonischen Rechten war sie durchaus nothwendig. Nach neuen sind Ehen ohne Willen der Eltern gültig, obschon man sehr wünscht, dass sie da sei. Conc. Trid. de reformatione matrimonii. In Württemberg wird sie gefordert; bei Uneinigkeit derselben geht die Einwilligung des Vaters vor; sind die Eltern todt, so treten die Grosseltern an ihre Stelle, bei Minderjährigen Vormünder. Auf jeden Fall wird bei uns der Consens der Obrigkeit erfordert, welcher den Consens der Eltern supplirt, im Falle letztere lange launig und ohne Grund zögernd sind.

3) Das Bestehen eines gültig geschlossenen Ehebands (ligamen) macht, da das Christenthum nur Monogamie gestattet, den Abschluss einer gleichzeitigen zweiten Ehe ungültig. Es kann keine Ehe bei Lebzeiten des andern Gatten ein-

gegangen werden. Gleichzeitige Polygamie ist durch göttliche und bürgerliche Rechte verboten. Wenn ein Theil glaubt, der andere sei todt, und ging eine zweite Ehe ein, findet sich aber der erste wieder vor, so ist die zweite Ehe nichtig.

4) Feierliches Gelübde der Keuschheit oder die Ordensprofessio (*votum castitatis solemne*) trennt nicht nur jede später einzugehende, sondern auch schon eingegangene Ehe, wenn sie noch nicht durch Beischlaf consummirt ist; ist aber dies, dann nur mit Einwilligung des andern Gatten.

5) Höhere Weihen (*ordines sacri*) vernichten nur die späteren Ehen nicht die früheren, im Falle sie noch nicht consummirt sein sollten. Will ein bereits Verheiratheter sich ordiniren lassen, und zwar wenn die Ehe noch nicht consummirt ist, so kann er dies nur dann, wenn seine Frau lebenslänglich sich absondern und den Schleier nehmen will.

6) Ungleichheit der Religion. Ehen mit Nichtchristen sind nichtig, unter Christen verschiedener Confessionen erlaubt. Bei gemischten Ehen soll der Pfarrer des Bräutigams einsegnen, doch kann dispensirt werden.

In Württemberg besteht ein Gesetz, welches die Einsegnung für unerlässlich zur Gültigkeit jeder Ehe erklärt, und dieselbe bei Ehen verschiedener Confessionsverwandten vom Pfarrer des

Bäutigams (unweigerlich und ohne Rücksicht auf die religiöse Erziehung der Kinder) verlangt.

Die Religion der Kinder wird jetzt in den Ehepakten bestimmt.

7) Ehebruch und Gattenmord. Zwischen Ehebrecher und Ehebrecherinnen soll keine Ehe stattfinden. Dies alte Gesetz nach dem canonischen Recht wurde insofern abgeändert, dass Jenen, die beim Ehebruch sich rechtmässige Ehe versprechen, oder eines dem andern Gatten nach dem Leben strebt, auf keine Weise eine Ehe gestattet wird. Beim einfachen Ehebruch aber darf es geschehen. In Württemberg bewirkt der Ehebruch allein, ohne beigefügtes Eheversprechen ein trennendes Ehehinderniss.

II. Hindernisse ex consanguinitate et affinitate.

Verwandtschaft ist das durch Zeugung zwischen mehreren Personen entstandene Verhältniss. Schwägerschaft ist das zwischen einem Ehegatten und den Verwandten des andern bestehende Verhältniss. Sowohl in der canonischen als Civilgesetzgebung bestehen Verbote, sich in gewisser Nähe der Verwandtschaft oder Schwägerschaft zu heirathen.

Die Bemerkung, dass man unter allen nur

wenig gebildeten Völkern solche Verbote findet, hat zu verschiedenen Muthmaassungen über die Gründe veranlasst. Man setzte den Grund in Abscheu — horror naturae, von der Natur eingeflöst.

Andere, worunter vorzüglich Buffon, setzen ihn in die physische Natur und Abartung, die entstehen müsste. Aehnliches meinte schon Gregor der Grosse.

Andere gingen davon aus, man habe solches Verbot erfunden, damit die Ehrfurcht gegen die Eltern nicht verletzt würde; nach Andern, um dem Familienegoismus entgegen zu arbeiten, der unvermeidlich wäre. Man würde immer in den Familien heirathen; Liebe und Verbindung mit Andern würde aufhören. Endlich fand man den Grund in der frühern Verführung, die nicht verhindert werden könne, wenn sich Eltern und Kinder und Geschwister zu einander in demselben Verhältnisse dächten, wie andere Personen verschiedenen Geschlechts.

Michaelis führt das letzte als Hauptgrund an, und hat zugleich die Hypothese Buffons widerlegt, indem er nachweist, dass man bei den Aegyptiern, Persern und Phöniziern, wo doch das Heirathen zwischen Geschwistern erlaubt war, keine Abartung findet. Bei einem nordamerikanischen Volk, wo dies erlaubt ist, dessen Kinder wohl sehr klein bleiben, scheint der Grund in climatischen Verhältnissen zu suchen zu sein.

Alle angegebenen Gründe, den horror naturae

etwa ausgenommen, scheinen mehr oder weniger die wohlthätigen Folgen zu berühren, nie aber den Grund selbst. Wenn Jemand z. B. die Erscheinung, dass bei allen Völkern ein Gesetz ist, dadurch erklären wollte, dass er die herrlichen Folgen davon beschreibt, so würde er gewiss nicht ins Wesen eindringen; der Grund liegt in der angeborenen Rechtsidee. So scheint es auch hier der Fall zu sein. Man wäre gewiss nicht darauf gekommen, diese Hindernisse aufzustellen, hätte die Natur nicht die Anleitung gegeben; man wäre nicht so beharrlich dabei geblieben, wenn nicht das äussere Gesetz auf einer innern Grundlage ruhte. Ein so allgemeiner Grund ist keine Erfindung der Menschen; — es beruht auf der natürlichen und göttlichen Eingebung.

Berechnungsart. Um die Nähe der Verwandtschaft zu berechnen, dient ein eigenes Bild, nur im mosaischen Rechte nicht, wo jeder Grad seinen eigenen Namen hat. Im canonischen Rechte: Baum, Stammbaum, Stammvater; im altdeutschen Rechte: Mensch, Leib; im römischen Rechte: linea, daher linea ascendens, — Grade.

Zu bemerken: Grad ist der Abstand gewisser Personen von einander, in Ansehung der Zeugungen; Linea: Reihe mehrerer Verwandten. Linea recta — wenn sie von den Erzeugten auf die Erzeuger nach der geraden Richtung auf- oder absteigt. Seiten-

linie — *linea transversa, obliqua, collateralis*, begreift solche Personen, die einander nicht erzeugt haben, aber vom gemeinschaftlichen Stamme herkommen.

Linie ist gleich oder ungleich, je nachdem eine Person in einem und demselben oder in verschiedenen Graden von dem Stammvater sich ableitet. Der sogenannte *respectus parentelae* tritt ein, wenn von ungleichen Seitenlinien, die eine Person von gemeinschaftlicher Abstammung von einem Vater ist, z. B. Tante und Neffe, Onkel und Nichte.

Die Berechnungsart ist im römischen und canonischen Rechte verschieden. In der geraden Linie stimmen sie überein. Es ist Regel:

1) Es sind so viele Grade als Zeugungen oder Personen abwärts steigen. *Tot gradus, quot sunt personae debito stipite.*

In der Seitenlinie beobachtet das römische Recht dieselbe Regel und zählt beide Seiten; das canonische nur eine. *Collaterales* sind in dem Grade unter sich verwandt, als der eine von ihnen vom gemeinsamen Stammvater entfernt ist, wenn die Linie gleich ist. Sind sie ungleich, so sind sie in dem Grade verwandt, als der entferntere vom gemeinsamen Stamme absteht.

Verbotene Grade. Nach dem mosaischen Rechte, welches, wie gesagt, die Verwandten, die sich nicht heirathen dürfen, mit Namen nennt, sind

in linea recta alle Ehen, in den Seitenlinien nach der Computationsweise etwa drei Grade verboten. Nach dem römischen Gesetze waren in gerader Linie die Ehen bis ins Unendliche verboten; in der Seitenlinie die Geschwisterkinder und die mit dem respectus parentelae.

Honorius und Theodosius erlaubten, dass sich Geschwisterkinder heirathen dürfen, auch Nachgeschwisterkinder. Augustin sagt, dass in der Kirche die Ehe zwischen Geschwisterkindern nicht selten sei, weil sie durch göttliches Gebot nicht verboten und durchs menschliche erlaubt wären.

Später verbot man Ehen nicht blos unter consobrinis, sondern auch unter Nachgeschwisterkindern, und endlich unter allen Verwandten.

Es fragt sich nun, wie weit die Verwandtschaft reiche?

In einem römischen Gesetz über die Erbfolge wird angenommen, dass über dem 7ten Grad keine Verwandtschaft mehr stattfinde, daher Nachgeschwisterkinder, und Sohn und Tochter der Nachgeschwisterkinder die äussersten Grade der Verwandtschaft bilden. Diese 7 Grade waren natürlich römische Computation; da man aber diese vergessen hatte und nur noch von der canonischen Rechnungsart wusste, so meinte man, es seien diese 7 römische 7 canonische Grade, 7 römische aber machen nur 4 canonische. Dies gab zu Ravenna zwi-

schen Juristen und Theologen Streit, den Alexander II. zum Vortheil der Theologen entschied. Es hatte sich wohl früher Maurus gegen diese zu weite Ausdehnung der Eheverbote erklärt; allein erst Innocenz III., zugleich ein grosser Rechtsgelehrter, bemerkte die Fehler; er setzte, freilich aus sonderbarem Grunde, auf der 4ten Lateransynode das Ehehinderniss der Consanguinität auf den vierten Grad canonischer Computation herunter, wodurch das canonische Recht mit dem römischen ausgesöhnt wurde, und dies besteht jetzt noch. Gregor IX. erklärte die Ehe auch für den Fall gültig, wenn nur einer der Contrahenten im 5ten, der andere im 4ten, oder einem näheren Grade stehe. Dies bildet seitdem in der katholischen Kirche die Regel. Hievon ausgehend haben manche Staatsgesetzgebungen ohne weiteres das Hinderniss der Blutsverwandschaft im dritten und vierten Grade beseitigt, d. h. solche Ehen für bürgerlich zulässig erklärt. So Oesterreich, Preussen, Württemberg.

Nachgebildete Verwandschaft.

Nebst der auf Zeugung beruhenden Verwandschaft gibt es noch eine nachgebildete, beruhend auf fingirter Zeugung. Sie ist zweifach, bürgerlich und geistig. Die erste entsteht durch Adoption, wobei sich das canonische Recht nach dem römischen richtet.

Die geistige Verwandtschaft entsteht durch die Taufe und Firmung.

Justinian glaubte, Nichts könne mehr die Ehe hindern, als ein Band, das die Seelen verknüpft. Jetzt soll zwischen Taufenden und Täuflingen und Pathen keine Ehe stattfinden, ebenso bei der Firmung. Ist blos canonisches Recht.

Schwägerschaft (affinitas).

Durch die Ehe werden zwei verschiedene Verwandtschaften verbunden, so dass alle Verwandte der Frau mit dem Manne und des Mannes mit der Frau verschwägert werden, nicht so aber, dass diese Verwandte selbst verschwägert oder verwandt werden.

Affinitas non parit affinitatem. Man berechnet die Grade so, dass einer in dem Grade mit dem Ehegatten verschwägert ist, als er mit dem andern verwandt ist. In Beziehung auf Ehehindernisse gilt: In allen jenen Fällen, wo die Ehe zwischen Blutsverwandten verboten, ist sie es auch zwischen Personen, die im nämlichen Grade mit einander verschwägert sind, also früher bis zum 7ten, später zum 4ten Grad.

Innocenz III. erklärte im 4ten Lateranconcil nur die eigentliche Schwägerschaft als trennendes Hinderniss und beschränkte dasselbe auf die vier nächsten Grade. Dies ist auch das neuere

Recht. Dass es auch hier eine gerade und eine Seitenlinie gebe, versteht sich von selbst, welche aufsteigend und absteigend sein kann.

Arten derselben nimmt man gewöhnlich drei an, nämlich aus drei nach und nach eingegangenen Ehen.

1) Die Ehe eines Mannes hat die Wirkung, dass er mit den Verwandten der Frau, und diese mit den seinen verschwägert wird.

2) Heirathet die Wittwe nach dem Tode des Mannes, so wird der zweite Mann verschwägert mit den Verwandten des ersten.

3) Stirbt die Frau und der zweite Mann heirathet, so wird auch diese Frau mit den Verwandten des ersten Mannes verschwägert.

Diese drei Arten waren Hindernisse. Innocenz III. hob diese Subtilität auf, so dass nur noch die erste Hinderniss ist. Das römische Recht kannte schon die zweite Art, und es war festgesetzt, dass die Ehe des Stiefvaters mit der Frau des Stiefsohns oder der Stiefmutter mit dem Manne der Stieftochter ungültig sei. Das canonische Recht hob dies auf. Nach dem römischen Rechte war bei der Schwägerschaft erster Art bloß die Ehe mit Schwieger und Stieftochter und der Stiefmutter verboten, in der Seitenlinie aber mit der Frau des verstorbenen Bruders und der Schwester der Frau.

Auch in der Kirche waren bloß diese impedi-

menta angenommen, nachdem aber später alle Heirathen bis zum 7ten Grad verschwägerter Personen verboten waren, begrenzte Innocenz III. die Eheverbote der Schwägerschaft mit dem 4ten Grad. Dies beruht auf dem Grundsatz, dass in dem Grade, worin ein Ehegatte mit Jemand verwandt, mit den andern in eben demselben verschwägert sei, was wegen enger Verbindung zwischen Mann und Weib im canonischen Rechte angenommen wurde. Aber nach dem andern Grundsatz, dass beiderseitige Verwandte nicht verschwägert werden, ist es erlaubt, dass Vater und Sohn, Mutter und Tochter aus einer Familie heirathen, ebenso zwei Brüder zwei Schwestern.

Schwägerschaft durch Beischlaf.

Nach dem Trid. Sess. 24, 4. ist eine solche nur bis zum zweiten Grad ein Hinderniss. Fand aber der Beischlaf erst statt zwischen einer schon verheiratheten Person und einer Verwandtin des andern Ehegatten, so wird die Ehe nicht getrennt, sondern der schuldige Theil verliert nur das Recht, die Leistung der ehelichen Pflicht zu verlangen, oder der Unschuldige kann auf Scheidung von Tisch und Bett antragen. Will er aber nicht, so findet auch diese Entscheidung nicht Statt; wenn es notorisch geworden, wird nur der Schuldige als Hurer gestraft.

Die fingirte Schwägerschaft wird 1) durch Adoptionsverhältnisse gegründet; 2) ehemals wurde auch die Ehe zwischen dem Manne eines Pathen mit dem andern und umgekehrt verboten, jetzt gilt es nicht mehr; 3) unvollzogene Ehe und bloße Sponsalien bilden auch keine Verwandtschaft; doch nachgebildete. Darum die *impedimenta publicae honestatis ex sponsalibus*. Das römische Recht verbot schon die Ehen zwischen der Braut und dem Vater des Bräutigams und des Sohnes mit der Braut des Vaters. C. Trid. 24, 3. de reform. matrimoni wurde die Ehe des Bräutigams mit den Verwandten der Braut in jeder Linie durchaus, mit den Seitenverwandten nur auf einen Grad verboten.

Hindernisse aus der gesetzlichen Form.

In Bezug auf Form hat das Tridentinum neue Bestimmungen gegeben, l. c.

1) Muss dreimalige Verkündigung, Aufgebot vor Abschliessung der Ehe vorangehen, damit die etwa unbekannten Hindernisse zu erfahren seien, und eine dritte Person ihre gegründeten Ansprüche gültig machen könnte. Brachte in dieser Zeit Niemand Etwas vor, so verlieren die Schweigenden ihr Recht, jedoch nur in Bezug auf Privathindernisse. Die Förmlichkeit bestand schon in der fränkischen Zeit, aber erst von Innocenz III. wurde sie in der

Kirche eingeführt. Es kann davon dispensirt werden: in Württemberg von den gemeinschaftlichen Oberämtern, wobei es unbenommen bleibt, auch den kirchlichen Dispens nachzusuchen, und die Unterlassung bewirkt nicht Nichtigkeit der Ehe, wohl aber Bestrafung des Geistlichen, der auf 3 Jahre suspendirt wird, und auch die Eheleute werden nach Gewohnheit gestraft. Das Aufgebot muss an Sonn- und Feiertagen geschehen, wenn die Gemeinde am zahlreichsten ist. Sind die Brautleute aus verschiedenen Gemeinden, so muss es an beiden Orten stattfinden, und die Trauung darf nicht vorgenommen werden, bis die zu Trauenden ein Zeugniss gebracht, dass es am andern Orte stattgefunden. In Württemberg erlischt die Gültigkeit des Aufgebots mit 6 Monaten.

2) Gehört zur Förmlichkeit die Gegenwart des eigenen Pfarrers und zweier Zeugen. Ohne diese Form ist die Ehe ungültig. Einige behaupten, wenn nur die Brautleute vor einem Pfarrer und zwei Zeugen sich erklärten, und wenn diese sogar protestiren und versichern, sie wollen die Erklärung nicht einmal hören, so sei das Nothwendige schon geschehen und die Ehe gültig, wenn nur sonst keine Hindernisse obwalten. Der Pfarrer kann der der Braut oder des Bräutigams sein, und es genügt, wenn nur einer anwesend ist. Es muss aber der eigene sein. Dieses wird durch den Wohnsitz der Brautleute bestimmt, welcher ein domicilium

verum oder quasi domicilium ist, je nachdem die Brautleute sich immer oder nur vorübergehend da aufhalten, oder doch einen grossen Theil des Jahres. Bloss Durchreisende also haben an dem Orte eines vorübergehenden Aufenthalts kein domicilium.

In Bezug auf Zeugen ist zu merken, dass nur gefordert wird, dass sie eine solche Beschaffenheit haben, wonach sie wissen können, was vorgeht.

3) Nun folgt die Einsegnung (benedictio, hierologia). Von dieser historisch Folgendes: sie war nicht immer in der Kirche nothwendig, sowie überhaupt diese drei Formen erst nach und nach eingeführt wurden. Doch ist schon bei Tertullian l. c. c. 9. ad uxorem und 4 Cans. Carthago die Einsegnung der Ehen vorgeschrieben. Allein Justinian verordnete, dass nur solche, welche die höchsten Staatsämter begleiteten, die Förmlichkeiten zu beobachten hätten, dass die andern nicht einmal pacta dotalia zu machen hätten. Leo der Weise befahl in einer Novelle, dass die Einsegnung durch Priester nöthig sei; im Occident: Karl der Grosse. Allein in der Kirche hielt man noch lange Zeit Ehen ohne diese für gültig.

Im Decretalrecht sah man sogar ein Eheverlöbniss, wozu der Beischlaf kam, als wirkliche Ehe an; dies Alles führte zu grossen Unsittlichkeiten, auch zur Ungewissheit der Ehen, und besonders für die Kinder. Daher verordnete das Tridentinum,

dass solche Ehen ungültig seien, die nicht vor dem Pfarrer und zwei Zeugen geschlossen wurden, — *impedimentum clandestinitatis*, heimliche Abschliessung der Ehen. — Ehen nun, wobei Aufgebot, Erklärung vor dem Pfarrer und zwei Zeugen und Hierologie stattfindet, sind die gewöhnlich öffentlichen Ehen. Wo dies nicht ist, nannte man sie heimliche oder Gewissensehen. Da aber der Pfarrer und die zwei Zeugen schlechthin nöthig sind zur Gültigkeit, so erklärte man sich bisweilen vor diesen, unterliess die übrigen Formen und hielt die Ehe lebenslänglich geheim. Benedict XIV. verordnete in der Bulle „*Sat nobis*“ an die Niederlande, — die Namen der Brautleute seien in ein besonderes Buch einzuschreiben, im gewöhnlichen Matrimonialbuche aber unter fingirten Namen.

Indessen sind die angegebenen Formen nicht blos kirchlich, sondern auch vom Staate vorgeschrieben, und müssen mithin schlechterdings beobachtet werden.

In Bezug auf Hierologie ist von Seite des Pfarrers besondere Sorgfalt wegen der Vagabunden nöthig. Er soll sie nicht einsegnen, bis er vom Bischof Erlaubniss hat, der die Sache zuvor genau untersuchen soll. Unterlässt er die Anzeige, wird er nach canonischen Gesetzen gestraft; die Ehe aber ist gültig.

Der Pfarrer muss die Namen der Brautleute in ein besonderes Buch eintragen, was blos dazu dient, um den Beweis einer eingegangenen Ehe urkundlich zu machen.

Auch durch einen Procurator kann die Ehe eingegangen werden. Dieser muss aber speciellen Auftrag haben und Bezeichnung der Person, womit er sich verheirathet, und diese darf den Tag vorher noch nicht revocirt haben. Der Procurator darf aber keinen Andern mandiren (subdelegiren), ausser es wäre ausdrücklich bedingt.

4) Die Ehen in geschlossenen Zeiten sind unerlaubt. Diese Zeiten sind: 1) vom ersten Sonntag im Advent bis zum Feste der Erscheinung des Herrn; 2) vom Aschermittwoch bis weissen Sonntag inclusive; das gibt aber nur impedimentum impediens und wird dispensirt, immerhin aber ist dabei sonstige Feierlichkeit verboten.

5) *Ecclesiae vetitum*, das Verbot der Obern sei es von der geistlichen Obrigkeit oder vom Staat aus — kommt vor, wenn Einsprüche gegen eine Ehe gemacht werden. Die Ehe darf vor Hebung der Hindernisse nicht stattfinden.

6) Bei uns darf überhaupt weder Aufgebot noch Trauung geschehen, ohne obrigkeitlichen Consens, der dem Pfarrer gezeigt werden muss. Die Uebertretung zieht Suspension nach sich.

Auflösung der Ehen.

Die unter Christen gültig eingegangene und vollzogene Ehe ist schlechthin unauflöslich. Es ist hier nur von Auflösung bei lebenden Gatten die Rede. Sie ist zweifach: *divortium quoad vinculum*, Auflösung des Ehebandes, oder *separatio quoad thorum et mensam*, Aufhebung des Zusammenlebens. Das *divortium* findet statt, wenn das Band getrennt werden soll, *separatio*, wenn nur die Verbindlichkeit gemeinschaftlichen Lebens aufgehoben wird. Die letzte ist nicht eigentliche Ehescheidung. Das *divortium* fand bei Juden und Römern sehr häufig Statt, auch bei den Protestanten ist es in gewissen Fällen gestattet, in der katholischen Kirche gibt es keine eigentliche, sondern nur uneigentliche Scheidung, nämlich von Tisch und Bett. Eine gültig eingegangene Ehe kann nicht getrennt werden, eine Scheinehe aber wird annullirt. Also ist zu reden 1) von dem Verfahren bei einer Ungültigkeitserklärung; 2) von der Trennung von Tisch und Bett.

Das Trid. stellte auf: *si quis dixerit, ecclesiam errare, cum dicat ob adulterium matrimonium solvi non posse, anathema sit*; es handelte aber nur sehr weise — nicht eigentlich dogmatisch. Die Tradition ist sehr schwankend und die Sache sehr unentschie-

den. Warum? die Scheidung wurde nie begünstigt und war vom 12. Jahrhundert an verboten.

Die rein kirchliche Ansicht ist für die katholische Kirche. Im ersten Christenthum schritt man wegen adulterium nie zur zweiten Ehe. Dieselbe war, wenn auch nicht verboten, doch nie gern gesehen, sondern stets missfällig. Zur Gültigkeit einer zweiten Ehe wird übrigens erfordert, dass der Beweis des Todes des einen Eheheils beigebracht sei. Das Einzelne muss sich dem Ganzen hingeben. Kindererzeugung ist nichtige Ursache. Die Folgen der Trennung sind auch meist abschreckend.

Verfahren bei Ungültigkeitserklärung.

- 1) Die Verhandlungen sollen summarisch geführt werden.
- 2) Das bloße Eingeständniss der Eheleute ist nicht zureichend.
- 3) Zeugenschaft können Verwandte, Verschwägerete, Dienstboten leisten, wenn sie nur sonst Zeugen sein können.
- 4) Der Beweis muss vollständig sein; ist dies unmöglich, so gilt die Präsuntion für die Gültigkeit der Ehe.
- 5) Es findet keine Uebertragung des Eides statt.
- 6) Kann nach dem Aburtheilen, wenn ein Irrthum stattfindet, wieder umgeändert werden.
- 7) Wie solche Ehen, die an sich durch's Ge-

setz verboten, eingegangen werden können, wenn Dispens eingeholt wird, so können ungültig eingegangene durch nachfolgende Dispensation, in so weit es möglich, gültig werden.

8) Wurde die Form versäumt, wird sie gültig durch Nachholung derselben.

9) Ein bloßes Privathinderniss wird entfernt durch Einwilligung des andern Theils, zu dessen Gunsten es besteht.

10) Ist das Hinderniss entfernt, so kommt es darauf an, ob es notorisch oder heimlich war. Ist das erste, so soll Trauung vor Pfarrer und Zeugen wieder stattfinden. War es dem einen oder andern Theile unbekannt, so soll nochmalige Einwilligung stattfinden.

11) Ist die Ungültigkeit erklärt, und es kann kein Dispens stattfinden, so hören, da die Ehe nichtig ist, auch alle aus der Ehe resultirenden Rechte und Pflichten auf. Die Scheingatten dürfen nicht bei einander wohnen, und sie können zur gültigen Ehe schreiten, wenn sonst kein Hinderiss da ist.

Was das Vermögen betrifft, so gehört das Nähere darüber ins Civilrecht.

Von Tisch und Bett scheiden: 1) Abfall vom Glauben; 2) harte, feindliche Behandlung; 3) Ehebruch, welcher auch während der Trennung geschehen kann. Folgen: 1) Trennung von Woh-

nung; 2) kein Beischlaf: zur Verbindung kann der andere Theil nicht gezwungen werden. Der unschuldige Theil erzieht die Kinder, der Schuldige trägt bei. Vermögen wie beim Divortium.

§. 46.

Kirchengüter

gehören zur Besoldung der Geistlichen, zum Gottesdienst, zur Reparatur der Gebäude. Die Kirche ist fähig, Eigenthum zu erwerben, sie durfte letztwillige Dispositionen, Legate etc. annehmen, anfangs aber nur zu $\frac{3}{4}$, indem $\frac{1}{4}$ die sog. Quarta Falcidia vom Erben zurückbehalten werden konnte. Arten des Erwerbs: 1) Schenkungen unter Lebendigen (gewöhnlich unwiderruflich); 2) Schenkungen auf den Fall des Todes (widerruflich); 3) durch Erbschaftstestamente und Codicillvermächtnisse, fromme Legate s. u. 4) mittelst Intestat-Erbfolge in geistlichen Verlassenschaften; 5) durch Stiftungen s. u.; 6) durch Anfall der Intercalarfrüchte d. i. jener Antheil des Pfründeertrags der sich zur Zeit der Vacatur anhäufte. In Württemberg ist seit 1808 ein allgemeiner Intercalarfonds unter der Direktion des Kirchenraths gegründet zu Ergänzung der Congrua, zu Tischtiteln etc. Die Intercalarfrüchte erhält in den ersten 30 Tagen der Dechant (Decanatsmonat); 7) durch Ersitzung (usucapic)

oder Verjährung (*praescriptio*); 8) durch Steuern und Sammlungen. Darunter sind zu nennen die Annaten. Sie betragen in der oberrheinischen Kirchenprovinz für Freiburg $668\frac{1}{3}$, für Rottenburg 490, Mainz $348\frac{1}{6}$, Fulda und Limburg je 332 Kammergulden. Subjekt des Eigenthums ist nach katholischer Auffassung die Gesamtkirche.

Eine jede an die Kirche *inter vivos* gemachte Schenkung über 500 Solidi war nach den Gesetzen ungültig, wenn sie nicht auf gesetzmässige Weise in den richterlichen Akten eingetragen war; *jus commune*. Durch besondere Begünstigung war weder Uebergabe noch Annahme nöthig wenn Schenkungen in das Eigenthum übergehen sollten.

Die Testamente, welche der Kirche nützten, mussten gesetzmässig sein. Als aber Justinian die *Testamenta causae piae* den Bischöfen überliess, achtete man diese Gesetze nie mehr genau, oder man wendete nur die für die Kirche günstigen an, wodurch es allmählig dahin kam, dass man den Satz aufstellte: es komme bei solchen Testamenten mehr auf den Willen des Erblassers, als auf strenge Beachtung der Form an. Durch das Decretalrecht wurde gesetzlich, dass die letzte Willenserklärung gelten solle, wenn sie auch nur durch 2 Zeugen erörtert werden könne, wenn sonst auch keine Rechtsform beobachtet sei; oder wenn nur aus schrift-

lichem Nachlass der Wille des Erblassers nachgewiesen werden könne. Unbestimmte Erklärung konnte durch eine dritte Person bestimmt werden.

Legata pia galten, wenn auch sonst das Testament ungerecht war.

Legata pro causis piis galten, wenn sich der Erblasser auch nicht letztwillig erklärte. Ein *Legat* hiess nach älterem römischem Recht ein solches Vermächtniss, welches der Erblasser dem Erben befehlsweise von einem dritten herauszugeben aufträgt; ein *Fideicommiss* aber ein solches, welches der Erblasser bittweise dem Erben zur Herausgabe aufgibt.

Auch die *quaesta* fielen der Kirche nicht zur Last.

Für die Testamente sind jetzt meist andere Gesetze nach dem Civilrecht zu nehmen.

Geistliche Stiftungen, wo die Kirche gottesdienstliche Leistungen dafür verspricht. Der einzelne Pfarrer kann sie nicht annehmen, höchstens nur für seine Person. Der Bischof soll davon wissen und der Landesherr. Unter geistlicher Stiftung versteht man diejenigen Widmungen, wodurch Rechte etc. an Kirchen als ewiges Eigenthum unter der Verbindlichkeit überwiesen werden, dass aus den Einkünften derselben zu gewissen Zeiten gewisse gottesdienstliche Verrichtungen vorgenommen, oder sonstige fromme Zwecke erfüllt werden.

Vorsicht dabei: 1) sie sollen zum Nutzen der Kirche sein; es sollen keine Missbräuche erzeugt werden; 2) hinreichender Gehalt für das Dienstpersonal. Der Priester, Messner etc. müssen leben können; 3) man soll es gut anlegen. Ein Gut kann dafür gekauft werden.

Der Stiftungsbrief enthält die Anordnung des Stifters, und was er verlangt, — ausdrücklich; — was er gibt dafür; wie man's verwenden soll.

Es muss versprochen werden, dass die Kirche vollziehen wolle, was geschrieben steht. Ein Exemplar erhält der Bischof, der Kirchenrath, Dekan und Pfarrer. Alte Stiftungen können mit Bewilligung des Bischofs umgeändert und zu besseren Zwecken verwendet werden.

§. 47.

Verwaltung des Kirchenvermögens.

Verwalter ist nach canonischem Recht der Bischof; in neuester Zeit haben die Staatsgesetzgebungen die Verwaltung den Magistraten und Gemeinden übergeben unter Mitwirkung des Pfarrers. Der Bischof hat die Mitaufsicht. Das Kirchenvermögen wird vom Gemeindevermögen ausgeschieden und eine besondere Verwaltungsbehörde angeordnet, den Pfarrer an der Spitze. Der Bischof kann 1) geringere Gegenstände veräußern; 2) Kirchengüter verpachten aber nicht über 20

Jahre; 3) heimgefallene Lehen wieder verleihen; 4) erloschene Erbpachten neu aufrichten. Die Kirchenverwaltung ist verpflichtet zur Aufsicht über die Gebäude, Waldungen und zeitliche Verpachtungen; sie soll die Kapitalien benützen zum Ankauf von Realitäten, zu verzinslichen Darlehen gegen unbewegliche Güter, oder hinlängliche hypothekarische Versicherung.

Alle Güter der Kirche sind in der Regel unveräußerlich; ausnahmsweise kann Veräußerung aus einer gerechten Ursache gestattet werden, unter Einhaltung gewisser Förmlichkeiten. Die Kirche kann sich in integrum restituiren lassen, selbst bei Verjährung.

Veräußerung im strengen Sinne ist jede Uebertragung des jus in re auf einen Andern; hier eine Handlung in rem, wodurch das jus in re oder ad rem auf einen Andern kommt. Veräußerung, Verschenkung, Austausch, Verkauf, Lehen, Erbzins-Verpachtung für immer, sind dem Einzelnen verboten. Wer ein Kirchengut mit real- oder personal-Servituten belastet, wer es verpfändet, wer Geld oder Anderes ausleiht, ein Recht in rem oder ad rem an einen Andern abtritt; eine Erbschaft oder Legat an die Kirche ausschlägt, der begeht ein Unrecht. Nach dem gemeinen und canonischen Recht ist eine Verpachtung über 3 Jahre Veräußerung, somit verboten. Nach deutscher Observanz aber kann es auf längere

Zeit geschehen. Wenn mithin Güter oder sonst der Kirche Zugehöriges ohne die Form veräußert werden, sind die Verträge nichtig; die Sache muss nebst dem Ertrag, wer immer der Besitzer sein mag, zurückgestellt werden; gegen den Veräußernden oder dessen Erben kann auf Entschädigung geklagt werden vom Nachfolger, Capitel, Patron.

Um etwas veräußern zu dürfen, wird erfordert: Bewilligung des Bischofs, des Capitels, des Landesherrn, des Patronen.

Gewinn theilt sich in Kirche, Staat, Gemeinde — je nach Bestimmung.

Verjährung (*praescriptio*): 40 Jahre Präscriptionsrecht. In Oesterreich und Rom für die Kirche 100 Jahre; oder wenigstens *praescriptio immemorabilis*, unverdenkliche Verjährung. Für andere Güter gelten 20 und 30.

Bruderschaften und Religionsfonds haben dieselben vortheilhaften Rechtsbestimmungen.

Güter und Einkünfte der Geistlichen.

Oblationen, freiwillige Gaben, z. B. bei der Eucharistie, Eulogie, monatliche Beiträge für arme Geistliche (*fratres portulantes*), Opfer, Messstipendien.

Opfer: im Opferkasten, Klingelbeutel, an Festtagen und bei Seelenmessen gehört meist dem Pfarrer ohne andere Stipulation.

Messstipendien. Wer sie annimmt, muss

sie lesen. Alle Simonie soll entfernt sein, z. B. dass man an andern Orten mehr bekommt. Eigentlich sollte auch nicht gefordert werden; denn es klingt hart in den Ohren des besseren Priester: was kostet eine Messe? Mehr und gut darüber sagt das Pastoralarchiv für das Bisthum Constanz.

Stolgebühren. Was Sitte ist, muss beobachtet werden. Es wäre besser, sie würden aufgehoben, wie in Oesterreich. An die Stelle der Erstlinge (*primitiae*) der Früchte traten **Sammungen**; diese sollten ebenfalls wegfallen.

§. 48.

Vom Zehnten (decimae).

Wir finden ihn schon vor Moses. Abraham gab ihn dem Melchisedek. Der Stamm Levi genoss ihn. In der urchristlichen Zeit weihte man die Erstlinge in der Kirche für Reisende, Arme etc.

Vom 3. Jahrhundert wurde er schon bis ins 5. Jahrhundert entrichtet; dann gab Justinian ein Gesetz, dass Niemand dazu verpflichtet sei. Karl der Grosse befahl, ihn zu geben und ging selbst mit dem Beispiele voran; er war es, welcher den Zehnten allgemein und staatsgesetzlich einführte, als ein Tribut und Dank für Gott. Bald, schon unter den Merovingern, z. B. Karl Martell und Pipin, kam der Kirchenzehnten vielfach in die Hände der Laien. Erst im 9. Jahrhundert schärften Päbste und Con-

cilien die früheren Verordnungen wieder ein. Das Zehntrecht ist ein geistliches (clericale) und weltliches (laicale), der Zehnte selbst ein persönlicher, dinglicher, Feld-, Thier-, Altfeld-, Neubruch-, Blut-, Holz-, Gross-, Klein-, Natural-, Garben-, Sack-, Weinzehnte.

Die Verbindlichkeit der Leistung des Feldzehntens haftet als Reallast auf dem zehntpflichtigen Grundstück selbst. Die Freiheit von der Zehntschuldigkeit haben a) eigentliche Beneficialgüter in derselben Pfarrei, „clericus clericum non decimat“; b) neuere Staatsgesetzgebungen haben zur Förderung der Agricultur Zehntfreiheit bewilligt. Wer Zehntfreiheit behauptet, hat den Beweis zu liefern. In Württemberg bezieht die Kirche oder der Pfründner den Novalzehnten nur von solchen Neubrüchen, welche schon vor dem 23. August 1806 cultivirt und in diesem cultivirten Zustande zehntpflichtig geworden waren. Erworben kann jeglicher Zehnten werden durch Kauf, Tausch etc. Das geistliche Zehntrecht selbst aber auf zeitlichen Bestand nur mit Einwilligung des Bischofs. Die Zehntfrüchte kann jeder Decimator auf Lebenszeit Andern überlassen. Der Grosszehnt wird in der Regel von fortwährend bebauten Grundstücken präsumirt; der Umfang der Zehntberechtigung richtet sich nach der Beschaffenheit des Zehntrechts. Von den Feldzehnten bemisst sich die

Quantität nach dem jedesmaligen Ertrage des pflichtigen Grundstücks; der Blutzehnt wird gleichfalls nur von den wirklich gezogenen jungen Thieren entrichtet; in Württemberg ist er ablösbar, und es wird dafür Entschädigung gereicht. Der Feldzehnt wird in der Regel auf dem Felde ausgezehntet, der Blutzehnt wird abgeliefert, wenn die Jungen ohne Mutter leben können. Der Zehnten vom Rohertrag wird ohne Abzug der Kosten des Samens etc. genommen. Der Zehnten kann in natura geliefert, oder verpachtet werden. Derselbe kann nur mit Einwilligung des Ordinariats und Patrons fixirt werden. Der Decimator oder Zehntherr hat das Recht, die zehntpflichtigen Grundstücke zu besichtigen und abzuschätzen; er hat zu den Kirchen- und Pfarrhofbauten beizutragen. Das Zehntrecht kann mittelst Ablösung aufgehoben werden, dieselbe ist nach den Grundsätzen über Veräußerung zu beurtheilen, kann aber nie ohne volle Entschädigung vorgenommen werden. *)

Das Privilegium, oder die Sitte zeigt den Zehntherrn an. Im Zweifel ist er dem Pfarrer, — weil er kirchlichen Ursprungs ist. Nicht da soll er bezogen werden, wo der Eigenthümer ist, sondern wo das Grundstück. Freilich war, wie die

*) Die württembergischen Ablösungsgesetze von 1848 lauten anders, und ist der Kirchenzehnt um Vieles zu gering abgelöst worden.

Geschichte zeigt, der Zehnten anfangs eine Abgabe an den Seelsorger als Belohnung seines Amtes, da aber nun nicht so fast der einzelne Gutsbesitzer, als vielmehr der Grundherr als Zehnträger angesehen wird, und also die Zehntpflicht, welche an sich persönlich ist, nun dinglich geworden, so ist begreiflich, dass auch Juden, wenn sie liegende Güter haben, den Zehnten geben. Die Pflicht trifft Mönche, Patrimonialgüter, und der Satz: „clericus clericum non decimat“ ist darauf zu beschränken, dass die liegenden Güter eines Beneficiats, der in derselben Gemeinde das Zehntrecht hat, nicht zehntpflichtig sind. Hat mithin ein Beneficiat in einer andern Gemeinde liegende Güter, so ist er dem Beneficiat der andern Gemeinde den Zehnten schuldig. Nur besondere Privilegien machen eine Ausnahme, was ehemals eigens den Mönchsorden zugetheilt war. Auch durch Verjährung werden Güter zehntfrei. Dabei gelten diese Grundsätze:

1) Gegen den Pfarrzehnten müssen 40 Jahre mit einem Titel da sein. Ohne Titel unvordenklicher Zeit sind nicht gültig; 2) gegen einen andern kirchlichen Zehntherren gilt 40 Jahre Präscription; 3) gegen Laien die gewöhnliche Zeit.

In der Regel ist das *jus decimarum plenum*, d. h. es geht auf alle Grundstücke und Gattungen von Früchten. Alle Früchte also sind zehntlich, wenn sie auch jährlich zweimal oder öfter

auf dem nämlichen Stücke wachsen. Alle Geburten der Thiere, Hiebei sieht man auf Observanz eines jeden Orts. Der Zehntpflichtige ist nicht gehalten, das Nämliche zu bauen; was das Gut trägt, muss er zehnten. Hartnäckigkeit kann man urgiren bei der weltlichen Behörde. In der Regel ist es der 10te Theil der Früchte, wenn keine andere Weise ausdrücklich herkömmlich ist. Ist dies der Fall, so dürfen weder Abfall noch Kulturkosten abgezogen werden. Bei den Thieren wird von einem Jahr auf das andere gerechnet.

Der Güterzehnten wird jedes Jahr entrichtet. Die Garben dürfen nicht gesammelt werden, bis der Zehnten, welchen man schuldig ist, sobald die Früchte gesammelt werden, ausgestellt ist. Wird er in 24 Stunden nicht gegeben, so darf man klagen. Die Garben können vom Zehntherrn gezählt werden, nur muss man in der angefangenen Weise fortfahren.

Ist die letzte Zahl nicht 10, so ist man nach dem gemeinen Recht Nichts schuldig; jedoch ist an einigen Orten gebräuchlich, von einem Acker auf den andern zu zählen. Der Zehntherr muss die Früchte auf seine Kosten heimbringen, während ihm der Thierzehnten gewöhnlich gebracht wird.

Um hier Einiges über die gegenwärtigen Pfründedotationen anzureihen, bemerken wir, dass die mensa des Bischofs von Rottenburg 10,000 fl.

beträgt mit Palais und anstossendem Garten; der Dekan bezieht 2,400 fl., jeder der 6 Canoniker 1,800 fl., der erste Präbendat 900 fl., die übrigen 5 jeder 800 fl., nebstdem hat der Dekan und jeder Kapitular und Vicar sein besonderes Haus. Die Ruhegehälter für ausgediente Geistliche werden, wenn aus dem Pfründertrag ein Hilfsgeistlicher nicht besoldet werden kann, aus dem Intercalarfonds bestritten.

Verpachtung der Zehnten darf stattfinden, aber der Pfarrer kann ihn nur für sich verpachten. Während der Vacanz eines Beneficiats verpachtet ihn der Kammerer meistens.

Zehnten von Neubrüchen: nach dem jus commune gehört er demjenigen, dem er in der Gemeinde überhaupt zukommt, dem Pfarrer oder Landesherrn. Meist wird da periodische Zehntfreiheit gestattet.

Wie erlöscht das jus decimarum? Für seine Person kann der Pfarrer es vergeben, für die Stelle aber nicht.

Testamentrecht des Pfarrers. Sein Vermögen fällt der Kirche heim, bei welcher er es erspart hat. Nur von Patrimonialvermögen konnte er ein Testament machen. Jetzt ist es meist dem Gewissen eines Jeden überlassen.

In Oesterreich fällt ein Dritttheil den Verwandten, ein Dritttheil den Armen, ein Dritttheil

der Kirche zu. Sind die Verwandten arm, zwei Drittheile.

Kein Pfründebesitzer konnte über den aus seinen Beneficialeinkünften ersparten Rücklass testamentarisch verfügen. Dies erlitt bald eine Abänderung, sofern sich der Missbrauch gestaltete, dass die Könige unter dem Titel landesherrlicher Rechte nicht bloß das Amtseinkommen der Bischöfe und Aebte während der Vacatur einzogen (*jus regaliae*), sondern auch deren Mobilienvermögen an sich nahmen (*jus spolii*). Seit dem 14. Jahrhunderte ordneten sich jedoch diese Verhältnisse wieder. Es ging an die Erben das Recht über, die bereits verdienten Früchte des Erblassers zu beziehen — *annus deservitus* — Verdienstjahr, ja in den Kapiteln war ein volles Jahr, das sogenannte Gnadenjahr — *annus gratiae* — hergebracht. Heutzutage ist die volle Testirfreiheit ausgesprochen. In Württemberg wird jetzt noch von dem Nachlasse eines Geistlichen das *mortuarium* entrichtet.

Gülten und Einkünfte waren in alten Zeiten nicht abgesondert von dem Diöcesanvermögen. Als das Vermögen ausgetheilt wurde, trennte sich noch Nichts; — erst später *fabrica ecclesiae* aus Stiftungen, Opfern, was durch die Stiftungsverwaltung, oder durch den Pfarrer und Heiligenpfleger verwaltet wird.

Für Deckung der Kultkosten, Bauunterhalt etc.

bestand eine besondere Vermögensmasse, Kirchen-
ärrar, Kirchenkasten, *fabrica ecclesiae* genannt.
Dasselbe war grösstentheils auf zufällige Einnahmen,
Opfer, gesammelte Gaben etc. beschränkt, heutzutage
wird ausser dem, was an Schenkungen und
Vermächtnissen, dann durch den Klingbeutel, die
Opferbüchsen der Kirche anfällt, regelmässig bei
Jahrtagsstiftungen ein bestimmter Theil in Ansatz
gebracht. Die Obsorge hiefür war eigens bestellten
Verwaltern unter der Oberaufsicht und Leitung
der Bischöfe anvertraut. —

§. 49.

Von der Kirchenbaulast.

Die Aufsicht und Obsorge über die Kirchen-
gebäude, Leitung der Bauten etc. war anfangs Amts-
pflicht der Bischöfe; die nöthigen Kosten wurden
aus der *fabrica* bestritten, und wenn diese nicht
zureichte, wurde Jeder, der irgendwie Einkünfte von
der baufälligen Kirche bezog, in Anspruch genom-
men. Neuere Recht. Ueber die Subjecte der
Baupflicht. Bei Pfarrkirchen trifft die Baupflicht
principaliter das Kirchenvermögen selbst, und
zwar 1) subsidiär in erster Klasse; a) die Pa-
trone, wenn sie zugleich *fructuarii*, Nutzniesser
sind; b) alle *Decimatoren*, welche ihr Zehnt-
recht von der baubedürftigen Kirche ableiten; c) die

Besitzer der Einkünfte von incorporirten und säcularisirten Pfarreien; d) die Pfarrer und andere an der betreffenden Kirche angestellte Beneficiaten, sofern sie aus dem Kirchenvermögen selbst bepfründet sind; 2) subsidiarisch in zweiter Klasse werden die Parochianer zur Concurrenz herangezogen, und zwar alle ohne Unterschied; 3) erst in Ermangelung aller dieser Subsidien mag der Bischof die Stiftungen einer solchen Kirche mit einer andern vereinigen, das Gebäude aber weltlichen Zwecken überlassen.

Maass der Baubeiträge.

Die nächstfolgende, zum Bau beitragende Klasse wird immer erst dann zur Concurrenz gezogen, wenn und in wie weit die Beiträge der nächstvorhergehenden Klasse nicht ausreichen. Die principale Baulast der Kirche selbst muss aus deren Renten bestritten, und der Grundstock soll nie angegriffen werden. Die Nutzniesser contribuiren pro rata ihrer Bezüge. Die Parochianen zahlen nach Maassgabe ihres Vermögens; zur ecclesia matrix zahlen die Matristen gewöhnlich mit zwei, die Filialisten mit einem Dritttheil des auf die Pfarrgenossen in solidum repartirten Antheils. Uebrigens haben sämtliche Pfarrkinder die sogenannte Hand- und Spanndienste (*opera manuarum et jumentaria*) bei den Kirchenbauten unentgeltlich zu

übernehmen. Streitigkeiten über Kirchenbaulast gehören nach württembergischem Landesgesetze vor die Oberämter; die provisorische Entscheidung der Baufragen vor den katholischen Kirchenrath. Die Besorgung der gewöhnlichen Ausbesserungen an den Stiftungsgebäuden bleibt den Stiftungsräthen, beziehungsweise den Kirchenconventen überlassen. Von allen Neubauten und den diesen gleich kommenden Hauptreparaturen an Kirchen und Pfarrhäusern, deren Unterhaltung den Stiftungen und Gemeinden obliegt, soll der vorgesetzten höheren Kirchenbehörde durch das gemeinschaftliche Oberamt Anzeige gemacht und Entschliessung abgewartet werden. — Dieselben Grundsätze der Baupflicht, die von den Kirchen gelten, sind auch anwendbar auf die Häuser der Pfarrer und Beneficiaten, und zwar auf deren Wohn- und nothwendige Oeconomie-Gebäude. In Württemberg hat der Dekan streng darüber zu wachen und sich vorzüglich bei der Visitation und bei dem Dienstabkommen eines Pfründebesitzers, aber auch ausserdem unter Vernehmung bauverständiger Werkleute zu überzeugen, dass die Dienstgebäude der Geistlichen seines Kapitels in gutem Stande erhalten sind, widrigenfalls die noch nicht gewendeten Baufälle eingeschätzt, ihre Wendung auf Kosten des Säumigen verfügt und dessfalls sowohl dem katholischen Kirchenrath, als dem Ordinariat Anzeige erstattet

werden soll. Liegt die Baulast gar nicht, oder doch nicht ausschliesslich der Pfründe ob, so muss der Nutzniesser nebst der Erfüllung seines Theils der Bauschuldigkeit über die Gebäude wachen, und jedes Baugebrechen unverweilt dem Mit- oder alleinigen Bauherrn zur Abhülfe anzeigen und diese Abhülfe durch den Dekan betreiben. Wenn aber die Pfründe selbst die Baulast trägt, so hat der zeitliche Pfarrer sämtliche Gebäude mit allen Zugehören in gutem Stand zu erhalten und herzustellen. Trifft ihn hiebei eine so bedeutende Ausgabe, dass er dadurch in seinem Pfründeeinkommen merklich verletzt würde, so kann er um Bewilligung eines *Provisoriums*, d. i. um Erlaubniss zur Aufnahme eines Baukapitals nachsuchen, welches längstens in 25 Jahren wieder abgetragen werden soll. Alle Pfründegebäude müssen nach den Bestimmungen der Brandversicherungsordnung *assicurirt* sein. —

§. 50.

Von der kirchlichen Gerichtsbarkeit.

Das Recht, allgemeine Gesetze auf allgemeine Handlungen anzuwenden heisst Gerichtsbarkeit (*jurisdictio*). Sie theilt sich in Civil- und Kriminalgerichtsbarkeit.

Kirchliches Gericht ist jene Handlung, durch welche entschieden wird, was kirchliches

Recht ist, es umfasst jetzt nur noch Glaubens- und Disciplinarsachen und geringe Vergehen der Geistlichen im Civilgesetze.

Zu den absoluten Eigenschaften des Gerichts gehört: 1) Richteramtsfähigkeit; 2) Gerichtsbarkeit; zu den relativen: 1) Unparteilichkeit; 2) Competenz.

Stufen des kirchlichen Gerichts: (sonst entschied gewöhnlich der Bischof mit den Aeltesten).

1) Archidiaconal-Gericht und der Bischof mit den Räthen; 2) Metropolit; 3) Primas; 4) P a b s t, oder in höchster Instanz *judices in partibus*.

Das Gericht, welches das Recht hat, zu verhandeln, heisst der Gerichtsstand (*forum*); die Befugniss dieser Untersuchung und Entscheidung die Zuständigkeit (*competentia*).

Das *Forum competens* ist die Stelle, unter der ein Mitglied ordentlicherweise steht, oder welches über diese Handlung zu entscheiden hat.

Das *Forum* ist entweder gewillkürt (*prorogatum*) oder gesetzlich (*legale*), ordentlich, oder ausserordentlich (wenn eine Instanz übersprungen wird), ein allgemeines (für alle Streitsachen), oder specielles u. s. f. Das Gericht ist berechtigt, von den Parteien Gehorsam zu verlangen, und verpflichtet, jede Partei zu hören. Nebenpersonen des Processes sind: a) Advocaten (dürfen keine Häretiker, Infamirte, Excommunicirte sein), Procuratoren, Tutoren und Curatoren. *Decret* ist

jeder Beschluss des Gerichts in einer streitigen Rechtssache. Solche sind entweder einfache, oder Decisivdecrete. Die Bekanntmachung geschieht entweder mündlich (*publicatio*), oder schriftlich (*insinuatio*). Ein rechtskräftiges, d. h. durch kein Rechtsmittel mehr angreifbares, Urtheil wird zum Gesetz: *ex sententia fit jus*.

Verfahren. I. Aussergerichtliche Streitbeilegung: 1) durch gütlichen Vergleich; 2) durch schiedsrichterliche Entscheidung. II. Gerichtliches Streitverfahren. Das Verfahren — der Process — war in der Regel summarisch und bestand in Vernehmung der Parteien, der Beweisführung und richterlichen Entscheidung.

1) Vernehmung der Parteien. Die Klage besteht 1) aus dem Rechtsgrund; 2) dem Grund der Klage; 3) dem Gesuch.

2) Die Citation, d. h. Recht, die Parteien vorzurufen, ist 1) peremptorische, wenn für den Fall der Versäumniss ein Nachtheil angedroht ist, ausserdem 2) dilatorische, die noch Zeit lässt; 3) in contumaciam, nach dem canonischen Recht. 1) Dem Verklagten soll Grund, Ort, Zeit bestimmt werden. Citatio edictalis oder privata, ist an den Mann selbst oder an seine Familie zu bringen, oder an sein Haus anzuschlagen. Die Ladung bewirkte auf Seite des Gerichts 1) Prävention und Fortdauer der Competenz; 2) unterbrach sie die Verjährung; 3) Litis-

pendenz, d. h. die Sache ward als rechtsgängig betrachtet, und der Streitgegenstand als *res litigosa* durfte nicht mehr veräußert werden.

Die Klage ist schriftlich oder mündlich; letztere wird zu Protokoll genommen. Der Beklagte konnte nach der Streiteinlassung (*litis contestatio*) Einreden erheben, und zwar dilatorische, d. h. solche, welche den Streit verzögerten, und peremptorische, welche den Streit für immer aufhoben. Nach dem definitiven Aktenschluss — *conclusio in causa* wurde das erste Urtheil gefällt; 2) das Beweisverfahren. Ein Geständniss muss persönlich vor dem competenten Richter abgelegt sein; war der Beklagte geständig, so war die Klage eine *res judicata*. Eine bloße Vermuthung (*praesumptio*) begründete keinen Beweis, sondern nur Wahrscheinlichkeit. *Notorietät* = Gerichts- und Gemeinkundigkeit. Der Beweis ist entweder direct, oder indirect, feierlich, oder bloße Bescheinigung, Haupt- und Gegenbeweis. *Zeugenbeweis*. Zeugen, welche absolut verdächtig: sind Unmündige, Weibspersonen, Bestochene, Verbrecher, gänzlich Unbekannte; relativ verdächtig: eigenes Interesse, Vorliebe, Abhängigkeit etc.

Zeugen. Eigenschaften derselben: 1) Glaubwürdigkeit; 2) gute Sinne; 3) Augenzeugen; 4) sich klar ausdrücken. Nach allen Punkten ist genau zu forschen, im Nothfalle der Eid zu fordern.

Ein Zeuge ist nur halber Beweis, den man vervollständigen muss; es werden in der Regel zwei gefordert. Mehrere in einzelnen Indicien übereinstimmende Zeugen liefern den ganzen Beweis.

Augenschein (inspectio) die Ueberzeugung des Richters durch eigene sinnliche Wahrnehmung wozu er bisweilen Sachverständige beizieht.

Urkunden (instrumenta). Privat- oder öffentliche, Original- oder beglaubigte Abschrift einer gerichtlichen Person bezüglich der Aechtheit öffentlicher Urkunden machen vollen Beweis.

Vermuthungen. 1) Urtheile über Wahrscheinlichkeit (praesumptiones juris) allgemeine Vermuthungen; 2) Indicien. Ergänzung hängt vom Urtheil des Richters, von Umständen etc. ab.

Vom Beweis durch Eide. Der Eid ist ein assertorischer und zwar 1) ein freiwilliger (voluntarium) auch Schieds- oder Haupteid (decisorium) genannt; 2) nothwendiger (necessarium) vom Richter aufgetragen, als Ergänzungs- (suppletorium), oder Reinigungseid (purgatorium); 3) subsidia- rischer, namentlich Schätzungseid (in litem); 4) Diffessionseid (diffessionis) eidliche Bekräftigung, dass Jemand dies und und dies selbst unterschrieben etc.; 5) Gefährde und Malizeid (calumniae-malitiiae). Unmündige, Blöde, Wahnsinnige, Minderjährige etc. können keinen Eid leisten.

Sententia. Die Entscheidung muss dem Be-

gehören der Partei entsprechen, nach den Gesetzen, klar, und von beiden ratificirt sein.

Es ist einer Partei erlaubt, die richterliche Verfügung anzufechten durch Rechtsmittel und zwar durch die Appellation, die Nullitätsquerel.

Die geistlichen Gerichtsinstanzen nach neuesten Verhältnissen sind: 1) bischöfliches Gericht; 2) Metropolitangericht (erste Appellationsinstanz); 3) P a b s t (höchste Instanz). In sämtlichen Bundesstaaten also auch in Württemberg sind alle Verhältnisse der Geistlichen, welche irgendwie die staatsbürgerliche Seite berühren, als weltliche Gegenstände erklärt, worüber der Staatsgewalt allein die Gerichtsbarkeit zusteht.

Bei Unzufriedenheit mit derselben kann appellirt werden. Kriminalgerichtsbarkeit: kirchliche Strafgewalt. Die Strafen betreffen den Glauben, die Disciplin und die Kleriker.

Censur, eigentliches, Zuchtmittel können der Pabst, Metropolit und Bischof verfügen. Das Vergehen muss äusserlich öffentlich, gross sein. Die Verbrechen, welche hierher gehören: 1) Abfall; 2) Ketze-
rei; 3) Schisma, 4) Kirchenfrevel (sacrilegium); 5) Gotteslästerung; 6) Zauberei; 7) Simonie; 8) Tod-
schlag; 9) Kinderaussetzung, Abtreibung, Unfrucht-
barmachung; 10) Verstümmelung, Verwundung; 11) Injurie; 12) Beschädigung; 13) Wucher; 14) Diebstahl; 15) Raub; 16) Brandstiftung; 17) Ent-

führung; 18) fleischliche Vergehen; 19) Kebsweiberei; 20) Polygamie.

Vier Ursachen sprechen von den Censuren frei: 1) Unwissenheit (unüberwindlich); 2) moralische Unmacht; 3) schwere Furcht; 4) Ungültigkeit der Censur.

Zur Gültigkeit wird erfordert: 1) das Recht sie zu verfügen; 2) Todsünde in dem, den sie treffen soll; 3) muss wenigstens eine Ermahnung vorangegangen sein.

Jeder Priester kann von den Censuren absolviren, wenn sie nicht vorbehalten sind, im Tode auch von diesen.

Censurae legis sive a jure, vel latae sententiae sind solche, welche durch die canones bestimmt sind; hominis, sive ab homine ferendae sententiae, solche, welche dem Urtheil des Richters überlassen sind.

Censuren sind dreierlei: 1) Bann = Excommunicatio; 2) Suspendio; 3) Interdictum.

Excommunicatio major et minor; erstere benimmt allen Gebrauch der gemeinschaftlichen Kirchengüter; schliesst ganz aus der Kirchengemeinschaft aus; letztere nur die geistigen. Excommunicirte soll man meiden und zwar 1) die, welche namentlich excommunizirt wurden, und 2) bekannte Priestermörder.

Fünf Fälle sind, wo man sie meiden soll.

Sie sind in folgendem Verse enthalten:

Os, orare, vale, communio, mensa negatur.

Fünf Fälle, in welchen man mit ihnen umgehen darf:

Utile, lex, humile, res ignorata, necesse.

Eine bloß auf Geistliche anwendbare Censur ist die *Suspensio*, vermöge welcher er der geistlichen Amtsführung, oder des Benefizes, oder beider beraubt wird.

Sie ist: *partialis* oder *totalis*, je nachdem einer beider, oder nur der Weihe, oder der Jurisdiction, oder des Benefizs beraubt wird.

Schwere Vergehen ziehen die *Absetzung-Depositi* nach sich, jedoch behält der Gestrafte das *Privilegium canonis*.

Degradatio, ausser den Wirkungen der Deposition auf Verlust der Standesrechte.

Interdictum ist eine Strafe, welche einzelne Personen (*personale*), oder ganze Gemeinden, Länder (*generale*) trifft und ihnen die öffentliche Uebung des Gottesdienstes und den Gebrauch einiger Sakramente untersagt, auch kirchliches Begräbniss.

Es untersagt, 4 Sakramente: Abendmahl (nur Gesunden), letzte Oelung, Priesterweihe und Ehe. Die erste Veranlassung eines allgemeinen Interdicts gaben die Edelleute der Provinz Limoges, welche den Gottesfrieden — *Traega Dei* — die Waffenruhe nicht

halten wollten; das letzte Beispiel war das von Paul V. 1606 über die Republik Venedig verhängte Interdict. Dem Interdicte ähnlich ist die Einstellung des öffentlichen Gottesdienstes (*cassatio a divinis*).

Es folgen diese Strafen auf Häresie, Schisma, Zauberei, Meineid, Schändung der Kirche, Simonie; dieselbe ist ihrem Wesen nach Abgebung von etwas Geistlichem gegen zeitlichen Gewinn.

Simonia conventionalis, wenn ein wirkliches Versprechen stattgefunden, *externa vel interna*, wenn bloß beabsichtigt, *pure conventionalis*, wenn von beiden Seiten das Versprechen unausgeführt blieb, oder *mixta*, wenn es nur von einem Theil unerfüllt blieb; *confidentialis*, wenn sich Jemand zu Gunsten eines Andern nur mit einem Theil der mit dem Kirchenamt verbundenen Früchte begnügt. Ein *Ordinis professus* wird im Kloster in strengen Verhaft genommen, ein Prälat abgesetzt. Kirchenbeamte verhängen die Strafe. Kleriker treffen Strafen wegen 1) Missbrauch der Weihe; 2) wer, ohne Priester zu sein, Messe liest, oder Beicht hört, *Degradation*; 3) Abfall vom Glauben; *Scortation*.

Degradation auf Verführung im Beichtstuhl; auf Verletzung des Beichtsigills *Degradation* und lebenslängliche Gefangensetzung. Was die gegenwärtigen Verhältnisse betrifft, so sind der Pabst, die Erzbischöfe und Bischöfe die ord-

nungsmässigen Instanzen der kirchlichen Strafgewalt. Zur Erhaltung der Disciplin bestehen in Württemberg die Kirchenconvente. Die Kirche nimmt heutzutage, wo das weltliche Strafrecht wesentlich verbessert ist, von der äusseren Ahndung der Verbrechen, Umgang, und überlässt sie dem Staate; nur die Züchtigung reinkirchlicher Verbrechen übernimmt sie selbst. Das Verfahren in geistlichen Gerichten ist im Allgemeinen das inquisitorische.

Compendium
des
katholischen Kirchenrechts
für
Geistliche und Studirende
von
einem Schüler des † Herrn v. Möhler.



Stuttgart.
C. P. Scheitlin's Verlagshandlung.
1853.



10
Kirchenrecht

Abriss des Kathol. Kirchenrechts Von einem Schuler des verstorb. Möhler

Stuttgart 1853

J.can.u. 0 m

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10547544-6